

DIE BALTISCHE KRISE 1938–1941

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 38

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

Seppo Myllyniemi

Die baltische Krise
1938–1941

Aus dem Finnischen übersetzt
von Dr. Dietrich Assmann

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

Titel der finnischen Erstveröffentlichung: Baltian kriisi 1938–1941.
Helsinki 1977

Die Karte auf Seite 158 wurde mit freundlicher Genehmigung der Bundeszentrale für politische Bildung den „Informationen zur politischen Bildung“ entnommen.

CIP-Kurztitelinformation der Deutschen Bibliothek
Myllyniemi, Seppo
Die baltische Krise 1938–1941. –
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1979.
(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Nr. 38)
ISBN 3 421 01902 9

© 1979 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart
Umschlagentwurf: Edgar Dambacher
Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding
Printed in Germany. ISBN 3 421 01902 9

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung: Die Baltischen Länder zwischen den Weltkriegen	10
I. Die Randstaaten werden vor die baltische Wahl gestellt	16
II. Die Neutralitätspolitik als mißlungener Versuch, die baltische Wahl zu umgehen	25
1. Litauen ändert seine außenpolitische Linie	25
2. Memel – das deutsche Sprungbrett zum Baltikum	28
3. Die außenpolitische Richtung Estlands und die „Politik der Pagari-Straße“	33
4. Die Glaubwürdigkeit der lettischen Neutralitätspolitik	38
III. Das Baltikum als Objekt der Garantie- und Interessenssphärenpolitik	41
1. Die Sowjetunion garantiert einseitig Estland und Lettland	41
2. Die baltischen Staaten in den Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten	43
3. Deutschland und das Baltikum während der Dreierbundverhandlungen	46
4. Der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion vom 23. 8. 1939	49
5. Vom polnischen Feldzug bis zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. 9. 1939	51
Litauen wechselt die Interessensphäre	51
Estland und Lettland am Vorabend der Stützpunktverhandlungen	54
IV. Die Ausgangssituation der Stützpunktperiode	57
1. Die Verhandlungen über die Beistandspakte und die militärischen Stützpunkte	57
Der Abschluß des Beistandspaktes zwischen Estland und der Sowjetunion und seine Durchführung	57
Lettland und Litauen folgen dem Beispiel Estlands	64
2. Offizieller Optimismus und innere Unsicherheit	69
3. Die zweispurige Sowjetpolitik	78
4. Die kommunistischen Parteien der baltischen Länder und die Sowjetunion	82

V. Der finnische Winterkrieg und die baltische Neutralität	90
VI. Im Bannkreis des Mißtrauens	98
1. Die Politik der Baltischen Entente	98
2. Smetona vertraut auf Deutschland	105
3. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Randstaaten und Deutschland während der Stützpunktperiode	108
4. Besondere Probleme im Zusammenhang mit den sowjetischen Stütz- punkten	110
5. Das Mißtrauen der Sowjetunion nimmt zu	112
6. Die Zunahme der regierungsfeindlichen Aktivitäten im Baltikum	114
7. Bilanz der Stützpunktperiode	118
VII. Das Baltikum wird dem Sowjetsystem eingegliedert	122
1. Die erste Phase: Von den sowjetischen Ultimata bis zur Bildung der Volksregierungen	122
2. Die zweite Phase: Die Juliwahlen und die formelle Besiegelung des Anschlusses	133
Epilog: Die Sowjetherrschaft 1940–1941 im Überblick	139
Die Sicherung der Sowjetherrschaft	139
Die Aufnahme von Verbindungen mit Deutschland im Schatten von „Barbarossa“	146
Exkurs: Finnland und das Baltikum in der Interessensphärenpolitik der Sowjet- union 1939–1941	153
Karte der baltischen Staaten	158
Abkürzungen	159
Quellen und Literatur	160
Personenregister	165

Vorwort

Estland, Lettland und Litauen waren an der Schwelle des Zweiten Weltkrieges arg unter die Räder der Großmachtspolitik geraten, und in der Forschung der westlichen Länder werden sie gewöhnlich als reine Objekte der Großmachtspolitik betrachtet. Die bisherige Forschung hat ihre Aufmerksamkeit besonders auf zwei Zeitpunkte konzentriert, wenn sie die Stellung der baltischen Länder am Vorabend des Zweiten Weltkrieges und am Anfang des Krieges behandelte. Die Forschung hat sich besonders für die Rolle der baltischen Länder bei den Gesprächen interessiert, die die Sowjetunion im Frühjahr und im Sommer 1939 einerseits mit den Westmächten und andererseits mit Deutschland führte. Zum andern standen die Ereignisse im Mittelpunkt des Interesses, die im folgenden Sommer zum Anschluß der baltischen Länder an die Sowjetunion führten. Dabei haben sich die baltischen Länder zweifellos nur als Objekte der Großmachtspolitik erwiesen. Das Thema der Forschung ist außerdem stark von der Einstellung „Nazi-Soviet Agression“ gefärbt worden, die es kaum erlaubte, zum Beispiel die sicherheitspolitischen Bestrebungen der Sowjetunion zu berücksichtigen.

Für ein Gesamtbild ist es jedoch erforderlich, die baltischen Länder auch als Subjekte zu betrachten, die die ganze Zeit nach bestem Vermögen versuchten, sich den Änderungen des Kräftegleichgewichts in der Großmachtspolitik anzupassen. Meiner Meinung nach unterstreicht besonders die Betrachtung der Entwicklung in der sog. Stützpunktperiode diese Forderung. Tarulis' „Soviet Policy Toward the Baltic States 1918–1940“ (1959) und Meissners „Die Sowjetunion, die Baltischen Staaten und das Völkerrecht“ (1956), die seinerzeit Standardwerke waren, sind schon wegen ihrer einseitigen Fragestellung unstreitig veraltet. Erst dieses Jahrzehnt hat einige neue Gesichtspunkte in die Forschung gebracht. Mehr als bisher wird u. a. die innenpolitische Entwicklung im Baltikum während der Krisenjahre berücksichtigt. Eine neue Perspektive eröffnet in dieser Hinsicht Sabaliūnas' Arbeit „Lithuania in Crisis“ (1972).

Im Gegensatz zur westlichen Forschung sieht die sowjetische Geschichtsschreibung die Entwicklung der Ereignisse im Baltikum auf eine ganz von innen her bestimmte Art und „vergißt“ dabei sogar, das geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes mit der darin niedergelegten Aufteilung der Interessensphären zu erwähnen. Die Ereignisse im Sommer 1940 kennt die Sowjethistoriographie wiederum unter dem Namen „Revolution des Jahres 1940.“ Aber auch wenn das Bild, das die sowjetische Geschichtsforschung von den Ereignissen 1939–1940 zeichnet, in vieler Hinsicht von der nichtmarxistischen Forschung abweicht und zu Recht kritisiert werden kann, darf man es auf keinen Fall von vornherein völlig ignorieren.

Bei den benutzten Quellen lassen sich drei in ihrem Charakter deutlich voneinander abweichende Hauptgruppen unterscheiden, deren erste aus den Berichten der diplomatischen Vertreter verschiedener Länder im Baltikum besteht. Zur Verfügung standen die Archive der Außenministerien von Finnland, Schweden, Deutschland und England. Da die Gesandtenberichte zur Klärung der eigenen Politik der baltischen Staaten benutzt wurden, handelt es sich natürlich um Quellen aus zweiter Hand. Andererseits bietet die parallele Durchsicht des Schriftwechsels der diplomatischen Vertreter verschiedener Länder viele Möglichkeiten zur Präzisierung und Kontrolle der Informationen. Die Vergleichsmöglichkeiten sind um so größer, als die Untersuchung drei Staaten in derselben geostrategischen Position umfaßt. Die Bedeutung der Gesandtenberichte hängt weitgehend davon ab, welche Informationskanäle dem Berichtersteller zur Verfügung gestanden haben. Besonders informativ für die Untersuchung waren zum Beispiel die Berichte des finnischen Gesandten in Riga Edward Palin und des britischen Geschäftsträgers und späteren Gesandten in Kowno T. H. Preston.

Das aus dem Auswärtigen Amt stammende Material ist in zweifacher Hinsicht besonders aufschlußreich. Die deutschen diplomatischen Vertreter im Baltikum scheinen auch noch während der sogenannten Stützpunktperiode mit ihren sowjetrussischen Kollegen in Verbindung gestanden zu haben und gehen in ihren Berichten auch auf deren Stimmungen ein. Zum anderen konnten die deutschen Gesandtschaften ihre Tätigkeit im Baltikum noch in beschränktem Umfang fortsetzen, nachdem die baltischen Staaten im August 1940 an die Sowjetunion angeschlossen worden waren. Das erklärt sich daraus, daß die sog. Nachumsiedlung der Baltendeutschen die Gesandtschaften noch lange beschäftigte.

Die zweite Hauptgruppe der Quellen ließe sich am besten als „Emigrantenmaterial“ bezeichnen. Zu dieser Gruppe und sogar zu ihren wichtigsten Dokumenten rechne ich auch die Berichte des vom 83. Kongress der Vereinigten Staaten eingesetzten Untersuchungsausschusses. Dieser Ausschuß, der nach seinem Vorsitzenden Charles Kersten auch Kersten-Ausschuß genannt wurde, sollte die Ereignisse aufklären, die den Anschluß der baltischen Republiken an die Sowjetunion zur Folge hatten. Unterstützt von den Emigrantenorganisationen hörte der Ausschuß zahlreiche Zeugen in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa und sammelte auch dokumentarisches Beweismaterial. In dem gedruckten Protokoll finden sich insgesamt über vierzig namentlich genannte estnische, lettische und litauische Zeugen.

Die sowjetische Geschichtsschreibung – Forschungsliteratur und Quellenveröffentlichungen – bildet die dritte deutlich sich abhebende Kategorie. Ihre Benutzung hat dem Verfasser zwar sprachliche Schwierigkeiten bereitet, aber andererseits sind die großen Gesamtdarstellungen der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik und des Großen Vaterländischen Krieges sowie der Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion auch in deutscher Sprache erschienen. In diesen großen Gesamtdarstellungen steht Quellenmaterial in großem Umfang zur Verfügung.

Zur Fertigstellung dieser Untersuchung trug entscheidend das Stipendium bei, das mir die Staatliche humanistische Kommission für das Jahr 1975 gewährte. Dadurch

war es mir möglich, mich im letzten Stadium der Untersuchung ganz auf diese Arbeit zu konzentrieren.

Besonderen Dank schulde ich auch Koneen Säätiö (Stiftung Kone), Helsinki, die die Kosten der Übersetzung übernommen hat.

Zum Schluß danke ich dem Institut für Zeitgeschichte für die Aufnahme der deutschen Ausgabe meiner Untersuchung in seine Schriftenreihe. Die deutsche Fassung ist durch ein Einleitungskapitel erweitert worden.

Hämeenlinna im April 1979

Seppo Myllyniemi

Einleitung: Die Baltischen Länder zwischen den Weltkriegen

Unter dem Begriff Baltikum versteht man im traditionellen historischen Sinne Estland, Livland und Kurland, die alten Besitzungen des Deutschritterordens. So begrenzt z. B. Reinhold Wittram das Gebiet in seiner bekannten Gesamtdarstellung „Baltische Geschichte“ (1954), die zeitlich bis zum Jahre 1918 reicht. Von demselben traditionellen Baltikum-Begriff geht auch der finnische Baltikumforscher Vilho Niitemaa aus (*Baltian historia*. 1959), obwohl sich seine Darstellung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs erstreckt. Zwischen den alten Gebieten des Ritterordens und Polen-Litauen bestand eine auf langer historischer Tradition beruhende Gegensätzlichkeit. Litauen hatte sich schon Mitte des 13. Jahrhunderts zu einem eigenen Staatsgebilde entwickelt, das ebenbürtig gegen den Ritterorden kämpfte. Später waren dann seine Geschicke jahrhundertlang mit denen Polens verknüpft. Dennoch wies schon das nationale Erwachen der Esten, Letten und Litauer seit der Mitte des 19. Jahrhunderts viele vergleichbare Züge auf, und schließlich führten dann die kritischen Jahre des Ersten Weltkriegs 1917–1919 die Litauer nicht nach alter Tradition an die Seite der Polen, sondern auf die Seite der Esten und Letten, wie Georg von Rauch in seiner „Geschichte der Baltischen Staaten“ (1970) feststellt. Aus diesem Grunde ist eine parallele und vergleichende Untersuchung dieser drei Staaten dann die natürliche Betrachtungsweise, wenn es um Phänomene in Verbindung mit ihrer zwanzigjährigen Unabhängigkeit geht.

Die veränderten Kräfteverhältnisse der Großmächte infolge der Niederlage Deutschlands und der russischen Revolution hatten die endgültigen Voraussetzungen für die Selbständigkeit der baltischen Staaten geschaffen. Von entscheidender Bedeutung war dabei die Politik Englands, für das die Unterdrückung des Bolschewismus allmählich zu einem zweitrangigen Ziel wurde neben der bleibenden Schwächung Rußlands durch die Verselbständigung der Randstaaten.

In allen baltischen Ländern wurde nach westeuropäischem Vorbild eine parlamentarische Demokratie eingeführt, für die eine starke Position der Legislative im Verhältnis zur Exekutive kennzeichnend war. In Estland wurde überhaupt kein eigentliches Staatsoberhaupt eingesetzt. Aber in allen drei Staaten mußte diese radikal demokratische Staatsform später einem autoritären System weichen. Als erstes Land beschritt Litauen diesen Weg. Dort unternahmen Offizierskreise im Dezember 1926 einen Militärputsch, hinter dem auch die Christdemokraten, die größte Partei des Landes, sowie die kleine Nationalpartei (*Tautininkai*) standen. Als ein Motiv des Staatsstreiches sind die Parlamentswahlen des Jahres 1926 zu betrachten, bei denen die an der Macht befindliche christdemokratische Partei eine Niederlage erlitten hatte. Das Wahlergebnis hatte dann zur Bildung einer linksorientierten Regierung geführt. Den Staatsstreich inspirierte zweifellos auch Marschall Josef Pilsudskis

Machtübernahme und Präsidialdiktatur in Polen ab Mai 1926. Zum Präsidenten wurde nun der erste Präsident des litauischen Parlaments Taryba und erste Staatspräsident Antanas Smetona (1874–1944) gewählt. Smetona hatte seit 1905 als Zeitschriftenredakteur in Wilna gewirkt. Dort hatte er einen kleinen Kreis Gleichgesinnter um sich gesammelt, der später den Kern der Tautininkai-Partei bildete. Premier- und Außenminister wurde Professor Augustinas Voldemaras (1883–1944), der zweite bekannte Vertreter des litauischen Nationalismus, der vor dem Ersten Weltkrieg Universitätslehrer in Rußland gewesen war. Von dort war er nach dem Frieden von Brest-Litovsk nach Litauen zurückgekehrt, wo er im November 1918 zum ersten Premierminister des selbständigen Litauen ernannt wurde. In den ersten Jahren der Selbständigkeit hatte sich Voldemaras energisch darum bemüht, die Anerkennung der Entente für die Unabhängigkeit Litauens zu erhalten.

Die Tautininkai-Partei schaltete bald die Christdemokraten, ihre vorübergehenden Verbündeten aus, was den Beginn der über ein Jahrzehnt langen Alleinherrschaft der Nationalisten und Smetonas bedeutete. Die neue Regierung griff bald zu Terrormaßnahmen, um ihre Stellung zu sichern. Das Parlament wurde im April 1927 aufgelöst, und im folgenden Jahr erließ Smetona eine neue Verfassung, die die Stellung des Präsidenten beträchtlich stärkte. Voldemaras, der anfangs die politisch führende Figur der neuen Regierung gewesen war, geriet in offenen Konflikt mit Smetona und wurde im September 1929 gestürzt. Er hatte aber weiterhin besonders unter den jüngeren Offizieren und unter den Studenten so viele Anhänger, daß eine Rückkehr an die Macht denkbar war. Diese seine Anhänger unternahmen denn auch 1934 einen mißlungenen Umsturzversuch, zu dessen Zielen vor allem eine engere Anlehnung an das nationalsozialistische Deutschland gehörte. Voldemaras wurde für einige Zeit in Haft genommen. Nach seiner Entlassung ging er nach Paris und kam erst im Herbst 1939 nach Litauen zurück.

Bei den Parteien Estlands in der Zeit der parlamentarischen Demokratie war deutlich eine Bewegung nach rechts zu erkennen, die sich vor allem als ständig zunehmende Stärkung der bedeutendsten Rechtspartei zeigte, des von Konstantin Päts (1874–1956) geführten Bundes der Landwirte. Zusammen hatten die Rechtsparteien im estnischen Parlament 1934 39% aller Sitze. Die Stimmenzahl der Sozialisten ging während der ganzen Periode deutlich zurück: in der verfassungsgebenden Versammlung 1919 hatten die Sozialisten einen Anteil von 40% gehabt, aber 1934 waren es nur noch 25%. Die bedeutendste der Parteien des Zentrums war die Estnische Volkspartei, deren Gründer und Vorsitzender Jaan Tõnisson (1868–?) seit den 1890er Jahren zu den führenden Persönlichkeiten des politischen Lebens in Estland gehört hatte. Typisch für das parlamentarische System Estlands wie auch Lettlands waren in den 1920er Jahren die große Zahl der Parteien und als Folge davon kurzlebige Regierungen. Die beginnende Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre verstärkte die politische Krise noch mehr. In Estland begann daher der Gedanke einer Änderung der Verfassung zwecks Stärkung der Exekutive Unterstützung zu finden. Der Bund der Landwirte und die Volkspartei bemühten sich seit Ende der 1920er Jahre um eine solche Verfassungsänderung, aber die Vorlagen

wurden in Volksabstimmungen abgelehnt. Als neuer Faktor trat jetzt in die politische Arena der Freiheitskämpferbund (estnisch: Vapaussõjalste Liit, volkstümlich vapsiit), der sich unter der Führung des Generals A. Larka und des Rechtsanwalts A. Sirk Anfang der 1930er Jahre zu einer wichtigen politischen Organisation entwickelte. Nachdem mehrere militärische Führer 1932 aus dem Bund ausgetreten waren, entwickelte sich diese Veteranenorganisation immer deutlicher zu einer Bewegung nach nationalsozialistischen und faschistischen Vorbildern. Die erste politische Aktion des Bundes war erfolgreich: In einer 1933 durchgeführten Volksabstimmung wurde die von ihm geforderte Änderung der Verfassung angenommen, die die Errichtung des Amtes eines mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Staatsoberhauptes brachte. Der Freiheitskämpferbund hatte seine Anhänger besonders in der Mittelklasse, unter den Arbeitslosen und im Landarbeiterproletariat. Ebenso hatte er unverkennbar gute Beziehungen zu der „nationalsozialistischen Reformbewegung“ in der deutschen Minderheit. Die Regierung Konstantin Päts, die einen Putsch von rechts befürchtete, beschloß dem zuvorzukommen und verkündete am 12. 3. 1934 den Ausnahmezustand, der gegen die „die öffentliche Ordnung gefährdende Tätigkeit“ der Freiheitskämpfer gerichtet war. Gleichzeitig wurde zum Oberbefehlshaber der Armee General Johan Laidoner (1884–1953) ernannt, der außerordentliche Vollmachten zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung erhielt. Laidoner war schon zweimal früher Oberbefehlshaber gewesen: zum ersten Mal im estnischen Freiheitskrieg und zum zweiten Mal bei der Niederwerfung des kommunistischen Umsturzversuches Ende 1924 in Reval. Die autoritäre Regierung Päts verbot die Parteien und schuf eine neue vaterländische Einheitsfront (Isamaa Liit), hinter die man „alle die Gesellschaft erhaltenden Kräfte“ zu bringen versuchte. Die Freiheitskämpfer unternahmen noch im Dezember 1935 einen erfolglosen Putschversuch. Estland erhielt im Jahre 1938 eine neue Verfassung, die dem Präsidenten sehr weitgehende Hoheitsrechte sicherte. Neben dem Präsidenten blieb jedoch das Zweikammer-Parlament (riigikogu) erhalten. Nach der neuen Verfassung wurde Päts zum ersten Präsidenten Estlands gewählt, und, wie sich später herausstellte, gleichzeitig zu seinem letzten. Die letzten Jahre des politischen Lebens in Estland während der Selbständigkeit waren von einer gewissen Liberalisierung des Parteiensystems bestimmt.

Die wichtigsten Parteien des lettischen Parteiwesens waren der zur Rechten zählende Bauernbund und die Sozialdemokratische Partei Lettlands, die trotz eines geringen Rückgangs ihrer Stimmzahl während der ganzen Zeit des Bestehens des lettischen Parlaments (Saeima) die größte Fraktion blieb. Der um den von Karlis Ulmanis (1877–1948) geführten Bauernbund herum entstandene Bauernblock, der auf dem letzten Reichstag 34% der Sitze gegen 28% der Sozialisten hatte, nahm aber in der Innenpolitik des agrarischen Lettland eine Schlüsselstellung ein. Der Anteil der Sitze der Parteien im Saeima, die die nationalen Minderheiten vertraten, blieb verhältnismäßig konstant, 15–17%.

Von den rechtsradikalen Gruppen war die wichtigste die Perkonkrusts-Bewegung (Donnerkreuz; ursprünglich Ugunkrusts, Feuerkreuz). Trotz vieler die Bewegung

mit dem Nationalsozialismus und dem Faschismus verbindender politischer und ideologischer Übereinstimmungen, zu denen u. a. der Kampf „gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden und Freimaurer“ zu rechnen ist, war ihr eigentliches Ziel doch die Emanzipation von allen fremden Einflüssen. Die Donnergrenzer kämpften unter der Führung Gustavs Celminš' (geb. 1899) für eine lettische Einheitskultur, was zugleich eine offene Herausforderung für die nationalen Minderheiten bedeutete – die Deutschen eingeschlossen. Weiter wurde gefordert, daß die Verfassung 1922 durch ein auf dem Führerprinzip beruhendes System ersetzt und das Parlament auf eine korporative Grundlage gestellt werde. Die Machtübernahme Hitlers in Deutschland verfolgten die Donnergrenzer genau so besorgt, wie auch die anderen lettischen Parteien. Die hauptsächliche Anhängerschaft der Bewegung konzentrierte sich auf die jungen lettischen Gebildeten, besonders auf die Studenten. Auch auf bürgerlicher Seite begegnete man den Donnergrenzern und anderen entsprechenden rechtsradikalen Organisationen mit Mißtrauen, aber die Regierung verfügte über keine genügend wirkungsvollen Mittel, um deren Tätigkeit zu unterbinden.

Der Bauernbund forderte eine Stärkung der Exekutive, aber seine Reformpläne scheiterten am Widerstand der Sozialisten. In dieser Situation unternahm Karlis Ulmanis, der im März 1934 eine sich auf den Bauernbund und die Minderheiten stützende Regierung gebildet hatte, mit Unterstützung der von General Janis Balodis geführten Armee und der Schutzkorpsorganisation am 15./16. 5. 1934 einen Staatsstreich nach estnischem Vorbild, der zur Auflösung der politischen Parteien führte. Es wurden politische Verhaftungen vorgenommen und Prozesse veranstaltet, bei denen u. a. das Mitglied des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Bruno Kalniņš und der Führer der Donnergrenzer Gustavs Celminš verurteilt und später des Landes verwiesen wurden. Als die Amtsperiode des vom Parlament gewählten Präsidenten 1936 endete, ermächtigte die Regierung Ulmanis, auch die Aufgaben des Staatsoberhauptes zu übernehmen. Wegen der inneren Meinungsverschiedenheiten der Regierung kam in Lettland keine neue Verfassung zustande, so daß das autoritäre Regierungssystem dort ohne eigentliche Legalisierung blieb.

In allen drei baltischen Republiken wurde in den 1920er Jahren eine Bodenreform durchgeführt, die außer den sozialpolitischen Zielen auch nationalen und innenpolitischen Bestrebungen diene. Im nationalpolitischen Sinne bedeutete die Bodenreform einen Schlag für die Deutschen in Estland und Lettland und für den polnischen Adel in Litauen. Innenpolitisch war es von Bedeutung, daß die Bodenreform die zuvor sehr dünne Schicht selbständiger Bauern verstärkte, die im politischen Leben der neuen Staaten einen stabilisierenden Faktor darstellen sollten. Das Wachsen des selbständigen Bauernstandes zeigte sich auch darin, daß die politische Bedeutung der Bauernparteien zunahm.

Für das Kulturleben war ein starkes Streben nach höherer Bildung kennzeichnend, der prozentuale Anteil der Studenten an ihrer Altersklasse besonders in Estland und Lettland gehörte zu den höchsten in Europa. In der allgemeinen kulturellen Orientierung bedeutet die Entwicklung während der Zeit der Selbständigkeit den bewußten Anschluß an den angelsächsischen und französischen Kulturkreis und anderer-

seits das Bestreben, den früher dominierenden deutschen Kultureinfluß zurückzudrängen. Im Bereich des Schulwesens wurde in Estland und Lettland das Englische zur ersten Fremdsprache, in Litauen dagegen das Französische.

Ihrer Nationalität nach war die Bevölkerung Estlands am einheitlichsten. Die Zahlen aus dem Jahre 1934 zeigen, daß der Anteil der Esten an der Gesamtbevölkerung von ca. 1,1 Mill. 88% betrug. Die größte nationale Minderheit waren die Russen mit 8,2% der Gesamtbevölkerung. Die Deutschen machten 1,5% aus. Die übrigen Minderheitsgruppen waren ganz unbedeutend. Die Esten hatten die überwiegende Mehrheit in allen Bezirken mit Ausnahme des Petschurgebietes südlich des Peipus-Sees, das 1920 an Estland gekommen war und wo 40000 Russen wohnten (ca. 64% der Gesamtbevölkerung des Gebiets). In demselben Gebiet lebten etwa 18000 Setukesen, die ihrer Nationalität nach zu den Esten gehörten, aber dennoch eine eigene, sich deutlich unterscheidende Gruppe bildeten.

Die Einwohnerzahl Lettlands betrug im Jahre 1935 1950000, wovon sich der Anteil der Letten auf 75,5% belief. Die Russen machten in Lettland 12% aus, die Juden 4,8%, die Deutschen 3,2% und die Polen 2,5%. Kompliziert wurde das Nationalitätenproblem in Lettland durch 300000 Lettgallen, die in dem ehemals polnischen Livland lebten und sich von der Hauptbevölkerung durch ihren historischen Hintergrund, ihre Religion und ihren Dialekt unterschieden. Eine außerordentlich bedeutende Stellung nahmen die Minderheiten in der Hauptstadt Riga ein, der größten und wichtigsten Stadt des ganzen Baltikums. Nach der Volkszählung des Jahres 1919 waren von den Einwohnern der Stadt nur etwas mehr als die Hälfte, nämlich 51,5%, Letten, dazu kamen 17% Deutsche, 13,5% Juden, 7% Russen und 5% Polen. Die Zahlen zeigen, daß die soziale und berufliche Struktur der Hauptbevölkerung und der Minderheiten stark voneinander abwichen. Die Hauptnationalitäten der baltischen Staaten begannen ihr selbständiges politisches Leben zu einem sehr großen Teil als Bauernvölker. Die nationalen Minderheiten spielten eine große Rolle in Handel und Industrie. In Lettland zum Beispiel waren von allen im Handel Beschäftigten weniger als die Hälfte, 41%, Letten.

Litauen hatte nach der Statistik des Jahres 1929 2,17 Mill. Einwohner. Davon waren 83,7% Litauer. Die größte nationale Minderheit waren die Juden mit 7,6%, dann folgten die Polen mit 3,2%, die Russen mit 2,7% und die Deutschen mit 1,6%. In Litauen war die jüdische Minderheit in großem Maße auf die Städte konzentriert, wo ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben und in einigen freien Berufen sehr groß war. In Kowno machten die jüdischen Wähler noch bei den Parlamentswahlen des Jahres 1923 32% der gesamten Wählerschaft aus, die Polen 31,5%, die Litauer 30% und die Deutschen 4,5%. Gleichzeitig befanden sich 13% des Einzelhandels in litauischen Händen. In Kowno soll es im Jahre 1935 145 jüdische und nur 22 nichtjüdische Rechtsanwälte gegeben haben.

In den Jahren der Wirtschaftskrise wurde versucht, nationale Gefühle gegen die Minderheiten zu erwecken. In Lettland hörte man u. a. Behauptungen, nach denen die Juden, die Deutschen und andere nationale Minderheiten sich vom lettischen Wirtschaftsleben die Sahne abschöpften und das weiterhin zu tun gedächten. In der

Zeit der autoritären Regierung Ulmanis wurde dann damit begonnen, das Wirtschaftsleben zu „lettisieren“. Die sprachlichen Rechte der nationalen Minderheiten u. a. hinsichtlich Schulen in der eigenen Sprache begann man auch besonders in Lettland und Litauen einzuschränken. Die ungewöhnlich niedrige Geburtenrate der Esten und Letten stellte auch ein heikles Problem in den Beziehungen zwischen der Mehrheitsnationalität und den Minderheitsnationalitäten dar. Unter diesen Umständen erschien die höhere Geburtenrate der slawischen Minderheitsnationalitäten als eine wirkliche Bedrohung der Stellung der Mehrheitsnationalität.

Litauens Beziehungen zu Polen wurden vom Streit um das Gebiet von Wilna gestört, das die Polen 1920 besetzt hatten; gegenüber Deutschland stellte die Frage des Memelgebietes, das wiederum die Litauer im Januar 1923 besetzt hatten, eine ähnliche Belastung dar. Die lettisch-deutschen Beziehungen wurden durch die Kulturpolitik der lettischen Regierung gegenüber den nationalen Minderheiten gestört.

I. Die Randstaaten werden vor die baltische Wahl gestellt

Für die zwischenstaatliche Entwicklung Europas in den 1930er Jahren war es charakteristisch, daß die Anstöße, die zur Änderung der Lage führten, meistens vom nationalsozialistischen Deutschland ausgingen. Der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen vom 26. 1. 1934 zertrümmerte einen sicherheitspolitischen Grundpfeiler der Sowjetunion: die deutsch-polnische Gegnerschaft.¹ In Moskau wurde das so gedeutet, daß die antisowjetischen Tendenzen in der deutschen Außenpolitik das Übergewicht bekämen. Diesen Verdacht äußerte schon am selben Tage Stalin selbst in einer Rede auf der 17. Konferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Als er in seinem außenpolitischen Überblick die deutsche Politik darstellte, sagte er, daß eine Richtung an die Macht komme, die an die expansive Ostpolitik des kaiserlichen Deutschland denken lasse, „die einmal die Ukraine eroberte, gegen Leningrad marschierte und die baltischen Länder in die Etappe ihres Marsches verwandelte.“² Die Bewahrung der Unabhängigkeit der baltischen Länder wurde jetzt ein Anliegen der Sowjetpolitik. Als der sowjetische Außenminister Maxim Litwinov am 28. März den deutschen Botschafter in Moskau Rudolf Nadolny traf, schlug er ein gemeinsames Protokoll der Sowjetunion und der baltischen Länder über die Unabhängigkeit der baltischen Länder vor, deren Erhaltung im Entwurf des Volkskommissars des Auswärtigen als eine der wesentlichsten Voraussetzungen zur Erhaltung des Friedens bezeichnet wurde. In Berlin nahm man zu dem Vorschlag Litwinovs eine völlig ablehnende Haltung ein, und man war auch nicht gewillt, den vom lettischen Premier- und Außenminister Karlis Ulmanis aufgeworfenen Gedanken weiterzubehandeln, daß auf der Grundlage des Vorschlages von Litwinov ein multilateraler Nichtangriffs- und Garantievertrag geschaffen würde, der den Frieden und den status quo des Baltikums sichern würde.³

Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt war außer in Moskau auch in den Hauptstädten der baltischen Länder mit Gefühlen der Unruhe aufgenommen worden. In die schwierigste Lage fühlte sich Litauen versetzt, dessen Außenpolitik weitgehend auf die traditionelle deutsch-polnische Gegnerschaft gebaut hatte. Die Weigerung Deutschlands, das Baltikumprotokoll zu unterzeichnen, konnte das Mißtrauen der Randstaaten gegen die deutschen Absichten nur verstärken. Man war der Ansicht, daß diese Umstände eine Entwicklung der Zusammenarbeit der Länder des Balti-

¹ Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*. Frankfurt a. M. 1968, S. 403–406.

² *Sovjet Documents Foreign Policy Selected and edited Jane Degras*. Vol. III. London 1953, S. 70 (künftig zit.: Degras).

³ Olli Vehviläinen, *Kansallissosialistinen Saksa ja Neuvostoliitto 1933–1934*. Helsinki 1966, S. 194–202.

kums forderte. Der estnisch-lettische Bündnisvertrag vom 17. 2. 1934 hatte schon eine Erneuerung und Erweiterung des Verteidigungsbündnisses aus dem Jahre 1923 bedeutet. Auf Anregung Litauens begannen dann im April die Verhandlungen über eine Erweiterung des Bündnisses. Die Besprechungen waren erfolgreich, und der Vertrag, die „Baltische Entente“, konnte im September desselben Jahres auf einer Völkerbundtagung in Genf unterzeichnet werden. Der Vertrag sah Zusammenarbeit und Konsultation in allen außenpolitischen Fragen mit Ausnahme der Wilna- und Memelprobleme vor, die durch den Vertrag nicht betroffen wurden. Sichtbarster Ausdruck der Baltischen Entente wurden die gemeinsamen Außenministerkonferenzen. Die wohlwollende Einstellung der Sowjetunion zum baltischen Zusammenschluß beruhte auf der Hoffnung, daß die Entente die Haltung der Randstaaten gegenüber deutschem Machtstreben festigen würde.⁴

Die Sowjetunion bemühte sich nach dem Scheitern des Baltikumprotokolls um die Verwirklichung der Idee der kollektiven Sicherheit mit anderen Mitteln. Nach dem Vorbild des 1925 geschlossenen Vertrages von Locarno, der die Grenzen in Westeuropa garantierte, wurde der Gedanke aufgeworfen, die Grenzen Osteuropas durch einen entsprechenden Vertrag zu garantieren. Gleichzeitig sollte die Sowjetunion dem Völkerbund beitreten. Neben der Sowjetunion zeigte in der Paktfrage Frankreich besonderes Interesse und entwickelte viel Initiative. Die Vertragsverhandlungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion hatten schon Ende 1933 begonnen, aber zu wirklichen Fortschritten kam es erst, nachdem Louis Barthou im April 1934 französischer Außenminister geworden war. Über den Vertragsentwurf, den Barthou Ost-Locarno getauft hatte, kam es bei den Verhandlungen zwischen ihm und Litwinov bis Ende Juni zur Übereinstimmung. Als Paktteilnehmer vorgesehen waren Polen, die Tschechoslowakei, Deutschland, die baltischen Staaten, Finnland und die Sowjetunion. Nach dem Vertragsentwurf sollten sich die Unterzeichnerstaaten gegenseitig die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen garantieren und sich verpflichten, einem angegriffenen Unterzeichnerstaat unmittelbaren Beistand zu gewähren. Der Vertrag sollte durch einen sowjetisch-französischen Beistandspakt ergänzt werden, eine Verknüpfung, die aus dem Vertrag von Locarno und dem Ostpakt ein zusammenhängendes Vertragssystem gemacht hätte.⁵ In Riga und Reval reagierte man mit Vorbehalt auf den Vertragsentwurf. Beide Regierungen erklärten, daß sie grundsätzlich für einen multilateralen Sicherheitsvertrag seien, aber sie machten den Einschluß Polens und Deutschlands zur Bedingung ihres Beitritts. Von den baltischen Staaten nahm nur Litauen einen vorbehaltlos positiven Standpunkt zu dem Vertrag ein.⁶ In diesen Zusammenhang gehören die Gespräche, von denen der damalige estnische Vizeaußenminister und spätere Botschafter in Stockholm, Heinrich Laretei, in seinen Memoiren berichtet, der Partner auf der anderen Seite war der Gesandte der Sowjetunion in Reval, Aleksei Ustinov. Nachdem Ustinov Laretei gegen-

⁴ Georg von Rauch, Geschichte der Baltischen Staaten. Stuttgart 1970, S. 153–154.

⁵ Geschichte der sowjetischen Außenpolitik I. Teil. Redaktion B. N. Ponomarev u. a. Berlin 1971, S. 345–348.

⁶ Olli Vehviläinen, Eine Front wider Hitler? Tampere 1971, S. 67–71.

über die Fesseln der diplomatischen Sprache beklagt hatte, die ihn daran hinderten, so offen und klar zu sprechen, wie er es gewünscht hätte, bot Laretei dem Botschafter die Gelegenheit zu einem inoffiziellen Gespräch, bei dem nicht „der Botschafter und der Vizeaußenminister, sondern Ustinov und Laretei“ miteinander sprechen konnten. Zum Abschluß des langen Gesprächs sagte Ustinov dann: „Sie mögen recht haben, aber bedenken Sie bei Ihren Berechnungen, daß die Sowjetunion einen deutschen Angriff nicht auf ihrem eigenen Boden abwehrt.“⁷

Hitler stand den Grundgedanken des Ostpaktes völlig ablehnend gegenüber. Der Ostpakt hätte eine Stabilisierung der Verhältnisse gerade in dem Teil Europas bedeutet, den Hitler als künftige deutsche Expansionsrichtung ansah. Trotz formeller Vorbehalte war die am 10. September überreichte Antwort Deutschlands sachlich gesehen eine Absage. Als Ablehnung war auch die im selben Monat überreichte Antwort Polens zu deuten.⁸ Obwohl die Verwirklichung des Ostpaktes zumindest in seiner ursprünglichen Form immer unwahrscheinlicher wurde, versuchte besonders Litvinov, von dem Vertrag zu retten, was zu retten war. Diesem Zweck diente auch der Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund im Herbst 1934. Es standen sogar zwei Wege offen, entweder ein beschränkter regionaler Pakt oder bilaterale Einzelabkommen, die dann zusammen ein umfassenderes Sicherheitssystem gebildet hätten. Die letztere Alternative setzte nicht nur einen sowjetisch-französischen Beistands- und Militärpakt voraus, in dem die Zusammenarbeit der Streitkräfte dieser Länder vereinbart worden wäre, sondern auch entsprechende Beistandspakte mit der Tschechoslowakei sowie mit den anderen Randstaaten, besonders den baltischen Ländern.⁹ Wieder einmal provozierten und beschleunigten deutsche Maßnahmen die Verhandlungen. Deutschland hatte im März 1935 wieder die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und sich somit offen den Bestimmungen des Versailler Vertrages widersetzt.¹⁰ Gleichzeitig verstärkten sich die sowjetfeindlichen Tendenzen in der nationalsozialistischen Propaganda. Die Sowjetunion wurde systematisch als Friedensstörer Europas dargestellt, womit offensichtlich bezweckt wurde, die deutsche Aufrüstung als berechtigt erscheinen zu lassen.¹¹

Ganz besonders aktiv war die Sowjetdiplomatie im Frühjahr 1935 im Baltikum. Die Sowjetregierung fragte am 6. 4. 1935 offiziell in Reval, Riga und Kowno an, ob die baltischen Staaten geneigt wären, dem Ostpakt auch in dem Falle beizutreten, daß Polen und Deutschland nicht beteiligt wären. Die Alternativen waren jetzt deutlich: die sowjetisch-französische oder die deutsch-polnische Richtung. Der Gedanke eines klar gegen Deutschland gerichteten Bündnisses, das die Anerkennung der sowjetischen Vorherrschaft im Baltikum bedeutet hätte, fand besonders in Reval und Riga keinen Beifall. Die baltische Außenministerkonferenz am 6. 5. 1935 in Riga endete mit der Feststellung, daß die baltischen Staaten den Maßnahmen, die der

⁷ Heinrich Laretei, *Saatuse mängukanniks*. Lund 1970, S. 191–192.

⁸ Vehviläinen 1971 S. 76–80, 168–169.

⁹ Ebenda S. 155.

¹⁰ Jacobsen S. 410–411.

¹¹ Vehviläinen 1971 S. 171.

Sicherheit Osteuropas dienten, ihre Unterstützung zusagten. Faktisch bedeutete das jedoch, daß sie eine Bindung an die eine oder andere Seite vermeiden wollten.¹²

Frankreichs Furcht vor einer immer größeren Isolierung trug dazu bei, daß am 2. 5. 1935 der lange verhandelte französisch-sowjetische Beistandspakt unterzeichnet wurde. Der Vertrag war zweifellos gegen die deutschen Expansionsbestrebungen gerichtet, aber seine Bedeutung wurde dadurch geschwächt, daß der ihn ergänzende Militärvertrag nicht zustande kam. Von dem ursprünglich geplanten Vertragsnetz wurde außerdem nur noch der Beistandspakt mit der Tschechoslowakei verwirklicht.¹³ So war vom sowjetischen Standpunkt betrachtet das Baltikum weiterhin völlig ungesichert. Besonders bedenklich mußte das deswegen erscheinen, weil das im Juni 1935 geschlossene deutsch-britische Flottenabkommen die Stellung Deutschlands als Seemacht wesentlich stärkte.

Eine neue direkte Herausforderung aller eine status quo-Politik betreibender Staaten seitens Deutschlands stellte die Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes dar, die am 7. 3. 1936 begann. Gleichzeitig demonstrierte dieses Vorgehen der Sowjetunion, wie unentschlossen die Westmächte, besonders Frankreich, in ihrer Politik Deutschland gegenüber waren.¹⁴ Die Sowjetunion beeilte sich nun, in unmißverständlicher Form ihre Auffassung von der Stellung des Baltikums bei einem möglichen Konflikt darzulegen. Auf Einladung von Marschall K. J. Vorošilov nahmen die Generalstabschefs der drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen mit ihren engsten Mitarbeitern an den Maifeierlichkeiten des Jahres 1936 in Moskau teil. Nach Oberst R. Maasing, der außer General Nikolai Reek zur estnischen Delegation gehörte, lud ihn der Chef des Nachrichtendienstes im sowjetrussischen Generalstab, Kommissar S. P. Uritski,¹⁵ während des Besuches zu einem Gespräch unter vier Augen ein, in dessen Verlauf Uritski die weltpolitische Lage vom Standpunkt der Sowjetunion darlegte: „Deutschland verwandelt sich in einen aggressiven imperialistischen Staat. Die Sowjetunion hat die Entwicklung in Deutschland genau und sorgfältig verfolgt. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß Deutschland wieder den ‚Drang nach Osten‘ beginnt und daß es Pläne zur Eroberung Estlands, Lettlands, Litauens und Polens schmiedet.“ Mit ganz besonderer Heftigkeit betonte Uritski – nach Maasing –, daß sich die Sowjetunion niemals mit den bestehenden Verhältnissen zufriedengeben würde, wenn Deutschland sich wirklich nach Osten vorzuschieben begännen. Uritski ermahnte den Generalstab des estnischen Militärs, sich darüber Gedanken zu machen, und er verhehlte nicht seine Auffassung, daß der einzige Schutz vor einer deutschen Aggression in einem Militärbündnis mit der Sowjetunion bestehe. Auf dasselbe Thema kam Marschall Vorošilov bei einem Festessen zu Ehren der Militärdelegation der baltischen Staaten zurück, wobei er als

¹² Rauch S. 160; Keijo Korhonen, *Turvallisuuden pettäessä*. Helsinki 1971, S. 60; Vehviläinen 1971, S. 131–132.

¹³ Ponomarev u. a. S. 356–360.

¹⁴ Max Beloff, *The Foreign Policy of Soviet Russia II 1936–1941*. London 1949, S. 49–50.

¹⁵ Uritski wurde auf Befehl Stalins am 1. 11. 1937 verhaftet und bald danach liquidiert.

einigen Weg zur Gewährleistung der Sicherheit der baltischen Länder „das Militärbündnis mit der Sowjetunion“ nannte.¹⁶ Es besteht kein Zweifel daran, daß von der Sowjetunion aus die baltischen Länder als vorgeschobene Posten betrachtet wurden.

Nur eine Woche später, vom 7.–9. Mai 1936 versammelten sich die Außenminister der baltischen Staaten zu ihrer regelmäßigen Konferenz in Reval, wo vor allem eine gemeinsame sicherheitspolitische Linie gesucht wurde. Im Schlußkommuniqué der Konferenz sprach man sich für den Völkerbund und für kollektive Sicherheit als beste Friedensgarantie aus. Nicht leugnen wollte man damit „die Zweckmäßigkeit und den Nutzen territorialer Sicherheitssysteme, jedoch unter der Bedingung, daß sie in ein allgemeines Sicherheitssystem eingepaßt sind.“¹⁷ Die sprachliche Form des Schlußkommunikés war ganz deutlich dazu bestimmt, Moskau zu beruhigen, denn der Hinweis auf die territorialen Sicherheitssysteme bedeutete wenigstens nach der Versicherung des estnischen stellvertretenden Außenministers H. Laretei keine Annäherung an den russisch-französischen Block.¹⁸ Deutschland tat gleichzeitig natürlich sein Bestes, um die Baltische Entente aus dem Einflußbereich der Sowjetunion herauszuhalten. In dieser Hinsicht wurde es auch von Polen unterstützt.¹⁹ Auf längere Sicht versuchte Deutschland von der Mitte der 1930er Jahre an seinen Einfluß in diesem Gebiet besonders mit wirtschaftlichen Mitteln zu stärken. Seit 1935 zeigte die deutsche Kriegsmarine Interesse an der estnischen Brennschieferindustrie und hatte sich durch langfristige Verträge einen beträchtlichen Anteil der Produktion gesichert.²⁰ Zur selben Zeit begann Deutschland, dessen Rohstoffvorräte sehr begrenzt waren, sich auch für die estnischen Phosphatvorkommen zu interessieren. Die „Eesti Fosforit“ bekam aus Deutschland Kredite, und gleichzeitig schloß der IG-Farben-Konzern, ein Großverbraucher von Phosphaten, mit der genannten Gesellschaft einen Liefervertrag.²¹ Der deutsch-litauische Handelsvertrag vom 5. 8. 1936 ist nicht nur als wirtschaftlicher, sondern auch als politischer Erfolg für Deutschland zu betrachten, denn der Vertrag schwächte die Stellung Litauens in dem umstrittenen Memelgebiet.²²

Die weitere Entwicklung der politischen Lage in Europa schien in den Augen der Sowjetunion nur ihr Mißtrauen gegen die Politik Deutschlands wie auch der Westmächte zu bestätigen. Der Argwohn gegen die Politik der Westmächte war schon durch den Abessinienkrieg bekräftigt worden, der die Wirkungslosigkeit der Sanktionspolitik des Völkerbundes und die Bereitschaft Englands und Frankreichs zum

¹⁶ R. Maasing, Eesti ja N. Liidu sojaväliste delegatsioonide läbirääkimisi 1939 a oktoobris. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas II. S. 44.

¹⁷ Schlußkommuniqué der Konferenz nach der Tageszeitung Helsingin Sanomat (10. 5.).

¹⁸ Stellvertr. Geschäftsträger Ingman aus Reval 14. 5. 1936 UM 5C/12.

¹⁹ Siehe z. B. Palins Bericht aus Riga vom 7. 4. 1936 UM 5C/16.

²⁰ Rauch S. 161.

²¹ R. Czollek, Estnische Phosphorit im Griff der I. G. Farbenindustrie A. G. Eesti Teaduste Akademia toimetused 4/1966 S. 433–439.

²² Beloff II S. 78; Kostas Navickas, The Struggle of the Lithuanian People for Statehood. Vilnius 1971, S. 92.

Kompromiß mit dem Angreifer bewies.²³ Der spanische Bürgerkrieg, der im Sommer 1936 begann, bedeutete einen neuen Schlag für die als Vorkämpfer kollektiver Sicherheit auftretende Sowjetunion. Als sich herausstellte, daß die Aufständischen Francos direkte Militärhilfe aus Deutschland und Italien bekamen, forderte die Sowjetunion eine effektivere Unterstützung der republikanischen Regierung Spaniens. England und Frankreich hielten jedoch an ihrer Nichtinterventionspolitik fest, was Franco half, allmählich das Übergewicht zu gewinnen.²⁴ Der deutsch-japanische Antikominternpakt vom 25. November mußte in Moskau nur das Gefühl verstärken, politisch isoliert zu werden.²⁵ Auf diesem Hintergrund ist zweifellos die Rede zu betrachten, die der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Bezirksorganisation Leningrad, Andrei A. Ždanov, vor dem 8. Sowjetkongreß am 29. 11. 1936 in Moskau hielt. In dieser vielbeachteten Rede warnte Ždanov die an das Leningrader Gebiet grenzenden Kleinstaaten, ihr Territorium als Aufmarschgebiet für gegen die Sowjetunion gerichtete Angriffe faschistischer Staaten zur Verfügung zu stellen. Dem anwesenden lettischen Geschäftsträger zufolge hatte Ždanov außerdem gesagt, daß „die Fenster der Nordwestgrenze im Kampf zur Verteidigung des Sozialismus auch erweitert werden können“. Wie Korhonen festgestellt hat, steht der Gedanke an sich nicht in Widerspruch zum defensiven Ton der Rede.²⁶

Die Außenministerkonferenz der Baltischen Entente am 9.–11. 12. 1936 in Riga beschloß, die Neutralität als einzige richtige Linie dieser Länder zu betonen: es sei zu vermeiden „sich der einen oder anderen Seite zuzuneigen und man dürfe sich an keiner Art von Großmachtblock beteiligen“.²⁷

Neutralität war jedoch in den Augen Moskaus keine außenpolitische Tugend und keine Alternative. In sehr scharfem Ton wurde dies noch im gleichen Monat in einer Rede des sowjetischen Gesandten Karskij in Kowno ausgedrückt. Der Gesandte glaubte nicht, daß die baltischen Länder außerhalb eines möglicherweise in Europa ausbrechenden Konfliktes bleiben könnten und daß die Verkündigungen der Neutralität deshalb nur „den Appetit des Angreifers anrege“. Nur die Sowjetunion könne die baltischen Staaten schützen.²⁸

Ungeachtet dieser deutlichen Meinungsverschiedenheiten, die jetzt zwischen der Sowjetunion und den baltischen Ländern, besonders in der Einstellung zur kollektiven Sicherheit, zu beobachten waren, brachte das folgende Jahr nicht eine Verschärfung dieser Spannungen, sondern im Gegenteil eine gewisse Entspannung. Im Februar 1937 besuchte der Generalstabschef der Roten Armee, Marschall A. I. Egorov, Riga, Reval und Kowno. Er erwiderte damit den Moskau-Besuch der baltischen

²³ Ponomarev S. 363–365.

²⁴ Ebenda S. 368–371.

²⁵ Beloff II S. 62.

²⁶ Korhonen S. 136; zur Deutung der Rede siehe auch Juhani Suomi, *Talvisodan tausta. Neuvostoliitto Suomen ulkopoliitikassa 1937–1939*. I. Helsinki 1973, S. 43.

²⁷ Palin aus Riga 16. 12. 1936, UM 5C/16.

²⁸ Beloff II S. 79.

Generalstabschefs vom Vorjahre. In einer Rede in Riga betonte Egorov die schützende Rolle der Roten Armee: „Indem die Rote Armee ihre Grenzen schützt, ist sie einer der wichtigsten Faktoren zur Sicherung des Friedens in Europa und im Baltikum insbesondere.“ Egorovs Rede enthielt auch einen Hinweis auf die kollektive Sicherheit, indem er feststellte, daß beider Länder „Armeen von den unseren beiden Staaten gemeinsamen Prinzipien des allgemeinen, unteilbaren Friedens geleitet werden.“ Ein besonderer politischer Erfolg scheint Egorovs Besuch nicht gewesen zu sein. Trotz der Bemühungen der sowjetischen Gesandtschaft und sogar des Außenministers Munters hat Präsident Ulmanis den Sowjetmarschall nicht empfangen.²⁹

Außenminister Munters sollte im Juni 1937 einen offiziellen Besuch in der Sowjetunion machen. Vilhelms Munters war im Juni 1936 Außenminister geworden, man darf ihn aber als den wirklichen Leiter der lettischen Außenpolitik schon vom Beginn der Ära Ulmanis an betrachten. Er war 1898 geboren und seiner Herkunft nach teils Deutscher, teils Este. In den Jahren 1918–1919 hatte er auf deutscher Seite gekämpft und war von den Esten gefangen genommen worden, wobei er knapp einem Todesurteil entging. Im lettischen Außenministerium hatte er Karriere seit 1920 gemacht: 1925 war er zum Leiter der Abteilung Baltikum ernannt worden, 1931 zum Leiter der Verwaltungsabteilung und 1933 zum Generalsekretär des Außenministeriums. Seit Herbst 1936 hatte Munters auch als Vertreter Lettlands im Völkerbundrat einen Sitz gehabt. Munters galt als fähiger und ehrgeiziger Politiker, der bestrebt war, der Außenpolitik seines Landes immer einen kleinen Vorsprung vor den anderen baltischen Staaten zu sichern. Ein populärer Politiker war er in Lettland schon alleine seiner Herkunft wegen jedoch nicht. Besonders in den Offizierskreisen des Landes hatte er Gegner.³⁰

Munters traf am 15. Juni in Moskau ein und wurde geradezu großartig empfangen. Dem Gast wurde ungewöhnliche Aufmerksamkeit erwiesen, was u. a. daraus hervorgeht, daß er Gelegenheit hatte, mit Stalin selbst zu sprechen. Der Besuch sollte ursprünglich nur drei bis vier Tage dauern, aber in Wirklichkeit blieb der Außenminister insgesamt zehn Tage in Moskau. Während des Besuches wurde oft das Wohlwollen der Sowjetunion für den lettischen Staat und das lettische Volk betont. Die politisch zentrale Frage in den Gesprächen zwischen Munters und Litvinov war die Anwendung von Artikel 16 der Satzung des Völkerbundes. Nach den Informationen, die Palin von Munters erhielt, hatte Litvinov dabei deutlich hervorgehoben, daß „die Empfehlungen des Völkerbundesrates bezüglich der Verwirklichung auch militärischer Sanktionen für alle Mitgliedsstaaten unbedingt verbindlich sein sollten, und daß das Transitrecht der Streitkräfte einer fremden Macht in einem in der Satzung vorgesehenen Fall ebenfalls von der Zustimmung des betreffenden Mitgliedsstaates unabhängig sein sollte.“ Munters hielt jedoch eine buchstabengetreue Auslegung des Sanktionsartikels für offensichtlich überlebt und vertrat die Ansicht, daß die

²⁹ Sack aus Riga 26. 2. 1937. AA Pol. Ab. VI. Politische Beziehungen des Baltikums zu Rußland 18. 5. 1936–23. 7. 1941.

³⁰ Angaben zur Person Munters' und Beurteilungen FO 419/33/163; stellvertr. Geschäftsträger Wanne aus Riga 15. 7. 1936.

betreffenden „Maßnahmen ihres Charakters wegen in der Praxis immer von der Zustimmung des betreffenden Staates abhängig bleiben werden und im Prinzip auch bleiben sollen.“ Litvinov war offensichtlich unzufrieden mit der Antwort Munters' gewesen und hatte den lettischen Standpunkt als Folgeerscheinung der deutschen „Einschüchterungspolitik“ gedeutet.³¹ Der Besuch erfüllte somit nicht die politischen Hoffnungen, die die Sowjetunion daran geknüpft hatte.

Wenn man trotz allem von einer gewissen Entspannung in den Beziehungen der Sowjetunion zu Estland und Lettland sprechen konnte, so war das nicht so sehr das Resultat irgendeiner positiven Entwicklung, als vielmehr die Folge der passiven Sowjetpolitik. Diese äußerte sich u. a. in dem friedlicheren Ton, den die Leningrader Tagespresse den baltischen Ländern gegenüber anschlug.³² Der Kreml ergriff auch keine neuen Initiativen in seinen Beziehungen zu den Randstaaten. Das war wenigstens zum Teil die Folge davon, daß das Hauptaugenmerk des sowjetischen Staates nach innen gerichtet war, auf die Stärkung der inneren Front. Stalin hatte begonnen, seine potentiellen Widersacher in den großen Säuberungen zu liquidieren; der erste große Prozeß, der „Prozeß der sechzehn“ (unter den Angeklagten waren L. B. Kamenew und G. J. Zinoviev) hatte im August 1936 stattgefunden, und der letzte der großen Prozesse gegen Rykov, Buharin u. a. wurde im März 1938 durchgeführt, aber die Säuberungen kann man erst ab Anfang 1939 als abgeschlossen betrachten. Liquidiert wurden auch zahlreiche Offiziere der mittleren Dienstgrade und fast alle sowjetischen Gesandten in Europa und Asien. Die vielleicht wichtigste Folge der Säuberungen in außenpolitischer Hinsicht war, daß sie das Vertrauen in die innere Geschlossenheit der Sowjetunion und in ihre militärische Leistungsfähigkeit erschütterte.³³

Die tschechoslowakische Krise begann schon mit dem Anschluß Österreichs. Der die Zersplitterung der Tschechoslowakei verwirklichende Münchener Vertrag bewies Moskau dann endgültig die Unzulänglichkeit multilateraler Bündnis- und Garantieverträge. Die Westmächte hatten sich mit Deutschland, das in der Sowjetunion als Hauptfriedensfeind galt, geeinigt, ohne auch nur die Sowjetunion von ihrer Maßnahme zu unterrichten, die doch immerhin formell mit Frankreich verbündet war. Die auf dem status quo-Denken gründende kollektive Sicherheitspolitik, die vor allem auf der engen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit Frankreich beruhte, hatte endgültig ihre Glaubwürdigkeit als Mittel der Friedenssicherung verloren.³⁴ Der Kreml glaubte nun an die Unvermeidlichkeit des Krieges. So sagte Molotov in seiner Rede am 6. 11. 1938 in Moskau: „Der zweite imperialistische Krieg hat begonnen.“³⁵ Zwischen den deutschen Imperialisten und den englisch-französischen Im-

³¹ Palin aus Riga 19. 7. 1937 UM 5C/16.

³² Sommer aus Leningrad 10. 4. 1937, AA. Pol. Abt. VI. Politische Beziehungen des Baltikums zu Deutschland 20. 5. 1936–17. 7. 1941.

³³ Isaac Deutscher, Stalin. A Political Biography. Oxford 1949, S. 333, 372–384; Korhonen S. 140; Robert Conquest, Den stora terrorn. Halmstad 1971, S. 397–402.

³⁴ Korhonen S. 117–118.

³⁵ Beloff II S. 219.

perialisten scheint es für die Sowjetunion keinen großen Unterschied gegeben zu haben. Stalin hatte sich in den Jahren 1935–1937 um die Gründung einer antifaschistischen Koalition bemüht und das war mißlungen. Viele Historiker sind der Ansicht, daß der Gedanke irgendeines Vertrages mit Deutschland Stalin bald nach München gekommen ist. Das setzte natürlich gleichzeitig eine große taktische Elastizität voraus, damit sich die Sowjetunion als Vorkämpfer einer antifaschistischen Front nicht kompromittierte.³⁶ Aber wenn die Sowjetunion auch nur als Möglichkeit ein Bündnis mit Hitler, dem Hauptgegner der status quo-Politik und der kollektiven Sicherheit, in Erwägung zu ziehen begann, schwankten die Grundlagen der Randstaaten, denn es war kaum anzunehmen, daß diese beiden Mächte, die in den Friedensverträgen des Ersten Weltkriegs schlecht weggekommen waren, sich auf der Grundlage des status quo einigen würden. Das machtpolitische Gleichgewicht in Europa war gestört und das begriff man auch im Baltikum. Das Schicksal der kleinen Völker stand jetzt auf des Messers Schneide.

³⁶ Deutscher S. 420, 428; Beloff II S. 211.

II. Die Neutralitätspolitik als mißlungener Versuch, die baltische Wahl zu umgehen

1. Litauen ändert seine außenpolitische Linie

Litauen bekam als erster der baltischen Staaten die Anspannung der politischen Lage in Europa zu spüren, und außenpolitische Mißerfolge zwangen es, eine politische Neuorientierung zu erwägen. Die deutschen Truppen marschierten am 12. 3. 1938 in Österreich ein. Am selben Tag ereignete sich, offensichtlich von der polnischen Regierung provoziert, ein Zwischenfall an der litauisch-polnischen Demarkationslinie im Wilnagebiet. Presse und Rundfunk in Polen eröffneten eine antilitauische Propagandakampagne, und an der litauischen Grenze wurden polnische Truppen konzentriert. Polen stellte danach am 17. März der litauischen Regierung ein Ultimatum, in dem die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gefordert wurde, die 18 Jahre lang geruht hatten. Litauen mußte in dieser Situation berücksichtigen, daß eine ablehnende Antwort die unmittelbare Gefahr einer Invasion nicht nur von Polen im Osten, sondern auch von Deutschland im Westen bedeutet hätte. Hitler hatte am 18. März der Wehrmacht Befehl gegeben, im Falle eines militärischen Konfliktes große Teil Westlitauens bis in die Nähe von Schaulen zu besetzen. Ohne politische Unterstützung durch ausländische Mächte sah die litauische Regierung in dieser Zwangslage keine andere Möglichkeit, als das Ultimatum innerhalb der gegebenen Frist am 19. März anzunehmen.¹ Formell handelte es sich um ein sehr bescheidenes Zugeständnis, aber faktisch bedeutete es den Verzicht auf die Forderungen bezüglich des Wilnagebietes. Das Regime des Präsidenten Antanas Smetona hatte aus diesem Grund zweifellos einen ernsten Prestigeverlust erlitten. In den Stimmungsberichten der litauischen Sicherheitspolizei zeigt sich die Verstärkung der regierungsfeindlichen Haltung: „Die Nachrichten, daß das polnische Ultimatum angenommen ist, haben eine sehr ungünstige Reaktion bei der Bevölkerung hervorgerufen ... Man fühlte, daß Wilna aufgegeben war, und deshalb gab es starke Empfindungen der Unruhe und der Unzufriedenheit mit der Regierung ... Viele waren der Ansicht, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen nur zu dem gleichen Schicksal führe wie dem Österreichs.“²

Das Nachgeben der Regierung wurde weithin als antinationale Politik bezeichnet, was Protestreaktionen ebenso bei der bürgerlichen wie auch bei der linken Opposition hervorrief. Infolge der Ereignisse mußte die Regierung Tübelis, die seit 1929 ununterbrochen im Amt gewesen war, zurücktreten. Die neue Regierung bildete der Militärführer V. Mironas, der schon jahrelang enger Freund und Berater des Präsidenten Smetona gewesen war. Der starke Mann der Regierung war aber General

¹ Navickas S. 97–101; Rauch S. 165.

² Bericht der litauischen Sicherheitspolizei aus dem Kreis Siauliai, zitiert nach Navickas, S. 101.

Stasys Raštiks, der Verteidigungsminister geworden war. Der Regierung gehörten weiterhin nur Mitglieder der herrschenden Tautininkai-Partei an.³

Die herrschenden Kreise Litauens waren zweifellos auch unzufrieden mit der ungenügenden Unterstützung durch die Sowjetunion während der Krise, was den litauischen Politikern zu denken gab, war die Sowjetunion doch bis dahin den litauischen Auffassungen in der Wilnafrage gefolgt.⁴ Daß die Sowjetregierung Litauen nicht konkretere Hilfe gab, wurde in einigen ausländischen Beurteilungen als Beweis für den Zustand der Unsicherheit gesehen, in den die Säuberungen, die alle Bereiche des Lebens betroffen hatten, die Sowjetunion geführt hatten.⁵

Das Münchener Abkommen verstärkte auch in Litauen das Gefühl der Unsicherheit, und man ahnte, daß das Memelgebiet bald in die Gefahrenzone kommen würde. Nach dem finnischen Gesandten in Riga und Kowno, Edvard Palin, hatten die Ereignisse in der Tschechoslowakei auf Litauen einen tieferen Eindruck gemacht als auf irgendein anderes nicht vom Konflikt betroffenes Land. Dafür gab es mehrere Erklärungen. Litauen hatte seine eigene Sudetenfrage: „Memel“. Mit der Tschechoslowakei war es auch in seiner geostrategischen Lage und in seiner außenpolitischen Richtung zu vergleichen, die auf die Freundschaft zwischen der Sowjetunion, Frankreich und England sowie auf die kollektive Sicherheit baute.⁶ Die Sorge der litauischen Regierung geht auch daraus hervor, daß der litauische Geschäftsträger in Berlin, Karelka, auf dem Höhepunkt der Krise beauftragt wurde, in der Wilhelmstraße nachzufragen, ob Hitlers Worte, daß Deutschland nach der Lösung der sudetendeutschen Frage keine territorialen Forderungen mehr in Europa habe, auch Litauen meinten. Botschaftsrat Grundherr ließ sich jedoch nicht dazu verleiten, Hitlers Worte auszulegen, sondern begnügte sich mit der Feststellung, daß nur ein genaues Befolgen des Memel-Statutes⁷ vonseiten Litauens die Voraussetzungen für die litauisch-deutschen Beziehungen schaffen könnte. Gleichzeitige inoffizielle Kontakte ließen die Schlußfolgerung zu, daß Litauen wegen Memel nicht seine Existenz aufs Spiel setzen würde, sondern daß es zu vertraulichen Gesprächen über diese Frage mit Deutschland bereit sei.⁸ Nur einige Wochen nach dem Münchener Abkommen verknüpfte Hitler in einer Order an die Wehrmacht vom 21. Oktober schon die „endgültige Lösung“ der tschechoslowakischen Frage mit dem Memelproblem. Hitler forderte nämlich, daß die Wehrmacht jeden Augenblick bereit sein sollte, die Rest-Tschechei zu liquidieren und das Memelgebiet in Besitz zu nehmen.⁹

³ Rauch S. 165, Navickas S. 102–103, Albertas Gerutis, *Independent Lithuania. Lithuania 700 years*. New York 1969, S. 229.

⁴ Leonas Sabaliūnas, *Lithuania in Crisis*. Indiana University Press 1972, S. 15–16.

⁵ Z. B. Helsingin Sanomat, Leitartikel 20. 3. 1938.

⁶ Palin aus Riga 7. 11. 1938 UM 5C/26.

⁷ Mit der Memelkonvention vom 8. 5. 1924 (Unterzeichner: Frankreich, England, Italien, Japan und Litauen) wurde das Gebiet Litauen übertragen. Die Litauer hatten dieses Gebiet 1923 besetzt.

⁸ Grundherr's Denkschrift 21. 9. 1938. ADAP, Serie D, Bd. V S. 388.

⁹ Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945*. Bd. I. Würzburg 1962, S. 960.

Die Entwicklung der Ereignisse in Mitteleuropa verlangte eine Überprüfung der bisherigen litauischen Außenpolitik und der Herstellung guter Beziehungen mit allen Nachbarländern, besonders mit Deutschland, aber auch mit Polen. Mit der Normalisierung der Beziehungen zu Polen wollte man ein gewisses Gegengewicht zum deutschen Druck schaffen, während vertrauensvolle Beziehungen mit Deutschland Litauen Sicherheit geben könnten, falls Polen aggressiv werden sollte.¹⁰

Man kann also tatsächlich von einer neuen außenpolitischen Linie Litauens sprechen, weil dessen Beziehungen und Einstellungen zu den drei großen Nachbarländern – der Sowjetunion, Deutschland und Polen – sich änderten. Aus diesem Grunde wurden alle Chefs der litauischen Auslandsvertretungen in Europa Ende Oktober 1938 zu einer Informationskonferenz nach Kowno beordert. An dieser eine Woche dauernden Gesandtenkonferenz nahmen von den Regierungsmitgliedern außer Außenminister Urbšys auch der Ministerpräsident und der Kriegsminister teil. Bei der Konferenz wurde festgestellt, daß weitgehende Zugeständnisse in der Memelfrage notwendig seien und daß man sich bei neuen Meinungsverschiedenheiten nicht mehr an die Unterzeichnerstaaten wenden solle, sondern sie direkt mit Deutschland zu klären habe. Die Verbesserung der Beziehungen zu Polen setzte voraus, daß die Wilnafrage nicht auf der Tagesordnung erschien. Das in Litauen tätige Komitee für die Rückgabe Wilnas sei deshalb aufzulösen und polenfeindliche Äußerungen in der Presse seien zu verhindern. Nach den Informationen, die Hynninen in Reval erhielt, war die Konferenz bezüglich der politischen Lage einer Meinung. Für den einzigen Mißton sorgte der litauische Gesandte in Moskau, J. Baltrusaitis, der sowohl den neuen Freundschaftsbeziehungen als auch ihrer Dauer skeptisch gegenübergestanden haben soll.¹¹ Mit Polen wurden dann am 28. November die unterbrochenen Handelsbesprechungen wieder aufgenommen, die am 22. Dezember mit der Unterzeichnung des Handelsvertrages endeten. Der Vertrag enthielt auch Bestimmungen über den polnischen Transitverkehr über den Memeler Hafen, was das Interesse der Polen an der litauischen Position zeigte.¹²

Sofort nach Beendigung der Gesandtenkonferenz beeilte sich der litauische Gesandte in Berlin, Šaulys, die Wilhelmstraße davon zu unterrichten, daß Litauen genau wie die anderen Randstaaten den Artikel 16 der Völkerbundsatzung, d. h. den sog. Sanktionsartikel, als rein fakultativ betrachte.¹³ Als außenpolitische Richtung Litauens setzte sich also Ende 1938 das Streben nach Neutralitätspolitik durch. Die litauische Regierung verpflichtete sich am 23. Dezember offiziell zur Neutralität: „In vollem Bewußtsein seiner geographischen Lage muß Litauen sich vor allem auf sich selbst verlassen.“ Das offizielle Organ der nationalistischen Regierung, Lietuvos Aidas, schrieb, daß die Regierung mit dieser Verkündung „zweifellos

¹⁰ Siehe Grundherrs Denkschrift zur Memelfrage 25. 11. 1938, ADAP, Serie D, Bd. V S. 406.

¹¹ Hynninen aus Reval 11. 11. 1938 UM 5C/12; Preston aus Kowno 24. 10. 1938, FO 419/32/176.

¹² Rauch S. 166.

¹³ Bismarcks Denkschrift 31. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. V S. 396.

ihren Standpunkt der kollektiven Sicherheit aufgegeben habe“.¹⁴ Zu der neuen Richtung gehörte in Litauen auch das besondere Neutralitätsgesetz vom 25. 1. 1939, mit dem der Präsident bevollmächtigt wurde, das Land im Bedarfsfalle als neutral zu erklären.¹⁵

2. Memel – das deutsche Sprungbrett zum Baltikum

Hitler hatte in seinen programmatischen Schriften der 1920er Jahre das Baltikum als potentiell Lebensraum-Gebiet Deutschlands betrachtet, und nichts deutet darauf hin, daß er in den 1930er Jahren seine politischen Fernziele in dieser Hinsicht irgendwie geändert hätte.¹⁶ Dem deutschen Gesandten in Rom, von Mackensen, teilte Hitler im April 1938 vertraulich mit: „Das Baltikum ist nächst den Sudetendeutschen unser Ziel ... über Nichtdeutsche wollen wir nicht herrschen, aber wenn schon (!), dann über die Randstaaten.“¹⁷ Die Nationalitätspolitik des Dritten Reiches versuchte bald nach Hitlers Machtergreifung alle ausländischen deutschen Volksgruppen im Geiste des Nationalsozialismus gleichzuschalten. Besonders nachdem die „Volksdeutsche Mittelstelle“ mit geheimer Weisung vom 2. 7. 1938 bevollmächtigt worden war, alle Beziehungen zu den auslandsdeutschen Volksgruppen zu koordinieren, wurden auch die Baltendeutschen immer fester an die Leine Berlins genommen. Besonders gilt das für Lettland, während es der offiziellen Führung der deutschen Volksgruppe in Estland besser gelang, ihre Unabhängigkeit von der „Bewegung“ zu bewahren.¹⁸ Eine besondere Bedeutung als Instrument der nationalsozialistischen Machtpolitik bekam die Memeler nationalsozialistische Bewegung und ihr Führer Dr. Neumann, der hier gewissermaßen dieselbe Rolle spielen sollte wie K. Henlein im Sudetengebiet der Tschechoslowakei.

Sowohl die Verfahrensweise als auch die Ziele, die Deutschland in seiner Politik während der selbst erzeugten Memelkrise verfolgte, wurden deutlich in von Grundherrs Denkschrift vom 25. 11. 1938 formuliert: „Überragender Einfluß Deutschlands in Litauen, der enge politisches, militärisches und wirtschaftliches Zusammengehen Litauens mit Deutschland (ähnlich wie im Falle Tschechei) sicherstellt. Hierfür zweckmäßig: Gewährung litauischer Freihafenzone in Memel, wodurch auch Stadt und Hafen ihr erforderliches natürliches wirtschaftliches Hinterland behalten.“ Die Rückgliederung des Memelgebietes ins Reich sollte nach der Denkschrift mit dem Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung begründet werden. Bei den

¹⁴ Navickas S. 109.

¹⁵ Gerutis S. 230.

¹⁶ Seppo Myllyniemi, Die Neuordnung der baltischen Länder 1941–1944. Helsinki 1973, S. 39.

¹⁷ Rauch S. 172.

¹⁸ Jacobsen S. 243–244; Reinhard Wittram, Rückblick auf den Strukturwandel der deutsch-baltischen Volksgruppen im letzten Jahrzehnt vor der Umsiedlung. Festschrift Percy Ernst Schramm. Bd. II, Wiesbaden 1964, S. 231–250; Rauch S. 142–145.

Landtagswahlen am 11. Dezember würde die Bevölkerung ihren Willen demonstrieren und der Landtag würde bei seiner ersten Sitzung „die Rückgliederung des Gebiets in das Reich“ beschließen. Die deutsche Reichsregierung hätte dann ihrerseits die Wiedervereinigung für endgültig zu erklären und den Beschluß des Landtages zu bestätigen. Das Gelingen der Aktion setzte nach von Grundherr auch eine gewisse militärische Bereitschaft voraus.¹⁹ Da war das traditionelle Arsenal der Annexionspolitik, diplomatische, militärische und politische Druckmittel, verbunden mit der separatistischen Politik einer aus Berlin gelenkten nationalen Minderheitsgruppe, die das Eingreifen in innere Angelegenheiten Litauens ermöglichen sollte. Der Hinweis von Grundherrs auf die Tschechoslowakei und besonders die von ihm verwendete NS-Terminologie²⁰ deuten darauf hin, daß das endgültige Ziel darin bestand, Litauen zu einer Art von Protektorat zu machen.²¹

Die litauische Regierung zeigte jetzt die Bereitschaft zu Zugeständnissen, die über die Bestimmungen der Memelkonvention hinausgingen. Das versicherte der litauische Generalkonsul in Königsberg, Dymša, im Auftrag seines Außenministers Ribbentrops Experten für baltische Angelegenheiten, Peter Kleist, Anfang Dezember 1938. Die Litauer machten schon einen deutlich resignierten Eindruck und ihre Wünsche betrafen eher die Art der Verwirklichung der als unausweichlich empfundenen Lösung als den Inhalt selbst. Die mögliche Gewaltanwendung der Deutschen war das einzige, was die Litauer wirklich zu beunruhigen schien. Außer der Vermeidung einer Gewaltlösung war das Interesse der Litauer in erster Linie auf wirtschaftliche Fragen gerichtet, wie auf die Möglichkeit, einen Freihafen zu bekommen. Nach einer Denkschrift Kleists gingen Dymšas Gedanken in folgende Richtung: „Eine gewaltsame Lösung würde für Deutschland kein Prestigegewinn, sondern eher ein Verlust sein, während eine *friedliche Regelung Deutschland den Weg nicht nur nach Litauen, sondern auch nach Polen und in die anderen baltischen Staaten eröffne.*“²² Eine verlockendere Lösung hätte es vom deutschen Standpunkt nicht geben können: Litauen erbot sich direkt, in der Memelfrage nachzugeben, wenn nur keine Gewalt angewendet würde.

Nachdem im Memelgebiet der Ausnahmezustand, der dort seit 1935 geherrscht hatte, am 1. November aufgehoben worden war, gab es nichts mehr, was die nationalsozialistische Aktion hätte aufhalten können. Bei den Landtagswahlen am 11. Dezember erhielt die Memeldeutsche Liste 25 Sitze gegen vier der litauisch Gesinnten. Von nun an war es klar, daß die endgültige Lösung der Memelfrage nur noch davon abhing, welcher Zeitpunkt dafür im Rahmen der deutschen Gesamtpoli-

¹⁹ Grundherrs Denkschrift 25. 11. 1938, AA. Büro RAM/Litauen/Bd. 17.

²⁰ „Tschechei“ und nicht „Tschechoslowakei“.

²¹ Vgl. Konrad Henleins Denkschrift „Zur Lösung der Tschechischen Frage“ vom Herbst 1938. In dieser Denkschrift setzte sich Henlein dafür ein, den „Tschechischen Reststaat“ eng an Deutschland anzuschließen. Die Vergangenheit warnt. Prag 1960, S. 40–43.

²² Kleists Denkschrift 1. 12. 1938, AA Büro des RAM/Litauen. Zechlin aus Kowno 26. 11. 1938, AA Büro RAM/Litauen 1936–5. 10. 1940.

tik günstig wäre.²³ Inzwischen machte die „Nazifizierung“ in Memel große Fortschritte. Alle möglichen weltanschaulichen, politischen und militärischen Organisationen im Gefolge des Nationalsozialismus wurden jetzt eine nach der anderen auch im Memelgebiet gegründet. Der „Heil Hitler“-Gruß wurde zugelassen, die Bilder des litauischen Präsidenten wurden in den Schulen und in den autonomen Behörden des Gebietes entfernt usw. Daß Memel unter die Hoheitsgewalt Litauens gehörte, zeigte sich nur noch daran, daß es einen von der litauischen Regierung ernannten Gouverneur und eine kleine litauische Garnison hatte.²⁴

Litauens Nachgiebigkeit Deutschland gegenüber hatte schon solche Ausmaße erreicht, daß sie das Vertrauen in Litauens Neutralitätspolitik erschütterte. Der englische Konsul in Reval, Mr. Gallienne, führte Ende Dezember 1938 ein Gespräch mit dem Chef der politischen Abteilung des Außenministeriums, Nikolai Kaasik, der dabei recht ausführlich die Beziehungen der drei baltischen Staaten zueinander behandelte. Nach Kaasik sah seine Regierung keinen Anlaß, mit dem wachsenden polnischen Einfluß in Litauen unzufrieden zu sein, weil die Ansicht vertreten werden konnte, daß er sich mit der Neutralitätslinie in Übereinstimmung befinde. Dagegen mißbilligten die Esten „den wachsenden deutschen Einfluß in Litauen, der ihrer Meinung nach gefährlich geworden war“.²⁵

Die Memelfrage war vom deutschen Standpunkt aus zur Lösung reif, nachdem die deutschen Truppen am 15. März nach Prag marschiert waren. Memel diente nun gleichzeitig als Druckmittel gegen Polen, dessen Beziehungen zu Deutschland sich zuspitzten. Als der litauische Außenminister Urbšys auf der Rückreise von der Krönung Papst Pius' XII. aus Rom in Berlin war, wurde er am 20. 3. 1939 zu Außenminister Ribbentrop zitiert. Ribbentrop setzte den litauischen Außenminister sofort unter Druck und forderte unmißverständlich die Rückgabe des Memelgebietes an Deutschland. Im Falle der friedlichen Regelung der Angelegenheit versprach Ribbentrop, daß Deutschland in der Freihafenfrage und in der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen entgegenkommen würde. Ribbentrop ließ keinen Zweifel daran, was in dem Falle geschehen würde, daß die litauische Regierung nicht die „richtigen Schlußfolgerungen“ aus der Sache zu ziehen in der Lage sein sollte. Die Folge wäre dann nach Ribbentrop, daß die Dinge den Politikern aus der Hand gleiten würden. Und wenn der Führer die Soldaten mit der Sache beauftragen würde, wäre es keineswegs sicher, wo sie Halt machen würden.²⁶ Urbšys kehrte schleunigst nach Kowno zurück, wo die Regierung am folgenden Tage lange die Frage behandelte. In Anbetracht des Defätismus, der in Kowno geherrscht hatte, war kaum etwas anderes zu erwarten als die Annahme des Ultimatums. Noch am selben Abend billigte das litauische Parlament Seima die Abtretung des Memelge-

²³ Nicht unterzeichnete Denkschrift Grundherrs 10. 12. 1938, AA Büro des RAM/Litauen 1936–5. 10. 1940; Preston aus Kowno 22. 1. 1939, FO 419/33/25–27.

²⁴ Palin aus Riga 3. 3. 1939, UM 5C/26.

²⁵ Gallienne aus Reval 30. 12. 1938 PRO/FO 371/23603.

²⁶ Hewels Denkschrift 20. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. V S. 435.

bietes, und am 22. März wurde der Vertrag in Berlin unterzeichnet.²⁷ Wirtschaftlich war die Abtretung des Memelgebietes ein schwerer Schlag für das Land, das seinen einzigen Hafen verlor, über den 75% seiner Ausfuhr und 65% seiner Einfuhr gingen und in dessen Gebiet 30% der gesamten Industrie der Republik gelegen waren.²⁸ Dessenungeachtet schien man in den Regierungskreisen von Kowno die Lösung eher mit Gefühlen der Erleichterung als der Niedergeschlagenheit aufzunehmen. Nach der Besetzung Prags hatte man in Litauen die Befürchtung gehegt, daß sich Deutschland nicht mit dem Memelgebiet zufrieden geben, sondern ganz Litauen zu seinem Protektorat machen würde. Und wenigstens der finnische Gesandte Palin, der sofort nach der Entscheidung von Riga nach Kowno geeilt war, glaubte, daß man auch das akzeptiert hätte. Palin erwähnt, daß ein anderer Gesandter sich dem Pressechef des Außenministeriums gegenüber gewundert hätte, worauf der geantwortet habe: „Aber was stellen Sie sich sonst vor? Wenn der Präsident oder ein Regierungsmitglied einer kleinen Macht nach Berlin befohlen wird und ihm keine andere Möglichkeit gegeben wird als Unterwerfung oder Krieg, dann muß man sich unterwerfen. Wäre Selbstmord ihrer Meinung nach besser?“²⁹

Die Entstehung einer politischen Krise war jetzt nicht zu verhindern, denn die Kapitulation in der Memelfrage bedeutete innerhalb eines Jahres schon den zweiten Schlag für das Regime Smetona und dessen Ansehen. Es gingen sogar Gerüchte vom Rücktritt des Präsidenten um. An der Spitze der gegen die Regierung gerichteten Tätigkeit standen die beiden führenden Oppositionsgruppen, die Christdemokraten und die Volkssozialisten. Sie forderten, daß die Geschicke des Volkes von einer repräsentativeren Regierung gelenkt würden, als der, die sie die letzten zehn Jahre gehabt hatten. Die Presse war voll von nationalen Parolen wie: „Kein Zollbreit unseres Landes mehr“, „Der größte Schatz eines Volkes ist seine Freiheit und Selbständigkeit.“³⁰ Vor allem bestand der Oberbefehlshaber der litauischen Armee, Stasys Raštikis, auf der Bildung einer Koalitionsregierung. Präsident Smetona war zunächst nicht bereit, der „allgemeinen Psychose“ nachzugeben, er war eher geneigt, zu Polizeimaßnahmen zu greifen, um die Ordnung wiederherzustellen. Erst auf lang anhaltenden Druck hin war er bereit, die politische Verantwortung mit den Katholiken und Populisten zu teilen und an die Spitze des Kabinetts General Jonas Černius zu stellen.³¹ Außenminister blieb Urbšys. Zu dieser Regierung gehören insgesamt vier Generale, was zeigt, daß die Armee zu einem großen Teil die Verantwortung für die Regierung übernommen hatte. General Černius war an sich als Person unbedeutend. Preston kennzeichnet ihn mit den Worten: „Zweifellos ein guter Soldat – aber sonst nichts – wenn etwas sonst, dann ziemlich dickköpfig.“³² Die neue Regierung

²⁷ Rauch S. 166–167.

²⁸ Prestons Denkschrift über die Folgen des Anschlusses des Memelgebietes an Deutschland 12. 4. 1939 FO 419133/66; Sabaliūnas S. 116–117.

²⁹ Palin aus Kowno 24. 3. 1939 UM 5C/16.

³⁰ Sabaliūnas S. 114–115.

³¹ Ebenda S. 117–119.

³² FO 419/33/170.

war im Zeichen der nationalen Einheit gebildet worden. Sabaliūnas bezeichnet das Endergebnis der Krise als „momentanen Sieg der öffentlichen Meinung über den politischen Realismus.“³³ Černius erklärte, daß seine Regierung in ihrer Außenpolitik strikt an der Neutralitätsrichtung festhalte.³⁴ Aber die Möglichkeiten der Regierung zur Verteidigung der litauischen Neutralität wurden nicht wesentlich verbessert.

Palin hatte zweifellos recht, wenn er es als Hauptzweck des Memelvertrages vom deutschen Standpunkt aus betrachtete, Litauen politisch und wirtschaftlich von sich abhängig zu machen, in erster Linie um diese Abhängigkeit zur Einkreisung Polens zu benutzen.³⁵ Der politisch hellhörige lettische Außenminister Munters hatte auch sofort nach der Abtretung Memels den Verdacht geäußert, daß es das folgende Ziel Deutschlands sein werde, „ganz Litauen zu einem deutschen Protektorat nach neuesten Vorbildern zu machen“.³⁶ Tatsächlich schien jetzt das ganze Baltikum ins deutsche Visier geraten zu sein. Diese Hinwendung zu Fragen der Lebensraumpolitik geht deutlich aus dem umfangreichen Sonderbericht des Reichsführers SS und des Chefs des Sicherheitshauptamtes über die Bevölkerungsverhältnisse im Baltikum Nr. 3/1939 hervor, der inhaltlich, wie dort vermerkt, am 31. 12. 1938 abgeschlossen war. Der Bericht bietet ein außerordentlich interessantes Beispiel für das raumpolitische Denken des Nationalsozialismus und dafür, zu wie weitgehenden Schlußfolgerungen die Benutzung der mythischen Begriffe „Raumnot“ und „Bevölkerungsdruck“ Möglichkeiten bot. In dem Bericht wurden besonders die Esten und Letten als aussterbende Völker charakterisiert, und es wurde u. a. behauptet: „Es ist in den baltischen Ländern im Verlauf der Entwicklung, vor allem in den zwanzig Jahren der Eigenstaatlichkeit zu einem Zustand der Bevölkerungsverhältnisse gekommen, welcher nicht dauernd Bestand haben kann“ ... „früher oder später“, wird in dem Bericht weiter festgestellt, „müsse der Bevölkerungsdruck der umliegenden, viel dichter besiedelten Gebiete“ das im Baltikum herrschende „Bevölkerungsvakuum“ ausfüllen. In Litauen schien zwar die Bevölkerungslage zur Zeit der Abfassung des Berichtes noch nicht so „ungünstig und katastrophal“ wie in Estland und Lettland zu sein, aber die Entwicklungstendenz ging deutlich in dieselbe Richtung. Der Bericht war offensichtlich dazu bestimmt, geeignet erscheinende Argumente für die Baltikumspolitik des nationalsozialistischen Deutschland zu liefern.³⁷

³³ Sabaliūnas S. 119.

³⁴ Navickas S. 118.

³⁵ Palin aus Riga 1. 4. 1939, UM 5C/16.

³⁶ Palin aus Riga 23. 3. 1939, UM 5C/16.

³⁷ Myllyniemi S. 48–49.

3. Die außenpolitische Richtung Estlands und die „Politik der Pagaristraße“

Das Bestreben, Estland unter allen Umständen aus den internationalen Konflikten herauszuhalten, führte von der ersten Hälfte des Jahres 1938 an immer deutlicher zu einer Betonung der Neutralitätspolitik. Der deutsche Gesandte in Reval, Frohwein, machte die Beobachtung, daß die Orientierungsfragen jetzt alle an Außenpolitik interessierten estnischen Kreise fesselten.³⁸

Die Neutralitätspolitik brachte unausweichlich auch die Einstellung zu Artikel 16 der Völkerbundsatzung an die Tagesordnung. Beim möglichen Ausbruch eines militärischen Konfliktes in Mitteleuropa würde nämlich die Sowjetunion sich auf die kollektive Sicherheit des Völkerbundes berufen und das Durchmarschrecht für seine Truppen wie auch das Recht auf Benutzung eines estnischen Hafens fordern können. Mit der fortschreitenden Expansion Deutschlands wuchs auch der Druck in Richtung der Distanzierung von dem Sanktionsartikel. General Reek, der Generalstabschef der estnischen Armee, hatte Anfang Juli 1938 Frohwein in einem vertraulichen Gespräch zu verstehen gegeben, daß Estland sich jedem Durchmarschversuch von sowjetischer Seite mit militärischen Mitteln widersetzen werde, weil man in Estland wisse, daß eine Besetzung durch die Sowjetunion „dasselbe bedeutet wie den Verlust der Selbständigkeit“. Der General hoffte, daß Estland in einer solchen Situation materielle Hilfe von Deutschland erhalte. Die estnische Haltung entsprach völlig den deutschen Interessen und der Gesandte konnte nur hoffen, daß Finnland und Lettland eine ebenso entschlossene Haltung zeigten. Reek glaubte, daß die Finnen sich zweifellos auf der gleichen Linie bewegten, aber die lettische Haltung bereitete Estland Sorgen.³⁹ Im August beschloß Estland dann nach Beratungen in höchsten politischen und militärischen Kreisen eine völlige Neutralität zu befolgen, und es behielt sich in der Sanktionsfrage völlige Ermessensfreiheit vor.⁴⁰ Auf dem Höhepunkt der Tschechoslowakei-Krise Ende August lud Karl Selter, der im Mai 1938 estnischer Außenminister geworden war, Dr. Karl Megerle, den Schwager von Marschall Hermann Göring, zu einem Besuch nach Estland (30.–31. August) ein und brachte durch dessen Vermittlung Deutschland zur Kenntnis, daß Estland sich nicht mehr als durch den Sanktionsartikel des Völkerbundes gebunden betrachtete. Um sich einem möglichen Anspruch der Sowjetunion auf Durchmarschrecht zu widersetzen, werde es sich in erster Linie an seinen Verbündeten Lettland wenden, und dann „an die Gegner Rußlands“. In seiner Denkschrift hielt es Dr. Megerle durchaus für möglich, daß Estland mit politischer Unterstützung Deutschlands leicht die politisch führende Position in der Baltischen Entente erlangen könnte.⁴¹ Auf der Herbsttagung des Völkerbundes teilte Selter am 19. 9. 1938

³⁸ Frohwein aus Reval 17. 2. 1938, AA Gesandtschaft Kowno Bd. 72.

³⁹ Frohwein aus Reval 5. 7. 1938, ADAP, Serie D, Bd. V S. 383.

⁴⁰ Hynninen aus Reval 2. 9. 1938, UM 15/V. 1. g.

⁴¹ Karl Megerles Denkschrift 31. 8. 1938, AA Büro RAM/Estland 1. 6. 1936–Dez. 1941.

öffentlich mit, daß sich Estland von den Verpflichtungen des Sanktionsartikels los-
sage. Ein Communiqué desselben Inhalts gaben auch Litauen und Lettland, obwohl
besonders Lettland noch Anfang September sehr unschlüssig gewesen war.⁴²

Deutschland verfolgte sehr genau das Verhalten der baltischen Länder während der
Münchener Krise, und Frohwein sah in Reval keinen Grund, zu verheimlichen, daß
die Neutralitätspolitik der estnischen Regierung völlig mit den deutschen Wünschen
übereinstimmte. Die kleinen Nationalstaaten an der Ostküste der Ostsee waren vom
deutschen Standpunkt sehr erwünscht. Das setzte jedoch voraus, daß die genannten
Staaten nicht mehr oder weniger verdeckt unter dem Einfluß der östlichen Groß-
macht stünden, sondern ohne Verstöße auch „gegen äußeren Druck eine wider-
standsfähige Neutralität“ einhielten.⁴³ Frohwein konnte aufgrund der Gespräche
feststellen, daß die Esten bei einem möglichen Angriff aus dem Osten mit deutscher
Hilfe rechneten, wenigstens mit Materiallieferungen. Frohwein konnte somit bemer-
ken, daß die offizielle Neutralitätslinie eine gewisse Anlehnung an Deutschland
enthielt, die man allerdings auf estnischer Seite „verzweifelt zu verheimlichen“
suchte.⁴⁴ Im entgegengesetzten hypothetischen Falle, daß Deutschland Estland an-
griffe, würden die Esten nach General Reek auf keinen Fall die Hilfe der Sowjet-
union annehmen.⁴⁵ Da besonders Estland politisch unterstützt werden sollte, war die
Wilhelmstraße bereit, es – allerdings völlig unbegründet – Estland als Verdienst
anzurechnen, daß die Baltische Entente dabei war, auf eine den deutschen Interes-
sen entsprechende Neutralitätslinie einzuschwenken.⁴⁶ Gerade der Haltung Estlands
eine hervorragende Bedeutung beizumessen, war besonders aus seestrategischen
Erwägungen begründet.⁴⁷

Munters hatte schon Ende 1936 bemerkt, daß die estnische Außenpolitik eher „im
Generalstab und im Kriegsministerium als im Außenministerium“ gemacht wurde.⁴⁸
Die richtungsweisende Persönlichkeit für die Entwicklung der außenpolitischen
Orientierung war der Oberbefehlshaber der Armee, Johan Laidoner, weshalb in
Reval zuweilen von der Politik der Pagaristraße⁴⁹ anstelle der Außenpolitik gespro-
chen wurde.⁵⁰ Laidoners wichtigster Berater in außenpolitischen Fragen war der
Chef der Nachrichtenabteilung (der 2. Abt.) des Generalstabs, Oberstleutnant Ri-
chard Maasing, der nicht ohne Grund „Außenminister“ des Generalstabs genannt
wurde.⁵¹ Seit Anfang 1939 war Maasing engster Mitarbeiter des Generalstabschefs
General Reek.

⁴² Palin aus Riga 8. 9. 1938, UM 15/V. 1. g.

⁴³ Frohwein aus Reval 2. 11. 1938, AA/Gesandtschaft Kowno/Estland/ vorl. 76.

⁴⁴ Frohwein aus Reval 19. 11. 1938, AA Gesandtschaft Kowno/Estland/ vorl. 76.

⁴⁵ Gallienne aus Reval 1. 10. 1938, FO 419/32/176.

⁴⁶ Grundherrns Denkschrift 2. 11. 1938, ADAP, Serie D, Bd. V S. 399.

⁴⁷ Siehe Carl-Axel Gemzell, Raeder, Hitler und Skandinavien. Lund 1965, S. 64–65.

⁴⁸ Palin aus Riga 16. 12. 1936, UM 5C/16.

⁴⁹ Der Stab der Armee lag an der Straße ‚Pagarikatu‘.

⁵⁰ Alexander Warma, Eesti Välispoliitikaast 1939, Eesti Üliõpilaste Seltsi Album XII. Stock-
holm 1955, S. 81–82.

⁵¹ Oskar Mamers, Häädä vöidetüile. Stockholm 1959, S. 54.

General Laidoner glaubte, daß die estnische Neutralitätspolitik nur durch ein militärisches Bündnis der Staaten zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu sichern sei, zu dem außer den Staaten der Baltischen Entente Finnland und Polen hätte gehören müssen. Vor allem hatte Laidoner oft die Bedeutung guter Beziehungen zu Polen als stabilisierenden Faktor der internationalen Position Estlands betont.⁵² Mit der Verdüsterung der sicherheitspolitischen Aussichten wurde es notwendig, die wirkliche Bedeutung des estnisch-lettischen Militärbündnisses zu klären. Der estnische Außenminister Selter betonte in einer öffentlichen Rede am 18. 10. 1938 die Bedeutung dieses Bündnisses, aber in vertraulichen Gesprächen verhehlten die Esten nicht die Bedenken, die sie hinsichtlich der lettischen Verteidigungskraft und -bereitschaft in einer möglichen Krisensituation hatten. Laidoner, der Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten des estnischen Parlamentes (Riigikogu) war, gebrauchte bei einer Sitzung des Ausschusses im Dezember 1938 eine sehr kritische Sprache, als er die Unterlassungen in der lettischen Verteidigung schilderte, und er gab seinem Zweifel Ausdruck, ob Lettland im Ernstfall überhaupt an Widerstand denke, wenn der Angriff aus östlicher Richtung erfolge. Nachdem er früher 95%ig sicher gewesen sei, daß Estland und Lettland im Augenblick der Not eine gemeinsame Verteidigungsfront bilden würden, teilte Laidoner nun mit, daß er zu der gegenteiligen Gewißheit gekommen sei, daß Estland allein bleiben würde. Die ernste außenpolitische Position Estlands erfordere eine Klärung der Frage, wie die Verteidigungskraft und auch der Verteidigungswille Lettlands beschaffen sei. Der Oberbefehlshaber forderte, daß die Sache ernst zu nehmen sei und daß bei Bedarf sogar die Lösung des Bündnisses zur Sprache kommen müsse.⁵³ Der finnische Gesandte in Reval kennzeichnete das Bündnis mit den Worten „Bündnis ohne Verbündete“.⁵⁴ Der lettische Gesandte in Reval schlug Laidoner vor, nach Walk zu fahren, um dort mit dem lettischen Kriegsminister Balodis die das Bündnis betreffenden Reibereien zu klären. Laidoner lehnte den Vorschlag unter Hinweis darauf ab, daß die zu klärenden Fragen ihrem Wesen nach politisch seien und zur Kompetenz des Ministerpräsidenten Karel Eenpalu gehörten.⁵⁵ Nach dem Wortlaut des Bündnisvertrages hätten sich die Generalstabschefs Estlands und Lettlands zweimal im Jahr treffen sollen, aber nachdem der lettische Generalstabschef Hartmanis 1937 in Reval gewesen war, hatten die Esten vergeblich auf eine Einladung gewartet. Um die Streitfragen wegen des Bündnisses zu klären, hatten die Esten mehrfach einen Besuch des Präsidenten Ulmanis in Reval vorgeschlagen. Dieser Gedanke wiederum hatte den Letten nicht zugesagt; die ablehnende Antwort wurde damit begründet, daß Ulmanis so viele innenpolitische Aufgaben habe. Als Munters am estnischen Nationalfeiertag (24. 2. 1939) Reval

⁵² So z. B. auf dem Jahreskongreß der einzigen zugelassenen Partei in Estland, der Isamaaliit, im Dezember 1937. Koskull aus Reval 8. 12. 1937 UD. HP. 1. Ee.

⁵³ Hynninen aus Reval 23. 12. 1938, UM 5C/12.

⁵⁴ Hynninen aus Reval 11. 1. 1939, UM 5C/12.

⁵⁵ E. Kirotar, Eesti välisministeeriumis. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas II. Stockholm 1955, S. 81.

besuchte, bat er ausdrücklich darum, daß die Frage des Staatsbesuches nicht behandelt würde.⁵⁶ Aber wenn die Esten an dem Willen Lettlands zweifelten, im Ernstfall den Verpflichtungen des Bündnisvertrages nachzukommen, traf sicher dasselbe in der entgegengesetzten Richtung zu. Wie der englische Gesandte in Riga Mr. Orde treffend feststellte, war der estnisch-lettische Bündnisvertrag seinerzeit in einer Situation entstanden, in der ein direkter Angriff nur von Rußland zu drohen schien. Zu Beginn des Jahres 1939 schien die größere Gefahr jedoch ein deutsch-russischer Krieg zu sein, in den die baltischen Länder mit hineingezogen werden könnten. Beide Länder lebten jedoch in der Hoffnung, daß es auch in der Situation unter der Neutralität möglich sei, sich aus einem Konflikt heraushalten zu können.⁵⁷ Außerdem hatte Munters schon wenigstens seit Frühjahr 1938 den Verdacht gehabt, daß der estnische Generalstab und besonders Oberst Maasing einen kleinen „Flirt mit Deutschland“ hätten, der sich u. a. darin zeigte, daß den Esten gegebene vertrauliche Informationen nach Berlin durchsickerten.⁵⁸ Munters' Verdächtigungen waren in dieser Hinsicht mindestens zum Teil berechtigt. Vertrauliche Beziehungen zwischen dem estnischen Generalstab und der deutschen Abwehr sind schon im Jahre 1936 aufgenommen worden, als der Chef der Abwehr, Admiral Canaris, zum ersten Mal Estland besuchte und General Reek und Oberst Maasing an den großen Manövern der deutschen Wehrmacht teilnahmen. Bei diesen Gelegenheiten war der Austausch von Informationen vereinbart worden.⁵⁹

Laidoners Bemühungen, Finnland und Polen an die Baltische Entente anzuschließen, führten zu keinem konkreten Ergebnis. In Finnland hielt sich Laidoner vom 28. Januar – 2. Februar 1939 auf. Er führte damals Gespräche mit Marschall Mannerheim und anderen hohen finnischen Offizieren. Für Finnland hatte jedoch die Randstaatenpolitik überhaupt nichts Verlockendes, und eine militärische Bindung an das Baltikum wurde als nicht möglich angesehen. „Das damalige Finnland glaubte, daß Estland sich in böigem Wind befinde, Finnland aber im Windschatten liege.“⁶⁰ Während seines Besuches nahm Laidoner am 29. Januar auch an der 20-Jahrfeier der finnischen Teilnehmer am estnischen Freiheitskrieg teil. In seiner dortigen Rede sagte Laidoner laut dem Pressebericht u. a.: „Finnland hat uns geholfen. Uns zu begleichen bleibt die Ehrenschild der Dankbarkeit und wir wollen sie damit begleichen, daß wir loyal im Einvernehmen mit dem finnischen Volk und Staat sowohl im Frieden als auch im Falle eines Krieges zusammen gehen. Seien wir uns dessen bewußt, daß Estland, wenn das Schicksal unsere Völker wieder zwingen sollte, sich gegen einen Feind zu verteidigen, an der Seite Finnlands kämpfen wird, und daß dieser Wille fest bleibt, solange der finnische und der estnische Staat, das finnische und das estnische Volk bestehen.“⁶¹ Laidoner hatte zweifellos politisches

⁵⁶ Palin aus Riga 24. 2. und 4. 3. 1939, UM 5C/16; Kirotar S. 81.

⁵⁷ Orde aus Riga 31. 1. 1939, FO 419/33/25.

⁵⁸ Orde aus Riga 10. 6. 1938, FO 419/32/135.

⁵⁹ Estonia between the two World Wars. Reval 1973, S. 150; Maasing S. 44–45.

⁶⁰ Maasing S. 45.

⁶¹ Helsingin Sanomat 30. 1. 1939.

Interesse an der Zusammenarbeit mit dem nördlichen Nachbarn. Ein Hilfsangebot aus dieser Himmelsrichtung erwärmte jedoch den Finnen nicht das Herz und Laidoners Worte wurden als rein rhetorische Geste aufgenommen.

Die absichtlich kühle Haltung der Finnen zeigte sich auch darin, daß das finnische Außenministerium den Gedanken an einen erneuten Besuch Laidoners im Sommer 1939 zurückwies. Und der Oberbefehlshaber der estnischen Armee oder sein Vertreter wurde auch nicht zu den großen Manövern im August 1939 auf der Kareli-schen Landenge eingeladen, unter deren Beobachtern sonst eine sehr repräsentative Schar ausländischer Gäste war.⁶²

Auch zwischen Polen und den baltischen Ländern kam keine gemeinsame Front zustande, auch nicht, nachdem die Wilnafrage, die die polnisch-litauischen Beziehungen belastet hatte, von der Tagesordnung verschwunden war. Laidoner machte noch vom 18.–24. April 1939 auf Einladung von Marschall Smigly-Rydz und des polnischen Generalstabs in Warschau einen Besuch. Er führte während der Reise auch Gespräche mit Außenminister Beck und lernte mit Interesse besonders die polnische Rüstungsindustrie kennen, aber irgendeine nennenswerte politische Bedeutung hatte der Besuch nicht.⁶³

Bis zum Frühjahr 1939 war man sich in Estland voll dessen bewußt geworden, wie wenig politische Bewegungsfreiheit das Land hatte. Auch Außenminister Selter scheint immer mehr bezweifelt zu haben, daß Estland bei Ausbruch eines allgemeinen Krieges seine Neutralität bewahren könnte.⁶⁴ „Man begriff“, schreibt seinerseits der damalige Vizeaußenminister Öpik in seinen Memoiren, „daß in einem neuen Kriege, der unausweichlich schien, Estland nur die Entscheidung bliebe, ob es zu Deutschland oder zur Sowjetunion kommt“. Wenn auch Estland in seinem politischen Klima antinationalsozialistisch eingestellt war, bestand doch kein Zweifel, daß die Wahl in einer solchen Zwangslage auf Deutschland fiel. Die, die noch ihrer britischen Orientierung treu blieben, erklären allerdings, daß England immer die letzte Schlacht gewonnen habe und das auch künftig tun werde. Andererseits fragte man sich jedoch, was Estland von diesem englischen Endsieg hätte, wenn das estnische Volk und sein Staat bis dahin von den Kommunisten zugrunde gerichtet wären.⁶⁵ Aber gleichzeitig bedeutete die getroffene Wahl, daß die offizielle Neutralitätspolitik zu unglaubwürdiger Phraseologie wurde. In einem Artikel über die estnische Außenpolitik im Jahre 1939 bestätigt Aleksander Warma gerade dies: „Ein außenpolitischer Beobachter in Reval konnte in Verwirrung geraten und wußte nicht was er glauben sollte, weil die amtlichen Stellen unsere strenge Neutralität beteuerten und es auf der anderen Seite klar war, daß Estland seine Seite gewählt hatte und das in keiner Weise verheimlichte.“⁶⁶ Ganz offensichtlich vertraute man im estnischen Generalstab darauf, daß man im Falle eines möglichen Konfliktes mit

⁶² Kirotar S. 80.

⁶³ Kennrad aus Warschau 27. 4. 1939, FO 419/33/68.

⁶⁴ Gallienne aus Reval 16. 5. 1939, FO 419/33/81.

⁶⁵ Mamers S. 75.

⁶⁶ Warma 1955 S. 82.

der östlichen Großmacht aus Deutschland wenigstens irgendeine Hilfe erhalten würde. Anders ist es kaum zu erklären, daß Reek und Maasing in der Frage der estnischen Sicherheit trotz allem Optimisten waren und von Lettland und Litauen sprachen, als wären diese neben Estland nur irgendwelche Kleinstaaten.⁶⁷

4. Die Glaubwürdigkeit der lettischen Neutralitätspolitik

Die durch das Münchener Abkommen hervorgerufene Veränderung in den außenpolitischen und geostrategischen Konstellationen Europas wurde allerdings auch in der außenpolitischen Führung Lettlands deutlich erkannt. Man war der Ansicht, daß die bisherige außenpolitische Linie Frankreichs Schiffbruch erlitten hatte. Frankreich konnte deshalb in Osteuropa nicht länger als machtpolitischer Faktor berücksichtigt werden, sondern es war eher dabei, auf das Niveau eines Staates zweiter Klasse abzusinken, dessen „Garantien und Beistandsversprechungen nichts bedeuten“. Ebenso lag der Schluß nahe, daß die Erhaltung des Status quo über die deutsche Grenze hinaus England wenigstens nicht in dem Maße interessierte, daß von dort im Bedarfsfall irgendwelche effektive Hilfe zu erwarten wäre. In bitterem Ton wurde denn auch gesagt, daß „England schon für die Erhaltung des Friedens sorgen wird, solange es nur genug kleine Staaten zum Aufteilen gibt“. Als Tatsache war ferner zu berücksichtigen, daß Deutschland jetzt auf dem europäischen Kontinent die unbedingte Vorherrschaft hatte. Aus all dem mußte der Schluß gezogen werden, daß die Voraussetzungen der lettischen Neutralität zu stärken seien, wozu als wesentlicher Bestandteil eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland gehörte.⁶⁸ In einem im Herbst 1938 veröffentlichten außenpolitischen Artikel spricht Außenminister Munters von Deutschland „als dem dynamischen Zentrum Europas“. Die an den Völkerbund als Garanten der lettischen Selbständigkeit geknüpften Hoffnungen waren enttäuscht worden und deshalb war den „materiellen und militärischen Grundlagen der [eigenen] Sicherheit“ mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Noch mehr als früher mußte sich Lettland hüten, sich in die Konflikte der Großmächte einzumischen. Munters vergaß auch nicht, die außerordentlich große Bedeutung der inneren Einheit in jener Zeit zu betonen.⁶⁹

Besaß Lettland denn die Voraussetzungen für eine Neutralitätspolitik, die im Ausland Vertrauen finden könnte? Schon Munters war als Person umstritten, und der Versuch, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern, konnte ihn nur noch verhaßter machen, weil die Schwäche seiner persönlichen Stellung zum großen Teil gerade auf die behauptete Deutschfreundlichkeit zurückzuführen war. Dessen scheint sich auch Munters selbst bewußt gewesen zu sein. Munters' Bemühungen mußten ihn nach Palins Auffassung in Konflikt mit den sehr einflußreichen Kreisen

⁶⁷ Mamers S. 54.

⁶⁸ Palin aus Riga 17. 10. 1938, UM 5 C/16.

⁶⁹ Ordes Referat von Munters' Artikel, 22. 11. 1938 FO 419/32/195.

bringen, die enge Beziehungen zur Sowjetunion als bessere Garantie der Sicherheit ansahen. Diese Beziehungen zur Sowjetunion pflegten besonders die Kreise um den Kriegsminister General Balodis.⁷⁰

In den Tagen der Münchener Krise schienen nicht nur die Deutschen, sondern auch viele andere zu bezweifeln, daß sich Lettland wirklich gegen den Durchmarsch sowjetischer Truppen zur Wehr gesetzt hätte, wenn die Sowjetunion das gefordert hätte. Dem estnischen Militärattaché in Berlin, Oberst L. Jakobsen, der in den kritischen Septembertagen gerade Estland und Lettland besucht hatte, war in Lettland unter der Bevölkerung und in Militärkreisen eine derartige „russophile Haltung“ begegnet, daß er zu keinem anderen Schluß kommen konnte, als daß die eingedrun- genen Russen dort direkt herzlich empfangen worden wären. Die deutschen Gesandten in Reval und Riga versicherten dasselbe.⁷¹

Palin erörterte in seinem ersten Bericht aus dem Jahre 1939 die lettische Verteidigungsfähigkeit und Lettlands „vermutliche Haltung im Falle eines militärischen Konfliktes in dieser Ecke“. In Anbetracht der einflußreichen Stellung des Kriegsministers Balodis wunderte sich Palin über die Gleichgültigkeit, mit der die lettische Regierung ihre Streitkräfte behandelte. Aus diesem Grunde waren, wie Palin bemerkt, „nicht nur in Estland, sondern auch in vielen anderen Ländern Zweifel erwacht, ob man die Armee des Landes im Ernstfall überhaupt einzusetzen gedenke“. Der Gesandte verwies dann auf die in Rigaer Diplomatenkreisen während der Tschechoslowakei-Krise ganz allgemeine Vermutung, daß, falls „die Sowjetunion – wenn ein militärischer Konflikt zwischen ihr und Deutschland ausgebrochen wäre – von Lettland das Recht zum Durchmarsch und zum Überfliegen gefordert hätte, unter Androhung militärischer Gewaltmaßnahmen ... Lettland im entscheidenden Moment nicht bewaffneten Widerstand geleistet hätte“, sondern sich mit einem scharfen Protest begnügt hätte. Palin machte dann aufgrund der genannten Umstände folgende Voraussage: „Es sei deshalb hier gesagt, daß ich zusammen mit vielen hiesigen Kollegen nicht die Befürchtung zu hegen unterlassen kann, daß – wenn keine erheblichen Veränderungen in irgendeiner entscheidenden Hinsicht geschehen – Lettland im vielleicht einmal in der Zukunft kommenden Ernstfall so handeln könnte, wie es vermutlich im vorigen Herbst verfahren wäre – in der so entstehenden Lage hoffend, daß es vielleicht von der vollständigen Katastrophe verschont bleiben könnte, die menschlich gesehen, sofort dem bewaffneten Widerstand folgen würde.“⁷² Etwas später bemerkt Palin wieder skeptisch, daß er nicht daran glaube, daß „die Neutralitätsbestrebungen, die jetzt die lettische Außenpolitik prägen, im möglicherweise eintretenden kritischen Moment wirklich entscheidend bleiben bis zur letzten Konsequenz“.⁷³ Munters bemühte sich energisch darum, derartige Zweifel und Spekulationen zu zerstreuen, die das Vertrauen in die Konse-

⁷⁰ Palin aus Riga 24. 10. und 5. 12. 1938, UM 5C/16.

⁷¹ Grundherrns Denkschrift 26. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. V S. 395–396.

⁷² Palin aus Riga 5. 1. 1939, UM 5C/16.

⁷³ Palin aus Riga 14. 2. 1939, UM 5C/16.

quenz und Glaubwürdigkeit der außenpolitischen Linie Lettlands ernsthaft erschüttern mußten. In einem Gespräch mit Palin über die politischen Fernziele Deutschlands nach der Vereinigung des Memelgebietes mit dem Deutschen Reich sagte Munters, nachdem er seinen Verdacht ausgedrückt hatte, daß Deutschland Litauen zu einem Protektorat zu machen versuche: „Wenn uns eine solche Gefahr drohen würde, kämpfen wir bis zum letzten Blutstropfen, auch wenn dann in Riga kein Stein auf dem anderen bliebe. Wenn es sich um die ganze Zukunft des Volkes und des Staates handelt, darf man nicht nur die materiellen Ressourcen der Gegner abwägen. In einem solchen Falle spielen die moralischen Kräfte eine unendlich große Rolle.“⁷⁴ Im April versicherte Munters auf der Jahresversammlung der Arbeitskammer, daß Lettland in seiner Verteidigung bereit sei „bis zu den letzten Konsequenzen zu gehen“.⁷⁵ Und am 27. April teilte der lettische Gesandte in England dem Foreign Office mit, daß „Lettland seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen werde, aus welcher Richtung auch immer der Angriff komme“.⁷⁶

Die Versicherungen vom Kampf „bis zum letzten Blutstropfen“ konnten jedoch nur in dem Falle Vertrauen erwecken, daß das Volk wie ein Mann hinter dem Regime Ulmanis gestanden hätte. Und das war keineswegs der Fall. Der Widerstand gegen die autoritäre Regierung war von Jahr zu Jahr gewachsen. Die wichtigste Stütze des Ulmanis-Regimes war die paramilitärische Aizsargi-Organisation – eine Art von Privatarmee des Bauernbundes. Das Fehlen der politischen Freiheiten während der Diktatur von Ulmanis erzeugte nach dem lettischen Sozialdemokraten Bruno Kalniņš unter der Arbeiterbevölkerung eine so große Bitterkeit, daß man bereit war, die nationale Diktatur mit Hilfe der Russen zu schlagen.⁷⁷ Besonders bedrückt wurde während des Ulmanis-Regimes die Stellung der nationalen Minderheiten (Deutschen, Polen, Juden). Das Motto der Regierung in allen Lebensbereichen war „Lettland den Letten“, was die Loyalitätsgefühle der nationalen Minderheiten für den lettischen Staat abschwächte.⁷⁸ Der letzte lettische Ministerpräsident vor Ulmanis, Adolfs Blodnieks, bedauert es in seinen Memoiren sehr, daß Ulmanis trotz vieler Versprechungen nicht das Parlament wiedereingeführt habe. Die ganze Last der Verantwortung trug somit Präsident Ulmanis.⁷⁹ Mangels parlamentarischer Unterstützung mußte die politische Repräsentativität des Präsidenten zumindest in kritischen Situationen anfechtbar werden.

⁷⁴ Palin aus Riga 23. 3. 1939, UM 5C/16.

⁷⁵ Palin aus Riga 12. 4. 1939, UM 5C/16.

⁷⁶ Halifax an Orde 30. 4. 1939, FO 419/33/68.

⁷⁷ Bruno Kalniņš, *De baltiska staternas frihetskamp*. Stockholm 1950, S. 192.

⁷⁸ Piotr Lossowski, *National Minorities in the Baltic States 1939–1940*. Acta Poloniae Historica 25, 1972.

⁷⁹ Adolfs Blodnieks, *The Undefeated Nation*. New York 1960, S. 226

III. Das Baltikum als Objekt der Garantie- und Interessensphärenpolitik

1. Die Sowjetunion garantiert einseitig Estland und Lettland

Schon mindestens seit Anfang 1939 gab es Zeichen, die auf eine Annäherung Deutschlands und der Sowjetunion hindeuteten, aber aufgrund der späteren Entwicklung der Ereignisse scheinen die entscheidenden Eröffnungszüge der Annäherung doch in den März zu fallen. Hitler begann nun zu ahnen, daß der Versuch, Polen mit „friedlichen“ Mitteln zu einer Lösung der Danzig-Frage zu bewegen, mißlingen würde. Polens Unbeugsamkeit zeigte, daß es sich nicht in ein Satellitenverhältnis im deutschen Machtbereich wie die Slowakei fügen würde, und so hatte Hitler statt des erhofften Verbündeten einen feindlichen Pufferstaat im Wege, der ein Hindernis für die Verwirklichung der Lebensraumpolitik darstellte. Die Polen-Frage mußte mit anderen Mitteln gelöst werden. Davor mußte er jedoch versuchen, eine solche Mächtekonstellation zu schaffen, die die mit einem solchen Unternehmen verbundenen Risiken möglichst gering hielt.¹

Von Moskau aus gesehen näherte sich die deutsche Aggression jetzt drohend den Grenzen der Sowjetunion. Der finnische Gesandte in Moskau, A. S. Yrjö-Koskinen, bemerkte bereits in seinem Bericht vom 20. 2. 1939, daß „die Sowjetregierung anfängt, schon etwas besorgt zu sein wegen der jüngsten Annäherungsversuche Litauens an Polen und Deutschland, sowie auch darüber, welche Richtung Lettland an der Wegkreuzung, an der es sich jetzt befindet, einschlagen wird“. Der Gesandte vermutete außerdem, daß die Sowjetunion in naher Zukunft bezüglich der baltischen Länder irgendwelche Maßnahmen ergreifen würde.² Der Sowjetunion wiederum erschienen beide denkbaren Alternativen, entweder ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen oder eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten, gleich gefährlich: Ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen konnte nur im Zeichen des Antikommunismus entstehen, und ein Krieg zwischen ihnen hätte Deutschland in die unmittelbare Nachbarschaft der Sowjetunion gebracht.³ Die Aussichten der internationalen Politik zwangen die Sowjetunion zum Handeln.

Der 18. Parteitag der kommunisten Partei der Sowjetunion im März 1939, der in der inneren Geschichte der Sowjetunion die Periode der Unsicherheit und der Umwälzungen abschloß, gab Stalin gleichzeitig ein ansehnliches Forum, vor dem er seine außenpolitischen Auffassungen darlegen konnte. Bei seiner Betrachtung des im Gang befindlichen „neuen imperialistischen Krieges“ stellte Stalin in seiner Rede am 10. März die Frage, warum die nichtaggressiven Mächte, die angegriffen worden waren, so schwach erschienen. Er glaubte nicht an ihre wirkliche Schwäche und auch

¹ Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945. (Fischer-Ausgabe). Frankfurt a. M. 1965, S. 12–13.

² UM 5C/18.

³ Philipp W. Fabry, Der Hitler-Stalin Pakt 1939–1941. Darmstadt 1962, S. 82–83.

nicht an die Furcht vor der Revolution: „Der Hauptgrund ist, daß die Mehrheit der nichtaggressiven Staaten, besonders Frankreich und England, die Politik der kollektiven Sicherheit verleugnet hat und eine Haltung der Nicht-Intervention, der Neutralität einnimmt“, die nach Stalin unausweichlich den Krieg „in einen Weltkrieg verwandeln werde“. Hinter der Haltung der Nichteinmischung sah Stalin keine andere Ursache als den Wunsch, die Deutschen zum „Weitermarsch nach Osten“ anzutreiben. Die Presse Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten verbreite Gerüchte über deutsche Angriffspläne auf die Ukraine, mit dem offensichtlichen Zweck, die Sowjetunion zu einem „Konflikt mit Deutschland ohne irgendwelchen sichtbaren Grund“ zu reizen. Stalin gab zwar zu, daß es auch in Deutschland solche Schwachköpfe gebe, die von der „Eroberung eines Elefanten, d. h. der Sowjetukraine“ träumten, aber „wenn wir uns nicht um diese Schwachköpfe kümmern und uns an normale Menschen wenden, ist es dann nicht völlig unsinnig und unvernünftig, ernsthaft von der ‚Eroberung der Sowjetukraine‘ zu sprechen“.⁴

Das war deutlich als Hinweis für Hitler bestimmt, daß ein Vertrag mit Stalin möglich war. Da der „zweite imperialistische Krieg“ sich in einen Weltkrieg verwandeln würde, forderten es die Interessen der Sowjetunion, sich aus dem Kreig herauszuhalten, und dazu bot ein Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion zweifellos die beste Alternative, weil man annehmen konnte, daß er die Meinungsverschiedenheiten zwischen den „imperialistischen Mächten“ zuspitzen würde, deren Ausnutzung wiederum zu den leninistischen Grundsätzen der sowjetischen Außenpolitik gehörte.⁵

Am wichtigsten im Hinblick auf das Baltikum war die Stelle in Stalins Rede, in der er die Beziehungen der Sowjetunion zu ihren unmittelbaren Nachbarn präziserte: „Wir sind für friedliche, enge und freundliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten, die eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion haben. Dies ist unser Standpunkt: und wir halten daran solange fest wie diese Staaten entsprechende Beziehungen zur Sowjetunion aufrechterhalten, und solange sie keinen Versuch machen, direkt oder indirekt die Unantastbarkeit der Grenzen der Sowjetunion zu verletzen.“⁶ Stalin führte hier also auch den Begriff der indirekten Aggression ein, dessen Definition sich dann im Sommer bei den Verhandlungen mit den Westmächten als schwierige Aufgabe erwies.

Der Chef der politischen Abteilung der Roten Armee, L. Z. Mehlis, erläuterte die von Stalin der Roten Armee gestellten Aufgaben in einer auf dem Parteitag am 14. März gehaltenen Rede. Er verlangte von den Soldaten der Roten Armee die Bereitschaft, in dem Falle, daß die Sowjetunion angegriffen würde, „die Kriegshandlungen auf das Territorium des Feindes zu verlegen, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und die Zahl der Sowjetrepubliken zu vermehren“.⁷

Die Lage im Baltikum wurde für die Sowjetunion immer bedrohlicher, nachdem

⁴ Degras III S. 315–320.

⁵ Siehe z. B. V. I. Lenin, Kootut teokset. Moskova 1962, S. 436.

⁶ Degras III S. 321.

⁷ Jürg Wegmüller, Das Experiment der Volksfront. Frankfurt a. M. 1972, S. 75.

Deutschland das Memelgebiet in Besitz genommen hatte. Es verging keine ganze Woche nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Deutschland und Litauen, bis Litvinov am 28. März den Gesandten Estlands und Lettlands eine einseitige Garantieerklärung der Sowjetregierung übereichte: „Die Sowjetunion war immer und ist weiterhin außerordentlich interessiert an der Erhaltung der völligen Selbständigkeit Lettlands [Estlands] sowie der anderen baltischen Staaten, was in Einklang steht mit den wirklichen Interessen nicht nur der Bevölkerung dieser Republiken, sondern auch der Sowjetunion. Aus diesem Grunde ist es klar, daß, wenn Lettland [Estland] „freiwillig“ oder unter äußerem Druck irgendwelche Verträge schließt und unter die politische, wirtschaftliche oder sonstige Vorherrschaft einer dritten Macht gerät und wenn diesem dritten Staat Sonderrechte auf dem Territorium oder in den Häfen Lettlands [Estlands] eingeräumt werden, die Sowjetunion dies als unzumutbar betrachten und die Ansicht vertreten würde, daß es in Widerspruch zu dem 1920 zwischen Lettland [Estland] und der Sowjetunion geschlossenen Friedensvertrag und zu dem 1932 geschlossenen Nichtangriffspakt stehe, sogar deren Verletzung bedeute.“⁸ Die Sowjetunion verkündete jetzt de facto, daß Estland und Lettland zu ihrer Interessensphäre gehörten. Nachdem die Gefahr eines deutschen Angriffs immer deutlicher geworden war, konnte die Sowjetunion es sich nicht mehr leisten, die Augen vor dem wirklichen Wesen der estnischen Neutralitätspolitik zu verschließen, die bei einem zwischen Deutschland und der Sowjetunion möglicherweise ausbrechenden Konflikt am besten den deutschen Interessen gedient hätte.

2. Die baltischen Staaten in den Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten

Die Verhandlungen, die die Sowjetunion im Frühjahr und Sommer 1939 einerseits mit den Westmächten und andererseits mit Deutschland führte, sind schon so ausführlich beschrieben worden,⁹ daß wir uns hier mit einer kurzen Zusammenfassung begnügen können.

Die ersten Annäherungsversuche von englisch-französischer Seite an die Sowjetunion erfolgten unmittelbar nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei. Der Gedanke einer politischen Zusammenarbeit machte jedoch die polnische Regierung mißtrauisch, so daß England und Frankreich zunächst auf ihre Sondierungen verzichteten und beschlossen, den als am meisten gefährdet geltenden Staaten englisch-französische Garantieverprechen zu geben: Polen am 31. März und Rumänien am 13. April.¹⁰ Die Verhandlungspositionen der Sowjetunion hatten sich nun erheblich verstärkt. Vor dem 31. März hatte die Sowjetunion Grund zu der Befürchtung ge-

⁸ Text der Lettland überreichten Note. Degras III S. 325–326.

⁹ Zuletzt Ebba Čeginskas, Die baltische Frage in den Großmächteverhandlungen 1939. *Commentationes Balticae XII/XIII*. Bonn 1967 und Heino Arumäe, *NSV Liidu võitlus Baltimaade rahvaste julgeoleku eest Teise maailmasõja eel*. Eesti Teaduste Akadeemia toimetised. 21/4. Tallinn 1972, S. 391–408.

¹⁰ Čeginskas S. 4.

habt, daß Deutschland allein oder zusammen mit Polen angreifen würde; nach diesem Datum schien ein solcher Angriff weniger wahrscheinlich, weil er Deutschland in einen Zweifrontenkrieg geführt hätte, den Hitler mit allen Mitteln zu vermeiden suchte.¹¹

Entsprechend hatte Chamberlain durch seine vorschnelle Garantiepolitik die Bewegungsfreiheit seines eigenen Landes stark eingeschränkt. Für England und Frankreich war es jetzt noch notweniger als zuvor, auch schon allein aus innenpolitischen Gründen, die Sowjetunion in eine gemeinsame „Friedensfront“ einzuschließen. Mitte April und in überprüfter Form wieder am 8. Mai schlug England der Sowjetunion vor, sie solle sich verpflichten, Polen und Frankreich Beistand zu gewähren unter der Voraussetzung, daß Polen und Frankreich selbst diesen Beistand wünschten. Der Vorschlag war von der Sowjetunion aus gesehen völlig unmöglich, weil er ihr keinen Schutz gab für den Fall, daß sich der deutsche Angriff über das Baltikum gegen die Sowjetunion richtete. Das mußte auf den Angreifer direkt provozierend wirken. In ihrem eigenen Gegenvorschlag, den Litvinov am 17. April übergab und V. M. Molotov, der neue Kommissar für auswärtige Angelegenheiten (ab 3. Mai), am 14. Mai wiederholte, brachte die Sowjetunion die baltischen Republiken ins Gespräch und schlug einen Beistandspakt zwischen der Sowjetunion, Frankreich und England, sowie Garantieverprechen an die von einer Aggression bedrohten kleinen Staaten Mittel- und Osteuropas, darunter an Estland, Lettland und Finnland vor. Die Sowjetunion setzte voraus, daß der gegenseitige Beistandspakt durch ein Militärabkommen ergänzt werde.¹² Frankreich hatte schon Ende April eine Überprüfung und Erweiterung des französisch-russischen Beistandspaktes vorgeschlagen, aber Chamberlain stand anfangs derartigen Verpflichtungen äußerst skeptisch gegenüber. Erst die Furcht vor einem möglichen deutsch-russischen Einvernehmen brachte ihn in dieser Hinsicht auf andere Gedanken.¹³ In einem gemeinsamen englisch-französischen Vorschlag, der am 27. Mai in Moskau Molotov überreicht wurde, war der Gedanke des Beistandspaktes in der Form akzeptiert worden, daß sich die Vertragspartner nicht nur im Falle einer direkten Aggression zum gegenseitigen Beistand verpflichteten, sondern auch dann, wenn sich die Aggression gegen einen garantierten oder neutralen europäischen Staat richtete. Man ging jedoch davon aus, daß die Garantien in diesem Fall nicht automatisch in Kraft träten, sondern erst, wenn die betroffene dritte Macht selbst um Hilfe bitte. Das genügte der Sowjetunion aber nicht, und sie forderte Anfang Juni, daß alle vom Vertrag betroffenen Staaten im Vertragstext selbst zu nennen seien, und sie setzte außerdem automatische Garantien voraus, die in Kraft treten würden unabhängig davon, ob der angegriffene Staat diesen Beistand selbst erbäte oder nicht. Die Sowjetunion rechnete offensichtlich mit der Möglichkeit, daß die baltischen Länder so stark ins deutsche Fahrwasser gerieten, daß sie sich bei dessen Angriff gar nicht an die Großmächte wenden wür-

¹¹ Sven Allard, *Stalin und Hitler 1936–1941*. Porvoo 1972, S. 146–147.

¹² Ponomarev S. 403–406.

¹³ Robert Manne, *The British Decision for Alliance with Russia, May 1939*. Contemporary History 3 (1974), S. 3–26.

den.¹⁴ Das war zumindest in bezug auf Estland als sogar sehr wahrscheinlich zu betrachten.

Der sowjetische Gesandte in London, I. Maiski, betonte am 12. Juni Lord Halifax gegenüber, daß für das günstige Endresultat der Verhandlungen die drei baltischen Staaten Lettland, Estland und Finnland von ganz grundlegender Bedeutung seien. Bei diesen Staaten sei auch eine mögliche „indirekte Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion“ in Betracht zu ziehen. Maiski hob hervor, daß das Problem nicht formal-juristischer Art sei, sondern sehr real, weil die baltischen Staaten entweder direkt oder indirekt angegriffen werden könnten. Wenn man sich darüber einigen könnte, glaubte Maiski, daß die formalen Dinge keine Schwierigkeiten bereiten würden.¹⁵

Die offiziellen Kreise in Estland und Lettland lehnten die angebotenen Garantien ab, was zu erwarten gewesen war. Inwieweit sich in diesen beiden Ländern hinsichtlich dieser Frage andersdenkende Kreise fanden, ist schwer abzuschätzen. In Estland vertrat jedoch der führende liberale Politiker Jaan Tõnisson die Auffassung, daß die baltischen Staaten die von England, Frankreich und der Sowjetunion angebotenen Garantien hätten akzeptieren sollen. In dieser Absicht versuchten einige estnische und lettische Kreise im August durch Vermittlung der finnischen Schriftstellerin Hella Wuolijoki in Helsinki mit den Russen in Kontakt zu kommen. Der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion am 23. August machte diesen Sondierungen ein schnelles Ende.¹⁶ Litauen gehörte nicht direkt zu den für die Garantien vorgeschlagenen Staaten. Der litauische Gesandte in London, J. Balutis, warf den baltischen Staaten jedoch Passivität hinsichtlich ihrer Neutralität vor: „Die Frage ist, ob es nicht besser wäre, daß sie eine aktivere Rolle spielten“ ... „Ich begreife einfach nicht, warum kein baltischer Staat eine solche Initiative ergreift.“¹⁷

Unter Druck akzeptierten die Westmächte dann Ende Juni wenigstens in der Praxis den Gedanken an automatisch in Kraft tretende Garantien im Falle eines Angriffs. Es gelang aber noch nicht, den Begriff der indirekten Aggression auf eine alle Seiten zufriedenstellende Weise zu definieren. Man braucht kein überraschendes Moment darin zu sehen, daß Molotov am 23. Juli vorschlug, die militärischen Verhandlungen zu beginnen, obwohl die politischen noch nicht abgeschlossen waren; die Sowjetunion hatte schon lange gefordert, die politischen und militärischen Verhandlungen parallel zu führen. Die Definition des Begriffes der indirekten Aggression war an sich Nebensache, wie Molotov am 23. Juli betonte; das hatte Maiski ja schon im Juni gegenüber Halifax zum Ausdruck gebracht. Dagegen war die Berücksichtigung und Eliminierung der über das Baltikum auf die Sowjetunion gerichteten Gefahr eines Angriffs ein ganz wesentlicher Punkt. Die Westmächte reagierten wieder mißtrau-

¹⁴ Čeginskas S. 7–9.

¹⁵ Halifax an Seeds (englischer Botschafter in Moskau) 12. 6. 1939. DBFP Third Series, Vol. VI S. 50.

¹⁶ Rauch S. 180.

¹⁷ Balutis aus London 22. 6., zitiert nach Navickas S. 120.

isch und langsam. Die Militärdelegation reiste ohne Eile mit einem Passagierdampfer, was auf absichtliche Verzögerung hindeutete. In Moskau traf die Delegation deshalb erst am 11. August ein. Bei den Verhandlungen, die vom 12.–23. August in Moskau geführt wurden, forderte Woroschilov, England und Frankreich sollten die betreffenden Staaten dazu bewegen, den Westmächten und der Sowjetunion zu vorübergehendem Gebrauch Flottenstützpunkte auf den Ålandsinseln, in Hanko, in Reval, auf Ösel und Dagö, in Libau und in Salismünde zu überlassen, alles Forderungen, die die militärpolitischen Ziele der Sowjetunion im Ostseebereich beleuchten.^{17a}

Die militärischen Verhandlungen fuhren sich bald an der Frage des Durchmarschrechts sowjetischer Truppen durch dritte Staaten fest. Polen und Rumänien weigerten sich strikt, ein solches Recht einzuräumen. So entstand bald eine Stimmung der Ausweglosigkeit, und am 21. August wurde beschlossen, die militärischen Verhandlungen bis auf weiteres zu verschieben.¹⁸ In Wirklichkeit bedeutete es das endgültige Scheitern der Verhandlungen, denn in Moskau traf nun als Hitlers Sonderbevollmächtigter Außenminister Ribbentrop ein, der ein viel vorurteilsloserer Unterhändler war als seine englischen und französischen Kollegen, und dessen Auftraggeber außerdem Eile und deshalb auch den politischen Willen hatte, ohne langes Handeln um den Preis zu einem Vertrag zu kommen.

3. Deutschland und das Baltikum während der Dreierbundverhandlungen

Als sich die Krise mit Polen zuspitzte, war Deutschland ganz besonders an der Haltung Litauens interessiert. Während der Dreierbundverhandlungen aktivierte es auch allgemein seine Beziehungen zum Baltikum, um zu zeigen, daß es auch Interessen in diesem Gebiet habe. Durch die Betonung eigener Interessen am Baltikum versuchte es gleichzeitig, den Wert dieses bei möglichen deutsch-russischen Verhandlungen in Frage kommenden Tauschobjektes zu erhöhen.¹⁹

Hitlers Geburtstag am 20. April gab Gelegenheit zur Demonstration der militärischen Macht des Dritten Reiches. In Berlin fand eine gewaltige Militärparade statt, zu der höchste Offiziere verschiedener Länder eingeladen wurden. Aus Estland kam General Reek, um dem Führer zu gratulieren, aus Lettland der Generalstabschef Hartmanis und aus Litauen der Oberbefehlshaber der Armee Raštikis, der, wie der „Völkische Beobachter“ ganz richtig bemerkte, auch im politischen Leben seines Landes eine bemerkenswerte Rolle spielte.²⁰ General Raštikis umgab man mit ganz besonderer Aufmerksamkeit. Ihm bot sich Gelegenheit zu Gesprächen mit Hitler, Ribbentrop und hohen deutschen Offizieren, u. a. mit dem Stabschef des OKH, General Halder. Den Litauern wurde auch angeboten, als Entschädigung für die

^{17a} Jakobson S. 186; Rauch S. 175; Arumäe S. 406.

¹⁸ Ponomarev S. 408–418; Čeginskas S. 24–27.

¹⁹ Čeginskas S. 59.

²⁰ Völkischer Beobachter 21. 4. 1939.

Investitionen im Memelgebiet Waffen zu liefern, sie lehnten das Angebot unter Hinweis auf ihre Neutralität ab.²¹ Nach einer Denkschrift des Chefs der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ernst Woermann, sah Raštikis „den Weg für eine fruchtbare politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland offen“ und versprach dafür zu sorgen, daß „die polnischen Störungsversuche erfolglos bleiben werden“. Woermann glaubte deshalb, daß „der Berliner Aufenthalt der Litauer seinen Zweck erfüllt habe“.²² Vielleicht erfüllten sich diese in militärpolitischer Hinsicht an Litauen geknüpften Hoffnungen doch nicht ganz, denn als Raštikis am 8. Mai in Warschau war, versprach er, daß Polen während eines möglicherweise ausbrechenden offenen deutsch-polnischen Konflikts den Rücken als gesichert betrachten und alle Kräfte gegen Deutschland konzentrieren könnte, weil Litauen neutral bliebe.²³

Auf wirtschaftlichem Gebiet hatten die deutschen Bemühungen mehr Erfolg. Bei den deutsch-litauischen Wirtschaftsverhandlungen war es das deutsche Ziel, eine solche Neuordnung zu verwirklichen, die „die litauische Wirtschaft möglichst eng mit der Wirtschaft des Reiches“ verbinde. Die Verhandlungen bereiteten den Deutschen allerdings gewisse Schwierigkeiten, weil die Litauer strikt daran festzuhalten versuchten, daß der Handel mit Deutschland nicht einen bestimmten Prozentsatz übersteige. Dr. Karl Schnurre, der Verfasser einer Denkschrift, war darin jedoch der Ansicht, daß das Ziel mit den am 20. Mai geschlossenen Verträgen erreicht sei. Es wurde jedoch vermieden, die erzielten Ergebnisse nach außen zu betonen. Aufgrund der Verträge konnte man schätzen, daß ca. 50% der litauischen Einfuhr aus Deutschland und dem Protektorat kämen, in die wieder entsprechend ca. 40% der litauischen Ausfuhr gingen. Schnurre betonte jedoch, daß „es in unserem Interesse liegt, in Gesprächen und Veröffentlichungen unter allen Umständen zu vermeiden, diese Dinge in ihrer tatsächlichen Tragweite darzustellen“. Der Handelsvertrag wurde für zwei Jahre geschlossen. Mit einem im selben Zusammenhang geschlossenen Vertrag erhielt Litauen das Recht, einen Freihafen in Memel zu gründen.²⁴ Während der Wirtschaftsverhandlungen fiel dem englischen Konsul in Litauen, Preston, „der Geist der Willfährigkeit“ auf, den er im Verhalten der Litauer zur „deutschen Drohungspolitik“ glaubte erkennen zu können.²⁵

Eine Art von „primus motor“ der Nichtangriffspakte Deutschlands mit Estland und Lettland war der Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, der Anfang April in einer besonderen Botschaft an Hitler appelliert hatte, Nichtangriffserklärungen gegenüber den Staaten abzugeben, die sich von ihm bedroht fühlten. Das hatte Hitler dazu veranlaßt, bei einer ganzen Reihe von Staaten, darunter den baltischen, anzufragen, ob sie sich von Deutschland bedroht fühlten. Von Estland

²¹ Albert Tarulis, *Soviet Policy toward the Baltic States 1918–1940*. Indiana 1959, S. 117.

²² Woermanns Denkschrift 26. 4. 1939, AA Büro RAM/Litauen 1. 1. 1936–5. 4. 1940.

²³ Sabaliūnas S. 149.

²⁴ Schnurre's Denkschrift 27. 5. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VI S. 495–496.

²⁵ Preston aus Kowno 8. 5. 1939, FO 419/33/73.

und Lettland wurde das ohne weiteres verneint.²⁶ Um die Garantien zurückzuweisen, die die Sowjetunion den baltischen Ländern angeboten hatte, kam der estnische Außenminister Selter jedoch auf den Gedanken, daß es zur Klärung der Lage gut wäre, wenn Deutschland in der einen oder anderen Form in einem Kommuniké mitteilen würde, daß es die Unabhängigkeit Estlands und Lettlands achte.²⁷ Nachdem Hitler in seiner Rede vom 28. April sich für den Abschluß eines Nichtangriffspakts mit Estland und Lettland ausgesprochen hatte, begannen die Verhandlungen Anfang Mai und endeten mit der Unterzeichnung der Verträge in Berlin am 7. 6. 1939.²⁸ Die Sowjetunion sah die Nichtangriffspakte mit scheelen Augen an, und Molotov verhehlte nicht, daß die Sowjetunion die Nichtangriffspakte Estlands und Lettlands mit Deutschland als Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland betrachtete.²⁹

Der Chef des deutschen Generalstabs, Franz Halder, besuchte Estland in der Zeit vom 26. bis 29. 6. 1939. Der Besuch gehörte zweifellos zu der Reihe jener Maßnahmen, mit denen Deutschland die Sowjetunion während deren Verhandlungen mit den Westmächten nervös zu machen versuchte. Halders Besuch wurde von dem deutschen Militärattaché in Helsinki, Horst Rössing, vorbereitet, der auch mit General Laidoner sprechen konnte. Der dabei anwesende Oberst Saarsen erzählte, daß Laidoner bei dem Gedankenaustausch über die Entwicklung der politischen Verhältnisse den Gast an die Karte des Arbeitszimmers geführt und dort gesagt habe: „Die Stellung Estlands und des ganzen Baltikums wird äußerst bedrohlich in dem Augenblick, in dem Hitler und Stalin einen Vertrag schließen.“ Rössing war offensichtlich niemals dieser Gedanke gekommen, denn er behauptete, daß das „absolut unmöglich“ sei.³⁰ Laidoners Äußerung zeigt, daß er sehr deutlich die Gefahrenmomente für Estland sah, die in der Entwicklung der gesamtpolitischen Lage enthalten waren. Später im Sommer versicherte Laidoner bei Gesprächen mit dem englischen Konsul in Reval, Gallienne, daß die Sowjetunion keinen Vertrag mit den Westmächten schließen würden, sondern mit Deutschland.³¹ Auch im estnischen Außenministerium argwöhnte man zu jener Zeit stark, daß es trotz der Verhandlungen mit den Westmächten die wirkliche Absicht der Sowjetunion sei, zu einem Vertrag mit Deutschland zu kommen.³² Als Halder selbst in Estland war, scheinen keine politischen Fragen behandelt worden zu sein. Vizeaußenminister Öpik erzählte, daß er am letzten Abend des Besuches Oberst Maasing die Frage gestellt habe: „Wie steht

²⁶ Rauch S. 171.

²⁷ Hynninen aus Reval 1. 5. 1939 UM 5C/12; Frohwein aus Reval 24. 4. 1939, ADAP, Serie D, Bd. V S. 262–263.

²⁸ Rauch S. 171.

²⁹ A. S. Yrjö-Koskinen aus Moskau 17. 6. 1939, UM 5C/18; Schulenburg aus Moskau 7. 8. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VI S. 906.

³⁰ Johan Laidoner, Koostanud Villem Saarsen. Stockholm 1953, S. 157.

³¹ Gallienne aus Reval 24. 7. 1939, FO 419/33/193/.

³² Kirotar S. 83–84; auch Selter scheint gegewöhnt zu haben, daß sich Deutschland auf Kosten des Baltikums mit der Sowjetunion verständigen könnte. Gallienne aus Reval 11. 7. 1939, FO 419/33/168.

Deutschland zur Erhaltung des Status quo in Finnland und im Baltikum? Das ist ja für uns letzten Endes eine Frage auf Leben und Tod.“ „Sobald die Sowjetunion etwas gegen uns unternahme, werde die deutsche Flotte auf dem Meridian von Reval erscheinen“, hatte Maasing „bestimmt und ermutigend“ geantwortet.³³ Auch der estnische Gesandte Karl Tofer, der bis zum Herbst 1939 in Berlin akkreditiert war, wußte von ermutigenden Versprechungen deutscher Militärpersonen gegenüber estnischen militärischen Vertretern zu berichten, die jedoch völlig unverbindlich gegeben wurden.³⁴

Als der deutsche Gesandte in Reval, Frohwein, im Herbst 1939 die Ereignisse nachträglich beurteilte, schilderte er sehr treffend die Skylla und Charybdis der estnischen Außenpolitik: „Die eine, aktuelle Gefahr hatte man in dem Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion gesehen, der die kleinen baltischen Länder sofort in die militärische Operation hineinziehen würde; auf der anderen Seite sah man als eine in ferner Zukunft möglicherweise einmal auftauchende Gefahr die Möglichkeit eines engen Freundschaftsverhältnisses zwischen den genannten Großmächten, von dem man als Folgewirkung eine Aufteilung des zwischen ihnen liegenden Länderkomplexes befürchten zu müssen glaubte. Nur auf diese beiden Gefahren hatte man sich seither außenpolitisch eingestellt. Unter dem Eindruck, daß in einem deutsch-sowjetrussischen Kriege die Sowjetunion als erste militärisch auf Estland Hand legen würde, hatte man unter Wahrung der offiziellen Neutralitätsthese unter der Hand eine vertrauensvolle Anlehnung an Deutschland – namentlich in militärpolitischer Beziehung – gesucht.“³⁵

4. Der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion vom 23. 8. 1939

Hitler hatte offensichtlich dem Hinweis auf die Möglichkeit einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit in Stalins Rede am 10. März keine besondere Beachtung geschenkt. Als aber dann der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Maxim Litwinov, der jüdischer Herkunft und als Verfechter der kollektiven Sicherheit bekannt war, durch V. M. Molotov ersetzt wurde, verstand Hitler allerdings die politische Bedeutung des Ereignisses. Gleichzeitig gab man von sowjetischer Seite zu verstehen, daß die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten kaum zu einem Ergebnis führen würden. Das gegenseitige Mißtrauen war aber anfangs groß, und wirkliche Fortschritte machten die Verhandlungen erst von Ende Juli an.³⁶ Als sich die Polenfrage zuspitzte, begann nämlich Hitler den Vertragsabschluß zu beschleunigen.

³³ Marners S. 81.

³⁴ Aleksander Warma, *Lähettiläänä Suomessa 1939–1944*. Helsinki 1973, S. 18.

³⁵ Frohwein aus Reval 28. 11. 1939, AA Gesandtschaft Kowno/Estland.

³⁶ Allard S. 164–167.

Als die entscheidende Phase der Verhandlung näher kam, schob sich die baltische Frage in den Gesprächen ziemlich in den Mittelpunkt. Botschaftsrat Schnurre hatte weisungsgemäß am 26. Juli den sowjetischen Geschäftsträger Astachow zum Abendessen in ein Berliner Restaurant eingeladen, wobei die politischen Beziehungen Deutschlands und der Sowjetunion einer sehr gründlichen Prüfung unterzogen wurden. Der Geschäftsträger brachte während des Gespräches sogar zweimal die baltischen Staaten betreffende Fragen vor. Er argwöhnte zunächst, daß Deutschland die baltischen Staaten und Finnland sowie auch Rumänien als seine Interessensphäre betrachte, wodurch die Sowjetunion sich bedroht fühle, und er fragte dann, ob Deutschland außer den wirtschaftlichen Interessen im Baltikum „sonstige weitergehenden politischen Ziele“ hätte. Schnurre begnügte sich mit der Versicherung, daß im Baltikum ein Zusammenstoß der Interessen auf keinen Fall zu befürchten sei.³⁷ Dem deutschen Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, wurden am 29. Juli Anweisungen gegeben, nach denen er Molotov gegenüber zu betonen hatte, daß Deutschland in Polen „alle Interessen der Sowjetunion respektieren“ würde und daß es auch bereit sei, im Baltikum die „lebenswichtigen Ostseeinteressen“ der Sowjetunion anzuerkennen. Als der Botschafter diesen Anweisungen gemäß am 3. August mit Molotov sprach, interessierte den Außenkommissar besonders, ob im Begriff des Baltikums, wie ihn die Deutschen gebrauchten, auch Litauen enthalten sei.³⁸

Spätestens Mitte August scheint Moskau davon überzeugt gewesen zu sein, daß Deutschland wirklich nach einem Einvernehmen mit der Sowjetunion strebte. Ein schneller Vertragsabschluß sollte nun Hitlers Zeitnot lindern. Infolge der Polenfrage war es für ihn jetzt erstrangig, schnell den Vertrag zu schließen, zweitrangig dagegen, welcher Preis dafür zu zahlen war.³⁹ Der deutsche Außenminister von Ribbentrop traf am 23. August in Moskau ein, und in den ersten Morgenstunden des 24. August war der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion fertig. Nachdem Ribbentrop in Moskau angekommen war, hatte Deutschland keine Rückzugsmöglichkeit mehr. Stalin wußte das und hielt eisern daran fest, daß die Häfen Libau und Windau und somit ganz Lettland zur Interessensphäre der Sowjetunion gehörten und wies unter Berufung auf die Integrität Lettlands entschieden Hitlers Versuch zurück, die Interessengrenze auf die Düna zu legen.⁴⁰ Die Grenzen der Interessensphären der beiden Seiten wurden dann wie bekannt in einem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt festgelegt. Im ersten Artikel dieses Protokolls, der gleichzeitig die Erwartungen enthielt, die die Sowjetunion an den Vertrag knüpfte, hieß es: „Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland und Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer

³⁷ Schnurre's Denkschrift 27. 7. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VI S. 847–848.

³⁸ Fabry S. 46, 53–54.

³⁹ Ebenda S. 83.

⁴⁰ Čeginskas S. 71–72.

Gebiet beiderseits anerkannt.“ Der Nutzen, den Deutschland sich von dem Vertrag versprach, war in dem zweiten Artikel enthalten: „Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.“ „Die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates“ wurde der späteren politischen Entwicklung überlassen.⁴¹ Der Vertrag vom August sollte sehr große Bedeutung für die Sowjetunion haben. In seiner Rede bei einer Sitzung des Obersten Sowjets am 31. 8. 1939 betonte Molotov die historische Bedeutung des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland: „Er bietet uns neue Möglichkeiten zur Vermehrung unserer Kräfte, zur andauernden Stärkung unserer Position und er vermehrt weiterhin die Möglichkeiten der Sowjetunion, die internationale Entwicklung zu beeinflussen.“⁴² Sowjet-Rußland öffnete sich jetzt das Tor nach Europa. Es durchbrach den eingebildeten Blockadering und konnte mit den Rechten einer aktiven Großmacht an der Ordnung der Dinge in Europa teilnehmen. „Ihr in den vorhergehenden Jahren gewachsenes Prestige nahm einen mächtigen Aufschwung. Der alte schlummernde kaiserlich-russische Imperialismus erwachte zum Leben. Das Gefühl der Stärke, der eigenen Bedeutung, der Geltungssucht und der Größe nahm zu“, schreibt J. K. Paasikivi in seinen Erinnerungen.⁴³

5. Vom polnischen Feldzug bis zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. 9. 1939

Litauen wechselt die Interessensphäre

Als sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen immer deutlicher in Richtung eines offenen Konfliktes zuspitzten, wurde die litauische Neutralität auf die Probe gestellt. Der litauische Gesandte in Berlin, Oberst Kazys Škirpa, begann offen mit dem Gedanken zu spielen, daß Litauen bei einem deutsch-polnischen Konflikt Gelegenheit hätte, das Gebiet von Wilna in Besitz zu nehmen. Škirpa brachte die Sache bei Botschaftsrat v. Grundherr am 4. 5. 1939 zur Sprache.⁴⁴ Einige Tage später, am 8. Mai, empfahl er seiner Regierung, im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Polen „die Armee anzuweisen, Wilna zu besetzen, bevor die Deutschen oder die Russen das täten“. Nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September wurde die litauische Haltung natürlich hochaktuell. In seiner Denkschrift vom 8. September forderte Škirpa, daß die Armee sofort mobil zu machen sei, wenn die polnische Verteidigung an der Weichsel zusammengebrochen wäre. Ferner schlug der Gesandte vor, daß die Regierung ein

⁴¹ Geheimes Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes 23. 8. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VII S. 206–207.

⁴² Degras III S. 368–371.

⁴³ J. K. Paasikivi, Toimintani Moskovassa ja Suomessa 1939–1941. I. Helsinki 1959, S. 32–33.

⁴⁴ Grundherrs Denkschrift 4. 5. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VI S. 349–350.

Kommuniqué herausgab, in dem versichert würde, daß Litauen weiterhin an seiner Neutralitätspolitik festhalte und daß es sich bei der Inbesitznahme des Wilnagebietes nicht um Krieg mit Polen handele, sondern um die Beseitigung des 1920 begangenen Unrechtes. Fürsprecher der Interventionspolitik fanden sich in Litauen in der Tautinkai-Partei, der Armee und ganz besonders unter den Anhängern des ehemaligen Ministerpräsidenten Professor Augustinas Voldemaras.⁴⁵ Sogar der Ministerpräsident stellte sich auf die Seite der Interventionisten. Bei der Sitzung der Regierung am 5. September wurde die Alternative des bewaffneten Angriffs jedoch abgelehnt. Der Eintritt in den Krieg hätte zunächst einmal bedeutet, daß Litauen zu einem Verbündeten Deutschlands geworden wäre, was nicht als besonders angenehme Rolle erschien, und zum anderen wäre ein Angriff in den Rücken Polens in einem Augenblick, in dem es den ganzen Druck des deutschen Angriffs auszuhalten hatte, eine zu zynische Tat gewesen. Besonders der katholische Flügel der Regierung war entschieden gegen militärische Maßnahmen.⁴⁶ Andererseits versuchte auch Deutschland sowohl vor Ausbruch der Krise als im Anfangsstadium des Krieges Litauen zu aktivem Eingreifen zu bewegen. Noch am 14. September teilte der deutsche Gesandte in Kowno, Erich Zechlin, mit, daß er seine Bemühungen in dieser Richtung fortsetze, aber nur zwei Tage später verbot Ribbentrop alle Gespräche über diese Frage.⁴⁷ Der Druck, der in diesem Stadium von deutscher Seite ausgeübt wurde, scheint auf das Bestreben hinzuweisen, Litauen zu einer Art Protektorat zu machen. Darauf deutet zumindest der auf den 20. September datierte Entwurf eines Militärpaktes zwischen Deutschland und Litauen im Archiv des Auswärtigen Amtes hin, dessen erster Artikel offen sagt: „Litauen steht, unbeschadet seiner staatlichen Selbständigkeit, unter dem Schutze des Deutschen Reiches.“⁴⁸ Der politische Einfluß Deutschlands hatte jedoch schon seinen Höhepunkt überschritten. Die Rote Armee begann mit der Besetzung Ostpolens am 17. September und nahm zwei Tage später Wilna in Besitz. Die militärischen Maßnahmen der Sowjetunion erregten im Baltikum Unruhe und Argwohn hinsichtlich ihrer endgültigen Ziele. Der Oberbefehlshaber der litauischen Armee, General Raštikis, schlug noch in diesem Stadium die Bildung einer baltischen Militärallianz vor. Die Regierungen, die bis zum außer-

⁴⁵ Voldemaras (1883–1945) war im Dezember 1926 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen, er war bis September 1929 Ministerpräsident und Außenminister und wurde von Präsident A. Smetona und Finanzminister J. Tūbelis mit seiner Regierung gestürzt. Voldemaras unternahm 1934 einen mißlungenen Umsturzversuch, wurde verhaftet, ging nach der Freilassung nach Paris, kehrte im Herbst 1939 nach Litauen zurück, von wo er im folgenden Jahr in die Sowjetunion deportiert wurde. Seine Anhänger, die man als litauische Faschisten bezeichnen kann, hatten spätestens seit 1938 mehrfach durch deutsche Abwehragenten Geld und Waffen u. a. für Judenpogrome erbeten. Myllyniemi S. 29–30.

⁴⁶ Sabaliūnas S. 147–149.

⁴⁷ ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 48–49, 58.

⁴⁸ Ebenda S. 87. Hitler behauptete in einer Rede an das deutsche Volk am 22. 6. 1941, daß Litauen in diesem Stadium um die Entsendung deutscher Truppen gebeten habe. Das wirkt jedoch unbegründet. Bolshevikkien valhepolitiikka. Saksan bolshevisminvastaista sotaa koskevia asiakirjoja. Helsinki 1941, S. 4.

sten ihre Neutralität zu bewahren versuchten, wollten jedoch von diesem Vorschlag nichts hören, weil sie fürchteten, daß die Sowjetunion eine solche Maßnahme als Provokation auslegen würde.⁴⁹

In einem Gespräch mit von der Schulenburg bemerkte Molotov am 22. September, daß die Sowjetunion an dem das Wilnagebiet betreffenden Abkommen festhalten würde, aber „die Zeit sei noch nicht reif zur Erörterung von Einzelheiten“. Etwas rätselhaft bemerkte Molotov jedoch, daß die Wilnafrage ein Teil des „baltischen Komplexes“ sei und daß sie „bei der endgültigen Regelung in Betracht gezogen werden müsse“.⁵⁰ Einige Tage später, am 25. September, legte Stalin dann von der Schulenburg seinen Vorschlag zur Gesamtlösung des „baltischen Komplexes“ vor. Stalin erbot sich, ursprünglich der Interessensphäre der Sowjetunion zugeteilte, hauptsächlich von polnischer Bevölkerung bewohnte Gebiete an Litauen herauszugeben. Stalin teilte gleichzeitig mit, daß er „an die Lösung des Problems der baltischen Staaten gemäß Protokoll vom 23. August herantreten würde“. Stalin sprach dabei ausdrücklich von Estland, Lettland und Litauen.⁵¹

Der Vorschlag war Hitler in keiner Weise angenehm, aber Deutschlands politische Abhängigkeit von der Sowjetunion hatte zugenommen, nachdem der Nichtangriffspakt nicht zur Isolierung Polens geführt hatte, was Hitler gehofft hatte. Aus diesem Grunde hatte der Nichtangriffspakt und der ebenfalls im August mit der Sowjetunion geschlossene Handelsvertrag für die deutsche Kriegsführung und Kriegswirtschaft sofort zentrale Bedeutung, denn ohne die Einfuhr aus der Sowjetunion wäre die deutsche Kriegswirtschaft infolge der englischen Wirtschaftsblockade gelähmt worden.⁵² Bei den Verhandlungen zwischen Stalin und Ribbentrop hielt Stalin eigensinnig an seinem Vorschlag fest, den anzunehmen Ribbentrop schließlich für das beste hielt. Der Tausch wurde in einem geheimen Zusatzprotokoll des am 28. 9. 1939 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag bestätigt. Im Südwesten Litauens sollte jedoch die schmale Grenzzone um die Stadt Mariampole Deutschland zufallen, sobald „die Regierung der UdSSR auf litauischem Gebiet zur Wahrnehmung ihrer Interessen besondere Maßnahmen trifft“. Zum Vertrag gehörte ein „vertrauliches Protokoll“, in dem festgestellt wurde, daß die Sowjetunion den in ihrer Interessensphäre wohnenden deutschen Staatsbürgern und anderen Personen deutscher Abstammung kein Hindernis in den Weg legen werde, falls diese nach Deutschland oder in die deutsche Interessensphäre übersiedeln wollten.

Das vertrauliche Protokoll sollte zu bedeutenden Bevölkerungsverschiebungen in ganz Osteuropa führen.⁵³ Hitler gab Anweisung, unmittelbar die Evakuierung der

⁴⁹ Edgar Anderson, *The Pacts of Mutual Assistance between the USSR and the Baltic States*. Baltic History. Ohio 1974, S. 240.

⁵⁰ Schulenburg aus Moskau 23. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 96.

⁵¹ Schulenburg aus Moskau, 25. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII, S. 101.

⁵² Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941*. Frankfurt a. M. 1965, S. 31.

⁵³ Vertragstexte ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 128–129; siehe auch Fabry S. 158–159.

Deutschen aus Estland und Lettland in die Wege zu leiten.⁵⁴ Mit Estland und Lettland schloß Deutschland im Oktober 1939 Verträge über die Umsiedlung der Baltendeutschen, mit der Wirkung, daß etwa 13 000 aus Estland und etwa 50 000 aus Lettland „ins Reich“ zogen. Im Januar 1941 folgte eine „Nachumsiedlung“, bei der noch fast 16 000 Personen umzogen; unter ihnen viele ihrer Staatsangehörigkeit nach als Esten oder Letten zu Betrachtende,⁵⁵ die durch enge Verwandtschaft oder irgendeinen anderen Grund ihr „Deutschtum“ beweisen konnten. Der Litauen betreffende Evakuierungsvertrag, nach dem etwa 50 000 Deutsche über die Grenze zogen, wurde erst im Januar 1941 geschlossen.⁵⁶

Estland und Lettland am Vorabend der Stützpunktverhandlungen

Nach Maasing wußte man im estnischen Generalstab schon am 26. August, daß die baltischen Staaten im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt der Interessensphäre der Sowjetunion zugeteilt waren. Aus diesem Grunde hatte Laidoner befohlen, die Bewachung in den östlichen Kreisen zu verstärken. Nach dem deutschen Angriff auf Polen und der Ausweitung des Krieges zum europäischen Großmachtskrieg war auch die Notwendigkeit einer allgemeinen Mobilmachung zu erwägen. Diese wurde in jeder Hinsicht so weit wie möglich vorbereitet.⁵⁷ Es wurde behauptet, daß die allgemeine Mobilmachung so gut vorbereitet sei, daß sie sich in 24 Stunden durchführen ließe.⁵⁸ Der Präsident der Republik, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, die Regierung des Landes und der Vorsitzende des Riigikogu erörterten in einer gemeinsamen Versammlung die Notwendigkeit der Mobilmachung. Es wurde beschlossen, nicht die allgemeine Mobilmachung einzuleiten, weil sich erstens eine geheime Mobilmachung nicht durchführen ließ und zweitens die Sowjetunion die Verkündung der allgemeinen Mobilmachung sicher als gegen sie gerichtete Maßnahme auslegen würde, was „ihr einen Vorwand geben könnte, uns anzugreifen“.⁵⁹ Laidoner scheint in diesem Stadium die Bedrohung Estlands als nicht sehr akut angesehen zu haben.⁶⁰ In den offiziellen Kreisen Lettlands wurde die Nachricht vom Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes ruhig aufgenommen, obwohl der lettische Gesandte in Berlin, Krievins, ziemlich schnell über den Inhalt des Vertrages informiert worden zu sein scheint.⁶¹ Dagegen liefen im Volk Gerüchte

⁵⁴ Weizsäcker an die Moskauer Botschaft 28. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 125.

⁵⁵ Dabei kamen nach Deutschland mehrere, später während der deutschen Besetzung bekannt gewordene Kollaborateure, z. B. die Letten Dankers und Primanis sowie die Esten Angelus, Mäe und Wendt, die ihre Bürgerrechte in Estland und Lettland verloren und deutsche Staatsangehörige wurden.

⁵⁶ Fabry S. 180, 186.

⁵⁷ Maasing S. 46.

⁵⁸ Der finnische Militärattaché in Reval, Hauptmann E. Hallakorpi: „Yhteenveto tapahtumista Virossa.“ 27. 10. 1939, SA 1403/4 Tsto IV/YE

⁵⁹ Maasing S. 46.

⁶⁰ Mamers S. 87.

⁶¹ Anderson S. 249 Fußnote 9.

darüber um, daß Deutschland Lettland an Rußland preisgegeben habe.⁶² Nachdem Deutschland sich den Rücken gedeckt hatte, konnte sein bewaffneter Konflikt mit Polen nicht mehr als irgendwie überraschend angesehen werden. Auch die am 7. September in der Sowjetunion begonnene Mobilisierung ließ sich noch als rein defensive Maßnahme auslegen. Die Internierung der aus dem Wilnagebiet kommenden polnischen Soldaten war jedoch der Anlaß zur Einberufung von drei Jahrgängen am 12. September.⁶³ Aber als die Sowjetunion dann am 17. September die ihr bei der Aufteilung der Interessensphären zugefallenen polnischen Gebiete zu besetzen begann, waren die Reaktionen in Riga und Reval sehr bestürzt, weil es nun allen klar wurde, daß Deutschland und die Sowjetunion Hand in Hand vorgingen. Munters ließ sofort den deutschen Gesandten v. Kotze kommen, um die deutsche Einstellung zu erfahren. Munters war sicher, daß es zwischen Deutschland und der Sowjetunion irgendeinen geheimen Vertrag gab. Die Erregung war in den offiziellen Kreisen wie in der Allgemeinheit „äußerst stark“.⁶⁴ Ganz besonders traf dies für den deutschsprachigen Bevölkerungsteil zu. Die Panikstimmung schien bis in die Regierungskreise zu reichen, weil sich nach v. Kotzes Information einige Minister schon um Visa nach Schweden bemühten.⁶⁵ Der französische Gesandte in Riga, Tripier, mit dem Palin laut seinem Bericht vom 17. September sprach, hielt die Lage Estlands und Lettlands für „direkt hoffnungslos“, weil sich die Sowjetunion diese Länder früher oder später wieder einverleiben würde. Seinen Worten nach nahm man die Situation im eigentlichen Volk einmal „mit einem gewissen Fatalismus der Hoffnungslosigkeit“ auf und zum anderen wieder teilweise „mit Freude (in den weiten kommunistischen Kreisen)“. Unter Hinweis auf seine eigenen Erfahrungen hielt es Palin für durchaus möglich, daß „man in verschiedenen Kreisen aufgrund der Ereignisse der letzten Tage angefangen hat, immer offener gerade so fatalistisch und hoffnungslos zu reden, wie Minister Tripier es behauptet“.⁶⁶ Dieses Bild wird noch in einigen Teilen durch die Beobachtungen des Gesandten v. Kotze ergänzt. Dem Gesandten fiel die Uneinheitlichkeit der inneren Front auf, die sogar in der obersten Führung zu beobachten war. Ulmanis' Stellung war dadurch geschwächt, daß er seine frühere Außenpolitik auf die Unterstützung Englands gegründet hatte, und das Prestige Englands war in diesem Augenblick in ganz Osteuropa stark im Sinken. Kriegsminister Balodis konnte jetzt behaupten, er habe, verglichen mit seinen innenpolitischen Gegnern, „größere politische Weitsicht“ gezeigt, weil er schon viel früher eine rechtzeitige Annäherung an die Sowjetunion gefordert hatte. Die verschiedenen Meinungen erzeugten auch bei der Armee Unsicherheit. Wenigstens v.

⁶² Kotze aus Riga 31. 8. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VII S. 386.

⁶³ Palin aus Riga 13. 9. 1939, UM 5C/16.

⁶⁴ Kotze aus Riga 18. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 71–72; siehe auch Johansson aus Riga 18. 9. 1939, UD. HP. 1. Ele.

⁶⁵ Kotze aus Riga 21. 9. 1939. Telegramm abgedruckt in: Dietrich A. Loeber, Diktierte Option, Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941. Neumünster 1972, S. 25–26.

⁶⁶ UM 5C/16.

Kotze scheint nicht sehr großes Vertrauen in den Kampfwillen der lettischen Armee gehabt zu haben. Wenn man sich nach der Haltung Lettlands im Falle eines russischen Eindringens ins Land erkundigte, konnte man auch in hohen Militärkreisen nichts als die düstere Feststellung zu hören bekommen: „Wir werden wohl kämpfen müssen.“⁶⁷

Auch der estnische Außenminister Selter drückte dem deutschen Gesandten gegenüber seine Besorgnis wegen der sowjetischen Invasion in Polen aus. Das hatte bei Selter böse Ahnungen geweckt, daß die Invasion der Sowjetunion sich auch auf die baltischen Länder richten könnte. Der Außenminister wollte nun wissen, ob Deutschland in einem solchen Falle „bereit und in der Lage“ sei, diesen Ländern zu helfen. Selter verwies noch auf die Gerüchte aus Moskau, nach denen Deutschland der Sowjetunion das Recht zugesprochen hatte, „das Baltikum und seine Häfen zu besetzen“. Der Gesandte, der selbst noch nicht die wirkliche Lage kannte, konnte nur die Richtigkeit der Gerüchte ableugnen.⁶⁸ Laidoner schlug nun vor, da die Lage für das ganze Baltikum viel bedrohlicher geworden war, mit dem Oberbefehlshaber der lettischen Armee und mit Kriegsminister General Balodis am 20. September in Walk zusammenzutreffen. Ein Tag davor kam aus Riga jedoch die Antwort, daß Balodis so viel mit der Internierung der polnischen Soldaten zu tun habe, daß die Zusammenkunft nicht möglich sei.⁶⁹ Der wirkliche Grund war sicher wieder einmal der Wunsch, eine Provokation der Sowjetunion zu vermeiden.⁷⁰

⁶⁷ Kotze aus Riga 21. 9. 1939; Loeber S. 25–26.

⁶⁸ Frohwein aus Reval 19. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 79.

⁶⁹ Saarsen S. 181.

⁷⁰ Obengenannter Bericht des Hauptmanns E. Hallakorpi 27. 10. 1939, SA 1403/4 Tsto IV/ YE.

IV. Die Ausgangssituation der Stützpunktperiode

1. Die Verhandlungen über die Beistandspakte und die militärischen Stützpunkte

Der Abschluß des Beistandspaktes zwischen Estland und der Sowjetunion und seine Durchführung

Das beschädigte polnische Unterseeboot „Orzel“ floh am 14. September in den Hafen von Reval, wo es interniert wurde. In der Nacht zum 17. September gelang es den Polen jedoch, ihre estnischen Wachen gefangenzunehmen, und das Boot konnte auf offene See entweichen. Das veranlaßte Molotov, am 19. September dem estnischen Gesandten in Moskau, A. Rei, mitzuteilen, daß, „weil die estnische Regierung nicht in der Lage ist, die Erhaltung der Neutralität in ihren Hoheitsgewässern zu garantieren, die baltische Flotte der Sowjetunion ihren Schutz übernehme“. Die Sowjetunion hatte somit die Isolierung Estlands aus einer sehr wirkungsvollen Richtung begonnen, von der See her.¹

In Moskau hatten im September Verhandlungen über die Erneuerung des estnisch-sowjetischen Handelsvertrages stattgefunden. Die estnische Handelsdelegation leitete der Chef der handelspolitischen Abteilung des Außenministeriums Meri, der am 20. September Außenminister Selter mitteilte, daß der Text des Handelsvertrages fertig sei. Selter teilte zunächst mit, daß der Gesandte Rei den Vertrag unterzeichne, aber ihm scheinen bald danach andere Gedanken gekommen zu sein und er wollte selbst nach Moskau fahren. Der sowjetische Gesandte in Reval, Nikitin, übermittelte dem Außenminister eine entsprechende Einladung am 22. September.² Der Außenminister fuhr am folgenden Tag aus Reval ab und traf am Abend des 24. September in Moskau ein. Selter und Rei wurden noch am selben Abend in den Kreml eingeladen, wo sie Molotov in Begleitung des Außenhandelskommissars Anastas Mikojan empfing. Molotov berührte kurz die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern und ging dann zur eigentlichen Hauptsache über, als er den Abschluß eines solchen gegenseitigen Beistandspaktes vorschlug, der der Sowjetunion das Recht geben würde, auf estnischem Gebiet Stützpunkte der Marine und der Luftwaffe zu unterhalten.³ „Die heutige Lage in den baltischen Ländern stellt eine Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion dar“, sagte Molotov, als er daranging, seinen Vorschlag genauer zu begründen. „Das zeigt besonders die Flucht des polnischen Unterseebootes aus dem Hafen von Reval. Es ist notwendig, den Status quo im Baltikum in einer solchen Weise zu ändern, daß die Sowjetunion sich nicht in eine bedrohliche

¹ K. Selter, Eesti välisministerina Moskovas. Eesti Riik ja Rahvas toises maailmasõjas II. Stockholm 1955, S. 39.

² Warma 1973 S. 27–28.

³ Warma 1973 S. 29–30. Warma schildert die Moskauer Verhandlungen aufgrund des Protokolls, das er nach den Verhandlungen aufgrund der Notizen Prof. A. Piips und Außenminister Selters anfertigte.

Stellung am schmalen Ausläufer des Finnischen Meerbusens eingeschlossen zu fühlen braucht. Aus der Sowjetunion ist ein mächtiger Staat geworden, der eine entwickelte Industrie und große militärische Stärke hat. *Der Status quo, der vor 20 Jahren geschaffen wurde, als die Sowjetunion vom Bürgerkrieg geschwächt war, kann nicht mehr als adäquat und nicht als normal in der gegenwärtigen Situation betrachtet werden.* Die Sowjetregierung kann diese gefährliche Lage nicht länger dulden und sie ist fest entschlossen, sie zu ändern. Die Sowjetunion braucht für ihre Flotte und ihre Luftwaffe Stützpunkte im Baltikum, die sie in die Lage versetzen, wirkungsvoll die Verteidigung von Leningrad zu organisieren. ... Die geeigneten Gebiete für diese Stützpunkte finden sich auf estnischem Gebiet, und Estland muß sie der Sowjetunion überlassen. Falls der estnischen Regierung die Herbeiführung dieser notwendigen Änderungen nicht gelingt, ist die Sowjetunion gezwungen, anders zu handeln, mit radikaleren Mitteln ... Ich bitte, daß die estnische Regierung uns nicht zwingt, einen anderen Kurs einzuschlagen, den die Sowjetunion nicht will und der zweifellos weniger angenehm für Estland wäre.“⁴ Molotov sagte, er wisse allerdings, daß die „herrschenden Kreise“ in Estland den Vertrag nicht wollten, aber daß das Volk ihn wolle. Zum Abschluß der Sitzung betonte Molotov noch, daß die Lage eine unverzügliche Entscheidung fordere.

Die Dringlichkeit der Angelegenheit wurde noch dadurch betont, daß Selter und Rei um Mitternacht noch einmal in den Kreml gerufen wurden, um einen zur Verhandlungsgrundlage bestimmten Entwurf des Beistandspaktes entgegenzunehmen. Gleichzeitig betonte Molotov noch besonders, die Sowjetunion strebe nur „nach den Zielen, die zur Gewährleistung ihrer Sicherheit notwendig sind, während gleichzeitig die Souveränität des estnischen Staates, seine Verfassung und sein Wirtschaftssystem unberührt bleiben“.⁵ Da der Besuch einen völlig anderen Charakter angenommen hatte als ursprünglich zu erwarten gewesen war, wollte Außenminister Selter sofort nach Reval zurückkehren, um seine Regierung zu informieren. Molotov gewährte Bedenkzeit bis zum 27. September, an dem die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten, und Selter kehrte über Riga am 25. September nach Reval zurück.⁶

Die überraschende Zuspitzung der Lage und die entschlossene Verhandlungstaktik der Sowjetunion hatten deutlich deprimierend auf Selter gewirkt. Der Außenminister, der gewöhnlich in seinem Amt mit kühler Ruhe auftrat, zeigte sich jetzt in einer Verfassung, die der Panik nahekam. Er hielt es sogar für möglich, daß die Rote Armee nicht die Resultate der Verhandlungen abwarten würde, sondern unverzüglich in Estland einmarschieren würde. Als seine private Meinung sagte er, daß „die im Lande bleibende Intelligenz wahrscheinlich innerhalb von zwei Wochen umgebracht wird“. Der Außenminister hielt es deshalb für angebracht, den Beamten

⁴ August Rei, *The Drama of the Baltic Peoples*. Stockholm 1970. S. 259–260. Reis Darstellung beruht in diesem Teil auf seiner Denkschrift vom 1. 10. 1939 (Hervorhebungen durch S. M.)

⁵ Warma 1973 S. 32–37.

⁶ Selter S. 40–41.

seines Ministeriums zu empfehlen, sich möglichst bald die erforderlichen Visa in ihre Auslandspässe eintragen zu lassen.⁷

Die Sowjetunion unterstrich den Ernst ihrer diplomatischen Schritte durch wiederholte Verletzungen des estnischen Luftraums durch ihre Luftwaffe am 24., 25. und 26. September, die nach dem finnischen Militärattaché in Reval auf die Esten sehr lähmend wirkten. Die Inseln Ösel und Dagö überflog am 24. September eine Staffel von 13 Maschinen, an den folgenden Tagen handelte es sich nur um Aufklärungsflüge von zwei Maschinen, die die Eisenbahnstrecken beobachteten, offensichtlich um zu klären, ob die Mobilmachung im Gange sei.⁸ Mit einem Gefühl der Hilflosigkeit mußte General Laidoner aus dem Fenster seines Arbeitszimmers verfolgen, wie zwei russische Bomber in nur zweihundert Meter Höhe die Stadt überflogen.⁹

Nach Schätzungen des estnischen Generalstabs hatte die Sowjetunion in der zweiten Septemberhälfte an der estnischen Grenze 160 000 Mann, 700 Geschütze, 600 Panzer und 600 Flugzeuge konzentriert. Die estnische wehrpflichtige Armee umfaßte zur selben Zeit 16 000 Mann, 100 Geschütze, 30 Panzer und 60 Schulflugzeuge oder veraltete Kampfmaschinen. Nach Auffassung des Generalstabs war auch eine allgemeine Mobilmachung nicht mehr möglich, weil die zahlenmäßige und technische Überlegenheit der Sowjetunion zu groß war. General Laidoner wies am Morgen des 24. September Oberst Maasing an, unverzüglich nach Berlin zu reisen und Antwort auf folgende Fragen zu holen: „Können wir uns auf die deutsche Hilfe verlassen, wenn wir gezwungen werden, uns mit Waffen gegen die Sowjetunion zu verteidigen? Erlaubt es Deutschland, das jetzt die Verbindungen Estlands mit dem Westen kontrolliert, daß die Esten Kriegsmaterial aus Westeuropa einführen? Ist es Deutschland gleichgültig, wenn die Sowjetunion in Estland eindringt?“ Das Treffen wurde nach Königsberg verlegt, wo Maasing am 25. September Vertreter des deutschen OKW traf. In Beantwortung der ersten Frage stellten die Deutschen fest, daß bei Ausbruch eines möglichen Krieges zwischen Estland und der Sowjetunion Deutschland aufgrund seiner Verträge gezwungen sein könnte, Estland gegenüber eine feindliche Haltung einzunehmen. Von irgendwelcher Hilfe konnte somit keine Rede sein. Deutschland garantierte auch nicht, daß Estland auf den von Deutschland kontrollierten Transportwegen Kriegsmaterial einführen könnte. Schließlich ermahnten die Deutschen die Esten ernsthaft, Konflikte mit der Sowjetunion zu vermeiden. Am nächsten Morgen (26. September) konnte Maasing die mageren Ergebnisse seiner Sondierungsreise General Laidoner vortragen, der dann mittags persönlich den Präsidenten aufsuchte und ihm eine Zusammenfassung der militärpolitischen Lage gab. In diesem Resümee heißt es, daß bei Ausbruch eines Krieges mit der Sowjetunion Estland ganz allein bliebe. Der Hitler-Stalin-Pakt hatte Deutschland zu einem Verbündeten der Sowjetunion gemacht. Die sowjet-russischen Streitkräfte östlich und südwestlich von Estland waren beängstigend überlegen. Da

⁷ Warma 1973 S. 20, 42.

⁸ Hallakorpi aus Reval 27. 10. 1939. SA 1403/4 Tsto IV/YE.

⁹ Saarsen S. 183.

Deutschland und die Sowjetunion die Ostsee beherrschten, war die Einfuhr von Kriegsmaterial über See unmöglich. Der Luftraum war von der Sowjetunion beherrscht. Finnland und Skandinavien würden sich aus einem möglichen Konflikt heraushalten. Ebenso war es klar, daß von Lettland keine Hilfe zu erwarten war. Schließlich mußte berücksichtigt werden, daß Estland eine eigene Rüstungsindustrie und ein strategisches Hinterland fehlte.¹⁰ Die Lage im ganzen sah also wirklich trostlos aus.

Auch der estnische Gesandte in Moskau, Rei, kam am 26. September nach Reval, um an der entscheidenden Sitzung der Regierung teilzunehmen, die unter dem Vorsitz von Präsident Päts am selben Tage um 16 Uhr begann. Der Außenminister erstattete Bericht über die in Moskau geführten Verhandlungen und hob besonders hervor, daß die Sowjetunion die Annahme ihres Vorschlages als eilig betrachtete, ansonsten würde sie ihre Ziele mit anderen Mitteln zu erreichen suchen. Das Eingehen auf die Forderungen der Sowjetunion stünde zwar zweifellos in Widerspruch zu dem „Grundsatz der absoluten Unabhängigkeit des Staates“, andererseits sei jedoch zu berücksichtigen, daß die Sowjetunion in der Lage sei, ihre Pläne auch gegen den Willen Estlands zu verwirklichen. Rei versicherte seinerseits, daß die Sowjetregierung den Abschluß des Vertrages als äußerst eilig ansehe. Laidoner betonte in seinen Ausführungen folgende Umstände: „1. Nun, da Deutschland mit England und Frankreich im Krieg steht, kann mit der Unterstützung keiner einzigen Großmacht gerechnet werden; 2. Die Kleinstaaten sind über das Schicksal Polens so erschrocken, daß sie sorgfältig ihre Neutralität hüten; 3. Lettland handelt genau so wie die anderen Kleinstaaten, und darauf kann man seine Verteidigung nicht bauen; die eigenen Truppen, die wir überhaupt dagegenstellen können, vermögen sich nicht lange zu verteidigen, weil zu berücksichtigen ist, daß die feindliche Luftwaffe unsere Mobilmachung lähmt.“ Laidoner war außerdem der Ansicht, daß die polnische Katastrophe fühlbar den „Selbstverteidigungswillen der Bürger“ geschwächt habe. Aufgrund all dessen hielt Laidoner es für notwendig, in Gespräche mit der Sowjetregierung zum Abschluß des Vertrages einzutreten. Ministerpräsident K. Eenpalu und die anderen Regierungsmitglieder stellten sich auf denselben Standpunkt.

Schließlich faßte Präsident Päts die vorgetragenen Gedanken zusammen und sprach sich für den Abschluß des Vertrages mit der Sowjetunion aus. „Es ist unsere wichtigste Aufgabe“, betonte Päts, „das estnische Volk und den estnischen Staat heil durch den jetzigen großen Krieg zu bringen. Bisher ist uns die Erfüllung dieses Auftrages gelungen.“ Unter den damaligen Umständen hätte eine Ablehnung des sowjetischen Vorschlags nach Meinung des Präsidenten bedeutet, die nationale Existenz aufs Spiel zu setzen. „Es wäre unmöglich, dem Volk zu erklären, warum es Krieg gegen Rußland führen sollte: es bietet uns Bündnis und Schutz, aber wir weisen die Vorschläge zurück und gehen das Risiko eines Krieges ein. Das begreift der gewöhnliche Sterbliche nicht, der keine Vorstellung von souveränen Rechten und derartigen Dingen hat.“ Die wiederholten Demonstrationen der sowjetischen Luftwaffe

¹⁰ Maasing S. 49.

schwächten auch das Ansehen des Staates. Deshalb schlug Präsident Päts vor, Moskau die grundsätzliche Zustimmung Estlands zum Abschluß des Vertrages mitzuteilen; in den Gesprächen sollte dann versucht werden, die eigenen Forderungen durchzubringen und der Vertrag sollte dann geschlossen werden.¹¹ Nach Moskau wurde eine Delegation entsandt, zu der als Leiter Außenminister K. Selter und als Mitglieder der Riigikogu-Präsident Prof. J. Uluots, Prof. A. Piip sowie der Gesandte A. Rei gehörten. In Moskau wurden die Verhandlungen über den Abschluß eines gegenseitigen Beistandspaktes noch am Abend desselben Tages (27. September) fortgesetzt, an dem die Delegation in Moskau eingetroffen war. Selter teilte mit, daß Estland grundsätzlich bereit sei, die Verhandlungen auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfes fortzusetzen, daß es aber darin einige Änderungen wünsche. Gleichzeitig erhob der Außenminister Protest gegen die Verletzungen der estnischen Hoheitsgewässer und des Luftraums durch die sowjetische Kriegsflotte und Luftwaffe, die die ruhige Atmosphäre der Verhandlungen störten. Molotov behauptete, von derartigen Zwischenfällen nichts zu wissen, er teilte aber mit, gerade erfahren zu haben, daß in der Bucht von Narwa der russische Dampfer „Metallist“¹² torpediert worden sei und daß außerdem in der Bucht von Luga die Periskope zweier Unterseeboote gesichtet worden seien. Die Gesamtlage hatte sich deshalb nach Auffassung der Sowjetregierung wesentlich geändert, und Molotov forderte, daß „in Estland an verschiedenen Orten 35 000 Mann Infanterie und Kavallerie sowie Luftstreitkräfte stationiert werden könnten, um zu verhindern, daß Estland und die Sowjetunion in den Krieg gezogen würden, und um die innere Sicherheit Estlands zu schützen“.

Selter sah in dem Vorschlag der Sowjetunion „sowohl formal als auch sachlich eine militärische Besetzung durch die Sowjetunion“, die man auf keinen Fall gutheißen könne. Molotov rief jetzt Stalin zur Hilfe, weil die Esten den Vorschlag der Sowjetunion „Besetzung“ nannten „und andere abscheuliche Bezeichnungen dafür gebrauchten“. Nach einem langen Gespräch erklärte sich Stalin bereit, die Zahl der Sowjettruppen in den Stützpunkten auf 25 000 Mann herabzusetzen, was die Russen dann als unbedingtes Minimum bezeichneten.

Die neuen Vorschläge Molotovs wurden sofort der estnischen Regierung in Reval übermittelt, von der am nächsten Morgen die Einwilligung zu den zusätzlichen Forderungen der Sowjetunion eintraf. Die Verhandlungen begannen wieder im Kreml um 10 Uhr. Es wurde jetzt besonders über die Lage der Stützpunkte gesprochen. Schließlich einigte man sich auf den Kompromiß, daß außer auf den Inseln ein Stützpunkt in Baltischport errichtet werden sollte und daß die Sowjetunion das Recht erhielt, den Hafen von Reval zu benutzen. Nachdem die estnische Delegation zwischendurch Verbindung mit ihrer Regierung aufgenommen hatte, wurden die Verhandlungen fortgesetzt, und noch am selben Abend wurde eine Einigung

¹¹ Saarsen S. 181–183. Saarsens Darstellung beruht in diesem Teil auf dem Protokoll der Regierungssitzung vom 26. 9. 1939.

¹² Die Versenkung der „Metallist“ war eine inszenierte Aktion. Siehe Jukka L. Mäkelä, *Salaista palapeliä*. Porvoo 1965, S. 122–123.

erzielt. Der gegenseitige Beistandspakt und ein dazugehöriges geheimes Protokoll wurden dann ohne Formalitäten kurz vor Mitternacht unterzeichnet.¹³ In den Vertrag wurde ein besonderer Artikel aufgenommen, in dem es hieß, daß „die Verwirklichung dieses Vertrages in keiner Weise die Souveränität, besonders das Wirtschaftssystem und die Staatsordnung, verletzt“. Der Vertrag wurde auf 10 Jahre geschlossen.¹⁴ Eine gemischte Kommission aus Militärs begann die Verhandlungen über die Stationierung der Sowjettruppen schon am 2. Oktober in Reval. Die estnische Delegation leitete der Chef des Generalstabs, General Reek, unterstützt von Oberst Maasing. Die sowjetische Delegation wurde geleitet vom Chef des Militärbezirks Leningrad, Armeekommandeur K. A. Meretskov, dessen engster Berater, besonders in Marinefragen, Admiral I. S. Isakov war. Auch die anderen Waffengattungen waren in der Delegation vertreten; die Panzerwaffe vertrat General D. G. Pavlov und die Luftwaffe General E. S. Ptuhin.

Schon die erste Sitzung am 2. Oktober, zu der auch Außenminister Selter und Prof. Uluots sowie General Laidoner eingeladen waren, zeigte, daß die Auffassungen der Delegationen sehr stark voneinander abwichen. Meretskov trug einen Stationierungsplan der Sowjettruppen vor, der im Hinblick auf „normale strategische Erfordernisse“ ausgearbeitet war. In Befolgung dieses Grundsatzes war vorgeschlagen worden, Truppen nicht nur auf den Inseln und an der Küste zu stationieren, sondern auch im Inneren des Landes, nämlich in Paide eine Panzerbrigade und in Walk eine Kavalleriebrigade und ein dazugehöriges motorisiertes Regiment.¹⁵ Nach Saarsen forderte Meretskov noch, daß sowjetische Truppen in den Stützpunkten in dem Umfang stationiert würden, „wie ihn der Stab des Militärbezirks Leningrad bestimmt“.¹⁶ Von estnischer Seite wurde sofort protestiert und festgestellt, daß im Vertrag keine Mindest-, sondern die Höchststärke der sowjetischen Truppen festgelegt sei und daß weder Paide noch Walk zu den akzeptierten Stützpunktgebieten gehörten. Prof. Uluots und Außenminister Selter lehnten den von Meretskov vorgelegten Truppenstationierungsplan mit der Begründung ab, daß er dem gegenseitigen Beistandspakt widerspreche.

Am nächsten Tag (3. Oktober) wurde die Sitzung mit den Forderungen der Sowjetunion bezüglich der Flottenstützpunkte begonnen. Die Esten erlebten wieder eine unangenehme Überraschung, als Admiral Isakov außer den Stützpunkten auf den Inseln und in Baltischport das Recht forderte, provisorische Flottenstützpunkte auch in Reval und Rohuküla zu errichten. Bezüglich der Luftwaffe waren die Esten der Ansicht, daß der Vertrag voraussetze, daß die Flugplätze auf den Inseln und in Baltischport zu bauen seien. Die Vertreter der Sowjetunion hielten eine solche Lösung sowohl strategisch als technisch für unmöglich. Da man allgemein damit rechnete, daß ein Flugregiment wenigstens fünf Flugplätze brauche, würde der Ver-

¹³ Warma 1973 S. 48–61.

¹⁴ Estnischsprachiger Text des gegenseitigen Beistandspaktes und des Zusatzprotokolls. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas II. Stockholm 1955, S. 195–196.

¹⁵ Warma 1973 S. 63–64.

¹⁶ Saarsen S. 188.

such, alle vier geplanten Flugregimenter auf die Inseln zu legen, bedeuten, daß die Flugplätze sich auf einem so kleinen Gebiet zusammendrängten, daß „zwischen den Flügeln der Maschinen gerade so viel Platz bliebe, daß die Bomben des Feindes auf die Erde fallen könnten“. Aus diesem Grund forderten die Russen, daß wenigstens die Bomber auf dem Festland zu stationieren seien. Die Gespräche wurden auf den folgenden Tag vertagt, damit die estnische Delegation Gelegenheit hatte, ihre Regierung zu informieren.

Nach Prüfung der Lage beschloß die estnische Regierung, an ihrem Standpunkt festzuhalten, nach dem die Stationierung der Truppen im Rahmen des Vertrages zu bleiben habe. Oberst Maasing erhielt den Auftrag, eine entsprechende Mitteilung der Regierung zu verlesen, als man am nächsten Tage (4. Oktober) um 12 Uhr zusammenkam, um die Verhandlungen fortzusetzen. Meretskov stellte fest, daß die Gespräche jetzt eine solche Wendung bekommen hätten, daß sie sich fragen müßten, ob es noch sinnvoll sei, in Reval zu bleiben.

Einige Mitglieder der sowjetischen Delegation machten spitze Bemerkungen, stießen sogar direkte Drohungen aus.¹⁷ Den bedrohlichsten Ton schlug der Kommandeur der Panzertruppen, Pavlov, an: „Warum hier lange reden, die Panzer rein und fertig.“ Es entstand der Eindruck, daß es sich nicht mehr um irgendwelche Gespräche handelte, sondern um ein Diktat des Stärkeren. Die Sitzung endete in düsterer Stimmung und ohne Resultat.

Maasing hatte oft die estnischen Auffassungen vertreten müssen. In einer Pause der Sitzung sagte Meretskov zu Reek, daß es unmöglich sei, mit Maasing zu verhandeln, weil „dessen Haltung gegenüber der Sowjetunion von Anfang an feindselig gewesen war“. Danach nahm Oberst Maasing nicht mehr an den Sitzungen der Delegationen teil, und noch im gleichen Monat floh er überraschend nach Deutschland.¹⁸

Inzwischen hatte Rei den Auftrag bekommen, sich in Moskau in der Frage der Auslegung des Beistandspaktes an Molotov zu wenden. Am Abend des 4. Oktober kam aus Moskau ein Anruf, aus dem hervorging, daß die Sowjetunion auf die Stützpunkte Walk und Paide verzichtet habe.

In der Schlußphase der Verhandlungen wurde die estnische Delegation von Außenminister Selter geleitet. Nachdem die Russen auf die Stützpunkte Walk und Paide verzichtet hatten und die Esten sich mit der Stationierung von Truppen im Gebiet von Hapsal einverstanden erklärt hatten, waren die Voraussetzungen für ein Verhandlungsergebnis geschaffen. Am Abend des 5. Oktober veranstaltete die sowjetische Gesandtschaft für die Mitglieder beider Delegationen ein Essen. In seiner Rede wies der Leiter der sowjetischen Delegation, Meretskov, darauf hin, wie gerade „die Sowjetunion die Souveränität der kleinen Staaten achtet“ und wie sich gerade „darin Stalins besondere Klugheit und seine Verdienste zeigen“. Als die Esten am Kaffeetisch das etwas zu bezweifeln wagten, bekannte Meretskov: „Wir sind jetzt in allen wichtigen Fragen übereingekommen. Es braucht nicht verheimlicht zu werden,

¹⁷ Warma 1973 S. 68–73; Maasing S. 52–54.

¹⁸ Saarsen S. 189; Alfred Luts, Heitluste keerises I. Lund 1975, S. 112, 118.

daß wir Soldaten die Sache viel einfacher abmachen wollten: ohne lange Reden die Rote Armee einmarschieren lassen. Stalin war jedoch der Ansicht, daß es nicht anständig sei, ein kleines Volk anzugreifen. Die Dinge lassen sich auch anders regeln.“¹⁹

Nachdem die Esten noch zugestanden hatten, daß Flugplätze als Etappenstützpunkte auch außerhalb des eigentlichen Stützpunktgebietes gebaut werden konnten, wurde das Protokoll über die Durchführung des Beistandspaktes am 10. Oktober unterzeichnet. Danach wurden die Sowjettruppen im Gebiet von Baltischport und Hapsal sowie auf den Inseln Dagö und Ösel stationiert. Für die Etappenstützpunkte der Luftwaffe versprach man Gebiete der Güter Kuusikko und Kehtna auszuweisen.²⁰ Die ersten sowjetischen Truppen trafen am 18. Oktober auf estnischem Territorium ein.²¹

Lettland und Litauen folgen dem Beispiel Estlands

Nachdem Estland den gegenseitigen Beistandspakt mit der Sowjetunion geschlossen hatte, war auch das Schicksal Lettlands praktisch besiegelt. Munters verwies selbst auf die entscheidende Rolle Estlands in dieser Hinsicht, als er kurz vor dem estnisch-sowjetischen Vertrag mit dem finnischen Gesandten in Riga über die Lage des Baltikums sprach.²² Die Sowjetunion bereitete ihre Verhandlungen auch mit Lettland durch militärische Maßnahmen vor, indem sie am 28. September begann, sehr demonstrativ ihre Truppen an der lettischen Grenze zu konzentrieren.²³ Munters erhielt danach eine Einladung, zu Gesprächen über nicht näher angegebene Fragen nach Moskau zu kommen. Nach den Informationen, die der Gesandte der Vereinigten Staaten, Wiley, direkt vom deutschen Gesandten v. Kotze bekommen hatte, wäre die Hälfte der lettischen Regierungsmitglieder in diesem Stadium bereit gewesen, Deutschland um Schutz zu bitten, wenn Deutschland nur Interesse daran gezeigt hätte. Noch einmal am Vorabend der Abreise Munters' nach Moskau hatte das lettische Außenministerium mit dem deutschen Gesandten Verbindung aufgenommen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde es aber klar, daß alles Spekulieren auf das deutsche Interesse völlig vergeblich war.²⁴

Munters flog am 2. Oktober mit sehr weitreichenden Verhandlungsvollmachten nach Moskau, wo er noch am selben Abend die Vertreter der russischen Seite im Kreml traf. An dem Gespräch nahmen außer Stalin und Molotov noch Vizeaußenminister Potemkin und der sowjetische Botschafter in Riga, Zotov, teil. Munters wurde von dem lettischen Gesandten in Moskau, Kocinš, begleitet. Stalin versicherte, daß sich die Sowjetunion nicht in die Außenpolitik Lettlands und auch nicht

¹⁹ Warma 1973 S. 24–25, 74–79.

²⁰ Text des Protokolls, ebenda. S. 83–84.

²¹ Gallienne aus Reval 22. 10. 1939, FO 419/33/237.

²² Palin aus Riga 28. 9. 1939 UM 5C/16.

²³ Hallakorpi aus Reval 27. 10. 1939, SA 1403/4 Tsto IV/Ye.

²⁴ Wiley aus Riga 2. 10. 1939, FRUS Soviet Union 1933–1939. Washington 1952, S. 945. Vgl. auch Kotze aus Riga 3. 10. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 154.

in dessen innere Angelegenheiten einmischen werde. Die Vorschläge beruhten ausschließlich auf den vom Kriege diktierten Erfordernissen. Molotov betonte, daß die Sicherheit der Sowjetunion der entscheidende Ausgangspunkt ihres Vorschlages sei. „Wir denken, daß wir in unseren Beziehungen zu ihnen noch nicht die völlige Garantie haben ... wir müssen grundsätzlich an uns selbst denken. Was 1920 bestimmt wurde, kann nicht ewig bestehen. ... Peter der Große begriff, daß ein Zugang zum Meer zu finden sei. Wir haben jetzt keinen einzigen Ausgang, und die Situation, in der wir uns befinden, kann nicht von Dauer sein. ... Wir können nicht zulassen, daß die kleinen Staaten gegen die Sowjetunion gebraucht werden. Die neutralen baltischen Staaten, das ist zu unsicher.“

Völlig offen erzählte Stalin Munters die ganze Geschichte von der Entstehung der Interessengrenzen Deutschlands und der Sowjetunion. Den Interessen der Russen diene hier eine gewisse Offenheit, weil es für sie vorteilhaft war zu zeigen, wie die Deutschen Lettland hätten teilen wollen, indem sie die Düna als Interessengrenze forderten, während die Russen, als sie energisch auch die Häfen Libau und Windau forderten, gleichzeitig die nationale und territoriale Einheit Lettlands retteten. „Von deutscher Seite gibt es somit keine Hindernisse, auch wenn wir Sie erobern würden. Wir wollen aber nicht unser Recht mißbrauchen.“ Nachdem er so Munters unter Druck gesetzt hatte, ging Stalin zu konkreten Forderungen über. „Wir brauchen Libau und Windau.“ Flugstützpunkte wollten die Russen in Libau, Windau, auf der Halbinsel Irben und an der litauischen Grenze. Um die Meerenge von Irben zu schließen, forderten sie die Küstenartilleriestellungen von Pitragas. Als Höchststärke der Truppen schlug Stalin zunächst 50000 Mann vor, ließ sich aber davon 30000 Mann abhandeln.

Als die Gespräche am folgenden Tage fortgeführt wurden, teilte Munters mit, daß Lettland grundsätzlich bereit sei, einen gegenseitigen Beistandspakt zu schließen. Gegen den Vertragsentwurf hatte Munters jedoch schwerwiegende Bedenken: „Ohne den geringsten Zweifel betrachtet die öffentliche Meinung Lettlands den Vertrag als eine Einschränkung der militärischen und politischen Unabhängigkeit Lettlands und würde ihn als Bedrohung für die Zukunft des ganzen Volkes ansehen. Die allgemeine Auffassung sei, daß Lettland zu einer Art von Protektorat geworden ist, das kein seine Freiheit liebendes Volk gutheißen könnte“. Munters weigerte sich, den Vertrag in der vorgeschlagenen Form anzunehmen, und forderte Änderungen.

Aber Molotov war taub gegen alle Einwendungen: „Die gestrigen Zugeständnisse sind endgültig. Sie gehen von den Verhältnissen der Friedenszeit aus, einer muß von der schlimmsten Alternative ausgehen. ... Sie trauen uns nicht, und wir unsererseits haben nicht sehr großes Vertrauen in Sie. Sie glauben, daß wir Lettland erobern wollen. Wir könnten das jetzt tun, aber wir wollen es nicht.“ Stalin verwies auf die Möglichkeit eines deutschen Angriffs und fuhr dann fort: „Wir müssen rechtzeitig bereit sein. Die, die nicht bereit sind, zahlen den Preis.“²⁵ Der gegenseitige Bei-

²⁵ Munters' Denkschriften über die am 2.-3. 10. 1939 im Kreml geführten Gespräche. U.S. Congress, Hearings, Third Interim Report, S. 428-432.

standspakt zwischen der Sowjetunion und Lettland und das dazugehörige geheime Protokoll, die in ihrem Inhalt – mutatis mutandis – völlig mit den mit Estland geschlossenen entsprechenden Verträgen übereinstimmten, wurden am 5. Oktober im Kreml von Munters und Molotov unterzeichnet.

Aufgrund der Verträge erhielt die Sowjetunion das Recht, Flottenstützpunkte in Libau und Windau zu errichten, außerdem erhielt sie zwei feste Stützpunkte für Küstenartillerie auf der Halbinsel Irben. Das Hauptquartier der Stützpunktruppen sollte in Libau liegen. Ein drittes größeres Gebiet für die Sowjettruppen war in der Gegend von Priekule an der litauischen Grenze bereitzustellen. Die Höchststärke der Stützpunktruppen wurde endgültig auf 25 000 Mann festgelegt, was fast genau der Friedensstärke der lettischen Armee entsprach.²⁶ Auf dem Festessen aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages hielt Stalin eine Tischrede, in der er das „Ehrenwort eines Bolschewiken“ gab, daß die Sowjetunion ihr Versprechen halten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Lettlands einmischen werde.²⁷

Nach der Unterzeichnung des Vertrages traf am 14. Oktober eine russische Militärdelegation unter der Leitung von General Isakov und Admiral Kusnetsov ein, um über die Stationierung der Truppen und die genauere Begrenzung der Stützpunkte zu verhandeln. Die Sowjetunion schien auch jetzt mit dem Verlauf der Verhandlungen unzufrieden zu sein, denn der sowjetische Gesandte in Riga, Ivan Zotov, beklagte sich am 21. Oktober bei seiner Regierung, daß die lettische Delegation keine Antwort auf die Frage nach dem Zeitpunkt des Eintreffens der Truppen und der Stationierung der Flugzeuge und Panzer gegeben, sondern sich auf das Fehlen von Vollmachten berufen habe.²⁸ Von langen Verzögerungen kann jedoch nicht die Rede sein, weil ein Übereinkommen schon am 23. Oktober erzielt wurde und die Sowjettruppen schon Anfang November in Lettland einrücken konnten.²⁹ Für die Behandlung der Fragen der sowjetischen Militärstützpunkte wurde eine besondere Kommission gegründet, die die der Regierung vorzutragenden Angelegenheiten vorbereitete. Mit der Leitung der Kommission wurde General Hartmanis beauftragt, an dessen Stelle als Generalstabschef General R. Rozenstein ernannt wurde.³⁰

Litauen war als letztes an der Reihe. Außenminister Urbšys erhielt am ersten Oktober eine Einladung nach Moskau. Es wurde beschlossen, unter der Leitung von Urbšys eine Delegation nach Moskau zu entsenden, zu der außer ihm der stellvertretende Ministerpräsident Kazys Bizauskas und der Oberbefehlshaber der Armee, General Raštikis, gehörten. Molotov informierte am 3. Oktober – am gleichen Tag, an dem die litauische Delegation in Moskau eintreffen sollte – den Botschafter von der Schulenburg darüber, daß die Sowjetregierung „im Zusammenhang mit der Regelung gegenseitiger friedlicher Beziehungen“ die Absicht habe, an Litauen die

²⁶ Palin aus Riga 30. 10. 1939 UM 5C/16; Wiley aus Riga 10. 10. 1939, FRUS. Soviet Union, 1933–1939, S. 964.

²⁷ Alfred Berzinš, *The Unpunished Crime*. New York 1963, S. 50.

²⁸ Ponomarev u. a. S. 436; Anderson S. 244.

²⁹ Berzinš S. 50–51; Anderson S. 244.

³⁰ Saarsen S. 217.

Stadt Wilna und ihre nähere Umgebung abzutreten. Da die Sowjetregierung gleichzeitig Litauen zu verstehen geben wollte, daß es aufgrund des deutsch-sowjetischen Vertrages einen Teil seines Territoriums an Deutschland abzutreten habe, erkundigte sich Molotov, völlige Unschuld heuchelnd, welche formale Prozedur bei der Regelung der Sache von den Deutschen gewünscht werde. Molotov schlug vor, diese Gebietsregelungen durch gleichzeitig zu unterzeichnende Protokolle zu verwirklichen. Molotovs geschickter diplomatischer Schachzug brachte Deutschland in eine äußerst schwierige Lage. Wenn Deutschland diese von Molotov vorgeschlagene Prozedur akzeptiert hätte, hätte es, wie von der Schulenburg sofort erkannte, in den Augen der Welt „als Räuber litauischen Gebiets“ dagestanden, während die Sowjetunion die Rolle des edlen Spenders hätte spielen können.³¹ Wie zu vermuten, lehnte Ribbentrop die von Molotov vorgeschlagene Verfahrensweise ab und beauftragte den Botschafter damit, dem Kommissar für auswärtige Angelegenheiten zur Kenntnis zu bringen, daß es nicht dessen Aufgabe sei, über die Abtretung des betreffenden Grenzgebietes an Deutschland zu verhandeln. Ribbentrop forderte statt dessen Garantien von Moskau, daß die Sowjettruppen bei einem möglichen Eindringen in Litauen nicht das zur deutschen Interessensphäre gehörende Gebiet besetzen würden.³² Molotov hatte jedoch keine Zeit versäumt und alle Litauen betreffenden geheimen Abkommen bei seiner ersten Begegnung mit der litauischen Delegation am Abend des 3. Oktober aufgedeckt. Die litauische Delegation nahm diese Enthüllungen bestürzt auf. Die Litauer erklärten, daß gerade diese zur Abtretung an Deutschland bestimmte Zone sie sehr schmerzhaft treffen würde, weil viele der führenden Persönlichkeiten Litauens in diesem Gebiet zu Hause seien. Molotov bot Litauen dann einen gegenseitigen Beistandspakt nach dem estnischen und lettischen Modell an. Die litauische Delegation kehrte am nächsten Tag unverzüglich nach Kowno zurück, um sich mit ihrer Regierung zu beraten.³³

Ribbentrop bat jetzt Zechlin, die Regierung in Kowno damit zu beruhigen, daß diese Grenzkorrektur in keiner Weise aktuell sei.³⁴

Nun wiederum fühlte Ribbentrop das Bedürfnis, offen zu sein und bat den Gesandten, der litauischen Regierung äußerst vertraulich mitzuteilen, wie gerade er in den Moskauer Verhandlungen „dafür eingetreten war, daß das Wilnagebiet an Litauen zurückfallen müsse“, womit sich die Sowjetregierung dann einverstanden erklärt habe.³⁵

³¹ Schulenburg aus Moskau 3. 10. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 154–155.

³² Ribbentrop an die Botschaft in Moskau 4. 10. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 161.

³³ Schulenburg aus Moskau 5. 10. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 165–166.

³⁴ Ribbentrop an die Botschaft in Moskau 5. 10. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 166–167. Damit war die Sache vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt. Endgültig wurde die Angelegenheit erst mit einem Protokoll vom 10. 1. 1941 geregelt, in dem vereinbart wurde, daß die Sowjetunion an Deutschland als Kompensation für das damals schon zur Sowjetunion gehörende Gebiet 7500000 Golddollar zahlte, welche Summe die Sowjetunion auch entrichtete. Bronis J. Kaslas, *The Lithuanian Strip in Soviet-German Secret Diplomacy 1939–1941*. *Journal of Baltic Studies*. IV/3. S. 222–223.

³⁵ Ebenda.

Die litauische Delegation, der sich nun auch General Raštikis angeschlossen hatte, kehrte am 7. Oktober nach Moskau zurück, um die Verhandlungen fortzusetzen. Die litauische Regierung trug ihre Auffassung vor, daß der Beistandspakt in der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Form die traditionell guten Beziehungen zwischen den Ländern beeinträchtigen würde, weil „das Volk die Errichtung der sowjetischen Stützpunkte als militärische Besetzung Litauens verstehen würde“. „Unter internationalem Gesichtspunkt betrachtet“, bemerkte Urbšys, „würde die Anwesenheit von Sowjettruppen in Litauen dieses zu einem Vasallenstaat erniedrigen“. Die litauische Regierung war zwar grundsätzlich für einen gegenseitigen Beistandspakt, aber sie wollte ihm eine solche Form geben, die es Litauen erlauben würde, seine Neutralität zu wahren. In diesem Sinne wäre sie bereit gewesen, z. B. eine besondere russische Militärvertretung in Litauen zu akzeptieren, aber die Errichtung von Garnisonen sah sie nicht gern.³⁶

Molotov erinnerte die Litauer an die Verhältnisse, unter denen man zur Zeit lebte: „Der gegenwärtige Krieg hat noch nicht seine vollen Ausmaße erreicht, es ist schwierig, seine Sprünge vorauszusagen und deshalb zielt die Sowjetunion auf Sicherheit ab ... Die Deutschen können sich gegen uns wenden, wenn sie im Kriege siegen. Die Absichten Englands sind auch nicht klar, falls Deutschland die Partie verliert.“ Als die Verhandlungen am folgenden Tage fortgesetzt wurden, bemerkte Stalin, daß die Sowjetunion auf keinen Fall Militärstützpunkte in Litauen nur als eine gewisse „symbolische Geste“ gründen wolle. Er erklärte sich jedoch bereit, die Zahl der in den Stützpunkten zu stationierenden Sowjettruppen herabzusetzen, und fuhr dann fort, gleichsam als wolle er die Maßnahmen der Sowjetunion verteidigen: „Falls Litauen in den deutschen Machtbereich gefallen wäre, wäre es ohne weiteres zu einem deutschen Protektorat geworden, während wir den litauischen Staat achten. Wir verteidigen seine territoriale Integrität.“³⁷ Stalin und Molotov versprachen, daß die Sowjetunion nicht die kommunistische Propaganda unterstützen würde und erboten sich, der litauischen Regierung zu „helfen“, falls die litauischen Kommunisten etwas versuchen sollten.³⁸ Der gegenseitige Beistandspakt und das geheime Zusatzprotokoll wurden am 10. Oktober unterzeichnet. Im ersten Artikel des Vertrages wurde das Wilnagebiet der Litauischen Republik zugesprochen. Im übrigen stimmte der Vertrag mit den mit Lettland und Estland geschlossenen überein. Die genauere Placierung der Stützpunkte wurde jedoch einer gemischten Militärkommission überlassen. Als Vertragsdauer wurden fünfzehn Jahre vereinbart.³⁹ In dem geheimen Protokoll wurde die Stärke der Sowjettruppen in den Stützpunkten auf

³⁶ Zeugenaussage von Ministerpräsident Černius, U.S. Congress Baltic States Investigation S. 281.

³⁷ Urbšys' Notizen von den Gesprächen 7.–8. 10. 1939 in Moskau. *The USSR – German Aggression against Lithuania*. ed. Bronis J. Kaslas. New York 1973, S. 146–147 (Künftig zit.: Kaslas).

³⁸ General Raštikis' Zeugenaussage. U.S. Congress Baltic States Investigation, S. 382–383.

³⁹ Vertragstext Degras III S. 380–382.

20000 Mann festgelegt. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Friedensstärke der litauischen Armee 28000 Mann betrug.⁴⁰

Auf dem Empfang nach der Vertragsunterzeichnung war Stalin äußerst guter Laune und von geradezu überströmender Herzlichkeit. Wie der litauische stellvertretende Ministerpräsident Bizauskas etwas später dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Kowno erzählte, hatte Stalin ihm kameradschaftlich auf die Schulter geklopft und auf Molotov zeigend gesagt: „Wir Vertreter anderer Nationalitäten sollten an einem Strang ziehen gegen solche großrussischen Chauvinisten wie Molotov. Wenn ich nicht hier wäre, Sie zu schützen, würden die Großrussen oder die Deutschen Sie schlucken.“⁴¹

Die sowjetische Militärkommission traf am 21. Oktober in Kowno ein, und der Vertrag war am 25. Oktober fertig. Die Russen forderten am Anfang der Verhandlungen das Recht, Garnisonen in den wichtigsten Städten – Kowno, Schaulen und Ponewesch – zu gründen, während die Litauer hofften, diese Stützpunkte in weiter abgelegene Orte wie Polangen oder Kretinga abschieben zu können.⁴² Die Litauer glaubten, daß die Russen ihnen mit der „Waffe“ Wilna eine größere Zahl Garnisonen abhandeln als ursprünglich vereinbart war.⁴³ Das Endresultat war für die Litauer auch insofern eine Niederlage, als die Stützpunkte auf jeden Fall ganz in der Nähe der beiden wichtigsten Zentren des Landes, Wilna und Kowno, zu liegen kamen. Stützpunkte kamen in folgende Ortschaften: Nauja-Vileika (40 km östlich von Wilna), wo sich u. a. das Hauptquartier der Stützpunkttruppen befand; Wilna (Luftstützpunkt); Alytus (ca. 60 km südlich von Kowno), wo die Hauptkräfte der Russen lagen: Infanterie, Artillerie und Kavallerie sowie Flugstützpunkte; Prienai (ca. 25 km südlich von Kowno), Infanterie und Kavallerie; Caizynai (ca. 30 km nordöstlich von Kowno) wurde der Hauptstandort der Panzertruppen. Dort wurde auch ein Luftstützpunkt gegründet.⁴⁴ Die litauische Armee wiederum nahm das Wilngebiet in der vereinbarten Ausdehnung am 27.–28. Oktober in Besitz.⁴⁵

2. Offizieller Optimismus und innere Unsicherheit

Schon bei der Wahl der Delegation für die Moskauer Verhandlungen zeigte sich in Estland das Bestreben, die politische Verantwortung bei den sicher unausweichlichen und schweren Entscheidungen über die Regierungspartei hinaus zu verteilen. Zu der estnischen Delegation hatte außer dem Außenminister auch der Präsident des Riigikogu, Prof. Jüri Uluots, und der Professor für Völkerrecht der Universität

⁴⁰ Abt. Fremde Heere Ost: Lagebericht Baltische Staaten und Finnland 15. 10. 1939. SA Mikrofilm T-311/133.

⁴¹ Kaslas 1973 S. 163.

⁴² Preston aus Kowno 8. 11. 1939, FO 419/33/252; Anderson S. 244.

⁴³ Preston aus Riga 25. 10. 1939, FO 371/23689.

⁴⁴ Palin aus Riga 3. 11. 1939, UM 5C/16.

⁴⁵ Navickas S. 129.

Dorpat, Ants Piip, gehört, der zu den führenden Vertretern der liberalen bürgerlichen Opposition zählte. Piip war in den 1920er Jahren eine Zeitlang Ministerpräsident gewesen und später mehrfach Außenminister. Sofort nach dem Vertragsabschluß ging man daran, die Parteienbasis der Regierung zu erweitern. Der Präsident wollte zuerst eine Art nationale Einheitsregierung bilden, der Vertreter von den Freiheitskämpfern⁴⁶ bis zu den Sozialdemokraten angehört hätten. Zu diesem Zweck führte er Verhandlungen u. a. mit dem als Führer der Freiheitskämpfer auftretenden Dr. Hjalmar Mäe. General Laidoner widersetzte sich jedoch der Aufnahme der Freiheitskämpfer in die Regierung und der Plan zerschlug sich.⁴⁷ Die als Bedingung der Beteiligung gestellten Forderungen der Sozialdemokraten – Presse- und Redefreiheit sowie Wiederherstellung der Rechte der Parteien auf Betätigung – konnte wiederum Präsident Päts nicht erfüllen.⁴⁸ Unterstützung konnte die Regierung der einzigen zugelassenen Partei – Isamaa Liit – somit nur aus dem Kreise der liberalen bürgerlichen Opposition bekommen. Die neue Regierung, deren Ministerpräsident der die Regierungsfront vertretende Prof. Uluots wurde, wurde am 12. Oktober ernannt. Außenminister wurde Prof. Piip, und das Portefeuille des Kriegsministers erhielt der Generalstabschef General Reek.

Die Sowjetunion und ihre Stützpunktruppen waren natürlich das alles beherrschende Gesamtproblem der neuen Regierung sowohl in außenpolitischer wie auch in innenpolitischer Hinsicht. Bei den Moskauer Verhandlungen hatte Molotov dem lettischen Außenminister Munters gesagt: „Sie trauen uns nicht, und wir unsererseits haben nicht sehr großes Vertrauen in Sie.“⁴⁹ Die Feststellung läßt sich zweifellos auch auf die estnisch-sowjetischen Beziehungen ausdehnen. Und man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß die Stationierung sowjetischer Truppen in Estland es den Esten wenigstens nicht leichter gemacht haben kann, diese Beziehungen auf eine vertrauensvolle Grundlage zu stellen. Konnte man den mehrfach von der Sowjetunion wiederholten Versprechungen glauben, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der baltischen Staaten einmischen würde? Es ist natürlich, daß man offiziell optimistisch war. In seiner Rundfunkansprache am 28. Oktober sagte Außenminister Piip u. a.: „Jetzt ist der Moskauer Vertrag in dem Umfang vollzogen, wie er auch verwirklicht werden soll ... Aber das Leben des estnischen Staates geht seinen normalen Gang, und das estnische Volk entwickelt in voller Freiheit und Unabhängigkeit sein staatliches Leben bei freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen mit seinem großen östlichen Nachbarn und genießt den Frieden in dem Umfange, wie die allgemeine Kriegslage in Europa das erlaubt“. Der Außenminister versicherte, daß „Estland trotz des gegenseitigen Beistandspaktes weiterhin ein neu-

⁴⁶ Mitglieder des rechtsradikalen Verbandes der Freiheitskämpfer, dessen Putschversuch im Dezember 1935 mißglückte und der danach aufgelöst wurde.

⁴⁷ William Toomingas, *Vaikiv ajastu Eestis*. New York 1961, S. 485.

⁴⁸ Frohwein aus Reval 28. 11. 1939, AA Gesandtschaft Kowno/ vorl. 77; „Viron uusi hallitus ja työväenpuolue“, in *Suomen Sosialidemokraatti* vom 15. 10. 1939.

⁴⁹ Siehe oben S. 65.

traler Staat sei, dessen außenpolitische Stellung gleich bleibe“.⁵⁰ Der finnische Gesandte P. J. Hynninen teilt in seinem Bericht vom 3. Oktober mit, daß er „die Aufzeichnungen eines bedeutenden estnischen Politikers über die in Moskau geführten Verhandlungen“ habe einsehen dürfen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es sich gerade um die Aufzeichnungen Prof. Piips handelte. Hynninen zitiert die Aufzeichnungen in seinem Bericht wie folgt: „Ich mag mich irren, aber ich erhielt den Eindruck, als Stalin stundenlang mit uns ‚handelte‘ und geduldig versuchte, uns zu gewissen Dingen zu überreden, daß es nicht nur Zirkus sei und der tückische Versuch, uns zu unterdrücken und Estland zu ‚sowjetisieren‘. Ich bin geneigt zu glauben, daß Stalin und Molotov die Wahrheit sagten, als sie kategorisch versicherten, daß sie uns nicht den Kommunismus bringen und uns das Sowjetsystem an den Hals hängen wollen“⁵¹ Offenbar sah also Außenminister Piip auch als Privatperson die Situation mit einem gewissen Optimismus. Offiziellen Optimismus zeigte auch Ministerpräsident Uluots, als der in Estland auf „Erkundungsfahrt“ befindliche Prof. Lauri Kettunen ihn Anfang Januar in Reval traf.⁵²

Pessimistische Töne braucht man jedoch nicht lange zu suchen. Es wurde schon auf Selters fast panikartige Hoffnungslosigkeit hingewiesen.⁵³ Bemerkenswert ist auch, daß nach Prof. Kettunen der Oberbefehlshaber General Laidoner die Dauerhaftigkeit der Verträge viel pessimistischer beurteilte als die offiziellen Kreise des Landes.⁵⁴ Gallienne schrieb am 9. Oktober, eine „informierte Meinung“ vermute, daß eine der folgenden Alternativen eintreten werde:

1. „Nachdem die Rote Armee die strategischen Punkte Estlands besetzt hat, wird irgendein Zwischenfall zum Anlaß genommen oder provoziert und die Rote Armee besetzt unverzüglich ganz Estland;
2. Die örtlichen Kommunisten werden angewiesen, ernste Zwischenfälle zu organisieren und so viel Schaden anzurichten wie möglich. Die Rote Armee wird dann als Wiederhersteller von Gesetz und Ordnung eingreifen und dann eine kommunistische Verwaltung gründen;
3. Die estnische Regierung wird gestürzt und die neue Regierung beschließt, um Aufnahme Estlands in die Sowjetunion zu bitten;
4. Die Besetzung der See- und Luftstützpunkte sowie der anderen strategischen Punkte hält sich buchstabengetreu an den Vertrag, aber es wird ein langfristiger intensiver Versuch zur Bolschewisierung der Bevölkerung eingeleitet;
5. (vom Chef der zweiten Abteilung des Generalstabs⁵⁵ dem Militärattaché vorge-

⁵⁰ A. Piips Rundfunkansprache am 28. 10. 1939, Eesti Riik ja Rahvas II Maalimasojas. II. S. 202–204.

⁵¹ UM 5 C/12. Auch Gallienne weist in seinem Bericht vom 22. 10. 1939 darauf hin, daß die Esten offiziell die Lage optimistisch beurteilten. FO 371/23689.

⁵² Lauri Kettunen, Matkapakinoita ja muistelmia 1925–1960. Helsinki 1960. Prof. Kettunen reiste im Auftrag des finnischen Außenministeriums.

⁵³ Siehe oben S. 58.

⁵⁴ Kettunen S. 336. Orde erwähnt auch Laidoners Pessimismus in seinem Bericht vom 4. 12. 1939, FO 419/33/278.

⁵⁵ Oberst Saarsen.

tragen). Im Gebiet von Hapsal wird aus russischen Esten eine neue Regierung geschaffen, die das ganze estnische Volk zu vertreten behauptet.“ „Auf jeden Fall“, stellt der Konsul als seine Auffassung fest, „gibt es nur geringe Möglichkeiten, daß Estland irgendwelche Spur seiner Selbständigkeit bewahren wird“. ⁵⁶ Auch der estnische Gesandte in Moskau, Rei, mit dem Außenminister Väinö Tanner während der finnischen Verhandlungen in Moskau Anfang November zu sprechen Gelegenheit hatte, war in bezug auf die Zukunft sehr pessimistisch geworden. Er war mit den geschlossenen Verträgen deutlich unzufrieden und behauptete, daß nicht einmal der gleichzeitig mit dem gegenseitigen Beistandspakt geschlossene Handelsvertrag richtig funktioniere. ⁵⁷

Der Regierung schien in dieser Situation ein klares außenpolitisches Konzept zu fehlen. Ohne Zweifel wollte man die Beziehungen zur Sowjetunion sorgfältig pflegen, damit die Sowjetunion keinen Anlaß hätte, radikale Maßnahmen zu ergreifen. Andererseits wollte man Deutschland wenigstens als wirtschaftspolitischen Machtfaktor in Osteuropa berücksichtigen. ⁵⁸ Das war in der gegebenen Situation eine durchaus verständliche wirtschaftliche Notwendigkeit, wenn sich andererseits auch kaum leugnen läßt, daß man damit gleichzeitig den Einfluß der Sowjetunion gewissermaßen ausgleichen wollte. ⁵⁹ Frohwein vermutete außerdem, daß wenigstens Piip mit der Möglichkeit rechnete, daß England schließlich wieder als mächtigster Beschützer der osteuropäischen Kleinstaaten auftreten würde. ⁶⁰ Als der englische Gesandte in Riga, Mr. Orde, Piip Anfang Dezember traf, bemerkte er, daß die Betrachtungsweise des Außenministers von Völkerrechtstheorie geprägt sei, was den Gesandten schließen ließ, daß die Zügel der praktischen Außenpolitik anderswo als im Außenministerium gehalten würden. ⁶¹

Der geschlossene Vertrag und der Einmarsch der Sowjettruppen ins Land riefen auch andere Zweifel und Sorgen hervor. Der estnische Gesandte in Berlin, Tofer, äußerte Anfang Oktober gegenüber dem Chef der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes seinen Verdacht, daß in Estland „früher oder später eine soziale Revolution ausbrechen“ könnte. Tofer befürchtete, daß die Russen diese Entwicklung zu fördern versuchen würden, z. B. durch die Verweigerung der Rohmateriallieferungen für die Textilindustrie von Narwa, was Unzufriedenheit erzeugen würde. ⁶² Der Revaler Geschäftsmann Andreas Pitka, der Sohn des früheren Kommandeurs der estnischen Flotte, Admiral Pitkas, erörterte in einer Denkschrift vom 9. Oktober die Frage, ob es Estland möglich sei, „auf halbem Wege“ stehen zu bleiben und „die völlige Bolschewisierung“ und „den endgültigen Anschluß an die Sowjetunion“ abzuwehren. Andreas Pitka sah das Tragische der estnischen Lage

⁵⁶ Gallienne aus Reval 9. 10. 1939, FO 419/33/227.

⁵⁷ Väinö Tanner, Olin ulkoministerinä talvisodan aikana. Helsinki 1951, S. 107.

⁵⁸ Frohwein aus Reval 28. 10. 1939, AA Gesandtschaft Kowno vorl. 77.

⁵⁹ Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges. Bd. I. Berlin 1962, S. 301.

⁶⁰ Frohweins obengenannter Bericht vom 28. 11. 1939.

⁶¹ Orde aus Riga 4. 12. 1939, FO 419/33/278.

⁶² Woermanns Denkschrift 3. 10. 1939, AA, Büro RAM/8.

nicht so sehr in jener „demoralisierenden Wirkung“, die die Anwesenheit der sowjetischen Truppen erzeugte, sondern „in der Unfähigkeit der Regierung, die Unterhöhlung ihrer eigenen Autorität zu verhindern. Es ist offensichtlich, daß die Regierung nach der Unterzeichnung dieses Vertrages, der faktisch ein Zugeständnis an den Kommunismus bedeutet und den Verzicht auf die Grundlagen der estnischen Selbständigkeit, ihrer eigenen Autorität wegen, eventuell auch zum Beweis der normalen Pflege des bleibenden Einverständnisses mit den Behörden der Sowjetunion, jede Art von Kritik der Situation unterbinden muß. Aus demselben Grunde ist es unwahrscheinlich, daß die Regierung sich Mühe gibt, die Manifestationen in Schach zu halten, die eine enge Allianz mit der Sowjetunion befürworten. ... Somit ist die Regierung gezwungen, die Tätigkeit der patriotischen Elemente zu verhindern und zu ersticken und die Tätigkeit derer zu unterstützen, die in ihrer Beurteilung der Lage von defätistischen oder deutlich kommunistischen Vorstellungen ausgegangen sind“. Pitka dachte, die estnische Regierung könne nur „den Prozeß aufhalten und verzögern, nicht aber seine Richtung ändern. ... Es ist wahrscheinlich, daß die mit dem Abschluß des Vertrages einsetzende Schwächung des estnischen Staates als kumulativer Prozeß weitergehen wird. Das unausweichliche Endresultat wäre dann, daß die estnische Selbstverwaltung, falls sie von direkter Einmischung der Sowjetunion verschont bleibt, entweder in Form von Überredung oder Gewalt, mit der Zeit von selbst absterben wird als eine Folge davon, daß die Autorität des Staates in den Augen seiner eigenen Bürger verloren geht.“⁶³

Seinen Pessimismus verriet er auch Konsul Gallienne: „Estland ist verloren“, versicherte er, „und alle, die im Lande bleiben, werden ermordet oder vertrieben“. Das einzige, was man nach Ansicht Pitkas tun konnte, war, ins Ausland zu gehen und von dort aus für die Selbständigkeit Estlands zu arbeiten. Zu dem Zweck war Pitka zusammen mit seinem Vater Anfang Oktober in Finnland, um die Übersiedlung von Esten dorthin zu regeln und ihnen den Eintritt in besondere estnische Einheiten zu ermöglichen, die, falls ein Krieg ausbräche, zusammen mit der finnischen Armee gegen die Sowjetunion kämpfen würden. Nach Pitka waren schon einige Anordnungen getroffen, um bereitwillige Esten in kleinen Booten über den Finnischen Meerbusen zu schmuggeln.⁶⁴ Beide Pitkas – Vater und Sohn – fuhren dann erneut nach Helsinki. Die Esten versicherten dem englischen Militärattaché in Helsinki, daß die Finnen bereit seien, estnische Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen auch eine militärische Ausbildung zu geben.⁶⁵ Nach seiner Rückkehr aus Finnland nahm Andreas Pitka am 22. Oktober wieder Verbindung mit Gallienne auf und teilte ihm mit, daß sie die Pläne weiterverfolgten, Esten nach Finnland zu schicken. Die Finnen seien jedoch jetzt auch nicht entfernt so interessiert gewesen wie vor einigen Wochen, weil sie der Meinung seien, „die Esten haben es an Mut fehlen lassen, als sie so leicht den russischen Forderungen nachgaben“.⁶⁶

⁶³ Andreas Pitkas am 9. 10. datierte und Gallienne übergebene Denkschrift, FO 371/23689.

⁶⁴ Gallienne aus Reval 9. 10. 1939, FO 371/23689.

⁶⁵ Snow aus Helsinki 13. 10. 1939, FO 371/23689.

⁶⁶ Gallienne aus Reval 22. 10. 1939, FO 371/23689.

Der lettische Außenminister Munters hatte – wie auch die Außenminister der anderen baltischen Staaten – der Wahrheit direkt ins Auge gesehen, und als er einige Tage später mit dem finnischen Gesandten Palin sprach, verheimlichte er keineswegs, wohin der geschlossene Vertrag führen könne. „Wenn auch“, sagte Munters, „im fünften Artikel des Vertrages ausdrücklich bestimmt wird, daß die Verwirklichung des Vertrages auf keinen Fall die souveränen Rechte der Vertragspartner und ihr wirtschaftliches oder soziales System oder militärische Maßnahmen einschränken darf, und wenn dies auch in der bei der Vertragsunterzeichnung veröffentlichten gemeinsamen Deklaration mehr als deutlich wiederholt und außerdem gesagt wird, daß die Vertragschließenden vorbehaltlos ihre Souveränität gegenseitig anerkennen, und wenn auch Stalins persönliche Versicherungen in dieser Hinsicht höchst klar und kategorisch waren – Tatsache bleibt, daß die Einhaltung dieser Bestimmungen und Versicherungen ausschließlich von dem ‚bona fide‘ Moskaus abhängt, was wiederum ausschließlich von der Entwicklung der Gesamtlage abhängen wird.“⁶⁷ Nach Palin war es völlig klar, daß, wenn auch Lettlands formale Selbständigkeit erhalten blieb, von „seiner tatsächlichen Unabhängigkeit nicht viel übrig war“.

Die Unzufriedenheit mit dem Regime in Lettland war nach Palin weiterhin „in höchstem Maße gewachsen“. „In dem Augenblick“, schreibt Palin in einem anderen Zusammenhang, „in dem Moskau – wenn es die Gesamtlage für günstig hält – beschließt, aus Lettland eine kommunistische Republik zu machen und diese der Sowjetunion anzuschließen, läßt sich das im Handumdrehen verwirklichen.“⁶⁸ Übereinstimmend damit schreibt der englische Gesandte Mr. Orde am 8. Oktober: „Lettland wird seine technische Selbständigkeit bewahren, wenn und solange es der Sowjetunion paßt, ihm das zu gestatten. ... Die Politik der Rettung der lettischen Selbständigkeit und Neutralität, die unter Einhaltung einer unerschütterlichen Friedenspolitik verwirklicht worden ist, hat Lettland den Frieden, aber nicht die Neutralität gelassen – weil sein Territorium als Aufmarschgebiet für militärische Operationen gegen ein befreundetes Land benutzt werden kann, ohne daß es auch nur theoretischen Protest einlegen könnte – und faktisch auch in keiner Hinsicht die Selbständigkeit.“ Mr. Orde war sicher, daß „in Fragen der Außenpolitik und des Krieges Präsident Ulmanis oder sein möglicher Nachfolger kaum mehr zu sagen hätte als irgendein ‚russischer Gouvernementsgeneral‘ im vorigen Jahrhundert, so daß in dieser Hinsicht das Rad der Geschichte eine volle Umdrehung gemacht hatte“.⁶⁹

Es war natürlich Aufgabe des lettischen Präsidenten, bei seinen öffentlichen Auftritten offiziellen Optimismus aufrechtzuerhalten. Das tat er zum Beispiel in einer bei der gemeinsamen Sitzung der lettischen Wirtschafts- und Kulturräte gehaltenen, für das große Publikum bestimmten, im Rundfunk übertragenen Rede. Der Präsident behandelte zuerst die allgemeinpolitische Entwicklung seit Anfang des Krieges und

⁶⁷ Palin aus Riga 12. 10. 1939, UM 5C/16.

⁶⁸ Palin aus Riga 6. 10. und 12. 10. 1939, UM 5C/16.

⁶⁹ Orde aus Riga 8. 10. 1939, FO 419/33/223.

ging dann zum lettisch-sowjetischen Beistandspakt über: „Dieser Vertrag gibt Lettland Sicherheit und schiebt die Gefahr eines Krieges hinaus, eliminiert sie vielleicht ganz ... Es ist bestätigt“, fuhr der Präsident fort, „daß Unterschiede im politischen System kein Hindernis für die Zusammenarbeit sind und daß die lettische Innen- und Außenpolitik unberührt bleiben. Außerdem ist damit, daß der Vertrag die Unterhaltung sowjetischer Garnisonen auf lettischem Boden festlegt, diesen eine besondere und beschränkte Aufgabe gegeben, die sich nicht auf den allgemeinen Schutz Lettlands erstreckt, für den allein die lettische Armee verantwortlich ist. Anders könnte es auch gar nicht sein in einem Staat, dessen Selbständigkeit und Souveränität die Sowjetunion anerkannt hat. Alles in allem, die Erhaltung und Stärkung der Kraft des lettischen Volkes und Staates bleibt allein Aufgabe der Letten, die niemand ihre Handlungsfreiheit abtreten wollen.“ Der Präsident betonte dann die Wichtigkeit des Geistes in der Armee und die Notwendigkeit ihrer Verstärkung. Ebenso wichtig sei es, daß die Moral der Bürger, besonders der verantwortlichen Führer ungebrochen bleibe. Der Präsident versicherte schließlich, daß er glaube, „niemand könne Lettland von außen eine neue Ordnung aufzwingen“.⁷⁰ Der Präsident sah zweifellos in Wirklichkeit den Vertrag in einem etwas anderen Licht, aber wie der Chef der Abteilung Nord im Foreign Office, Lawrence Collier, in einer Randbemerkung zu Ordes Bericht feststellte, hoffte Ulmanis sicher, daß die künftigen Ereignisse die herrschende Lage irgendwie veränderten, und bis dahin „müsse das lettische Volk ruhig und gelassen bleiben“.⁷¹

Die Regierung erlitt unter diesen Umständen neue Einbußen an Autorität. Palin machte darauf aufmerksam, daß keines der Regierungsmitglieder an dem Fest der Schweden, an ihrem Gustav Adolf-Tag, teilnahm, während am folgenden Tage in der Gesandtschaft der Sowjetunion bei den Feierlichkeiten am Jahrestag der Revolution die ganze Regierung erschienen war. Nach Palins Informationen „gab es jedoch außerhalb der herrschenden Kreise andere Kreise, in denen die Einstellung der Herrschenden scharf verurteilt wird. In ihnen werden vaterländische Pläne geschmiedet, die auf jeden Fall zeigen, daß im lettischen Volk noch wirkliche Freiheitsliebe lebt, Mut und Opfersinn, und auf die sich wenigstens einige Hoffnungen auf ein selbständiges und unabhängiges Lettland gründen lassen.“⁷² Wenn sich in diesen Zeilen sicher auch Palins eigene Enttäuschung über den von Lettland gewählten Weg widerspiegelt, ist es doch offensichtlich, daß die Politik des Regimes Ulmanis immer häufiger sowohl von rechts als auch von links in Frage gestellt wurde.

In Kowno beteuerte Außenminister Urbšys bei offizieller Gelegenheit seine Freude an dem Verständnis, das die Sowjetführer und besonders Stalin für die Interessen Litauens zeigten, und sprach von dem Beitrag, den dieses für die Entwicklung „des gegenseitigen Vertrauens und der unveränderten traditionellen Freundschaft“ lei-

⁷⁰ Orde aus Riga 16. 10. 1939, FO 371/23689.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Palin aus Riga 22. 10. 1939, UM 5C/16.

ste.⁷³ Dennoch äußerte er sich im vertraulichen Gespräch viel vorsichtiger. Als er den englischen Konsul Preston unmittelbar nach der Ratifizierung des litauisch-sowjetischen Vertrages traf, war der Außenminister der Ansicht, daß „die Anwesenheit von Truppen der Sowjetunion auf litauischem Boden auf jeden Fall eine ständige Bedrohung der litauischen Selbständigkeit darstellt“. Urbšys vertrat die Auffassung, daß „der Sieg der Alliierten und die Wiederherstellung ihres politischen Prestiges den einzigen Hoffnungsstrahl für Litauen darstellt“.⁷⁴ Als Urbšys einige Tage später mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Owen S. Norem, über die politische Lage sprach, sagte er, daß er persönlich stark bezweifle, daß die Russen selbst nach dem Friedensschluß sich aus Litauen zurückziehen würden.⁷⁵ Der Außenminister verheimlichte auch vor dem deutschen Gesandten Zechlin nicht seine Sorge über die künftige Entwicklung.⁷⁶

Die Nachricht von der Rückgabe Wilnas hatte in Kowno zunächst Freude ausgelöst.⁷⁷ Zweifellos war die Wiedereingliederung von Wilna ein Aspekt, der den stellvertretenden Ministerpräsidenten Bizauskas „die ganze Affäre“ mit Zufriedenheit sehen ließ.⁷⁸ Aber als man dann anfang, genauer abzuwägen, was man bekommen hatte und was dafür bezahlt war, hörte man in Kowno bald auch andere Stimmen. Das Gebiet, daß außer der Stadt Wilna an Litauen kam, umfaßte 6800 km², aber es stellte nur einen Teil des sog. Wilnagebietes dar. In dem Gebiet wohnten 440 000 Menschen, von denen aber nur 80 000 Litauer waren, weil die größtenteils von litauischer Bevölkerung bewohnten Gebiete bei der Sowjetunion geblieben waren. Von den 220 000 Einwohnern Wilnas waren nur ca. 5000 Litauer. Wilnas neuer litauischer Kommissar, Oberst Antanas Merkys, schilderte in einem Presseinterview am 4. November diese Bevölkerung als „schweres Erbe, einen gemischten Haufen demoralisierter polnischer Soldaten, Partisanen, zurückgebliebener Krimineller, hilfloser Flüchtlinge und feindlicher Agenten“. Merkys' Feststellung war keineswegs unbegründet, denn in Wilna waren tatsächlich außer der regulären Einwohnerschaft etwa 30 000 – 40 000 polnische Flüchtlinge zusammengedrängt, die für die litauische Verwaltung nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch eine schwere Belastung darstellten. Die Polen hatten u. a. zahlreiche Bewegungen im Untergrund, die sowohl mit dem deutschbesetzten als auch dem sowjetischbesetzten Gebiet Polens Verbindungen aufrechterhielten.⁷⁹ Das Gebiet fiel außerdem in arg ausgeraubtem Zustand an Litauen. Da man gleichzeitig wenigstens ahnte, daß der Preis des Gebietes auch im Verlust der wirklichen Selbständigkeit Litauens bestand, waren auch solche Äußerungen zu hören, daß „die Litauer das Wilnagebiet bekommen, aber Litauen verloren haben“.⁸⁰

⁷³ Sabaliūnas S. 155.

⁷⁴ Preston aus Kowno 17. 10. 1939, FO 419/33/232.

⁷⁵ Norem aus Kowno 21. 10. 1939, FRUS Soviet Union 1933–1939. S. 924.

⁷⁶ Zechlin aus Kowno 14. 10. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 224.

⁷⁷ Siehe z. B. Palin aus Riga 14. 10. 1939, UM 5C/16.

⁷⁸ Norem aus Kowno 13. 10. 1939, FRUS Soviet Union 1933–1939. S. 967.

⁷⁹ Preston aus Kowno 4. 11. 1939, FO 419/33/251.

⁸⁰ Palin aus Riga 19. 10. 1939, UM 5C/16.

Im Wilnagebiet wurde nun unter dem neuen Kommissar eine energische Litauisierung sowohl im Wirtschafts- als auch im Kulturleben eingeleitet.⁸¹ Auch im Ausland erregte die Litauisierung der polnischen Stefan-Bathory-Universität Aufsehen. Es gelang den Polen, zumindest in Schweden ein von den Vertretern aller Fakultäten der Universität unterzeichnetes Protestschreiben zu veröffentlichen. Die Litauer ihrerseits betrachteten die Universität als Symbol der Polonisierung des Gebietes und sie beriefen sich auch auf wirtschaftliche Gründe: das Land verfüge nicht über die Mittel, zwei vollständige Universitäten zu unterhalten.⁸²

Das Kabinett des Ministerpräsidenten Černius trat am 21. November zurück. Černius hat später selbst als hauptsächlichen Rücktrittsgrund angegeben, daß die Sowjetunion nicht an den Bestimmungen des Vertrages festhielt,⁸³ womit er offensichtlich auf die Forderungen der sowjetischen Militärdelegation bei den Stützpunktverhandlungen hinwies.⁸⁴ Bestimmend scheinen jedoch rein innenpolitische Faktoren gewesen zu sein. Nach Preston war Černius überhaupt abgeneigt, in einer Stellung zu arbeiten, „für die er nicht die geringste Qualifikation hatte ...“ Der Anschluß des Wilnagebietes an Litauen, besonders die Flüchtlingsprobleme des Gebietes, hatten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes vermehrt. Außerdem gab es Reibereien zwischen Präsident Smetona und dem die Katholiken vertretenden Kultusminister Leonas Bistras wegen der Schulpolitik sowie zwischen dem Präsidenten und dem die Populisten vertretenden Landwirtschaftsminister Jurgis Krikščiūnas wegen der Bodenreform im Wilnagebiet.⁸⁵ Andererseits herrschte unter den Populisten und Christdemokraten Unzufriedenheit über ihre eigenen Minister, weil man der Ansicht war, daß sie zu sehr den Forderungen der Nationalisten nachgegeben hatten.⁸⁶

Der Präsident beauftragte den die Tautininkai-Partei vertretenden Oberst Antanas Merkys mit der Bildung einer neuen Regierung. Smetona hatte anfangs die Absicht, die ganze Opposition auszuschalten und eine Regierung zu ernennen, die sich nur auf die Nationalisten und ihre Mitläufer stützte. Der Versuch scheiterte jedoch am Widerstand des Generals Raštikis, der den Präsidenten dazu überredete, eine neue Koalitionsregierung zu bilden. Alle Schlüsselpositionen in der neuen Regierung fielen jedoch den Nationalisten zu, so daß die Opposition faktisch an Bedeutung verlor.⁸⁷ Außenminister blieb Urbšys und stellvertretender Ministerpräsident Bizauskas. Neuer Finanzminister wurde Ernestas Galvanauskas, der neben dem Ministerpräsidenten zu den wichtigsten Mitgliedern des Kabinetts gehörte.⁸⁸

⁸¹ Sabaliūnas S. 161–163.

⁸² Dagens Nyheter 10. und 16. 1. 1940.

⁸³ Černius' Zeugenaussage, U.S. Congress, Baltic States Investigation S. 283.

⁸⁴ Siehe oben S. 69.

⁸⁵ Preston aus Kowno 24. 11. 1939, FO 419/33/269; Sabaliūnas S. 164–166.

⁸⁶ Navickas S. 127.

⁸⁷ Sabaliūnas S. 168.

⁸⁸ Preston aus Kowno 24. 11. 1939, FO 419/33/269.

3. Die zweispurige Sowjetpolitik

Stalin und Molotov machten bei den Gesprächen über die gegenseitigen Beistandspakte ihren Verhandlungspartnern auf verschiedene Weise klar, daß die Sowjetunion nicht beabsichtige, sich mit dem herrschenden Status zufriedenzugeben, und daß das, was vor zwanzig Jahren beschlossen worden war, nicht ewig gelten könne. Auch Peter der Große wurde als Zeuge herangezogen, wenn man die Gegenseite davon überzeugen wollte, wie wichtig es für die Sowjetunion sei, aus der „Pfütze“ des Finnischen Meerbusens herauszukommen. Andererseits wurde beteuert, daß die Sowjetunion die Souveränität und Integrität der baltischen Republiken achte und sich auf keine Weise in deren innere Angelegenheiten einmischen werde. In einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 31. Oktober ging Außenkommissar Molotov auch auf die mit den baltischen Ländern geschlossenen Verträge ein: „Diese Verträge beruhen auf der gegenseitigen Achtung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Vertragseiten, und sie sind dazu bestimmt, die Grundlage der friedlich-nachbarschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu verstärken. Wir werden die geschlossenen Verträge gewissenhaft und genau einhalten, die auf voller Gegenseitigkeit beruhen, und wir erklären, daß alles Geschwätz über die Sowjetisierung der baltischen Länder nur im Interesse unserer gemeinsamen Feinde und der antisowjetischen Provokateure liegt.“⁸⁹

Die Tätigkeit der sowjetischen Gesandtschaften im Baltikum schien direkt „eine Verkörperung der Ehrenhaftigkeit und der Offenheit“ zu sein.⁹⁰ Seitens der Gesandtschaften wurde betont, daß keine privaten Beziehungen erlaubt seien, und daß alle Kontakte über das Außenministerium zu gehen hätten. Annäherungsversuche der linken Elemente wurden von der betreffenden russischen Seite zurückgewiesen. Kotze behauptet, allerdings aufgrund unbestätigter privater Mitteilungen, sogar erfahren zu haben, daß die Russen lettische Kommunisten, die für den Nachrichtendienst der Sowjetunion arbeiteten, denunziert hätten.⁹¹ Dieses Bild wird durch Nachrichten aus Estland bestätigt. Die Arbeiter einer Fabrik schickten Vertreter in die sowjetische Gesandtschaft, die den Auftrag hatten, diverse Beschwerden über die Entlohnung und über schlechte Behandlung vorzubringen. In der Gesandtschaft hörte man ihnen genau zu, notierte sich die Namen und übergab die Liste der estnischen Staatspolizei, die alle diese Besucher der Gesandtschaft hinter Schloß und Riegel brachte.⁹² Bald nach dem Vertragsschluß ging ein Mitglied des Riigikogu, der für seine linken Ansichten bekannte Neeme Ruus, in die Gesandtschaft der Sowjet-

⁸⁹ Kaslas 1973, S. 173–174.

⁹⁰ Ants Oras, *Viron kohtalonvuodet*. Jyväskylä 1958, S. 32–33.

⁹¹ Kotze aus Riga 15. 11. 1939, AA/Gesandtschaft Kowno/Pol. Nr. 22/Lettland; Zusammenfassender Bericht über die Ereignisse in Lettland 1939. Sthamer aus Riga 24. 2. 1939, AA/Gesandtschaft Kowno/Pol. Nr. 23.

⁹² Nach einem am 20. 10. 1939 aus Reval abgesandten Brief. EK – VALPO I XXXVII. B; ebenso Hellstedt aus Reval 31. 10. 1939, UD. HP. 1. Ee.

union, um, wie die einen sagten, Stalin ein Glückwunschtelegramm zu senden,⁹³ oder, wie die anderen sagten, um den Gesandten zu interviewen. Die Gesandtschaft nahm Verbindung mit den estnischen Behörden auf und bat diese, Ruus unverzüglich aus der Gesandtschaft zu holen.

Dennoch erklärte derselbe Neeme Ruus, der im Sommer 1940 Sozialminister von Sowjetestland wurde, zwei Wochen später vertraulich einem Freund, daß „die vollständige Besetzung Estlands in Kürze geschehe und daß es für sie das Beste wäre, sich darauf vorzubereiten: die Revolution würde bald mit Unterstützung der sowjetischen Streitkräfte stattfinden“. Dr. Johannes Vares-Barbarus, Arzt und modernistischer Dichter, schloß seine erfolgreiche Praxis in Pernau und zog nach Reval, „um besser in Kontakt mit den Dingen zu bleiben“. In Reval blieb Vares in enger Verbindung mit den diplomatischen Vertretern der Sowjetunion.⁹⁴ Der Kommandeur der estnischen Luftwaffe, R. Tomberg, der nach dem damaligen Chef der operativen Abteilung des estnischen Generalstabs, Oberstleutnant Alfred Luts, im Juni 1940 alles tat, um sich bei den neuen Kräften beliebt zu machen, verwandelte sich schon im Oktober 1939 „in einen großen Verstehenden der sowjetischen Motive“. Der Kommandant der Garnison Narwa, Oberst Sauselg, mußte sogar zwangsversetzt werden, weil sich herausstellte, daß er den Russen direkte militärische Informationen lieferte.⁹⁵

An dem Benehmen der Stützpunktruppen scheint nichts auszusetzen gewesen sein. Alle Quellen bezeugen übereinstimmend, daß das Verhalten der Soldaten sehr korrekt war.⁹⁶ Irgendwelche Annäherungsversuche seitens der russischen Truppen an die einheimische Bevölkerung waren nicht festzustellen; die Truppen in den Stützpunkten lebten vielmehr hermetisch abgeschlossen.⁹⁷ Somit schien die Anordnung des lettischen Innenministeriums, nach der alle Letten, die nachweisbar mit russischen Offizieren oder Soldaten gesprochen hatten, verhaftet werden konnten, eher überflüssig.⁹⁸

Andererseits traten die hohen Offiziere der Roten Armee bei den Verhandlungen im Herbst 1939 sehr selbstbewußt auf und gaben zu verstehen, daß sie direkter hätten vorgehen wollen.⁹⁹ Manchmal entstand direkt der Eindruck, daß sie das Baltikum schon als tatsächlichen Teil der Sowjetunion betrachteten. Im Bericht eines vom amerikanischen Kongreß eingesetzten Untersuchungskomitees wird auf eine Zeugenaussage hingewiesen,¹⁰⁰ der zufolge bald nach dem Eintreffen der Stütz-

⁹³ Nach dem Chefredakteur Vellner der ehemaligen Zeitung „Vaba Maa“. Louhelas Bericht 26. 6. 1940. EK-Valpo I XXXVII. B.

⁹⁴ Oras S. 33–34, 44.

⁹⁵ Luts S. 106–107.

⁹⁶ Berzinš S. 51.

⁹⁷ Siehe z. B. den Bericht des deutschen Kulturattachés in Riga, Dr. Weeges, über das Benehmen der russischen Truppen in Windau vom 15. 11. und Dr. Seydels entsprechenden Bericht aus Libau, AA Gesandtschaft Kowno/Pol. Nr. 22/Lettland.

⁹⁸ Ponomarev u. a. S. 437.

⁹⁹ Siehe oben S. 63.

¹⁰⁰ U.S. Congress, Third Interim Raport, A. Salusts Aussage S. 237.

punkttruppen eine Reihe russische Offiziere kam, um zu prüfen, ob sich die estnische Westküste zur Stationierung von Wasserflugzeugen der sowjetischen Luftwaffe eigne. Als die estnischen Offiziere sie auf die Tatsache aufmerksam machten, daß das Gebiet, das die Russen prüfen wollten, nicht zum versprochenen Stützpunktbereich gehörte, antworteten sie, daß „die Sache in Moskau beschlossen sei und daß, soweit sie wußten, die ganze baltische Küste bis nach Königsberg zur Sowjetunion gehöre“. Im Jahre 1941 fanden die Letten in der Hinterlassenschaft der Roten Armee Karten mit der Angabe des Druckjahres 1939, auf denen schon die Bezeichnung „Lettische Sowjetrepublik“ und „Litauische Sowjetrepublik“ gebraucht worden waren.¹⁰¹ Gestützt auf umfangreiches litauisches Material behauptet Sabaliūnas, daß die politischen Kommissare der Roten Armee die örtlichen Kommunisten unterstützten, an den Versammlungen der kommunistischen Partei teilnahmen und versuchten, mit den Arbeitern im Wilnagebiet Verbindungen anzuknüpfen.¹⁰² Alfred Berzinš, der in Ulmanis' Kabinett Minister für öffentliche Arbeiten war, brachte gleiche Behauptungen über Lettland vor.¹⁰³

Als überzeugendster Beweis für die Zielbewußtheit des Handelns der Sowjetunion gelten im allgemeinen die Anweisungen des stellvertretenden Volkskommissars für Sicherheitsfragen der Sowjetunion, General Serovs, über „die Entfernung von sowjetfeindlichen Elementen aus Estland, Lettland und Litauen“. Es wird behauptet, daß Serov diese Anweisungen am 11. 10. 1939 unterschrieben habe, die die Grundlage für die im Juni 1941 durchgeführten Massendeportationen darstellten. Es handelt sich jedoch ganz offensichtlich um einen Datierungsfehler. Als die Deutschen im Sommer 1941 im Baltikum eindrangten, fielen ihnen mehrere russische Dokumente über die Massendeportationen in die Hände.¹⁰⁴ Die vorgenannten Anweisungen General Serovs wurden in ihrer ursprünglichen Form in russischer Sprache schon 1942 veröffentlicht.¹⁰⁵ Zunächst fällt auf, daß das Dokument selbst undatiert ist, so daß es aufgrund anderer Dokumente datiert werden mußte. Die fehlerhafte Datierung geht auf das vom US-Kongress eingesetzte Untersuchungskomitee zurück, das in seinem Untersuchungsbericht Serovs Anweisungen veröffentlichte und aufgrund einiger anderer Dokumente zu dem Schluß kam, daß es sich um den Befehl Nr. 001223/11. 10. 1939 des NKWD handele.¹⁰⁶ Diese Datierung des Komitees wurde dann kritiklos von einer Untersuchung in die andere übernommen. Dabei wurde nicht beachtet, daß die Datierung in Widerspruch zu vielen bekannten Tatsachen stand. General Serov wurde z. B. erster Stellvertreter des Volkskommissars für Sicherheitsfragen erst im Zusammenhang mit einer im Jahre 1941 durchgeführten

¹⁰¹ Tarulis S. 167.

¹⁰² Sabaliūnas S. 60.

¹⁰³ Berzinš S. 63.

¹⁰⁴ Tarulis S. 166–167; Arveds Svabe, *Lettlands historia*, Stockholm 1961, S. 114; Anderson S. 245.

¹⁰⁵ *Die Sowjetunion und die Baltischen Staaten*. [1942], S. 38–46.

¹⁰⁶ U.S. Congress, *Third Interim Report* S. 464–468, 470–472, 495–497.

Organisationsreform.¹⁰⁷ Eine Prüfung des Inhalts der Anweisungen in der ursprünglichen russischsprachigen Form ergibt, daß im Text für die Sicherheitspolizei der Sowjetunion sowohl die Abkürzung NKWD als auch NKGB gebraucht wird. Das weist deutlich darauf hin, daß die Anweisungen erst nach dem 3. 2. 1941 entstanden sind, weil zu dem Zeitpunkt der NKWD in zwei Kommissariate aufgeteilt wurde. Das eine Kommissariat verwendete weiterhin als Abkürzung seines Namens NKWD und war allgemein für innenpolitische Fragen verantwortlich, während das neue Kommissariat die Abkürzung NKGB gebrauchte und für alle Aufgaben zuständig war, die eigentlich Sache der politischen Polizei waren.¹⁰⁸ Die von General Serov unterschriebenen Anweisungen haben somit erst nach der Neuorganisation des NKWD im Februar 1941 entstehen können. Der Befehl Nr. 001223/11. 10. 1939 des NKWD ist ein ganz anderes Dokument, das zwar die Behandlung sowjetfeindlicher Elemente im damals zur Sowjetunion gehörenden Gebiet (vielleicht im ehemaligen polnischen Gebiet?) betrifft, dessen Inhalt wir aber nicht genauer kennen. Dadurch wird aber nicht die Tatsache widerlegt, daß die Politik der Sowjetunion im Herbst 1939 trotz allem in gewisser Weise zweispurig war.

Wohin zielte die Sowjetunion aber mit dieser Politik? Der englische Gesandte in Riga, Mr. Orde, zog am 30. September aufgrund der Geschehnisse in Estland den Schluß, daß die Sowjetregierung nach außen hin auf eine Weise vorgehen wollte, die im Ausland einen möglichst „minimalen Skandal“ hervorrufen würde: „Die Russen sind ihrem Wesen nach Meister der graduellen Unterwanderung und legen kein großes Gewicht auf dramatische Änderungen des politischen Status.“ Und die Sowjetregierung hatte auch keinen Grund zu übereilten Maßnahmen.¹⁰⁹ Sie hielt deshalb auch die große Eile, die Deutschland in der Evakuierung der Baltendeutschen an den Tag legte, für völlig unbegründet. Vizeaußenminister Potemkin drückte gemäß den Weisungen Stalins und Molotovs Erstaunen darüber aus, daß die Deutschen so „panikartig“ die Estland- und Lettlanddeutschen evakuierten, „weil eine solche Flucht der Deutschen die Aktion der Sowjetregierung schwer kompromittieren müsse“. Potemkin behauptete, daß kein Grund zu der großen Eile bestanden habe, weil die Deutschen weder wirtschaftlich noch sonst bedroht waren.¹¹⁰ „Ihr Verbündeter Rußland schien von einer Stellung zur anderen mit Sorgfalt und ohne Übereilen vorzugehen“, kommentierte der litauische Außenminister Urbšys die Handlungsweise der Sowjetunion, als er am 20. Oktober mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Kowno, Norem, sprach.¹¹¹

¹⁰⁷ 5000 Sowjetköpfe. Gliederung und Geschichte eines Führungskollektivs. Hrsg. Hans Koch, Köln 1969; Who is Who in the USSR 1961/65.

¹⁰⁸ Ronald Hingley, Die Russische Geheimpolizei 1965–1970. Bayreuth 1972, S. 257–258.

¹⁰⁹ Orde aus Riga 30. 9. 1939, FO 419/33/219.

¹¹⁰ Schulenburg aus Moskau 11. 10. 1939, ADAP, Serie D, Bd. VIII S. 208.

¹¹¹ Norem aus Kowno 21. 10. 1939, FRUS, Soviet Union 1933–1939. S. 974.

4. Die kommunistischen Parteien der baltischen Länder und die Sowjetunion

Die auf dem VII. Kongreß der Komintern im August 1935 gefaßten Beschlüsse verpflichteten die kommunistischen Parteien, im Kampf gegen den Faschismus die Volksfronttaktik zu befolgen. Die lettische kommunistische Partei hatte schon im November 1934 einen Vertrag zur Zusammenarbeit mit der lettischen Arbeiter- und Bauernpartei geschlossen, einer linkssozialistischen Splitterpartei, die sich von der sozialdemokratischen Partei gelöst hatte. Ebenso war eine Zusammenarbeit zwischen dem kommunistischen Jugendverband und der sozialistischen Jugendorganisation vereinbart worden.¹¹²

Auch in Estland waren zwischen dem rechten und dem linken Flügel der sozialistischen Arbeiterpartei Meinungsverschiedenheiten aufgetreten, die sich auf dem Parteitag Anfang 1934 als unvereinbar erwiesen hatten. Der Streit gipfelte darin, daß eine Reihe führender Linkssozialisten aus der Partei ausgestoßen wurde, von denen Nigol Andersen, Maxim Unt und Aleksander Joeäär zu den bekanntesten gehörten. Diese aus der sozialdemokratischen Partei Ausgeschlossenen gründeten dann als eigene Partei die marxistische Arbeiterpartei, die von Anfang an eng mit der estnischen kommunistischen Partei zusammenarbeitete. Auf Anregung der kommunistischen Partei und durch Vermittlung des finnischen Linkssozialisten Cay Sundström fand dann im Juli 1935 eine geheime Zusammenkunft in Finnland statt, bei der man sich über alle Fragen der Bildung einer gemeinsamen Front einig wurde. Mit Cay Sundström und Mauri Ryömä als finnischen Verbindungsleuten wurde der geheime Kontakt und Informationsaustausch auch in den folgenden Jahren fortgesetzt, u. a. wurde im Juli 1938 über die bei den estnischen Parlamentswahlen zu befolgende Taktik verhandelt. Im Frühjahr 1937 hatten die Parteien begonnen, die gemeinsame Zeitung „Rahva Hääl“ zu veröffentlichen, deren Vertrieb in Estland hauptsächlich die marxistische Arbeiterpartei besorgte. Auch über den formalen Zusammenschluß der Parteien war bei der geheimen Versammlung der estnischen kommunistischen Partei im Juli 1937 in Warschau gesprochen worden. Auf den Zusammenschluß verzichtete man jedoch, weil man es aus taktischen Gründen für wichtig hielt, der bürgerlichen Regierung den wirklichen Charakter der Zusammenarbeit zu verheimlichen.¹¹³

Stalins Säuberungen in den Jahren 1936–1938 waren auch für die Organisation der kommunistischen Parteien der baltischen Länder ein schwerer Schlag. Die kommunistischen Parteien waren in allen baltischen Staaten verboten, und ihre Zentralkomitees oder entsprechenden Gremien mußten im Ausland arbeiten. Hauptsächlich hatten sie sich ganz in der Nähe der Komintern in Moskau einquartiert. In die Sowjetunion waren auch gewöhnliche in der Arbeiterbewegung aktive Leute geflo-

¹¹² V. Sipols, *Tainaja diplomatija*. Riga 1968, S. 334.

¹¹³ „Marxilaisen työväenpuolueen selostus Viron kommunistiselle puoluelle ja kominternille“. Datiert in Reval März 1940. Finn. Übersetzung. Denkschrift, beschlagnahmt bei der Verhaftung von Cay Sundström im Jahre 1941. EK – VALPO I XXXVII. B 1. a.

hen, besonders nachdem im Baltikum die autoritären oder halbautoritären Regierungen an die Macht gekommen waren. Stalins Personenkult hatte in der Sowjetunion „eine dumpfe und mißtrauische Atmosphäre“ erzeugt, die die Aktivität dieser Emigranten erschwerte. Mehrfach wurden gegen sie absurde Beschuldigungen erhoben, sie sollten in ihrer Heimat mit der bürgerlichen Polizei in Verbindung gestanden haben. Die erfundenen Anschuldigungen führten dann zu umfangreichen Verhaftungen.

Besonders schwer waren diese Säuberungen Ende 1937 und am Anfang des folgenden Jahres. Ihnen fielen zahlreiche führende Mitarbeiter und Veteranen der estnischen kommunistischen Partei zum Opfer: J. Anvelt, H. Pöögelman, H. Jansson, R. Meering u. a. Als Folge davon wurde die Arbeit des Zentralkomitees der estnischen kommunistischen Partei völlig unterbrochen. Ebenso stellte das Parteiorgan „Kommunisti“ sein Erscheinen ein. Als Folge dieser Maßnahmen wurden auch die Verbindungen zu den in Estland lebenden Kommunisten fast völlig unterbrochen. In Estland wurde offensichtlich keine besondere Parteisäuberung durchgeführt, was nicht nur deshalb schwierig gewesen wäre, weil die Verbindungen mit Moskau unterbrochen waren, sondern auch, weil ein großer Teil der geringen Anhängerschaft der estnischen kommunistischen Partei zu dieser Zeit in den estnischen Gefängnissen saß. Als dann im Frühjahr 1938 aufgrund einer Amnestie von Präsident Päts fast 150 „abgehärtete Kommunisten“ aus den Gefängnissen entlassen wurden, konnte die Tätigkeit der estnischen kommunistischen Partei wieder organisiert werden. Der kommunistischen Partei eröffnete sich jetzt auch die Möglichkeit, ihre führenden Kader aus dem Ausland nach Estland zu holen. Danach konnten die kommunistische Partei und die marxistische Arbeiterpartei in Estland miteinander Kontakt aufnehmen und die Außenverbindung über Finnland wurde nur als Informationskanal zur Komintern und zurück benutzt. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien führte schon in diesem Stadium zu einem faktischen, wenn auch noch nicht formalen Zusammenschluß. Die vollständige Zusammenarbeit wurde in allen Gremien der Partei und auf allen Ebenen der Parteiorganisation verwirklicht. Zur Führung der kommunistischen Partei wurde im Juni 1938 ein Untergrundbüro der estnischen kommunistischen Partei gegründet, das dann bis zum Juni 1940 als eine Art Zentralkomitee fungierte.¹¹⁴

Bedeutende Verluste erlitt auch die lettische kommunistische Partei bei Stalins Säuberungen. Ein schwerer Schlag für die Partei war die Liquidierung des Auslandsbüros ihres Zentralkomitees im Juli 1936. An der Spitze des Auslandsbüros hatte die ganzen sechzehn Jahre seiner Tätigkeit Lenins Waffenbruder Peteris Stučka gestanden. Nachdem die kollektive Führung der Partei liquidiert worden war, wurde sie im Exekutivkomitee der Komintern nur durch einen Verbindungsmann vertreten. Nach der letzten Gesamtdarstellung der Geschichte der lettischen kommunistischen Partei

¹¹⁴ Ülevaade Eestimaa Kommunistliku Partei ajaloost. II Reval 1963, S. 300–301; Eesti NSV Ajalugu III. Reval 1971, S. 357; obige Denkschrift „marxilaisen työväenpuolueen selostus Viron kommunistiselle puolueelle ja kominternille“. EK – VALPO I XXXVII.B 1. a.

hatte sich die kommunistische Partei Lettlands im Untergrund „systematisch von allen schädlichen Elementen befreit, so daß die Durchführung einer besonderen Massensäuberung in ihren Reihen nicht notwendig gewesen wäre“. Dennoch begann man in der Partei – unter dem Einfluß des Personenkultes – Ende 1936 „eine Überprüfung der gesamten Mitgliedschaft der Partei“, die dann noch in den Jahren 1937 und 1938 weiterging. Der Partei wurde vorgeworfen, daß sie während andert-halb Jahrzehnten keine Massensäuberung in ihren Reihen vorgenommen habe. Weit zurückliegende Fehler wurden übertrieben, indem u. a. behauptet wurde „daß die Sowjetmacht in Lettland 1919 nicht wegen der vorzüglichen Stärke der intervenie-renden Armeen zusammengebrochen sei, sondern deshalb, weil die lettische kom-munistische Partei und die Sowjetmacht in Lettland in ihrer Arbeit ernste Fehler machten.“ Mit derartigen Vorwänden konnte jeder Beliebige für schuldig befunden werden. Bei den Massensäuberungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1936 wurden alle führenden Organe der kommunistischen Partei Lettlands durch Beschlüsse der Partei selbst liquidiert. Das Zentralkomitee der Partei ging in seiner Selbstkritik so weit, daß es in seinem Kommuniké „Über Lage und Aufgaben der kommunisti-schen Partei Lettlands“ bestätigte, daß die Partei eine politische und organisatori-sche Krise durchmache, die „Massenüberprüfungen in den Reihen der Partei und die Auflösung ihrer führenden Organe notwendig mache“. Eine solche Massenkam-pagne unter den Bedingungen des Untergrundes brachte nicht die erwünschten Ergebnisse; stellenweise konnten in den Reihen der Partei noch „dort eingedrun-gene Provokateure und unzuverlässige Elemente“ bleiben, an anderen Stellen wie-der wurde die Überprüfung durchgeführt, „indem die Zahl der Parteimitglieder künstlich herabgesetzt wurde“. Nach dem Abschluß der Säuberungen begann die Zahl der Parteimitglieder von Ende 1938 an wieder zu steigen. Große Verluste hatten der Partei auch die von der Regierung Ulmanis vorgenommenen Verhaftun-gen beigebracht, als deren Folge die Verbindungen des Zentralkomitees der Partei mit den unteren Organisationen zeitweise unterbrochen wurden. Eine Reihe von Mitgliedern des Zentralkomitees wurde u. a. im Juli 1939 verhaftet.¹¹⁵ Die Schwierigkeiten der lettischen kommunistischen Partei zeigen die folgenden Angaben zur Entwicklung der Mitgliederzahl der Partei¹¹⁶.

	Gesamte Mitgliederzahl	Mitgliederzahl in Riga
1930	1000	282
1934	1150	255
1938		112
1939	400	
1940 (Juni)	1000	400

¹¹⁵ Oškerki istorii kommunističeskoj partii Latvii, II. 1920–1940. Riga 1966, S. 371– 373, 412–413.

¹¹⁶ Ebenda S. 338, 375, 412–413; Istorija Latvijas SSR. Riga 1971, S. 526; Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion. Bd. V. 1 Moskau 1974, S. 109.

In Wirklichkeit gab es in Lettland etwas mehr Kommunisten als die Zahlen vom Ende der 1930er Jahre zeigen, weil zur Partei nicht die bei den Säuberungen vorübergehend Ausgeschlossenen gezählt wurden. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß vom Standpunkt Moskaus aus die Reihen der Partei weiterhin unzuverlässige Elemente enthielten, in erster Linie Trotzlisten. Als Munters bei den Beistandspaktverhandlungen Stalin seinen Verdacht mitteilte, daß die Stationierung von Sowjettruppen in Lettland die örtlichen Kommunisten zum Aufstand verlocken könnten, soll Stalin bemerkt haben, daß es außerhalb der Sowjetunion keine richtigen Bolschewiken gebe. „Was Sie da in Lettland haben, das sind Trotzlisten, und wenn die Ihnen Scherereien verursachen, können Sie sie erschießen.“¹¹⁷

Diese Mitgliederzahlen der kommunistischen Parteien lassen wohl den Schluß zu, daß sich auch die Anhängerschaft der Kommunisten in den 1930er Jahren nicht wesentlich verändert hat. Bei den letzten Parlamentswahlen in Estland und Lettland hatten die Kommunisten oder ihnen nahestehende Gruppierungen 6–7% der Abgeordnetensitze erhalten.^{117a}

Die kommunistische Partei spielte in Litauen ebenso wie im nördlichen Nachbarstaat in der Periode des Untergrunds keine bedeutende Rolle. In einem agrarischen und katholischen Land hatte sie keine großen Erfolgsmöglichkeiten. Ihre Mitgliederzahl stieg, während die Partei im Untergrund wirkte, niemals über 2000, wie aus den folgenden Zahlen hervorgeht:¹¹⁸

Jahr	Mitglieder
1930	650
1934	1100
1936	1942
1937	1499
1940	1500

Der größte Teil der Mitglieder gehörte den nationalen und religiösen Minderheiten an – litauische Juden, Russen und Polen. Ihrem sozialen Status nach gehörte der größte Teil der Parteimitglieder zur Mittelklasse. Noch im Februar 1941 – sieben Monate nach der sowjetischen Besetzung – waren nur 13,5% der Mitglieder Arbeiter.¹¹⁹ Die Führung der litauischen kommunistischen Partei, die sich in Moskau befand, wurde von Stalin und der Komintern ebenso liquidiert wie die anderen kommunistischen Parteien der Randstaaten. Einer der prominentesten litauischen Kommunisten, die der Liquidierung zum Opfer fielen, war das Gründungsmitglied der Partei, der Sekretär des Kontrollkomitees der Komintern Aleksa Angarietis, der noch in den Prozessen des Jahres 1936 als Ankläger aufgetreten war, der aber im folgenden Jahr zusammen mit den anderen Mitgliedern des Zentralkomitees verhaf-

¹¹⁷ Preston aus Kowno 19. 4. 1940, FO 419/34/268.

^{117a} Michael Garleff, *Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen*. Bonn 1976, S. 73–77.

¹¹⁸ Sabaliūnas S. 54.

¹¹⁹ Ebenda S. 55; *Lithuania under the Soviet 1940–1965*. New York 1965, S. 112–113.

tet wurde. Angarietis wurde als litauischer Nationalist und als Smetonas Handlanger abgestempelt, und deshalb wurde er im Mai 1940 erschossen.¹²⁰ Eine gründliche Säuberung der kommunistischen Partei wurde erst nach dem Juni 1940 vorgenommen, und als sie im Frühjahr 1941 endete, hatte die Partei 50% der Mitglieder ihrer Untergrundperiode verloren.¹²¹ Nach der Sowjethistoriographie begann die revolutionäre Situation im Baltikum vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges an zu reifen.¹²² Nach marxistischer Auffassung ist die Revolution unmöglich ohne revolutionäre Situation, für die schon Lenin folgende Kennzeichen nannte:

„1. Den herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten: es herrscht eine gewisse ‚Krise der höchsten Schichten‘, eine politische Krise der herrschenden Klasse, sie erzeugt einen Riß, in den die Unzufriedenheit und die Empörung der unterdrückten Klassen eindringt. Für den Beginn der Revolution genügt es gewöhnlich nicht, daß die ‚unteren Schichten‘ nicht in der alten Weise leben ‚wollen‘, sondern es ist notwendig, daß ‚die Oberschichten‘ das nicht ‚können‘.

2. Eine ungewöhnliche weitgehende Zuspitzung des Mangels und des Elends der unterdrückten Klassen; eine wesentliche Stärkung der Aktivität der Massen aus den obengenannten Gründen.“ Die Gesamtheit dieser „objektiven Veränderungen“ wird revolutionäre Situation genannt, deren Ausnutzung außerdem „eine revolutionäre Partei“ und „revolutionäre Tätigkeit“ voraussetzten, die stark genug wäre, die alte Regierung zu zerschlagen.¹²³

Um feststellen zu können, ob im Baltikum eine revolutionäre Situation herrschte, sind die obengenannten Kriterien mit der Wirklichkeit zu vergleichen. Eine gewisse politische Krise „der herrschenden Kreise“ war nach dem Abschluß des Beistandspaktes sicher gegeben. Der offizielle Optimismus war nicht immer in der Lage, die Unruhe zu verbergen, die man wegen der Entwicklung der Lage empfand. Es ist wahr, daß dieselben Kreise fürchteten, die bestehende Lage könne dem revolutionären Kommunismus Möglichkeiten bieten.¹²⁴

Ganz offensichtlich stärkte der Beginn der Stützpunktperiode und das Eintreffen der sowjetischen Truppen das Selbstgefühl der baltischen kommunistischen Parteien und regte ihre Tätigkeit an. Der gegenseitige Beistandspakt mit der Sowjetunion „gab dem litauischen Volk lichtere Hoffnungen im Kampf um die Befreiung vom Joch des Faschismus“, heißt es in einem Aufruf des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Litauens vom 11. 10. 1939.¹²⁵ Am selben Tag veranstalteten die

¹²⁰ Arvo Tuominen, *Kremlin kellot*. Helsinki 1956, S. 254; *Biographical dictionary of the Comintern* by Branko Lazitch in collaboration with Milorad M. Brachkovitch, Stanford 1973.

¹²¹ *Lithuania under Soviet 1940–1945*, S. 114.

¹²² Sipols S. 331; *Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion*. Bd. V. 1 S. 104.

¹²³ V. I. Lenin, *Teokset* 21. Petroskoi 1958, S. 204.

¹²⁴ Siehe oben S. 71–72; über Laidoners gleichartige Gedanken siehe *Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges I* S. 299.

¹²⁵ Navickas S. 129.

Kommunisten in Kowno eine Demonstration für den Beistandspakt, wobei sie die Freilassung der politischen Gefangenen und den Sturz der Regierung Smetona forderten. Die Polizei nahm 26 prokommunistische Demonstranten fest, darunter den Redakteur J. Paleckis, der dann im Juni 1940 Chef der litauischen Sowjetregierung wurde.¹²⁶ Das geschwollene Selbstgefühl drückte sich oft in der Parole aus: „Die Genossen kommen bald und dann wird es anders“.¹²⁷ Im Dezember paßte die kommunistische Partei ihre Taktik der herrschenden Lage an. In den Anweisungen des Sekretariats des Zentralkomitees an das Parteikomitee hieß es u. a.: „es kann nicht die Rede sein von irgendwelcher Zusammenarbeit, irgendeinem Appell an die Führer der Christdemokraten und der Populisten betreffend irgendeine gemeinsame Aktion. Es kann auch keine gemeinsame Front mit den Führern der litauischen Sozialdemokraten geben ... Die gemeinsame Front und nationale Front kann nur und wird nur auf der Ebene der Mitglieder entstehen.“ Die kommunistische Partei mobilisierte jetzt ihre Scharen immer deutlicher zum Kampf, um die Regierung Smetona zu stürzen.¹²⁸

In Lettland waren sofort nach dem Abschluß des Beistandspaktes zahlreiche Kommunisten aus den Gefängnissen freigelassen worden.¹²⁹ Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei versammelte sich am 8. Oktober, um die neuen Aufgaben der Partei in der neuen Situation zu erörtern. Die neuen Richtlinien für die Tätigkeit wurden durch Flugblätter verbreitet, auf denen Parolen standen wie „Nieder mit der Ulmanis-Clique, „Das vom Volk gewählte Parlament versammelt“. Den Sturz der Regierung Ulmanis stellte man sich als nächste Aufgabe der Zukunft. Auf den Flugblättern wurde versichert, daß „der lettische Faschismus noch einen schweren Schlag erleiden würde“.¹³⁰ Eine gewisse Zunahme der Aktivität läßt sich auch bei der kommunistischen Partei Estlands beobachten. Die Partei organisierte im Oktober eine Unterschriftensammlung für eine dem Ministerpräsidenten zu überreichende Adresse, in der die politischen Freiheiten und eine Verbesserung der Lebensbedingungen gefordert wurden.¹³¹ Äußerst zweifelhaft scheint jedoch die Behauptung, daß „die Mehrheit der Arbeiterschaft im Herbst 1939 sicher die Tätigkeit der kommunistischen Partei unterstützte“.¹³²

Die estnische kommunistische Partei war sehr klein, und ihre Mitgliederzahl scheint im Winter 1939–1940 nicht nennenswert zugenommen zu haben, weil auf dem in der Nacht zum 1. April 1940 gehaltenen Parteitag die bescheidene Mitgliederzahl 150 angegeben wurde.¹³³ Auch die Organisation der kommunistischen Parteien in Lettland und Litauen hatte sich wohl noch nicht ganz von den Folgen der großen

¹²⁶ Ebenda S. 128; Sabaliūnas S. 155.

¹²⁷ Palin Riiasta 19. 10. 1939, UM 5C/16.

¹²⁸ Navickas S. 131.

¹²⁹ Orde aus Riga 11. 10. 1939, FO 371/23689.

¹³⁰ Sipols S. 333.

¹³¹ Eesti Rahvas Nõukogude Liidu Suures Isamaasõjas. 1941–1945, I. Reval 1971, S. 63–64.

¹³² Ebenda S. 55.

¹³³ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Bd. V.1 S. 117.

Säuberungen erholt. Ihre Mitgliederzahlen¹³⁴ nahmen zwar im Winter 1939–1940 etwas zu, aber die Zunahme bedeutete nichts anderes, als daß der Stand vor den Säuberungen wieder erreicht wurde. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der kommunistischen Parteien deutet also auf keinen wesentlichen Zuwachs „der revolutionären Kraft“. Zum Teil beruht das sicher darauf, daß die wirtschaftliche Lage doch nicht so katastrophal wurde, wie erwartet. Der estnische Außenminister Piip behauptete am 30. 4. 1940, daß „der Krieg der Großmächte nicht das wirtschaftliche Leben Estlands erschüttert habe“, Lebensmittel und Brennstoffe gab es nach dem Außenminister im Lande über den eigenen Bedarf.¹³⁵ Die Folgen des Krieges machten sich natürlich auch im Baltikum u. a. in Form von erhöhten Lebenshaltungskosten und von Arbeitslosigkeit bemerkbar. Von irgendeiner Massenarbeitslosigkeit kann man jedoch kaum sprechen, nicht einmal in Lettland, wo es im Dezember 1939 4500 Arbeitslose gab, im Januar 1940 144000 und im März 1940 16600.¹³⁶ In normalen Jahren hatte es in Lettland etwa 2000–3000 Arbeitslose gegeben. In der Landwirtschaft war jedoch ein direkter Mangel an Arbeitskräften zu befürchten, weil in Lettland in den Friedensjahren in der Saison ca. 50000 polnische Landarbeiter gearbeitet hatten, mit denen man nicht mehr rechnen konnte.¹³⁷

Als sich die erste unmittelbare Angstreaktion nach dem Abschluß der Beistandspakte in den baltischen Regierungskreisen verflüchtigt hatte, waren in der innenpolitischen Lage zumindest bis März 1940 keine besonders besorgniserregenden Züge zu sehen. Frohwein berichtete am 28. November aus Reval, daß der „einzige Lichtblick“ für die Regierung in der gegenwärtigen trostlosen Lage die Tatsache sei, daß die kommunistische Propaganda unter der Bevölkerung keinen Anklang finde.¹³⁸ Noch im Februar 1940 berichtete die staatliche Polizei im Wilnagebiet, daß es mit den litauischen Kommunisten keinen Ärger gegeben habe und daß diese wie „vom Erdboden verschwunden“ seien.¹³⁹ Auch Zechlin nennt zur selben Zeit die Tätigkeit der Kommunisten schlaff. Seiner Meinung nach schienen die Kommunisten irgendwie ratlos zu sein, weil sie keine ihre Tätigkeit lenkenden Informationen aus der Sowjetunion erhielten.¹⁴⁰ Munters versicherte dem deutschen Gesandten im Januar 1940, „das eigene kommunistische Element sei nicht von Bedeutung und würde, solange es gelänge, der Arbeiterschaft Verdienst und Lebensmittel zu verschaffen, keine nennenswerten Chancen zur Ausdehnung haben“.¹⁴¹ Der Geschäftsträger der deutschen Gesandtschaft in Riga, Sthamer, stellt in seinem Gesamtbericht über das

¹³⁴ Siehe oben S. 84–85.

¹³⁵ Hynninen aus Reval 30. 4. 1940, UM 5C/12.

¹³⁶ Istorija Latvskoi SSR S. 551.

¹³⁷ Zusammenfassung der Ereignisse in Lettland 1939. Sthamer aus Riga 24. 2. 1940, AA/Gesandtschaft Kowno/Pol. Nr. 22/Lettland.

¹³⁸ AA Gesandtschaft Kowno/Estland; siehe auch Hellstedt aus Reval 23. 1. 1940, UD. HP. 1. Ee.

¹³⁹ Ignas J. Scheynius, Punainen tulva nousee. Porvoo 1942, S. 30.

¹⁴⁰ Zechlin aus Kowno 18. 2. 1940, AA Gesandtschaft Riga/Geh. 26/Bd. 2.

¹⁴¹ Kotze aus Riga 27. 1. 1940, AA Gesandtschaft Kowno Pol. Nr. 22/Lettland.

Jahr 1939, den er im Februar 1940 verfaßt hat, fest, daß sich die kommunistische Opposition noch nicht richtig organisiert habe. „Im Augenblick“, betonte Sthamer, „ist die innere Lage Lettlands für einen Umsturzversuch ungünstig: die Landarbeiterbevölkerung und die Gebildeten in der Stadt lehnen den Kommunismus schon aus Selbsterhaltungsinstinkt ab und in der Industriearbeiterschaft könnte nur eine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage den Boden für kommunistische Umsturzpläne vorbereiten.“ Einen solchen Eindruck machte die Situation, wenn man sie rein von innenpolitischen Faktoren her betrachtete. Sthamer gibt jedoch zu, daß „das Bild sich schnell *ändern würde, wenn von Moskau aus das Signal zu inneren Unruhen gegeben würde*“.¹⁴²

¹⁴² AA Gesandtschaft Kowno/Pol. Nr. 22/Lettland. (Hervorhebungen durch S. M.).

V. Der finnische Winterkrieg und die baltische Neutralität

Wenn der Ausbruch des Winterkriegs nach dem sowjetischen Angriff auf Finnland am 30. November 1939 eine Überraschung für Finnland war, war er das in vielleicht noch größerem Maße für die öffentliche Meinung der baltischen Republiken. „Alle Esten, mit denen ich in den letzten Monaten gesprochen hatte, hatten ihrem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß die Russen niemals Finnland militärisch angreifen würden“, berichtete Gallienne aus Reval nur einige Tage nach dem Ausbruch des Krieges. Der Angriff der Sowjetunion auf Finnland und besonders die Einsetzung der „Volksregierung“ Kuusinen¹ durch die Sowjetunion erzeugten eine tiefe Depression und weckten Argwohn gegen die endgültigen Ziele der Sowjetregierung auch im Baltikum. Unter diesen Umständen schien fast die einzige Hoffnung darin zu bestehen, daß Finnland mit seinem Kampf die endgültige Entscheidung so weit hinausschieben könnte, bis entweder Großbritannien oder Deutschland den Krieg gewonnen hätten und wieder ihre Interessen im Baltikum verteidigen könnten.² Zu denselben Schlüssen kam auch Mr. Orde, der unverzüglich nach Beginn der Kriegshandlungen nach Reval geeilt war, wo er Gelegenheit gehabt hatte, sowohl mit General Laidoner als auch mit Außenminister Piip zu sprechen. Aus seinem Gespräch mit Laidoner hatte der Gesandte die Vorstellung gewonnen, daß der General in der ziemlich deprimierenden Gesamtsituation seine einzige Hoffnung auf die Entstehung einer solchen Situation setzte, in der „die Möglichkeiten zur Bewahrung und Festigung der estnischen Selbständigkeit günstiger würden“ als sie es zur Zeit waren. Die Verlängerung der Wehrpflicht von achtzehn Monaten auf zwei Jahre bedeutete nach Ordes Auffassung die Vorbereitung auf diesen Zeitpunkt. Laidoner gab dem Gesandten jedoch deutlich zu verstehen, daß der finnisch-russische Krieg keine günstige Gelegenheit zur Befreiung aus dem Griff der Russen biete, weil Rußland auf jeden Fall stark genug sei, alle derartigen Versuche zu vereiteln.³ Im

¹ O. V. Kuusinen's Volksregierung wurde von der Sowjetunion am 1. 12. 1939 eingesetzt. Die Regierung bestand aus finnischen Kommunisten, die als Emigranten in der Sowjetunion lebten. Ihres Sitzes wegen wurde die Regierung auch die Terijoki-Regierung genannt (Terijoki war 1939 der auf der finnischen Seite gelegene Grenzort auf der Karelischen Landenge). – O. V. Kuusinen (1884–1964), führender Theoretiker der finnischen sozialdemokratischen, später der kommunistischen Partei, ging nach der mißlungenen Revolution 1918 in die Sowjetunion, war 1921–1939 Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern, 1940–1957 Oberhaupt der Karelo-Finnischen Sowjetrepublik, 1941–1964 Mitglied des Zentralkomitees der Sowjet-KP, 1957–1964 Sekretär des Zentralkomitees und Mitglied des Präsidiums.

² Gallienne aus Reval 5. 12. 1939, FO 419/33/278.

³ Orde aus Riga 4. 12. 1939 und der beigefügte Bericht des englischen Militärattachés Oberstleutnant C. S. Vale 1. 12. 1939, FO 419/33/278.

Gespräch mit Prof. Kettunen hatte Laidoner auf die Möglichkeit hingewiesen, daß das britische Imperium als Folge des Krieges von innen her zusammenbrechen könnte, mit dem Endresultat eines deutschen Triumphes. „Aber wenn es sich so verhält, müssen wir die entsprechenden Schlußfolgerungen in unseren Beziehungen zu Deutschland und zur Sowjetunion ziehen.“⁴ Auf offizieller Ebene erklärten sich die Regierungen der drei baltischen Staaten in dem bewaffneten Konflikt zwischen Finnland und der Sowjetunion für neutral. Die finnische Regierung hatte am 2. Dezember beschlossen, sich an den Völkerbund zu wenden, um sowohl diplomatische als auch materielle Unterstützung zu bekommen. Dagegen entsprach die anderswo entstandene Idee, die Sowjetunion aus dem Völkerbund auszuschließen, nicht den Bestrebungen Finnlands.⁵ Außerhalb der Tagesordnung wurde über die Sache auf der X. Außenministerkonferenz der Baltischen Entente am 6.–8. 12. 1939 in Reval gesprochen, wobei Stimmenthaltung beschlossen wurde, falls in Genf über den Ausschluß der Sowjetunion aus dem Völkerbund abgestimmt würde.⁶ Im Völkerbund wurde der Beschluß, die Sowjetunion auszuschließen, besonders durch die aktive Mitwirkung des Sekretariats des Bundes durchgesetzt, und der Ausschluß wurde am 14. Dezember im Völkerbundrat besiegelt.⁷

Es besteht jedoch kein Zweifel daran, daß die öffentliche Meinung in allen baltischen Staaten und ganz besonders in Estland der finnischen Sache sehr wohlgesonnen war. „Das eigentliche Volk, die Mittelklasse inbegriffen, empfindet für das kämpfende Finnland warmes Mitgefühl und auch Bewunderung“, schrieb Hynninen am 4. 1. 1940 aus Reval.⁸ Hynninen war auch sehr zufrieden mit der Einstellung der estnischen Presse. „Pävaleht“ veröffentlichte sogar die finnischen Kriegsnachrichten zuerst, während „Uus Eesti“ und „Postimees“ im allgemeinen zuerst die sowjetrussischen Nachrichten brachten.⁹ Eine ansehnliche Schlagzeile brachte „Pävaleht“ z. B. über den Sieg der Finnen bei Suomussalmi: „Finnland meldet großen Sieg“ (2. Januar auf der Titelseite) „Großer Sieg für Finnland in einer Schlacht“ (9. Januar). Gallienne sagte über die estnische Presse, daß, wenn es auch unmöglich sei, mit dem Finger auf etwas besonders Sowjetfeindliches zu zeigen, der allgemeine Ton der Artikel doch im Ganzen genommen feindlich gegen die Sowjetunion war.¹⁰ Tattar aus dem estnischen Außenministerium versicherte Gallienne am 15. Dezember, daß „99% der Esten unbedingt profinnisch eingestellt seien“. Sie „beten, daß Finnland weiterhin erfolgreichen Widerstand leisten kann und ersehnen eine Möglichkeit zu helfen“. Nach Tattar sei es jedoch die undankbare Aufgabe der Regie-

⁴ Gespräch Kettunen – Warma 18. 1. 1940, Warma 1973 S. 109.

⁵ Jukka Nevakivi, *Apu, jota ei pyydetty*. Helsinki 1972, S. 83; Siehe auch Aaro Pakaslahti, *Talvisodan poliittinen näytelmä*. Porvoo 1970, S. 215–218.

⁶ Wiley aus Riga 22. 12. 1939, FRUS The Soviet Union 1933–1939 S. 984

⁷ Nevakivi S. 92–93.

⁸ UM 5C/12.

⁹ Hynninen aus Reval 24. 1. 1940, UM 5C/12.

¹⁰ Gallienne aus Reval 3. 2. 1940, FO 419/34/259.

rung, diese Gefühle im Zaum zu halten.¹¹ Nach Gallienne fanden sich reichlich Esten, denen „es direkt in den Fingern juckte, sich die Russen vorzunehmen“ und sie zu vertreiben.¹² Prof. Kettunen, den das finnische Außenministerium auf eine Erkundungsfahrt nach Estland gesandt hatte, damit er herausfände, ob dort irgendwelche „Regungen“ zu erwarten seien,¹³ berichtete, daß die Stimmung unter den Dorpater Studenten direkt „kriegerisch“ gewesen sei: „Jetzt oder nie müßte es angeblich versucht werden, der finnische Krieg nimmt alle Aufmerksamkeit der Russen in Anspruch, und falls die Finnen besiegt werden, ist alles zu spät.“ Die jungen Leute vertrauten nach Kettunen nicht im geringsten auf den Vertrag, „nur im Kampf wäre die Rettung, wenn überhaupt“.¹⁴

Der Finnische Rundfunk begann ab Anfang Dezember, über den Finnischen Meerbusen Nachrichtensendungen in estnischer Sprache auszustrahlen, deren hauptsächlichster Inhalt aus Meldungen des Hauptquartiers und aus einem Überblick über die inländische und ausländische Presse bestand.¹⁵ Neben dieser zum großen Teil sehr sachlichen Information wurden durch den Äther jedoch auch einige Aufrufe geschickt, in denen man ganz pathetisch eine direkt kriegerische Stimmung zu schüren suchte. Dazu im folgenden einige Textproben.

Die offensichtlich erste Nachrichtensendung des Finnischen Rundfunks in estnischer Sprache am 2. 12. 1939 um 24 Uhr endete mit folgendem Appell: „Esten, Letten, Litauer. Der finnische Widerstand gegen den tückischen Feind, der Finnland angegriffen hat, ist auch für euch ein Zeichen, für Freiheit, Unabhängigkeit und nationale Zukunft aufzustehen. Auch ihr müßt den Freiheitskrieg eurer Länder zu Ende kämpfen, um in Zukunft als selbständige Völker leben zu können.“ Rundfunksendung in estnischer Sprache am Weihnachtstag, 25. Dezember: „Finnland feiert das Friedensfest der Menschheit in Zuversicht und Gelassenheit ... Aber es gibt auch solche, von denen wir umsonst Zeichen der Freundlichkeit und des Mitgefühls erwartet haben. Es gibt Nachbarn, die völlig schweigen, obwohl unsere Verbindungen zu ihnen enger als zu irgendeinem anderen Volk gewesen sind. Es hat Zeiten gegeben, in denen man auf dieser Seite des Finnischen Meerbusens besorgt war über das Schicksal des Brudervolkes und ihm Hilfe gab. Seine Not und Bedrängnis war unsere Not, und deshalb konnten wir seinen Hilferufen nicht unsere Ohren verschließen. Das Schicksal Finnlands ist jetzt das Schicksal der ganzen finnischen Sprachfamilie.“¹⁶ Appelle dieser Art waren in der damaligen Situation nicht nur unzweckmäßig, sondern auch scheinheilig. Auch Finnland hatte ja im September 1939 kein sehr großes Interesse an dem Schicksal Estlands zeigen können.

Als der estnische Gesandte in Helsinki, Warma, am 28. Dezember Außenminister Tanner traf, gab er seinem Verdruß über diese an Estland gerichteten Aufforderungen

¹¹ Gallienne aus Reval 15. 2. 1940, FO 371/24765.

¹² Gallienne aus Reval 5. 12. 1939 und 3. 2. 1940, FO 419/33/278 und FO 419/34/259.

¹³ Pakaslahti S. 309.

¹⁴ Kettunen S. 340–341.

¹⁵ Sprecher und wahrscheinlich auch Verfasser der Nachrichten war Mag. phil. Eino Parikka.

¹⁶ Rundfunksendungen in estnischer Sprache 1939–1940, SA Päämaja/Propagandaosasto/63.

gen und Vorwürfe Ausdruck, in denen überhaupt nicht die herrschenden Realitäten berücksichtigt seien. Tanner teilte mit, daß er schon am Vortage derartige Aufforderungen verboten habe. Prof. Kettunen hatte sich auch an Tanner gewandt und gebeten, im Rundfunk damit aufzuhören, „dem estnischen Volk eine Moralpredigt zu halten“.¹⁷ Tanners Einschreiten scheint Erfolg gehabt zu haben, weil derartige Appelle in den Sendungen aufhörten. Als der Nachrichtensprecher fragte, wie die Sendungen zu hören seien und wie sie aufgenommen würden, kamen von südlich des Finnischen Meerbusens auch reichlich Reaktionen in Form von Briefen und Karten. Im folgenden eine kleine Auslese aus diesem umfangreichen Material:

„Liebe Blutsbrüder.

Es ist schwer, die Vorwürfe Eures Sprechers zu hören, daß wir still sind. Ja, Lieben, wir sind still, denn wir müssen: aber unsere Liebe, unser Mitgefühl für Euch erlischt nicht. ... Wir empfinden Freude an jedem heldenhaften Erfolg des finnischen Volkes, weil wir wissen, daß es auch das Lösegeld für unseren Erfolg und unsere Zukunft ist ... Wir sehen jeden Tag ihre Bomber über uns hinweg fliegen, und jeden Tag nagt anhaltender Schmerz an der Seele und das Gefühl der Hilflosigkeit bedrückt, warum können wir nicht ihre Flugzeuge schon in Estland vernichten oder Euch auf irgendeine andere Weise helfen. Möge das neue Jahr Glück bringen, den Sieg, und mögen von den finnischen Grenzen die grauenerregenden Schatten Asiens verschwinden.

Es leben die finnischen Brüder!“

„Hochverehrte Angestellte des Finnischen Rundfunks.

... Die estnischen Radiofirmen und Besitzer von Geschäften erklären, daß der Handel deshalb ausgezeichnet geht, weil das Volk die Rundfunksendungen aus Finnland hören will und deshalb Rundfunkgeräte kauft.

Reval, 23. 1. 1940“

„Reval 19. 1. 1940

Finnischer Rundfunk

Stellen Sie um Gottes willen nicht Ihre Sendungen im Rundfunk ein, sondern senden Sie wie bisher dreimal am Tage ... Störungen bedeuten nichts, denn die haben wir schon beseitigt und beseitigen sie durch Rahmenantennen. Deren Pläne erscheinen bei uns sogar öffentlich in allen Zeitungen ... Ich weiß, wie man verhandelt und Wege zu finden versucht, nach Finnland zu kommen ... Wir wissen sehr gut, daß auch unsere Front auf der Karelischen Landenge ist, wie die Ihrige. Wir verstehen das ... Eine einzige Bitte, geben Sie nicht ihre Sendungen in estnischer Sprache auf, sondern senden Sie sie auch abends.

Das bedeutet uns viel, mehr als Sie glauben. Es gibt uns Glauben, Vertrauen, Festigkeit und Willen für unsere gemeinsame große Aufgabe, die uns vielleicht bald erwartet ...

Eesti Dramateater
Reval“¹⁸

¹⁷ Warma 1973, S. 102–103, 110.

¹⁸ Virolaisten tervehdyksiä 1940, VA Valtioneuvoston tiedoituselimet 1939–1948, Ei:5.

Anteilnahme an Finnland zeigten die Esten also in reichem Maße. Aus Estland kamen auch Freiwillige. Das Namenverzeichnis der internationalen Brigade „Sisu“ enthält 58 Mann estnischer Nationalität, die sich alle offensichtlich schon vor Ausbruch des Winterkrieges in Finnland aufhielten.¹⁹ Offiziell nahmen am Winterkrieg nur diese estnischen Freiwilligen teil. Nach Sipols, der seine Darstellung auf lettische Quellen gründet, teilte der estnische Gesandte in Litauen, Lattik, im Gespräch dem lettischen Gesandten am 29. 3. 1940 mit, daß in Finnland insgesamt 2000–3000 Esten gekämpft hätten.²⁰ Zwischen der offiziellen Zahl der estnischen Freiwilligen und der Mitteilung Lattiks herrscht also ein beträchtlicher Unterschied.

Unter den damaligen Umständen, da Estland mit der Sowjetunion verbündet war, war die Sache vom estnischen Standpunkt aus betrachtet sehr risikoreich und heikel, was auch die Finnen verstanden. Aus diesem Grund gibt es auch nur wenige Informationen über die estnischen Freiwilligen. Wenn man verschiedene Quellen miteinander vergleicht, entsteht der Eindruck, daß es mindestens einige Hundert Freiwillige gegeben hat. Gallienne erwähnt in seinem Bericht vom 5. Dezember Gerüchte, daß Hunderte von Esten in Fischerbooten nach Finnland geschmuggelt worden seien, wo sie der Finnischen Armee helfen wollten. Auch Siiras verwendet den Ausdruck „zu Hunderten“, wenn er von der Zahl der Freiwilligen spricht. „Viele von ihnen fielen oder erfroren schon auf dem Wege, aber ein großer Teil kam an: die alten Schmuggler und Fischer der Küste von Virumaa hatten ein scharfes Auge und eine geschickte Hand.“²¹ Der eisige Finnische Meerbusen forderte jedoch manchmal auch seinen Tribut, was aus folgender lakonischer Eintragung im Kriegstagebuch des Abschnittes Helsinki vom 25. Februar hervorgeht: „3 Esten, die nach Finnland wollten, auf einer Eisscholle südlich von Porkkala gesichtet, Rettungsaktion nicht geglückt.“²² BBC sendete im Januar eine Nachricht, nach der Estland 2000 Freiwillige nach Finnland geschickt habe. Die Nachricht wurde von offizieller estnischer Seite als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet und dementiert.²³ Der estnische Gesandte in Moskau, Rei, traf Molotov am 10. Februar, und dabei wurde auch über die estnischen Freiwilligen in der finnischen Armee gesprochen. Rei bezeichnete die von BBC verbreiteten Nachrichten als grob verfälscht und erklärte, daß es sich nur um einige wenige Freiwillige handele.²⁴ Die zuverlässigsten Zahlenangaben über die Freiwilligen scheinen in der Denkschrift von Abteilungsleiter Pakaslahti über sein Gespräch mit dem Gesandten Warma am 3. 2. 1940 enthalten zu sein.²⁵ Minister

¹⁹ „Aikamääräinen luettelo 7. 1. 1940–5. 4. 1940“, SA Päämajan vapaaehtoistoimisto; Brief des damaligen estnischen Militärattachés an der Gesandtschaft in Helsinki, Major A. Kristians, an den Verfasser vom 30. 6. 1976.

²⁰ Sipols S. 326.

²¹ FO 419/33/278; Jaan Siiras, Viro neuvostokurimuksessa, Helsinki 1942, S. 68.

²² Helsingin lohkon sotapäiväkirja 25. 2. 1940, SA Sotapäiväkirjasarja.

²³ Frohwein aus Reval 19. 1. 1940, AA, Gesandtschaft Reval, Politische Beziehungen Estlands zu Finnland und Skandinavien.

²⁴ Frohwein aus Reval 15. 2. 1940, AA/Büro des St./Estland.

²⁵ Gespräch mit Minister Warma 3. 2. 1940, UM 109/C.1. Suomi-Viro.

Warmma berichtete, daß er wisse, daß in Finnland etwa 1000 estnische Freiwillige seien, von denen 300 im Dezember mit dem Dampfer „Kassari“ gekommen seien, den ein sowjetisches U-Boot dann auf der Rückfahrt nach Estland versenkte.²⁶ Pakaslahtis Denkschrift scheint auch eine Erklärung für die kleine Zahl der Freiwilligen in offiziellen Angaben zu geben. Pakaslahti teilte nämlich Warmma mit, daß dessen „Außenminister Tanner seinerzeit vorgetragener Wunsch, daß die an die Front kommenden estnischen Freiwilligen keine estnischen Papiere hätten, erfüllt ist“. Aber auch die Zahlenangaben des Gesandten Warmma sind mit einem gewissen Vorbehalt zu betrachten, weil sie nicht durch andere finnische Quellen bestätigt werden können. Es scheint nämlich ganz unmöglich, daß tausend Männer in der finnischen Armee so vollständig verschwanden, daß von ihnen auch später keine Spuren zu finden sind.²⁷

Auf offizieller estnischer Seite empfand man die Angelegenheit zweifellos als unangenehm, und sie wurde keineswegs gern gesehen. So wurde ein Verbot erlassen, Männern unter 50 Jahren Pässe und Visa auszustellen. Solche Personen durften nicht einmal auf das letzte nach Finnland gehende Schiff, auch wenn ihre Papiere in Ordnung gewesen wären.²⁸ Der größte Teil der nach Finnland Fahrenden hatte natürlich das Land heimlich verlassen.

Bei seinem Besuch in Estland hatte Prof. Kettunen in Dorpat auch den Führer der liberalen Opposition, Jaan Tõnisson, getroffen, der ganz eingenommen war von dem Gedanken, daß Estland als Friedensvermittler tätig werden könnte. Tõnisson fuhr deshalb auch nach Reval.²⁹ Es ist nicht bekannt, ob Tõnissons Aktivität damit in Zusammenhang steht, daß Päts Hynninen mitteilte, er sei bereit, bei Bedarf zwischen Finnland und der Sowjetunion zu vermitteln, um Friedensverhandlungen herbeizuführen. Die Sache wurde in Finnland erwogen, aber man war der Ansicht, daß für die Vermittlungstätigkeit die Voraussetzungen fehlten.³⁰ Im Verlaufe des Winterkrieges wurden zwischen Finnland und Estland noch einige Protestnoten ausgetauscht. Die Finnen beschwerten sich darüber, daß die Russen ihre Stützpunkte in Estland benutzten, um zu Bombenangriffen nach Süd- und Westfinnland zu starten. Die durch das estnische Außenministerium in Moskau vorgebrachten Einwendungen führten zu keinem Ergebnis, und ebenso erfolglos blieben die über militärische Verbindungen eingezogenen Erkundigungen. Die Finnen bombardierten auch versehentlich eine zu Estland gehörende Insel, was eine Protestnote seitens Estlands zur Folge hatte.³¹

Freiwillige meldeten sich auch reichlich in der finnischen Gesandtschaft in Riga und im Konsulat in Kowno. Dennoch gelang es nur ganz wenigen, ihren Vorsatz zu verwirklichen. Ein Lette, der als Freiwilliger nach Finnland gehen wollte, hätte keine

²⁶ Nachricht von der Versenkung der „Kassari“ in Helsingin Sanomat, 11. 12. 1939.

²⁷ Edvald Uustalu teilt diese Meinung in seinem Brief an den Verfasser vom 15. 12. 1977.

²⁸ Hynninen aus Reval 9. 12. 1939, UM 109/C.3.d.

²⁹ Kettunen S. 342.

³⁰ Pakaslahti S. 244.

³¹ Ebenda S. 309; Warmma 1973 S. 102, 105–106; Laidoner S. 216.

Möglichkeit gehabt, einen Auslandspaß zu bekommen.³² Sicher der bekannteste der wenigen lettischen Freiwilligen, die am finnischen Winterkrieg teilnahmen, war Gustavs Celminš, der Anfang der 1930er Jahre Führer der rechtsradikalen Bewegung der Donnerkreuzler gewesen war. Die Regierung Ulmanis hatte ihn später aus Lettland ausgewiesen.³³ Celminš war Adjutant der internationalen Brigade „Sisu“. Nach einer Liste des Konsulats in Kowno hatten sich dort insgesamt 209 Mann gemeldet, die sich als Freiwillige anboten, von denen nur knapp 30 Litauer waren, der Rest bestand aus polnischen Flüchtlingen.³⁴

Palin weist in seinem Bericht vom 14. Januar auf nicht genauer benannte konkrete Dienstleistungen hin, mit denen das lettische Militär Finnland half. Es handelte sich dabei offensichtlich um nachrichtendienstliche Informationen über die Rote Armee.³⁵ Der Winterkrieg wurde von Anfang an auch in Lettland als Ereignis empfunden, das das Schicksal auch des eigenen Landes entscheidend beeinflusste. Als der deutsche Geschäftsträger in Riga, Sthamer, die Einstellung der Letten zum finnischen Winterkrieg untersuchte, kam er zu dem Schluß, daß man in Lettland zweifellos hoffte, „daß der finnische Widerstand solange dauert, bis der europäische Krieg entschieden und damit der Osten Europas nicht mehr sich selbst überlassen ist“. Man fürchtete, daß der Sieg der Russen dahin führen würde, daß die Sowjetunion alle Zurückhaltung gegenüber Lettland aufgeben und sich das Land völlig einverleiben würde. Andererseits stärkten die Mißerfolge der Russen in Finnland beträchtlich das Selbstvertrauen sowohl der Regierung als auch des Volkes.³⁶ In Anbetracht dessen ist es verständlich, daß der Friedensschluß „in Wirklichkeit mehr Anlaß zur Besorgnis gab als zu den Gefühlen der Erleichterung, die in der Öffentlichkeit ausgedrückt wurden.“³⁷

In Lettland und Litauen waren die Probleme in der Freiwilligenfrage weitgehend mit den polnischen Flüchtlingen und den dort internierten polnischen Soldaten verknüpft, an deren Abtransport man in vielen Richtungen interessiert war. Orde hatte am 11. Dezember vorgeschlagen, viertausend internierte polnische Soldaten der Kadertruppen über Schweden nach Finnland zu schaffen³⁸ Palin telegraphierte am 20. Dezember aus Riga, daß es nach dem englischen Militärattaché, Oberstleutnant Vale, in Litauen wenigstens 15000 polnische Offiziere, Unteroffiziere und Mann-

³² Attaché Moilanen aus Riga 5. 2. 1940, SA Päämajan vapaaehtoistoimisto/Salaista ja yleistä kirjeistöä. XIII Latvia.

³³ Celminš kehrte im Jahre 1941 nach Lettland zurück und beteiligte sich, nachdem ihn die deutsche Besatzungsverwaltung enttäuscht hatte, an der lettischen Widerstandsbewegung. Die Gestapo verhaftete ihn im Frühjahr 1944 und brachte ihn in ein Konzentrationslager, aus dem er 1945 befreit wurde. Myllyniemi S. 31.

³⁴ UM 109/C.3.d.

³⁵ Palin aus Riga 14. 1. 1940, UM 5C/16; Finnish-Baltic Relations 1918–1940. A paper presented by Prof. Dr. Edgar Anderson at the Fourth Conference on Baltic Studies, Baltiska Institutet Stockholm, June 1977.

³⁶ Sthamer aus Riga 24. 2. 1940, AA Gesandtschaft Kowno/Estland.

³⁷ Palin aus Riga 19. 3. 1940, UM 5C/16.

³⁸ Nevakivi S. 210.

schaften gebe, von denen Vale glaubte, daß man sie über Schweden nach Finnland bringen könnte, wenn nur Schweden zuerst diese Truppe z. B. als Landarbeiter aufnehmen würde.³⁹ Insgesamt dürfte es in Lettland und Litauen zusammen etwa 20000 internierte polnische Soldaten gegeben haben.⁴⁰ Bald erwies es sich jedoch als völlig unrealistisch, daß man eine solche Zahl polnischer Soldaten aus dem Baltikum herausschaffen könnte. Die Sache war außenpolitisch sehr heikel, sowohl im Hinblick auf die Sowjetunion als auch auf Deutschland. Die Wilhelmstraße protestierte schon am 13. Dezember nachdrücklich gegen den Abtransport der Polen und erklärte, das sei eine ernste Verletzung der lettischen Neutralität.⁴¹ Die Lage wurde von Berlin aus sehr genau verfolgt. Woermann telegraphierte u. a. am 15. Januar der deutschen Gesandtschaft in Riga und bat sie, zu verhindern, daß 18 hohe polnische Offiziere, die in Litauen interniert gewesen waren, am 17. Januar mit einer schwedischen Chartermaschine von Riga nach Stockholm fliegen dürften. Der deutsche Geschäftsträger in Riga überreichte einen Protest im lettischen Außenministerium und betonte, daß die Genehmigung der Ausreise der Polen in Berlin als unfreundlicher Akt seitens Lettlands gedeutet würde. Der starke Druck Deutschlands führte schließlich dazu, daß die schwedischen Maschinen keine Personen im wehrdienstfähigen Alter mit polnischen Pässen annahmen.⁴² So sorgte Deutschland recht wirkungsvoll dafür, daß Lettland in dieser Sache auf dem schmalen Pfad der Neutralität blieb. Auf verschiedenen Wegen war es jedoch bis zum 15. 1. 1940 etwa dreihundert polnischen Militärpersonen gelungen, Lettland in Richtung Stockholm zu verlassen.⁴³ Als sich die Frage des Transportes in der Praxis als viel schwieriger erwies, als man gedacht hatte, schienen auch die Polen weitgehend ihr Interesse an der Beschaffung von Freiwilligen für Finnland verloren zu haben.⁴⁴

³⁹ Palin aus Riga 20. 12. 1939, UM 109 C.3.d.

⁴⁰ Moilanens vorgenannter Bericht, 5. 2. 1940.

⁴¹ Woermanns Telegramm an die deutsche Gesandtschaft in Riga, 13. 12. 1939, AA Gesandtschaft Riga/Po 20⁴.

⁴² Woermanns Telegramm an die deutsche Gesandtschaft in Riga, 15. 1. 1940; Denkschrift des Geschäftsträgers der Gesandtschaft in Riga, 16. 1. 1940; Kotzes Telegramm an die deutsche Gesandtschaft in Reval, 26. 1. 1940, AA Gesandtschaft Riga/Po 20⁴.

⁴³ Nevakivi S. 210.

⁴⁴ Tanners Brief ans Hauptquartier 23. 2. 1940, UM 109 C.3.d./Polen.

VI. Im Bannkreis des Mißtrauens

1. Die Politik der Baltischen Entente

Wenn man eine Antwort auf die Frage sucht, worauf die Politik der baltischen Republiken in der Stützpunktperiode beruhte, ist es wichtig zu klären, welche politischen Ziele angestrebt wurden und welche Rolle dabei ihre Zusammenarbeit spielte. Die Baltische Entente aktivierte jetzt ihre Tätigkeit besonders auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Probleme Wilna und Memel, die früher eine engere Kooperation verhindert hatten, standen nicht mehr auf der Tagesordnung. Als Organ der Gesellschaften zur Zusammenarbeit der baltischen Staaten wurde die Zeitschrift „Revue Baltique“ gegründet, deren erste Nummer im Februar 1940 erschien. Die Zeitschrift wurde außer in französischer auch in englischer und deutscher Sprache veröffentlicht, was zeigt, daß sie besonders dazu bestimmt war, das Baltikum im Ausland bekannt zu machen. Im Baltikum hatte man nämlich mit Sorge die „Propaganda“ bemerkt, die die baltischen Republiken als reine Satelliten der Sowjetunion darstellte. Der lettische Gesandte in Washington, Bildmanis, machte das Außenministerium der Vereinigten Staaten hierauf im Dezember 1939 aufmerksam: „Wenn der Eindruck, daß die baltischen Republiken ihre Selbständigkeit verloren haben, sich um die Welt verbreiten würde, hätte die Sowjetunion es viel leichter, sie in Besitz zu nehmen“.¹ Auch der litauische Außenminister Urbšys hielt es auf dem Parteitag der Tautininkai im Januar 1940 für angebracht zu betonen, daß Litauen kein „Vasall seines großen Nachbarn“ sei, auch wenn es mit ihm verbündet sei.² Der litauische Ministerpräsident Antanas Merkys betonte die Bedeutung aller Art von Zusammenarbeit in seinem in der Februarnummer 1940 der „Revue Baltique“ veröffentlichten Artikel „Die baltische Zusammenarbeit und die öffentliche Meinung in Litauen“. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte nach Merkys das Gefühl der Schicksalsgemeinschaft der baltischen Völker gefestigt und den Wunsch verstärkt, durch Zusammenarbeit ihre Selbständigkeit zu sichern. Merkys erklärte, er glaube, daß als Resultat der Außenministerkonferenz (7. –8. Dezember 1939) wirtschaftliche Konsultationen in Riga und Kowno zu erwarten seien, die zu praktischen Ergebnissen führen würden. „Eine große Arbeit wartet noch auf die Regierungen und Völker der drei Staaten auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit ... Die Zusammenarbeit zwischen Litauen, Lettland und Estland ist heute Wirklichkeit ... Die Regierungen haben die Aufgabe, diese Zusammenarbeit zu entwickeln und zu vertiefen. Die baltische Allianz hat eine konstruktive Friedenspolitik zu

¹ Denkschrift des stellvertretenden Abteilungsleiters der Abteilung für europäische Angelegenheiten im Außenministerium der USA, Hendersson, vom 20. 12. 1939, FRUS. Soviet Union 1933–1939 S. 982–983.

² New York Times 6. 1. 1940.

betreiben und im Augenblick eine Politik der Neutralität. Sie muß ein Faktor der Freiheit und des Fortschritts in den baltischen Ländern sein.“³ Der Chefredakteur der Zeitung „Päevaleht“, H. Tammer, der gleichzeitig der estnische Chefredakteur der „Revue Baltique“ war, betrachtete die baltische Zusammenarbeit in einem Leitartikel seiner Zeitung am 29. 2. 1940: „Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der baltischen Zusammenarbeit sich verwirklichen oder auch verwirklicht sind“. Tammer stellte fest, daß einige führende Persönlichkeiten der Freundschaftsgesellschaften als Leitstern der Zusammenarbeit schon die Verwirklichung eines Baltischen Bundesstaates im Auge hätten, und fuhr dann fort: „Die Zusammenarbeit der baltischen Länder auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ist kein Notbehelf, um die Kriegszeit durchzustehen, sondern die Zusammenarbeit der baltischen Länder wird möglicherweise ein Stein beim Wiederaufbau Europas sein ... Je enger die Beziehungen zwischen den drei Völkern werden, desto größer sind die Hoffnungen, daß sie als Nationen, politisch wirtschaftlich und kulturell weiterhin leben können ... Objektiv gesehen erfordern die Umstände in erster Linie eine Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ... Ferner ist es klar, daß die Beseitigung der litauischen Sonderprobleme die Vorbehalte aus der Welt geschafft hat, die im Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit aus dem Jahre 1934 enthalten waren, und der Vertrag somit in gewisser Weise überprüft werden kann. Außerdem ist es kennzeichnend, daß sich die drei baltischen Staaten durch den Abschluß von Beistandspakten mit der Sowjetunion verpflichtet haben, sich gegenseitig militärisch zu verteidigen.“ Der Verfasser fragte dann, „ob man den Vertrag über die Zusammenarbeit der baltischen Länder nicht durch eine Klausel der militärischen Zusammenarbeit ergänzen und die faktisch entstandene Lage fixieren und so das Fundament der Zusammenarbeit durch die eigene Willenserklärung zementieren sollte.“⁴ Was enthielt aber die militärische Zusammenarbeit der baltischen Länder in Wirklichkeit? Eine gewisse militärische Zusammenarbeit hatte sich in der Baltischen Entente auf jeden Fall entwickelt. Als das lettische Außenministerium am 5. 1. 1940 das Kriegsministerium seines Landes von den Beschlüssen der Revaler Außenministerkonferenz unterrichtete, wies es darauf hin, daß der zwischen Lettland und Estland 1923 geschlossene Militärvertrag in Kraft bleibe, „und die militärische Zusammenarbeit mit Litauen ohne besonderen Vertrag fortgesetzt wird, weil dessen Abschluß schwer zu erklären und zu rechtfertigen wäre“.⁵ Der Kontakt zwischen den Generalstäben der drei Länder war sehr rege. Der Generalstabschef der lettischen Armee, General Rosenstein, machte in Estland einen Besuch vom 21. –23. November 1939 und in Litauen vom 30. November–1. Dezember. Der Oberbefehlshaber der litauischen Armee, General Raštikis, war am 16. Dezember in Riga. Am 29. 12. 1939 fand in Riga eine Konferenz von Vertretern der Armeen Estlands, Lettlands und Litauens statt. Oberst Jaakson, der

³ Kaslas 1973 S. 206–208.

⁴ „Päevaleht“ 29. 2. 1940.

⁵ Ponomarev u. a. S. 348.

nach dem zum Kriegsminister in der Regierung Uluots ernannten General Reek Generalstabschef der estnischen Armee geworden war, machte seinerseits am 24. 1. 1940 einen Besuch in Riga. Im Februar 1940 besuchte der litauische stellvertretende Verteidigungsminister, Reklaitis, Reval, und danach kam der Oberbefehlshaber der lettischen Armee, General Berkis, dorthin.⁶ Welchem Zweck dienten denn nun diese zahlreichen Besuche? Sicher waren es zum Teil normale Höflichkeits- und Einführungsbesuche, die sich auch aus den erfolgten Neubesetzungen ergaben. Auch in den Fragen der russischen Stützpunkte wurden Informationen ausgetauscht.⁷ Aber es scheinen auch rein militärische Dinge besprochen worden zu sein. Nach einer Mitteilung des früheren litauischen Verteidigungsministers Kazys Musteikis an Sabaliūnas hatten die baltischen Regierungen Ende des Jahres 1939 eine Standardisierung von Waffen und Munition ihrer Armeen vereinbart.⁸ Einige Angaben deuten darauf hin, daß dabei auch die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit erörtert wurden.⁹ Nach General Raštikis schlug der lettische Kriegsminister Balodis in privaten Gesprächen Ende 1939 eine gemeinsame militärische Führung vor, eine Koordinierung der Verteidigungspläne, die Vereinheitlichung der Bewaffnung und Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Raštikis, der sich selbst schon früher für eine enge Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten eingesetzt hatte, war natürlich empfänglich für derartige Gedanken, aber die litauische Regierung konnte sich nicht dafür begeistern.¹⁰ Im Archiv des litauischen Außenministeriums findet sich allerdings ein im März 1940 von dem litauischen Gesandten in Berlin, K. Škirpa, verfaßter Entwurf zu einem Militärbündnis der drei baltischen Staaten. Der Entwurf sah die Bildung eines gemeinsamen Generalstabes der drei baltischen Länder in Riga vor, gegenseitige Hilfe der Streitkräfte, einen gemeinsamen Operationsplan, Austausch von Informationen über die Streitkräfte der Vertragspartner usw.¹¹ Nichts weist jedoch darauf hin, daß dieser Entwurf, der auf den von Balodis im Dezember geäußerten Gedanken zu beruhen scheint, zu ernsthaften Gesprächen geführt hätte.

In Estland hatte man versucht, die militärische Bereitschaft durch eine Verlängerung der Wehrdienstzeit zu verstärken,¹² und auch sonst war man bemüht, die Verteidigung auszubauen.¹³ Auch in Lettland war die Dienstzeit der Wehrpflichtigen verlängert worden.¹⁴

⁶ Ebenda S. 439.

⁷ Saarsen, S. 217.

⁸ Musteikis' Brief an Sabaliūnas 19. 11. 1961, Sabaliūnas S. 281.

⁹ Ebenda S. 159; Anderson S. 247.

¹⁰ Tarulis S. 184.

¹¹ Ponomarev u. a. S. 439.

¹² Ebenda.

¹³ Frohwein aus Reval 15. 12. 1940. Frohwein verwies in diesem Zusammenhang auf Informationen, die er vom Mitarbeiter des Militärattaché erhalten hatte. AA, Büro des St/Estland.

¹⁴ Hufudstadsbladet 18. 3. 1940.

Der estnische Außenminister Ants Piip versicherte im Gespräch mit dem englischen Konsul Gallienne am 20. Februar, daß die drei baltischen Länder ihre Politik vereinheitlicht hätten, und Gallienne gab auch zu, das bemerkt zu haben.¹⁵ Die XI. Außenministerkonferenz der baltischen Staaten wurde vom 14.–17. 3. 1940 in Riga abgehalten. Auf der offiziellen Tagesordnung der Konferenz standen Fragen der engeren Zusammenarbeit im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Im Schlußkommuniqué wurde die Wichtigkeit der Neutralitätspolitik in der damaligen internationalen Situation betont, ebenso die Bemühungen der baltischen Republiken, sich aus allen Konflikten herauszuhalten.¹⁶ Nach Palin hatte die Konferenz einen Informationsaustausch in allen Fragen vereinbart, die die russischen Stützpunkte betrafen. Das hielt man besonders deshalb für notwendig, damit die Sowjetunion nicht „ein Land gegen das andere ausspielen könnte, entweder durch Forderungen an jeweils ein Land oder durch die Behauptung, daß ein anderes schon grundsätzlich zugestimmt habe“, was, wie behauptet wurde, geschehen war. In einem Interview hatte Außenminister Urbšys das Ziel der Zusammenarbeit angesprochen: „Wenn wir in Zukunft bedroht werden, vereinigen sich alle drei Staaten wie ein Mann zum Kampf, um ihre Selbständigkeit, ihre Unabhängigkeit und die Freiheit ihrer Völker zu verteidigen.“ Palin nannte derartige Äußerungen jedoch leeres Geschwätz.¹⁷ Worauf zielten die „herrschenden Kreise“ der baltischen Länder dann mit ihrer Politik? War die Zusammenarbeit der baltischen Länder gegen die Sowjetunion gerichtet? Als Palin im Zusammenhang mit dem Besuch von General Berkis in Reval diese Frage erörterte, kam er zu dem vermutlich ganz richtigen Schluß, daß „Ulmanis und seine Regierung *in der gegenwärtigen Lage noch nicht* wirklich an einen bewaffneten Widerstand gegen die Sowjetunion denkt“.¹⁸ Ebenso legte Palin die vielbeachtete Rundfunkrede aus, die Präsident Ulmanis am 10. Februar hielt. Der Präsident behandelte die Lage in besorgtem Ton und schloß seine Rede: „Vergessen Sie nicht, was ich jetzt sage, sondern merken Sie es sich und gehen Sie gleich an die Arbeit. Sollte der schwierige und entscheidende Moment kommen, muß durchschnittlich ein Mann aus jedem Haus die Militäruniform anziehen. Und Sie werden selbst verstehen, daß es in Riga nicht so große Lager gibt, in denen Kleider und Schuhe für alle vorhanden wären. Reservieren Sie also in jedem Haus wenigstens zwei Hemden und die erforderliche Unterwäsche, zwei Handtücher und ein Paar ordentliche Stiefel. ... Seien Sie bereit und sorgen Sie für alles. Wenn die Sache nicht so ernst wäre, würde ich heute nicht davon sprechen“.¹⁹ Die Rede, die im Widerspruch zu dem bis dahin geltenden Antihysterprogramm der Regierung stand, schreckte die öffentliche Meinung auf. Ulmanis' Rede wurde mit den Gerüchten in Verbindung gebracht, nach denen die Sowjetunion den baltischen Ländern wieder neue Forderungen gestellt hatte, und die auch in der Auslandspresse viel

¹⁵ Gallienne aus Reval, FO 371/24765.

¹⁶ Helsingin Sanomat 19. 3. 1940 (Leitartikel).

¹⁷ Palin aus Riga 27. 3. 1940, UM 5C/16.

¹⁸ Palin aus Riga 27. 3. 1940, UM 5C/16 (Hervorhebung durch S. M.).

¹⁹ Palin aus Riga 18. 2. 1940, UM 5C/16.

behandelt wurden.²⁰ Die sowjetischen Gesandten und Handelsvertreter waren Anfang Februar aus allen drei baltischen Ländern gleichzeitig nach Moskau gerufen worden.²¹ Einige Beobachter wollten die Rede in diesen Zusammenhang stellen und hielten sie für einen Beweis der festeren Haltung Lettlands gegenüber Moskau, ja sogar für eine Aufforderung, sich auf die militärische Auseinandersetzung vorzubereiten. Eine solche Deutung scheint sich jedoch nicht in die Gesamtlage zu fügen. Zumindest Palin konnte nicht glauben, daß die damalige Führung des Landes ernsthaft daran dachte, „in der gegenwärtigen Situation bewaffneten Widerstand gegen die Sowjetunion zu leisten, was diese auch immer fordern würde. Von zuverlässigster Seite“, stellt Palin fest, „ist mir ein und das andere Mal erklärt worden, daß die gegenwärtige Staatsführung diese Linie verfolgt: die Forderungen der Sowjetunion haben erfüllt werden müssen und müssen weiterhin erfüllt werden. Bewaffneter Widerstand bedeutet sofort die völlige und endgültige Vernichtung Lettlands.“ Palin kommt somit zu dem Ergebnis, daß die Rede keine aktuelle Bedeutung hatte. Der Präsident wollte nur allgemein den Ernst der Lage betonen und auf mögliche Aufgaben in der Zukunft hinweisen.²²

Oberst Roberts Osis, der Adjutant General Berkis', hat später behauptet, daß man in der lettischen Regierung wie auch in der obersten Armeeführung allgemein annahm, daß England und Frankreich schon verloren seien. Dieselben Kreise hofften, daß die Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion nicht sehr lange dauern und daß Deutschland „die baltischen Länder aus deren gefährlicher militärischer und politischer Bindung an die Sowjetunion befreien werde“.²³ Munters setzte nach Palin seine Hoffnung darauf, daß „die Sowjetunion in den großen Krieg gezogen wird und dabei versagt“.²⁴

Frohwein, der aus der Höhe von Reval die Lage verfolgte, vertrat auch die Ansicht, daß die politische Führung Estlands nicht an einen Kampf gegen die Rote Armee denke.²⁵ Dagegen rechnete die verantwortliche politische und militärische²⁶ Führung ebenso wie auch in Lettland mit der Möglichkeit, daß die Entwicklung der militärischen Lage in Europa die außenpolitische Konstellation des Baltikums entscheidend ändern werde. Einen besonders deutlichen Hinweis auf die Grundlagen der Politik der baltischen Länder in der Stützpunktperiode gibt das Gespräch, das der damalige estnische Gesandte in Stockholm, Laretei, im April 1940 mit Präsident Päts führte. Päts war, nach Lareteis Bericht, überzeugt davon, daß „im September dieses Jahres der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion ausbrechen würde. Bis dahin ist es nur noch ein halbes Jahr, und da wir durch loyale Erfüllung

²⁰ Siehe z. B. Aftonbladet 2. 2. 1940, „Baltstaterna frukta att bli uppslukade“.

²¹ Wiley aus Riga 11. 2. 1940. FRUS 1940 I S. 357–358.

²² Palin aus Riga 16. 2. 1940, UM 5C/16.

²³ Osis an Anderson 29. 2. 1972, Anderson S. 254 Anm. 45.

²⁴ Palin aus Riga 19. 3. 1940, UM 5C/16.

²⁵ Frohwein aus Reval 16. 2. 1940, AA/Büro des St. Estland.

²⁶ Über Laidoners Hoffnungen siehe oben S. 90.

des Vertrages die Sowjetunion zu keinen drastischen Maßnahmen provozieren, sind wir gerettet.“²⁷

Der lettische Gesandte in Berlin, Krieviš, berichtete in seinen Briefen vom 27. und 29. Mai nach Riga, daß in Deutschland Karten vom „neuen Europa“ weit verbreitet würden, auf denen die baltischen Staaten an Hitlers Reich angeschlossen seien. „Wenn man mit Deutschen in führender Stellung über die Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion sprach, erhielt man von ihnen gewöhnlich stereotype Antworten“, schrieb der Gesandte am 12. Juni, „aber unter vier Augen und zu etwas späterer Stunde teilten sie mit, daß die Bestrafung Rußlands nowendig sei“.²⁸ Derartige Gerüchte scheinen im Frühjahr 1940 reichlich im Umlauf gewesen zu sein, denn auch der finnische Gesandte in Stockholm, Wasastjerna, wußte in seinem Rapport vom 20. Juni zu berichten, „der deutsche Generalstab habe schon vor über einem Monat ausführliche Kriegspläne gegen Rußland ausgearbeitet“.²⁹ Auf diesen Augenblick bereitete man sich in den baltischen Ländern politisch, moralisch und militärisch vor. Man glaubte, daß dann der Augenblick des Handelns gekommen sei. Als Rettung sah man den Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion und glaubte, die baltischen Völker würden dabei ihre Selbständigkeit bewahren. Aber gleichzeitig stellten solche Spekulationen, vom Standpunkt der Sowjetunion aus, die sicherheitspolitische Bedeutung der im Herbst geschlossenen Beistandsverträge sehr in Frage.

Die politische Führung in den baltischen Ländern verfolgte also im Hinblick auf die Sowjetunion eine vorsichtige Linie und trieb eine Art von Politik des Abwartens, in dem Glauben, daß die Zeit für sie arbeite, wie sie es im Ersten Weltkrieg getan hatte. In militärischen Kreisen, besonders bei den Offizieren der unteren Rangstufen, waren dagegen deutlicher sowjetfeindliche Meinungen zu hören. Frohwein erwähnt in einem Telegramm vom 15. 2. 1940, daß die estnischen Militärkreise „mit Gedanken eines Kampfes gegen Rote Armee spielen, vor der sie auf Grund Verlaufs Finnlandkonflikts und Beobachtungen bei Stützpunktruppen jeden Respekt verloren haben“.³⁰ Solche Spekulationen bei den jüngeren Offizieren und den Schutzkorps erschütterten gleichzeitig das Vertrauen in das Urteilsvermögen des Oberbefehlshabers und des Kriegsministers, was ihre Autorität schwächte.³¹ Die lettische kommunistische Untergrundzeitung „Cina“ berichtete in ihrer Nummer vom 28. 2. 1940, daß ein Hauptmann der lettischen Armee in einer Vorlesung am 31. Januar offen fertige Pläne zum Angriff auf die sowjetischen Stützpunkte aufgedeckt habe. „Die Einheiten der Roten Armee in Lettland“, sagte der Hauptmann, „sind wie in einem Sack ... Sie sind leicht mit einem Schlag zu liquidieren“.³² Hatte doch Munters selbst dem deutschen Gesandten von Kotze gegenüber zugegeben, daß

²⁷ Laretei S. 241.

²⁸ Sipols S. 335.

²⁹ UM 5C/2.

³⁰ AA/Büro des St. Estland.

³¹ Hellstedts Halbjahresbericht aus Reval 30. 12. 1939, UD. HP. 1. Ee.

³² Zitiert nach Sipols S. 326.

„der Eindruck der im Oktober/November v. J. einmarschierenden russischen Formationen so kläglich gewesen sei, daß er Mühe habe, seine Militärs im Zaume zu halten, die sich schon zu der Auffassung verstiegen hätten, sie könnten diese militärisch wenig bedeutenden Repräsentanten der Roten Armee zu Paaren treiben“.³³ Von Kotze berichtete auch, Journalisten, allerdings „in weniger bedeutender Stellung“, getroffen zu haben, die abschätzig von „russischen Untermietern“ gesprochen und ihrer Meinung Ausdruck gegeben hätten, „das siegreiche Deutschland“ würde dazu übergehen, „seine Interessen auch in der östlichen Ostsee wieder stärker zu betonen“.³⁴

In der Sowjetunion fand es sicher Beachtung, wie auffallend unfreundlich Kriegsminister General Balodis, der außenpolitisch die Hinwendung zur Sowjetunion als einzig richtige Politik angesehen und Deutschland als gefährlichsten Gegner Lettlands bezeichnet hatte, am 6. 4. 1940 entlassen wurde. Wie Palin erfuhr, warf man ihm u. a. vor, er habe offen mit führenden Persönlichkeiten der russischen Stützpunkte und mit dem Gesandten der Sowjetunion fraternisiert. Sah doch Berkis in ihm schon den künftigen „Kuusin“ Lettlands.³⁵ Zweifellos gab es für die Entlassung Balodis' auch viele gewichtige innenpolitische Gründe. Er war als Gegner von Ulmanis bekannt geworden, der u. a. ein neues Grundgesetz gefordert hatte, das die Rückkehr zu einem demokratischen System ermöglicht hätte. Das hatte zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung geführt. Balodis war schon lange kränklich gewesen und war erst kürzlich von einem längeren Genesungsurlaub zurückgekehrt. Seine Leistungsfähigkeit war nach Munters jedoch ganz entscheidend geschwächt; schnelle Entscheidungen in wichtigen Angelegenheiten waren deshalb direkt unmöglich geworden. Ulmanis hätte ihn zunächst nur aus dem Amt des Kriegsministers entfernen wollen, so daß Balodis weiterhin als stellvertretender Ministerpräsident hätte im Kabinett bleiben können. Balodis verzichtete aber auch auf diese Ehre.³⁶

Wenn man an der zuständigen russischen Stelle solche Informationen mit denen verband, die es von den häufigen gegenseitigen Besuchen der obersten militärischen Führung der baltischen Staaten gab, und bei den Berechnungen außerdem die traditionell guten Beziehungen berücksichtigte, die zwischen den estnischen Militärkreisen und der deutschen Wehrmacht bestanden, so konnte man dort kaum sehr großes Vertrauen auf die militärische Zuverlässigkeit der baltischen Länder bei einem möglichen deutsch-sowjetischen Konflikt haben.

³³ Kotze aus Riga 21. 6. 1940, AA Gesandtschaft Kowno/Pol./2 Nr. 22/Lettland.

³⁴ Kotze aus Riga 4. 6. 1940, AA Gesandtschaft Kowno/Pol. 2/Nr. 22/Lettland.

³⁵ Palin aus Riga 8. 4. und 19. 6. 1940, UM 5C/16.

³⁶ Kotze aus Riga 26. 4. 1940, AA Gesandtschaft Kowno/Pol. 2/Nr 22/Lettland; Johansson aus Riga 27. 4. 1940, UD. HP. 1. Ele.

2. Smetona vertraut auf Deutschland

Im innenpolitischen Leben Litauens hatte die nationalistische Tautininkai-Partei schon bei der Bildung der Regierung Merkys im November 1939 ihre Stellungen verstärkt. Einen neuen bedeutenden Sieg errangen die Nationalisten, als es ihnen gelang, sich des Generals Raštikis zu entledigen, der den Nationalisten eine Art von Pfahl im Fleische und die stärkste Stütze der katholisch-populistischen Opposition gewesen war. Raštikis behandelte in der Januarnummer 1940 der Militärzeitschrift „Kardas“ die Ereignisse des vergangenen Jahres in kritischem Ton. In seinem Artikel drängte er auf einige administrative und soziale Reformen und forderte den Abbau der überflüssigen Bürokratie. Raštikis beklagte die Bestechung bei der Wahl von Beamten und forderte, daß mehr Gewicht auf die Herstellung der nationalen Einheit gelegt werde. Die Verstärkung der Armee betrachtete der General in der damaligen Situation als eine der allerwichtigsten Aufgaben Litauens. Aus diesem Grunde übte Raštikis scharfe Kritik an denen, die Kürzungen im Haushalt des Kriegsministeriums gefordert hatten. Dieser Tadel richtete sich besonders gegen den Ministerpräsidenten, der diese Kürzungen befürwortet hatte. Der Artikel brachte Ministerpräsident Merkys und Präsident Smetona gegen den Oberbefehlshaber auf, und Raštikis wurde „aus gesundheitlichen Gründen“ für drei Monate beurlaubt.³⁷

Die Ansichten des Präsidenten und des Generals ließen sich jedoch nicht miteinander vereinbaren, und als die Beurlaubung am 22. April endete, wurde Raštikis endgültig abgelöst und an seiner Stelle General Vincas Vitkauskas ernannt. In militärischen Kreisen wurde das Geschehene allgemein bedauert, und Raštikis' Entlassung wurde als großer Verlust für die litauische Armee betrachtet. „In der jetzigen internationalen Lage kann das ernste Folgen für Litauen haben“, kommentierte der englische Militärattaché das Geschehene.³⁸ Der erboste Präsident nannte den scheidenden Oberbefehlshaber einen „Bolschewiken“, was sicher völlig unbegründet war. Danach wirkt es direkt wie Ironie des Schicksals, daß sich der vom Präsidenten zum neuen Oberbefehlshaber ernannte General Vitkauskas nach der sowjetischen Besetzung im Sommer 1940 selbst als Kommunist bekannte.³⁹

Präsident Smetona war innenpolitisch in eine sehr isolierte Stellung geraten. Außenpolitisch hielt er schon in den ersten Monaten des Jahres 1940 die Situation Litauens für völlig hoffnungslos. Zu einer solchen Schlußfolgerung zwingen seine Maßnahmen. Der englische Gesandte⁴⁰ Preston überreichte Präsident Smetona sein Beglaubigungsschreiben am 12. Juni, wobei auch über die politische Lage gesprochen wurde. Der Präsident hielt nur zwei Alternativen für real: Litauen würde entweder

³⁷ Preston aus Kowno 22. 1. 1940, FO 371/24762.

³⁸ Oberstleutnant C. S. Vales Bericht 19. 4. 1940. Anlage zu Prestons Bericht aus Kowno 20. 4. 1940, FO 371/24762.

³⁹ Sabaliūnas S. 170.

⁴⁰ Preston war ebenso wie Gallienne im Mai zum Gesandten ernannt worden.

von der Sowjetunion oder von Deutschland besetzt werden. Smetona gab zu verstehen, daß er von diesen beiden Übeln Deutschland vorziehe.⁴¹

In Wirklichkeit hatte Smetona diese Wahl schon viel früher getroffen. Im Februar 1940 bat der persönliche Adjutant des Präsidenten, Oberst Sukaitis, den Chef der litauischen Sicherheitspolizei, A. Poviliaitis, zusammen mit dem Inspektor der Sicherheitspolizei Dr. Meskauskas zu sich. Poviliaitis erfuhr dabei, daß Präsident Smetona ihn zusammen mit Meskauskas auf eine streng geheime Dienstreise nach Berlin senden wollte. Nach Angaben von Sukaitis glaubte der Präsident nicht daran, daß Litauen „als kleiner Staat seine Selbständigkeit gegen die umliegenden Staaten verteidigen könnte. Die Übernahme des sozialistischen Systems würde soviel bedeuten, als trüge man seine Habe ins Grab. Wenn man das Privateigentum beibehalten wollte, erforderte das die Ausrichtung nach Deutschland.“^{41a} Der Präsident hielt es für unerlässlich, sich sofort um ein besseres Einvernehmen mit Deutschland zu bemühen. Zu diesem Zweck sollte Poviliaitis nach Berlin reisen. Oberst Sukaitis formulierte dann im Namen von Präsident Smetona eine Reihe die lebenswichtigen Interessen Litauens betreffende Fragen, die der Chef der Sicherheitspolizei den deutschen Regierungsstellen vortragen sollte:

1. Ist Deutschland bereit, Litauen zu seinem Protektorat zu machen?
2. Wie wird Deutschland in dem Falle reagieren, daß Litauen von der Sowjetunion angegriffen wird oder daß die Sowjetunion sich in die inneren Angelegenheiten Litauens einmischt und damit die staatliche Souveränität Litauens verletzt? Bietet Deutschland die sich in diesem Falle als notwendig erweisende Hilfe an?“
3. Poviliaitis sollte außerdem die führenden deutschen Kreise davon unterrichten, daß Präsident Smetona beschlossen hatte, sich nach Deutschland „umzuorientieren“, und er sollte Deutschland um die notwendige Hilfe bitten.

In Berlin wurde Poviliaitis vom Chef des Amts I (Verwaltung und Organisation des Reichssicherheitshauptamts), Dr. Werner Best empfangen, einem engen Mitarbeiter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich. Poviliaitis berichtete, daß Best ihm mitgeteilt habe, Deutschland werde Litauen möglicherweise schon vor September 1940 unter seine Schutzherrschaft stellen, auf jeden Fall spätestens nach Beendigung des Krieges im Westen. In der nächsten Zeit sei Deutschland jedoch an die Ereignisse im Westen gebunden und könne sich nicht um den Verlauf der Dinge im Baltikum kümmern. Nach Kowno zurückgekehrt, unterrichtete Poviliaitis Präsident Smetona über seine Reise. Dieser versicherte, daß er, wenn die politischen Umstände es erfordern sollten, in Litauen das nationalsozialistische System verwirklichen würde. Im März 1940 kam der Chef des Bereiches Ostpreußen

⁴¹ Preston aus Kowno 17. 7. 1940, FO 371/24765.

^{41a} Vgl. Prestons Schlußbericht an Außenminister Halifax über die Besetzung der baltischen Länder [November 1940], FO/371/24762. Preston stellte fest, daß Smetona in dem vorgenannten Gespräch seine Deutschland-Politik u. a. wie folgt begründet habe: „Hitler wird das Privateigentum achten, wenn er in Litauen einmarschiert. Die Sowjetunion dagegen beschlagnahmt das Vermögen und gründet auf dem Lande Kolchosen ... Was können wir unter diesen Umständen anderes tun, als unser Schicksal Deutschland anvertrauen.“

der Deutschen Sicherheitspolizei, Dr. Graefe, nach Kowno, um über das Einschleusen von Agenten in die Sowjetunion zu verhandeln. Smetona wies Poviliaitis an, Dr. Graefe alle erforderliche Hilfe zu geben.⁴²

Welcher Quellenwert ist dem Bericht von Poviliaitis zuzusprechen? Durch einen glücklichen Zufall ist Dr. Bests Schreibtischkalender vom Jahre 1940 erhalten, und daraus geht hervor, daß er wirklich am 19. Februar in Berlin Poviliaitis bei einem Frühstück im Hotel Kaiserhof traf. Anwesend waren außerdem Dr. Meskauskas, der Poviliaitis begleitete, Dr. Graefe, der Chef des Bereiches Ostpreußen der Deutschen Sicherheitspolizei, dessen Amtsbereich an Litauen grenzte, und von Vietinghoff-Scheel vom Sicherheitsdienst. Am folgenden Morgen traf man sich zum Frühstück in den Räumen der Sicherheitspolizei, und diesmal war eine sehr prominente Gesellschaft anwesend: außer Poviliaitis, Meskauskas und Best der Chef der Sicherheitspolizei Heydrich, der Chef der Gestapo Heinrich Müller, Heinz Jost, von Vietinghoff-Scheel und Dr. Graefe.⁴³

Best konnte sich nicht mehr an Einzelheiten erinnern, aber er bestätigte, daß das Generalthema des Gespräches auf jeden Fall der von den Litauern vorgebrachte Wunsch gewesen sei, lieber zum Einflußbereich Deutschlands als der Sowjetunion zu gehören. In Anbetracht der Stellung von Poviliaitis mußte Best auf jeden Fall annehmen, daß die von dem Besucher vorgetragenen Gedanken den Auffassungen der litauischen Regierung entsprachen. Best berichtete, Poviliaitis mit führenden deutschen Beamten zusammengebracht zu haben, vor allem aus dem Auswärtigen Amt.⁴⁴ Der Chef der litauischen Sicherheitspolizei konnte freilich in diesem Stadium von deutscher Seite kaum etwas anderes als ausweichende Antworten auf seine Fragen erhalten.

Es ist bekannt, daß Poviliaitis sehr eng mit der Deutschen Sicherheitspolizei zusammenarbeitete, besonders bei der Bekämpfung polnischer Untergrundorganisationen im Gebiet von Vilna.⁴⁵ Auf der Außenministerkonferenz im März 1940 in Riga scheint Außenminister Urbšys seinen Kollegen aus den nördlichen Nachbarländern die Absichten Litauens angedeutet zu haben. Nach äußerst vertraulichen Informationen des Geschäftsträgers der deutschen Gesandtschaft in Riga, Sthamer, hatte Urbšys die geographische Lage Litauens als unmittelbarer Nachbar Deutschlands betont und die Letten und Esten um Verständnis dafür gebeten, daß „Litauen diesem Gesichtspunkt weit mehr Rechnung tragen müsse“ als Estland und Lettland das zu tun schienen.⁴⁶

Somit scheint es recht gut bewiesen, daß Präsident Smetona schon im Februar 1940 eine Stellung wie die der Slowakei im deutschen Machtbereich anstrebte. Der Zeit-

⁴² Diese Darstellung beruht auf einem Bericht von Poviliaitis, der nach seinen eigenen Angaben am 13. 3. 1941 verfaßt worden ist. (Kak buržuaznye natsionalisty predavali Litvu. Kommunist 1960 (Vilnius) S. 36–37; siehe auch Sipols S. 338 und Ponomarev u. a. S. 440.

⁴³ Werner Bests Brief an den Verfasser 30. 10. 1975.

⁴⁴ Bests Brief an den Verfasser 7. 10. 1975.

⁴⁵ Grundherrns Denkschrift 15. 6. 1940, AA Büro des St./Litauen.

⁴⁶ Sthamer aus Riga 23. 3. 1940, AA Gesandtschaft Kowno/Pol 2./Nr. 21.

punkt war jedoch vom deutschen Standpunkt aus betrachtet verfrüht. Aus diesem Grunde ist es eigentlich nur von sekundärer Bedeutung, was die Deutschen Poviliaitis in Berlin antworteten. Best bestreitet in seinem zitierten Brief, selbst irgendwelche Versprechungen gemacht zu haben, wozu er formell auch gar nicht befugt war. Andererseits gingen schon zwei Monate später Gerüchte um, daß Deutschland möglicherweise schon im Herbst 1940 die Sowjetunion angreifen werde.⁴⁷ Da Poviliaitis in Berlin vor allem mit Vertretern der SS gesprochen zu haben scheint, ist es vielleicht interessant in Erinnerung zu bringen, wie der Chef der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich anderthalb Jahre später die strukturelle Rolle der SS im nationalsozialistischen System erklärte: „Die Voraussetzung für diesen Krieg ... für die Besetzung der notwendigen Räume und für die Formung und Gestaltung des großdeutschen Reiches war die innenpolitische Sicherung des Altreiches ... darüber hinaus war es unsere Aufgabe, nach den persönlichen Weisungen und Richtlinien des Führers in dem damaligen Ausland jene Dinge forschungsmäßig und erkundungsmäßig zu planen, die dann im Laufe der Dinge die Voraussetzung geben konnten für viele politische aber auch militärische Erfolge und Ereignisse.“⁴⁸

3. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Randstaaten und Deutschland während der Stützpunktperiode

Der Handel der baltischen Republiken mit Deutschland belebte sich wesentlich nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges; das war ganz natürlich, da die Handelsbeziehungen mit England völlig abgebrochen worden waren. Wie Karl Schnurre in seiner Denkschrift vom 17. 6. 1940 festgestellt hat, war Deutschland durch seine geheimen Verträge bemüht, den Handel der baltischen Länder in noch stärkerem Maße nach Deutschland zu lenken. Mit diesen Verträgen, die mit Lettland am 15. 12. 1939, mit Estland am 6. 3. 1940 und mit Litauen am 17. 4. 1940 abgeschlossen worden waren, zielte man darauf ab, etwa 70% des Exports dieser Länder nach Deutschland zu lenken. Auf diese Weise war ihre kriegswirtschaftliche Bedeutung besonders für die Lebensmittelversorgung in Deutschland beträchtlich gewachsen.⁴⁹ Einige Historiker haben darin einen die Sowjetunion derart irritierenden Faktor gesehen, der vom Standpunkt der UdSSR aus gesehen die völlige Inbesitznahme des Baltikums geradezu verlangte.⁵⁰ Die Behauptung ist jedoch nicht besonders überzeugend. Trieb doch die Sowjetunion auch selbst zu dieser Zeit in sehr großem Umfang Handel mit Deutschland. Der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Riga, Packer, hatte im Dezember 1939 „aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle“ erfahren, daß die lettische Regierung auf ihre Anfrage bei der Sowjetregierung als

⁴⁷ Siehe oben S. 102.

⁴⁸ Auszug aus der Rede Heydrichs am 2. 10. 1941 im Palais Czernin in Prag, gedruckt in der Dokumentensammlung *Die Vergangenheit warnt*, S. 123–124.

⁴⁹ Schnurrens Denkschrift 17. 6. 1940, ADAP, Serie D, Bd. X S. 490–91.

⁵⁰ Siehe z. B. Rauch S. 183.

Antwort den Rat erhalten habe, „auf alle deutschen Forderungen bei den Handelsbesprechungen einzugehen“. Die Sowjetunion hatte nach derselben Quelle ferner mitgeteilt, daß sie nicht alle deutschen Einfuhrwünsche in bezug auf Lebensmittel erfüllen könne, und sie hatte deshalb Lettland gebeten, sie darin soweit wie möglich zu unterstützen.⁵¹

Bei den Handelsbesprechungen mit Estland hatte Deutschland im Herbst 1939 besonderen Wert auf die regelmäßigen Lieferungen von Ölschiefer gelegt, wobei als Gegenleistungen Lieferungen von Steinkohle und Koks versprochen worden waren.⁵² Bei den Handelsbesprechungen im März 1940 verpflichtete sich Estland, keinen Handel mit Feindländern Deutschlands zu treiben,⁵³ was kaum als besonderes Zugeständnis gelten kann, weil es auch praktisch unmöglich gewesen wäre. Gleichzeitig wurde eine Begrenzung des Handels mit neutralen Ländern – ausgenommen die Sowjetunion, Litauen und Lettland – bis zu einem bestimmten Umfang vereinbart. Im Handel mit Deutschland gelang es Estland nicht, alle seine Wünsche, wie etwa die Einfuhr von Stahl durchzusetzen. Ebenso verhielt es sich mit den Lieferungen von Landwirtschaftsmaschinen; die Deutschen versprachen von den gewünschten 250 Traktoren nur 80 und von den erbetenen 200 Dreschmaschinen nur 30. Nach G. Meri, dem Chef der handelspolitischen Abteilung im estnischen Außenministerium, sollten nach dem Vertrag 65% der estnischen Ausfuhr nach Deutschland gehen, aber für die Verwirklichung dieses Anteils machte es Meri zur Voraussetzung, daß die estnischen Einfuhrwünsche besser berücksichtigt würden. Wenn das keinen Erfolg hätte, wollte Estland die schon vereinbarten Handelskontingente überprüfen.⁵⁴ Im Lichte der Wirtschaftsstatistiken war der Handel zwischen Deutschland und Estland aber noch sehr weit entfernt von den gesetzten Zielen:

Der deutsche Anteil am Import/Export Estlands
Januar–Mai 1940⁵⁵ (Wert in 1000 estnischen Kronen)

Estnischer Import	Gesamtimport Wert 1940	Import aus Deutschland Wert	Deutscher Anteil %	Gesamtimport 1939
Nahrungs- und Genußmittel	4 195	212	5	3 291
Rohstoffe u. Halbprodukte	11 119	1 697	15	12 021
Fertigwaren	23 485	16 359	70	28 058
Edelmetalle	436	32	7	476
	39 235	18 300	46,7	43 846

⁵¹ Packer aus Riga, FRUS Soviet Union 1933–1939 S. 980.

⁵² Bericht über die Ergebnisse der deutsch-estnischen Wirtschaftsverhandlungen 22. 9.–7. 10. 1939, BA R7 VI/63/1.

⁵³ Schnurres Denkschrift 6. 3. 1940, BA, R 22/Gr. 5/142.

Estnischer Export	Gesamt- export Wert 1940	Export nach Deutschland Wert	Deutscher Anteil %	Gesamt- export 1939
Tiere, Nahrungs- und Genußmittel	18122	8442	47	19635
Rohstoffe u. Halbprodukte	16421	7194	44	18208
Fertigwaren	7531	1896	25	8295
Edelmetalle	1	–	–	4
	42075	17532	41,6	46142

Falls man den Mai gesondert betrachtet, kann man feststellen, daß 57,2% der estnischen Einfuhr aus Deutschland kamen und von der Ausfuhr entsprechend 52,9% nach Deutschland gingen.⁵⁶

Die störungsfreie Fortsetzung des Handels zwischen Deutschland und den baltischen Ländern hatte man in den im Herbst 1939 geschlossenen Verträgen über die „Heimkehr“ der Deutschen in Estland und Lettland in der Weise zu sichern versucht, daß in diesen Ländern weiterhin solche Unternehmen im Besitz des Reiches oder der Baltendeutschen verbleiben durften, deren Tätigkeit als wichtig für den Handel zwischen den Ländern betrachtet wurde. So waren etwa 300–400 Deutsche in Riga geblieben, um die dortigen deutschen Handels- und Industrieunternehmen zu leiten.⁵⁷

4. Besondere Probleme im Zusammenhang mit den sowjetischen Stützpunkten

Das Ende der eigentlichen Stützpunktverhandlungen bedeutete nicht, daß die mit ihnen verbundenen Probleme von der Tagesordnung verschwunden wären, sondern diesbezügliche Fragen wurden auf die eine oder andere Weise während der ganzen Stützpunktperiode behandelt. In Estland brachten die Russen im Februar 1940 das Gespräch auf die Frage, inwieweit russische Arbeitskräfte in die Stützpunkte kommen könnten. Für die Befestigungsarbeiten in den Stützpunkten wurden nach Molotov etwa 8000–9000 russische Arbeiter benötigt, und außerdem teilte man später mit, daß noch etwa 10000 estnische Arbeiter erforderlich seien. In der zahlenmäßigen Stärke der Stützpunkttruppen konnten nach Molotov nicht die Mannschaften der Flotte enthalten sein, die ständig ihren Standort wechselten. Über diese Forderungen wurde im Ausschuß für Verteidigung und äußere Angelegenheiten des Riigi-

⁵⁴ G. Meri an Minister Schnurre 6. 3. 1940, BA, R, 22/Gr. 5/142.

⁵⁵ BA, R 7/VI/65/1.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ „Bericht des Landesleiters der NSDAP-Landesgruppen Lettland an den Chef der NSDAP-Auslandsorganisation von etwa Februar 1940“, Loeber S. 131–133.

kogu gesprochen, und man kam zu dem Ergebnis, daß die Forderungen auch als solche zu erfüllen seien, wenn man nicht „durch Verhandlungen etwas davon abhandeln könnte“.⁵⁸ Auf dem Empfang aus Anlaß des estnischen Selbständigkeitstages am 24. Februar hatte Präsident Päts dem Gesandten Hynninen gegenüber erwähnt, daß die Russen beide Pakri-Inseln haben wollten und daß „ihnen auch Osmussaari sehr zusagte“. Als Gegenleistung für die Verpachtung der Insel Osmussaari erhofften die Esten den Verzicht der Russen auf ihr Recht, den Hafen Reval zu benutzen.⁵⁹ Die Verhandlungen, die Ende April in Moskau stattfanden, führten zu einem beide Seiten zufriedenstellenden Ergebnis. Die Sowjetunion erklärte sich bereit, auf alle Stützpunkte auf dem Festland mit Ausnahme von Paldisk und Klooga zu verzichten, zu denen als neuer Stützpunkt ein Gebiet in der Gegend von Suurkylä südlich von Paldisk hinzukam. Die Sowjetunion sollte außerdem das Recht haben, die Häfen von Rohküla und Reval zu benutzen. Als neue Pachtgebiete sollte die Sowjetunion Osmussaari und beide Pakri-Inseln bekommen, mit dem Recht, diese vom 5. Juni 1940 an zu beziehen.⁶⁰ In der Frage des Rechtes auf Verwendung russischer Arbeitskräfte hatte sich die Sowjetunion, wie der schwedische Gesandte in Moskau, V. Assarsson, von Rei erfuhr, bereit erklärt, ihre ursprüngliche Forderung nach 10000 Arbeitern auf weniger als die Hälfte herabzusetzen.⁶¹ Munters gab Ende Januar 1940 in einem Gespräch mit dem deutschen Gesandten v. Kotze zu, daß u. a. in Fragen der Unterbringung der sowjetischen Truppen Meinungsverschiedenheiten technischer Natur entstanden seien. Nach Munters hatten die Russen u. a. in Windau und Libau Gebäude außerhalb des Stützpunktgebietes für sich gefordert. Auch bei der Organisation der Versorgung der russischen Truppen hatte es Differenzen gegeben. Munters betonte jedoch, daß alle diese Meinungsverschiedenheiten rein technischer Natur seien und daß man daraus keine politischen Schlußfolgerungen ziehen könne.⁶² Ähnliche Probleme hatten sich in Litauen besonders in Wilna ergeben. Nach einem Beschluß der gemischten litauisch-sowjetischen Kommission hätten die russischen Truppen bald nach Abschluß des Vertrages in Kasernen außerhalb der Stadt ziehen sollen. Die Russen behaupteten aber, die ihnen zugewiesenen Kasernen seien zu klein, und forderten entweder das Recht, bis zur Fertigstellung neuer Kasernen in der Stadt bleiben zu dürfen, oder die Überlassung größerer Kasernenbereiche außerhalb der Stadt. Die litauische Regierung betrachtete die erstere Alternative als das kleinere Übel.⁶³ Als der litauische Gesandte in Berlin, Škirpa, den Chef der

⁵⁸ Hynninen aus Reval 8. 3. 1940, UM 5C/12.

⁵⁹ Hynninen aus Reval 5. 4. 1940, UM 5C/12.

⁶⁰ Hynninen aus Reval 5. 4. 1940, UM 5C/12.

⁶¹ Assarsson aus Moskau 25. 4. 1940, UD. HP. 1.

⁶² Kotze aus Riga 27. 1. 1940, AA/Gesandtschaft Kowno/Pol. Nr. 22/Lettland. Auch die lettischen Militärbehörden bestätigten, daß es bei den Stützpunktfragen keine „unüberwindlichen“ Schwierigkeiten gegeben habe. Laidoner S. 217.

⁶³ Ebenda.

politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes über die Entwicklung der litauisch-sowjetischen Beziehungen unterrichtete, erwähnte er, daß die Sowjetunion den Wunsch geäußert habe, für die Stützpunktruppen in bestimmtem Umfange sowjet-russische Hilfskräfte (Bäcker, Friseur usw.) ins Land bringen zu dürfen. Nachdem Litauen zunächst an der Auffassung festgehalten hatte, daß derartiges Hilfspersonal der akzeptierten Gesamtstärke der Stützpunktruppen zuzurechnen sei, gab Litauen schließlich den Forderungen der Sowjetunion nach. Insgesamt handelte es sich dabei nach Škirpa um etwa 300 Mann. Die Verhandlungen über die Verwendung von russischen Arbeitskräften beim Bau der Kasernen waren in diesem Stadium noch nicht abgeschlossen.⁶⁴

Bei der Behandlung der Fragen, die die russischen Stützpunkte betrafen, versuchten die baltischen Länder, allmählich zu einer gewissen Übereinstimmung zu kommen.⁶⁵

5. Das Mißtrauen der Sowjetunion nimmt zu

Bei den Verhandlungen im Herbst 1939 in Moskau war das gegenseitige Mißtrauen zwischen den baltischen Ländern und der Sowjetunion ganz deutlich in Erscheinung getreten. Diese grundlegende Konstellation scheint auf beiden Seiten auch nach dem Abschluß der Stützpunktverträge unverändert weiterbestanden zu haben.

Die Munitionslager und -laboratorien der Infanterie und Artillerie der estnischen Armee lagen in Männiku ganz in der Nähe von Reval. Am Neujahrstag 1940 flogen sechs sowjetische Kampfflugzeuge innerhalb einer Stunde über dieses Gebiet, das zu der für alle, auch für estnische, Maschinen unbedingt verbotenen Zone gehörte, was die Russen sehr wohl wußten. Es handelte sich um Luftaufnahmen von dem Gebiet für den Fall, daß die Esten irgendwann die Neigung verraten hätten, bewaffneten Widerstand zu leisten. Den ganzen Januar hindurch überflogen russische Kampfflugzeuge die estnischen Städte und Eisenbahnknotenpunkte, worüber dem estnischen Generalstab täglich Meldungen erstattet wurden. Auf dem Wege von den Stützpunkten zur Sowjetunion und zurück flogen die Russen, wo es ihnen beliebte und hielten sich nicht an die vereinbarten Luftkorridore.⁶⁶

Die zwischen der Sowjetunion und den baltischen Ländern geschlossenen Verträge über gegenseitigen Beistand enthielten einen Artikel, in dem sich die Sowjetunion verpflichtete, den Armeen ihrer Vertragspartner zu günstigen Bedingungen Material zu liefern. Kurz vor Weihnachten 1939 fuhr eine estnische Militärdelegation unter der Führung des Chefs der Luftwaffe, Oberst R. Tomberg, in die Sowjetunion, um über den Ankauf von Waffen für die estnische Armee zu verhandeln. Die Gespräche in Moskau brachten nach Oberst Saarsen kein anderes Ergebnis als das Versprechen

⁶⁴ Woermanns Denkschrift 11. 3. 1940, AA, Büro des RAM/Litauen.

⁶⁵ Siehe oben S. 101.

⁶⁶ Saarsen S. 214–216.

der Russen, sie würden „die Sache in Erwägung ziehen“. ⁶⁷ Die Letten bestellten Ende Dezember von der Sowjetunion Panzer sowie Feld- und Flugabwehrgeschütze. Die Sowjetunion sollte Lettland in Form von Waffenlieferungen die Kosten ersetzen, die dem Lande durch Unterhalt der sowjetischen Stützpunkte entstanden waren. Nach erneuten Kontakten erhielt die lettische Armee denn auch wirklich die bestellten Panzer, aber ohne passende Munition. Die Flugabwehrgeschütze wiederum waren recht antik. Eine litauische Militärdelegation fuhr im Februar 1940 nach Moskau und bestellte Kampfflugzeuge und Feldartillerie. Von der Lieferung war aber bis zum Juni nichts zu hören. ⁶⁸

Der deutsche Gesandte in Riga, v. Kotze, weist in einem seiner Berichte schon Ende Januar 1940 darauf hin, daß sowohl ihm wie auch seinen Mitarbeitern aufgefallen sei, daß „politische Vertreter Sowjetrußlands anfangen, über die Entwicklung der Lage auf diesem Gebiet Klage zu führen“. Die Ursachen der Unzufriedenheit beschreibt Kotze aber nicht genauer. ⁶⁹ Auch v. Kotzes Kollege Zechlin hatte schon bis Mitte Februar in Kowno bemerkt, daß „seit einiger Zeit in dem litauisch-russischen Verhältnis eine gewisse Unruhe bemerkbar“ sei. Zechlin teilt mit, daß er seit Ende Januar aus der sowjetischen Gesandtschaft „kritische Äußerungen gegen Litauen“ höre, die aber nicht besonders spezifiziert seien. Zechlin vermutete, der Hauptgrund für die Nervosität der Sowjetgesandtschaft seien die im Gebiet von Wilna aufgedeckten polnischen Widerstandsorganisationen, von denen wenigstens eine eng mit dem englischen und französischen Geheimdienst zusammengearbeitet hatte, die vermutlich die Polen auch wirtschaftlich unterstützt hatten. Nach Zechlin hatte der englisch-französische Geheimdienst auch in Kowno einen sehr ausgedehnten Apparat. ⁷⁰ In den Gefängnissen im Wilna-Gebiet befanden sich Anfang Februar schon etwa 400 aus politischen Gründen verhaftete Polen. ⁷¹ Daß alle sowjetischen Gesandten und Handelsvertreter aus Reval, Riga und Kowno am 11. Februar gleichzeitig nach Moskau gerufen wurden, war jedoch der auffälligste Beweis dafür, daß die Probleme der sowjetischen Baltikumpolitik jetzt in ihrer ganzen Breite zur Diskussion standen. Gleichzeitig gingen zahlreiche Gerüchte von neuen Forderungen Moskaus an die baltischen Länder um. ⁷²

Wir wissen natürlich nicht, worüber in Moskau beraten wurde, und auch nicht, zu welchen Ergebnissen man dort kam. Es ist aber als wahrscheinlich anzusehen, daß man sich in der Sowjetunion zu fragen begann, welches die wirklichen Ziele und Motive der Politik der baltischen Länder seien. Es gab Fakten, die darauf hinwiesen,

⁶⁷ Saarsen S. 217. Oberst Tomberg blieb nach den Verhandlungen noch für längere Zeit in Moskau, und als er im März von dort zurückkam, war er nach Saarsen derart rot geworden, „daß er fast nicht wiederzuerkennen war“.

⁶⁸ Anderson S. 247.

⁶⁹ Kotze aus Riga 27. 1. 1940, AA Gesandtschaft Kowno/Pol. Nr. 22/Lettland.

⁷⁰ Zechlin aus Kowno 18. 2. 1940, AA Gesandtschaft Riga/Geh. 26/Bd. 2.

⁷¹ Zechlin aus Kowno 9. 2. 1940, AA Gesandtschaft Riga/Geh. 26/Bd. 2.

⁷² Wiley aus Riga 12. 2. und aus Reval 13. 2. 1940, FRUS 1940 I S. 358–359; Gallienne aus Reval 21. 2. 1940, PRO, FO 371/24765.

daß man in den baltischen Ländern auf einen Wandel der politischen Konjunktur spekulierte. Aus diesem Grunde hatte die Sowjetunion kein Vertrauen zu ihnen, sondern sah in ihnen ein politisches Gefahrenmoment. Eine solche Situation war natürlich vom Standpunkt der Sowjetunion aus völlig untragbar. Die baltische Flanke mußte mit anderen Mitteln gesichert werden, und das hatte zu geschehen, bevor Deutschland im Westen seine Hände frei bekäme, denn sonst könnte das potentielle Gefahrenmoment leicht zu einem aktuellen werden. Die strategischen Motive für die Besetzung der baltischen Länder waren somit gegeben, aber die Sowjetunion hatte niemals einen „normalen Krieg“ gegen einen bürgerlichen Staat geführt.⁷³ Für die strategisch begründete Maßnahme mußte aus diesem Grunde eine tiefere ideologische Erklärung geschaffen werden. Das wiederum setzte voraus, daß die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in den baltischen Ländern irgendwie mit diesem Plan verknüpft werden mußte, auch wenn ihnen dann nur die bescheidene Rolle von Statisten zugeordnet wäre. Für das Verständnis der ganzen Ereigniskette ist es von wesentlicher Bedeutung, die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in den baltischen Ländern in den Monaten vor der sowjetischen Besetzung zu untersuchen, sowie festzustellen, als wie bedrohlich die kommunistische Tätigkeit in diesem Stadium von den „machthabenden Kreisen“ empfunden wurde und wie die Sowjetunion sich gegenüber den kommunistischen Parteien am Vorabend der Besetzung verhielt. Das ist der einzige Weg, die Richtigkeit des geschilderten hypothetischen sowjetischen Beschlußfassungsprozesses zu überprüfen, weil wir die Entstehung der Beschlußfassung selbst nicht untersuchen können.

6. Die Zunahme der regierungsfeindlichen Aktivitäten im Baltikum

Noch im Februar waren die Beobachter der Lage der Ansicht, daß die Kommunisten irgendwie ratlos seien. Die kommunistische Tätigkeit schien schlecht organisiert und die Lage überhaupt wurde als ungünstig für einen Umsturzversuch angesehen.⁷⁴ Aber im März und April nahm die gegen die Regierungen gerichtete Tätigkeit in den drei baltischen Staaten deutlich zu. In Estland ging die kommunistische Partei daran, ihre Kräfte zu sammeln. Die Marxistische Arbeiterpartei, die bis dahin formell getrennt von der kommunistischen Partei operiert hatte, hielt jetzt den Zeitpunkt für die völlige Verschmelzung für gekommen:

„In völliger Übereinstimmung mit allen ihren Mitgliedern wendet sich die Führung der MTP [Marxistischen Arbeiterpartei] an die kommunistische Partei Estlands und an das Exekutivkomitee der Komintern und bittet entsprechend dem Programm der Komintern um die Aufnahme in die kommunistische Partei Estlands. Wir tun dies in der vollen Gewißheit, daß die Mitglieder unserer Partei

⁷³ Siehe z. B. Max Jakobson, *Diplomaattien talvisota*. Helsinki 1956, S. 288.

⁷⁴ Siehe oben S. 88f.

zuverlässige Kommunisten werden, die es wert sind, unter der Fahne der Komintern und des Genossen Stalin zu marschieren.

In Reval im März 1940

Nigol Andresen, Aleksander Jõeäär,

Maxim Unt.⁷⁵

Einige Monate später waren alle Unterzeichner des Schreibens Minister der estnischen Volksregierung.

Das Untergrundbüro der kommunistischen Partei Estlands begann den Parteitag vorzubereiten, der Ende März/Anfang April 1940 stattfinden sollte. Zu diesem Zweck wurde ein Sonderdruck aus dem Untergrundorgan der Partei „Kommunisti“ veröffentlicht. In der Zeitung, von der Ende März 1000 Exemplare vervielfältigt werden konnten, stand auch der Aufruf „An das ganze estnische Volk“, in dem in siegesgewissem Ton u. a. verkündet wurde: „Im Kampf gegen die Arbeiter wird die Diktatur Päts – Uluots – Laidoner nicht mehr Hilfe von den englischen Panzern, den deutschen Bajonetten und auch nicht von den Finnenmessern wie vor 20 Jahren bekommen.“ Um die Worte der offiziellen Parteigeschichte zu gebrauchen, hielt der Aufruf „in seiner Beurteilung der Lage“ die Partei „zwischen zwei Extremen“. Diese Extreme waren auf der einen Seite übermäßiger Optimismus und auf der anderen übermäßiger Pessimismus. Zum ersten Mal nach sechzehn Jahren hielt die Partei jetzt ihren Parteitag auf estnischem Boden. Die Konferenz begann ihre Arbeit am 31. 3. 1940 und schloß sie in der Nacht zum 1. April ab. Die Konferenz bestätigte die vom Untergrundbüro der Partei vorgeschlagene neue taktische Linie und forderte alle Organisationen der Partei auf, den Kampf „zum Sturz der faschistischen Diktatur und zur Einsetzung einer Volksregierung“ noch energischer fortzusetzen. Das waren jetzt die Losungen, unter denen man die Massen zu sammeln versuchte, damit sie bereit wären „zur beabsichtigten Aktion“, d. h. „zur sozialistischen Revolution“.⁷⁶ Die kommunistische Propagandatätigkeit nahm jetzt wesentlich zu. Der Korrespondent der „Stockholms Tidningen“ in Reval berichtete am 17. 4. 1940, daß von russischer Seite in den baltischen Ländern ein starker kommunistischer Propagandafeldzug in Gang gesetzt worden sei. In Flugblättern wurden die Regierungen Estlands und Lettlands angegriffen und Volksregierungen gefordert, was Unsicherheit erzeugte. „Die Kommunisten der baltischen Länder haben den Umsturz vorbereitet. Massenverhaftungen mit Zustimmung der Sowjetbehörden“, meldete „Uusi Suomi“ am 29. April in einer Überschrift. Frohwein stellte in seinem Bericht vom 24. April fest, daß er „in den letzten Wochen“ immer wieder und aus verschiedenen Quellen Informationen über die verstärkte Tätigkeit der Kommunisten erhalten habe. Einigen Informationen zufolge waren aus Moskau entsprechende Anweisungen ergangen. Frohwein versicherte jedoch, daß in der

⁷⁵ Erklärung der Marxistischen Arbeiterpartei an die kommunistische Partei Estlands und an die Komintern. EK-VALPO I XXXVII. B. 1. a.

⁷⁶ Ülevaade Eestimaa Kommunistliku Partei ajaloost. II S. 339ff. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Bd. V. S. 117.

Einstellung der Sowjetgesandtschaft oder der Stützpunktruppen keine Änderungen zu erkennen seien.⁷⁷

In einem Beschluß des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Lettlands vom 3. 3. 1940 wurde es als vordringlichste Aufgabe der Arbeiterbewegung bezeichnet, „alle antifaschistischen Kräfte zum Sturz der faschistischen Diktatur zu sammeln, wonach eine wirklich demokratische Ordnung zu errichten sei“.⁷⁸ Die sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei Lettlands, die früher eng mit den Kommunisten zusammengearbeitet hatte, beschloß im März 1940, sich auch formell der kommunistischen Partei anzuschließen.⁷⁹ Die verstärkte Tätigkeit gegen die Regierung spiegelt sich in den Angaben über die aus politischen Gründen Verhafteten: im August 1939 waren 79 Personen verhaftet worden, im September 83, im Oktober 143, im Dezember 161, im Januar 166, im Februar 186, im März 171, im April 307 und im Mai 259.⁸⁰ Ziemlich besorgniserregend mußte die Situation nach Ansicht der Regierung aussehen, weil der Minister für öffentliche Angelegenheiten Berzinš den hinter der Regierung stehenden Anteil der Bevölkerung auf nur 65% schätzte.⁸¹ „Auf jeden Fall ist es trotz aller offiziellen Versicherungen eine Tatsache“, berichtete Palin Anfang April, „daß in letzter Zeit unter den lettischen Kommunisten eine ernsthafte Unruhe zu beobachten ist, die nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch bei den Behörden Anlaß zur Sorge und zu direkter Furcht gibt. Die Kraft der revolutionären Bewegung wächst ganz offensichtlich, aber es handelt sich dennoch um ein sehr kompliziertes Phänomen“.⁸² Über die Stellung der kommunistischen Partei in Lettland konnte der deutsche Gesandte v. Kotze Anfang Juni 1940 mitteilen, er habe „aus gewöhnlich sehr zuverlässiger Quelle“ erfahren, daß „die illegale kommunistische Partei Lettlands wegen ‚trozkistischer Tendenzen‘ bei der Leitung der Komintern in Ungnade gefallen sein soll“. Das hatte in den Reihen der Kommunisten Verwirrung gestiftet und sie bezüglich der Absichten Moskaus unsicher gemacht.⁸³ Was aber ist mit den trozkistischen Tendenzen, auf die auch Palin an einer Stelle hinweist⁸⁴, hier in Wirklichkeit gemeint? Vermutlich verstand man darunter, daß die kommunistische Partei Lettlands eine taktisch „überoptimistische“, zu revolutionäre Richtung eingeschlagen hatte, was wieder nicht in Moskaus Gesamtplan paßte. Das macht einen anderen von v. Kotze erwähnten und zunächst sehr eigenartig klingenden Umstand verständlich, nämlich daß die sowjetischen Militärbehörden der lettischen politischen Polizei eine große Zahl von Namen derjenigen Kommunisten übergeben hatten, die an der Vorbereitung der Demonstrationen am 1. und 15. Mai

⁷⁷ Frohwein aus Reval 24. 4. 1940, AA Gesandtschaft Kowno/Estland.

⁷⁸ Istorija Latvijas SSR S. 555.

⁷⁹ I Schtejman, Charakter und Besonderheiten der Revolution 1940 in den baltischen Ländern. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1971, H. 3, S. 393.

⁸⁰ Sipols S. 332.

⁸¹ Wiley aus Riga 30. 4. 1940, FRUS 1940. I S. 362.

⁸² Palin aus Riga 5. 4. 1940, UM 5C/16.

⁸³ Kotze aus Riga 4. 6. 1940, AA, Gesandtschaft Kowno/Pol. 2./Nr. 22/Lettland.

⁸⁴ Palin aus Riga 18. 6. 1940, UM 5 C/16.

beteiligt gewesen waren.⁸⁵ Unruhen dienten in diesem Stadium nicht den russischen Interessen. Die taktisch richtige Linie setzte eine Beschränkung auf die propagandistische Vorbereitung der Revolution voraus, das bedeutete zu diesem Zeitpunkt in erster Linie die Schaffung einer möglichst breiten Front gegen die Regierung.

Die lettische Regierung hielt die Lage für sehr düster, was daraus hervorgeht, daß sie in ihrer Sitzung am 17. Mai beschloß, dem lettischen Gesandten in London, Karlis Zariņš, umfangreiche Sondervollmachten für den Fall zu erteilen, daß die Verbindungen Lettlands zum Ausland abbrechen sollten. Die Vollmachten Zariņš' galten für alle diplomatischen und konsularischen Vertreter Lettlands mit Ausnahme derer, die in Estland, Litauen, Schweden, Finnland, Deutschland und der Sowjetunion tätig waren. Im Rahmen seiner Vollmachten konnte Zariņš somit die Gesandten vorübergehend von ihren dienstlichen Pflichten entbinden sowie andere Gesandtschaftsangestellte entlassen oder versetzen.⁸⁶

Die Untergrundzeitung „Tiesa“ der kommunistischen Partei Litauens berichtete am 13. 3. 1940 vom Wachsen der revolutionären Bewegung auf dem Lande und in den Städten; dies zeige, daß es eine „Kampfallianz zwischen Arbeitern und Bauern“ gebe und daß „die Erhebung der arbeitenden Klassen zum Kampf unausweichlich zum Untergang des Bürgertums und zur Bildung einer demokratischen Volksregierung führt“.⁸⁷ Der litauische Ministerpräsident Merkys nahm an einer geheimen Versammlung der nationalistischen Tautininkai-Partei am 14. April teil und erzählte seinen Zuhörern, daß, „während die Sowjetunion oberflächlich betrachtet ihr Versprechen der Nicht-Intervention gehalten hat, die örtlichen Kommunisten, deren Zahl durch das Einschleusen von sowjetischen Agenten aus Rußland ständig zunimmt, eine starke Agitation aus dem Untergrund betreiben, die jeden Augenblick in offene Feindseligkeit gegen die Regierung ausbrechen kann“. Es wurde berichtet, daß die Versammlungsteilnehmer voller Unruhe daran dachten, was am ersten Mai geschehen könnte.⁸⁸

Da man die Sowjetunion hinter der verstärkten kommunistischen Tätigkeit sah, wuchs gleichzeitig auch die Angst vor der Sowjetisierung. Diese beiden Momente verknüpfte auch Preston in seiner Depesche vom 20. April, in der er erwähnt, daß sich zahlreiche litauische Minister beunruhigt fühlten und eine mögliche Sowjetisierung fürchteten. Die Minister hatten dabei besonders die verstärkte Aktivität der örtlichen Kommunisten betont.⁸⁹ Merkys sprach schon im März davon, daß die Gefahr der sowjetischen Besetzung über den Litauern schwebte wie ein „Damoklesschwert“.⁹⁰

⁸⁵ Kotzes vorgenannter Bericht 4. 6. 1940.

⁸⁶ Munters an Zariņš 23. 5. 1940, FO 371/24761.

⁸⁷ Zitiert nach Navickas S. 132–133.

⁸⁸ Preston aus Kowno 19. 4. 1940, FO 419/34/265.

⁸⁹ Preston aus Kowno 20. 4. 1940, FO 371/24762.

⁹⁰ Preston aus Kowno 14. 3. 1940, FO 419/34/265.

7. Bilanz der Stützpunktperiode

Die Politik der Sowjetunion war vom Anfang der Stützpunktperiode an in gewisser Weise zweispurig gewesen, wenn auch aus dem verfügbaren Quellenmaterial unmöglich zu schließen ist, in welchem Zeitabstand und wie gründlich sie den herrschenden Status quo ändern wollte. Zweifellos glaubte die Sowjetunion, daß der im Gange befindliche Krieg das Kräfteverhältnis des kapitalistischen und des sozialistischen Lagers zugunsten des letzteren verändern werde. Darauf wies auch Molotov in seinem Gespräch mit dem litauischen Außenminister Kreve-Mickevičius am 30. 6. 1940 hin. „Wir sind jetzt mehr denn je überzeugt davon“, sagte Molotov, „daß der glänzende Genosse Lenin sich nicht geirrt hat, wenn er behauptete, daß der zweite Weltkrieg uns in ganz Europa an die Macht bringt, wie uns der erste in Rußland an die Macht half.“⁹¹ Bei derartigen Erwartungen wäre es verständlich, wenn die Sowjets angenommen hätten, wenigstens die Randstaaten als schwachen Ring des kapitalistischen Systems im Laufe des Krieges ins eigene Lager ziehen zu können. Das waren jedoch im Hinblick auf die Lage mehr oder weniger unbestimmte Hoffnungen und Erwartungen auf ideologischem Niveau, von denen sich die praktische Außenpolitik sicher nicht direkt ableiten läßt. Auch die baltischen Staaten verfolgten auf lange Sicht eine Art von Politik des Wartens und hofften, daß sich die Weltgeschichte auf eine Art und Weise wiederhole, die ihre Selbständigkeit retten würde. In der nahen Zukunft versuchten sie alles zu vermeiden, was der Sowjetunion Anlaß geben könnte, in ihr inneres System einzugreifen. Dennoch betrachteten sie die mit der Sowjetunion geschlossenen Beistandsverträge eher als Bedrohung ihrer Selbständigkeit, von der man sich bei passender Gelegenheit zu befreien versuchen sollte, denn als Garantie ihrer Sicherheit. Diese passende Situation sah man im Augenblick des Zusammenstoßes zwischen Deutschland und der Sowjetunion kommen. Als Folge davon würden sie potentielle Gegner ihres Verbündeten, der Sowjetunion, werden und potentielle Verbündete des von der Sowjetunion als wahrscheinlicher Angreifer betrachteten Deutschlands. Im Falle Litauens ging diese Entwicklung ja so weit, daß Smetona im Februar 1940 sein Land Deutschland als Protektorat antrug, was zweifellos eine Verletzung nicht nur des Geistes, sondern auch des Buchstabens des Beistandsvertrages bedeutete. Das politische Mißtrauen der Sowjetunion scheint spätestens im Februar 1940 erwacht zu sein. Das Baltikum bildete in ihrem Sicherheitssystem eine Art von Trojanischem Pferd. Die einleuchtende strategische Schlußfolgerung war, daß dieses Trojanische Pferd liquidiert werden mußte, bevor Deutschland im Westen seine Hände frei bekäme. Dies war die primäre Schlußfolgerung, der als sekundäre die Forderung nach den Vorbereitungen des Handelns auf ideologischem Niveau folgte. Die lenkende Hand Moskaus war jetzt daran zu erkennen, daß die Tätigkeit der Kommunisten gleichzeitig in allen drei baltischen Staaten von März–April an zunahm. Taktisch sollten die Kommunisten in ihrer Tätigkeit auf dem goldenen Mittelweg blei-

⁹¹ Kreve-Mickevičius' Bericht, U. S. Congress, Third Interim Report S. 459.

ben, ohne in übertriebenen Optimismus oder in übertriebenen Pessimismus zu verfallen. Überoptimismus war es in dieser Situation, sich vorzustellen, daß die örtlichen Kommunisten alleine eine erfolgreiche Revolution hätten verwirklichen können, übertriebener Pessimismus war es, wenn man nur abwartete. Dennoch beruhte die von recht wenigen kommunistischen Kadern verursachte Verwirrung und Furcht entscheidend darauf, daß man als treibende Kraft die Sowjetunion sah und das zweifellos zu Recht. Am ärgsten scheint die kommunistische Tätigkeit die Stellung des Regimes Smetona erschüttert zu haben. Der lettische Gesandte in Litauen stellte im Juni fest, daß „der Präsident in eine schwierige Situation geraten ist und daß seine Autorität gemindert, wenn nicht völlig verloren gegangen ist. Er stützt sich nur auf die Polizei und die Armee“.⁹² Die Tätigkeit der Kommunisten in den baltischen Ländern zielte gerade darauf, den Eindruck zu erwecken, die revolutionäre Situation stehe schon vor der Tür. Eine solche Situation, wenn auch eine fiktive, schuf ihrerseits die Voraussetzungen für die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen der Roten Armee, denn wie Lenin gesagt hatte: „Eine äußere Hilfe bei der Überwindung des Ausbeutersystems ist nur möglich, wenn die Revolution völlig reif ist.“⁹³

Die Besetzung Dänemarks und Norwegens durch die Deutschen scheint keinen direkten Einfluß auf die Beschlüsse der Sowjetunion gehabt zu haben. Vermutlich war Molotov ganz aufrichtig, als er am 9. 4. 1940 v. d. Schulenburg versicherte, daß er die Maßnahmen Deutschlands verstehe und zum Schluß sagte: „Wir wünschen Deutschland für seine Verteidigungsmaßnahmen vollen Erfolg.“⁹⁴ Das vereinfachte die Baltikumpolitik der Sowjetunion, weil man nicht mehr angelsächsische Kräfte als störende Faktoren zu berücksichtigen brauchte. Dagegen war es für die Sowjetunion vermutlich völlig klar, daß mit dem Beginn des deutschen Angriffs im Westen am 14. 5. 1940 der Augenblick ihres Handelns gekommen war. Die *Istvestija* schrieb in einem Artikel am 16. Mai: „Die gegenwärtigen Ereignisse, die Besetzung Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs, haben wieder einmal bewiesen, daß die Neutralität der kleinen Staaten eine reine Phantasie ist, wenn sie nicht die Kraft haben, diese ihre Neutralität zu verteidigen. Deshalb haben kleine Staaten sehr selten Gelegenheit, selbständig zu bleiben. Alle Überlegungen der kleinen Staaten über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit in ihren Beziehungen mit den Großmächten sind nur naiv, weil die letzteren im Kriege bestimmen, ob die kleinen Staaten bestehen bleiben oder nicht.“⁹⁵ Die Spitze des *Istvestija*-Artikels war also besonders gegen die Neutralitätspolitik gerichtet. Strategisch war die Besetzung der baltischen Länder schon lange notwendig; jetzt bot sich dafür auch ein taktisch geeigneter Zeitpunkt. Die ideologische Vorbereitung zielte auf denselben Zeitpunkt. Übrig blieben nur noch die taktischen Ablenkungsmanöver, mit denen die Großmächte ihre Aktionen zu begründen pflegen.

⁹² Ponomarev S. 442.

⁹³ Zitiert nach Navickas S. 142.

⁹⁴ Schulenburg aus Moskau 9. 4. 1940, ADAP, Serie D, Bd. IX S. 87.

⁹⁵ U. S. Congress, Third Interim Report S. 318.

Die Sowjetregierung überreichte am 25. Mai der litauischen Regierung eine Note, in der litauische Behörden beschuldigt wurden, russische Soldaten entführt zu haben. Die Sowjetregierung forderte die litauische Regierung auf, die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung dieser Art von provokatorischer Tätigkeit zu ergreifen, damit die Sowjetunion nicht gezwungen sei, „andere Maßnahmen“ zu ergreifen. Die litauische Regierung bat am folgenden Tage um Informationen über die Personen, die Molotov in seiner Note erwähnt hatte. Gleichzeitig teilte sie mit, eine besondere Untersuchungskommission eingesetzt zu haben, um die genannten Fälle verschwundener Soldaten zu untersuchen.⁹⁶ Kaslas hat den diesbezüglichen Bericht von Juozas Braziuskas veröffentlicht, der Vorsitzender der Kommission war.⁹⁷ Zu einer genaueren ereignisgeschichtlichen Untersuchung besteht hier jedoch kein Anlaß, denn es handelte sich hauptsächlich um Ereignisse, die zur selben Kategorie gehören wie die sog. Schüsse von Mainila vor Ausbruch des Winterkrieges. Darauf deutet auch hin, daß Marschall S. K. Timošenko im Gespräch mit dem litauischen Gesandten in Moskau L. Natkevičius am 4. 6. 1940 versicherte, daß er an eine friedliche Lösung glaube. Timošenko war bereit, zuzugeben, daß der Fehler auch bei den Sowjetsoldaten liegen könne und daß Butaev – ein verschwundener Sowjetoffizier – ein „richtiger Schurke“ sei.⁹⁸

Die Anschuldigungen Moskaus veranlaßten die litauische Regierung zu einigen Vorsichtsmaßnahmen. Außenminister Urbšys drahtete am 30. Mai an die Leiter aller litauischen Vertretungen im Ausland: „Wenn es hier zu einer Katastrophe kommt, dann wird S. Lozoraitis Chef der diplomatischen Vertretungen.“⁹⁹ Molotov erklärte sich bereit, den litauischen Ministerpräsidenten Merkys am 7. und 8. Juni in Moskau zu empfangen. Merkys trug Molotov den Bericht der litauischen Untersuchungskommission vor, den Molotov jedoch gar nicht würdigte. Er begann, den Chef der litauischen Sicherheitspolizei, Poviliaitis, und den Innenminister Skučas sowjetfeindlicher Provokationen zu beschuldigen. Bei der zweiten Begegnung erhob Molotov einen Vorwurf von viel größerer Tragweite: er behauptete, daß die drei baltischen Staaten ein Militärbündnis gegen die Sowjetunion abgeschlossen hätten.¹⁰⁰ Auf Wunsch von Merkys kam auch Außenminister Urbšys am 11. Juni nach Moskau und nahm am gleichen Tag an der dritten Begegnung von Molotov und Merkys teil. Urbšys übergab dem Außenkommissar eine Erklärung seiner Regierung, daß Litauen allen seinen Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber gemäß dem Vertrag nachkommen werde. Der litauische Außenminister unterrichtete auch Molotov davon, daß Präsident Smetona die von der Sowjetunion gewünschten Änderungen in der Regierung vornehmen werde. Diese Erklärungen überzeugten aber Molotov nicht. Merkys kehrte unverrichteter Dinge nach Kowno zurück und Außenminister

⁹⁶ Noten der Sowjetunion und Litauens s. Kaslas S. 176–177.

⁹⁷ Kaslas 1973 S. 191–194.

⁹⁸ U. S. Congress, Third Interim Report S. 321.

⁹⁹ Kaslas 1973 S. 180.

¹⁰⁰ Rauch S. 183–184.

Urbšys blieb noch in Moskau.¹⁰¹ Der Präsident, die Regierung und die oberste Armeeführung versammelten sich am Abend des 12. Juni, um den Bericht des Ministerpräsidenten aus Moskau zu hören. Allen Teilnehmern scheint die Situation noch nicht völlig klar gewesen zu sein. Der vom Kreml angegriffene Innenminister Skučas wurde zum Rücktritt gezwungen, und am folgenden Tage bat der Chef der Sicherheitspolizei, Poviliaitis, um seine Entlassung. Die litauischen Maßnahmen interessierten jedoch Moskau nicht mehr.¹⁰²

An der Grenze zwischen Lettland und der Sowjetunion hatte die Rote Armee in den Tagen vom 9.–15. Juni einige Zwischenfälle provoziert.¹⁰³ In der Pravda stand am 28. Mai ein Artikel „Politische Stimmungen in Estland“, in dem der estnischen Intelligenz zu englandfreundliche Ansichten vorgeworfen wurden und auch, daß sie die Besetzung Dänemarks, Norwegens, der Niederlande und Belgiens als „aggressive Maßnahme“ betrachte und daß sie alles Deutsche hasse. In wirtschaftlichen Kreisen Estlands war nach dem Artikel die Auffassung weitverbreitet, daß der Handel mit England günstiger sei als der mit Deutschland. Die Vorwürfe klingen eigenartig, aber die erste Hälfte des Artikels war auch offensichtlich mehr dazu bestimmt, in Deutschland als in Estland gelesen zu werden. Die Schlußfolgerungen des Artikels waren dagegen deutlich an die Adresse Estlands gerichtet: „Die herrschenden Kreise in Estland versuchen ihre neutrale Haltung zu bewahren. Sie sprechen nicht von der Tatsache, daß der gegenseitige Beistandsvertrag Estland vor dem Krieg rettete oder daß der Handel mit der Sowjetunion ihm ein normales wirtschaftliches Leben ermöglicht.“¹⁰⁴ Im Mai waren auch militärische Vorbereitungsmaßnahmen ergriffen worden. Die Sowjetunion verlegte in der Zeit vom 15. 5.–25. 5.1940 ca. 100 Panzer und 250 mit Raupenkettens versehene Geschütze aus dem Gebiet von Wilna nach Caizenai in der Nähe von Kowno.¹⁰⁵ Die Stützpunkte wurden am 10. Juni in volle Alarmbereitschaft versetzt.¹⁰⁶ Die Vorbereitungen waren auf allen Ebenen abgeschlossen.

¹⁰¹ Boris Meissner, Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht. Köln 1956, S. 73.

¹⁰² Sabaliūnas S. 180.

¹⁰³ A. Berziņš' Zeugenaussage, U. S. Congress, Baltic States Investigation S. 57.

¹⁰⁴ Mr. La Rougtels Depesche aus Moskau 28. 5. 1940, PRO, FO 371/24765.

¹⁰⁵ U. S. Congress, Third Interim Report S. 318.

¹⁰⁶ Ebenda S. 243.

VII. Das Baltikum wird dem Sowjetsystem eingegliedert

1. Die erste Phase: Von den sowjetischen Ultimata bis zur Bildung der Volksregierungen

In der Nacht zum 15. Juni 1940 wurde der litauische Außenminister Urbšys, der gerade in Moskau war, zusammen mit dem Gesandten in Moskau in den Kreml gerufen, wo Molotov ihnen um Mitternacht ein an die litauische Regierung gerichtetes Ultimatum verlas. Die Sowjetregierung wiederholte darin die früheren Anschuldigungen wegen der behaupteten Entführungen sowjetischer Soldaten. Der litauischen Regierung wurde ferner vorgeworfen, daß sie ohne Begründung die Arbeit litauischer Staatsbürger in den sowjetischen Garnisonen behindere und somit versuche, deren Tätigkeit in Litauen geradezu unmöglich zu machen. In der Note wurde dann auf die lebhaften Kontakte zwischen den Armeeführungen der drei baltischen Republiken hingewiesen; sie wurden als Beweis für ein Militärbündnis zwischen Estland, Lettland und Litauen ausgelegt, das gegen die Sowjetunion gerichtet sei und im Widerspruch zum gegenseitigen Beistandsvertrag stehe. Die Sowjetunion halte deshalb folgende Maßnahmen für absolut notwendig:

1. Innenminister Skučas und der Chef der Sicherheitspolizei, Poviliaitis, die nach Auffassung der Sowjetregierung direkt verantwortlich seien für die gegen die Sowjetgarnisonen gerichteten „Provokationen“, seien anzuklagen;
2. In Litauen sei sofort eine neue Regierung zu bilden, die in der Lage und bereit sei, die Erfüllung des gegenseitigen Beistandsvertrages zwischen der Sowjetunion und Litauen zu garantieren, und die entschlossen Schritte gegen die „Feinde des Vertrages“ unternehmen werde;
3. Den Streitkräften der Sowjetunion sei in genügender Stärke ungehinderter Zugang nach Litauen zu garantieren, damit die Verwirklichung der vorgenannten Ziele gesichert sei. Man erwarte die Antwort der litauischen Regierung bis spätestens zehn Uhr am folgenden Morgen.¹ (Urbšys versuchte vergebens, eine Verlängerung der Frist zu erreichen.)

Molotov ließ durchblicken, daß die sowjetischen Juristen schon solche Bestimmungen in den litauischen Gesetzen finden würden, aufgrund derer der Innenminister und der Chef der Sicherheitspolizei wegen Landesverrat angeklagt werden könnten, weil die litauischen Juristen dazu nicht in der Lage zu sein schienen. Urbšys bedauerte, daß der gegenseitige Beistandsvertrag, für den auch er gearbeitet hatte, jetzt ein solches Ende nehme. Molotov schob alle Schuld für die entstandene Situation ausschließlich auf die „litauischen Provokateure“.²

Die litauische Regierung hatte das Ultimatum der Sowjetunion am 15. Juni um 2 Uhr nachts in der Hand, so daß ihr acht Stunden blieben, die Antwort zu formulie-

¹ Tarulis S. 182–186; Meissner S. 74.

² Tarulis S. 186–187.

ren. In der Sitzung der Regierung waren die Meinungen geteilt. Präsident Smetona widersetzte sich der Annahme des sowjetischen Ultimatums und forderte zum Widerstand auf. Für die Annahme des Ultimatums sprachen sich jedoch sowohl der Oberbefehlshaber der Armee, General Vitkauskas, als auch ihr früherer Oberbefehlshaber, General Raštikis, aus. Diesem Standpunkt schlossen sich auch Ministerpräsident Merkys und Vizeministerpräsident Bizauskas an. Einstimmigkeit war jedoch nicht zu erzielen. Präsident Smetona hatte nicht mehr genügend Zeit, eine neue Regierung zu bilden, und deshalb teilte er mit, er werde ins Ausland gehen und dadurch gegen das Ultimatum protestieren. Gleichzeitig übergab der Präsident seine Vollmachten vorläufig dem Ministerpräsidenten. Die Initiative im Kabinett besaßen jetzt die, denen Widerstand zwecklos schien.³ Der Beschluß der Regierung, auf Widerstand zu verzichten, war außer von militärischer Überlegung besonders von zwei Faktoren bestimmt. Man glaubte, daß Moskau nicht beabsichtige, alle Spuren der litauischen Selbständigkeit zu vernichten. Andererseits war Litauen innenpolitisch arg zersplittert. Der immer fester werdende Griff der Nationalisten am Hebel der Macht hatte die Opposition davon überzeugt, daß eine grundlegende Wende in demokratische Richtung unter dem Regime Smetona nicht möglich sei.⁴

Die Regierung ging auf die Forderungen der Sowjetunion ein, und Raštikis wurde mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Der General begann schon mit der Zusammenstellung der Regierung, als aus Moskau die Nachricht kam, die Sowjetregierung lehne Raštikis als neuen Ministerpräsidenten ab. Gleichzeitig wurde aus Moskau mitgeteilt, daß der stellvertretende Außenminister V. G. Dekanosov nach Kowno kommen werde, um für die Bildung einer neuen Regierung zu sorgen.⁵ Am Nachmittag des 15. Juni begannen die sowjetischen Truppen, die strategischen Punkte in Litauen zu besetzen. Gegen Abend gingen Präsident Smetona und Kriegsminister Musteikis über die Grenze nach Ostpreußen.⁶ Für den Chef der Sicherheitspolizei, Poviliaitis, und Innenminister Skučas war dagegen der Weg über die Grenze versperrt, denn auf deutscher Seite fürchtete man, daß deren Aufnahme zu Schwierigkeiten führen könnte.⁷

Die Flucht Präsident Smetonas stellte nun die Drahtzieher der Ereignisse vor eine überraschende Situation. Die neue Regierung konnte nicht auf gesetzlichem Wege gebildet werden. Der als stellvertretender Präsident fungierende Ministerpräsident Merkys war nicht zur Ernennung der neuen Regierung befugt, weil der Präsident nicht verstorben oder zurückgetreten war. Der sowjetische Gesandte in Kowno, N. G. Pozdniakov, und Dekanosov sandten eine besondere Delegation zu Präsident Smetona, die ihn zur Rückkehr bewegen sollte. Nach Kreves Bericht war Dekanosov wegen der Flucht Smetonas direkt beleidigt. Die Reise der Delegation war natürlich

³ Albertas Gerutis, *Occupied Lithuania. Lithuania 700 years*. New York 1969, S. 263–265.

⁴ Sabaliūnas S. 183.

⁵ Tarulis S. 189.

⁶ Grundherrs Denkschrift 18. 6. 1940, AA Büro des St. Litauen 1. 5. 1939–31. 8. 1944.

⁷ Grundherrs Denkschrift 15. 6. 1940, AA Büro des St. Litauen. Meldung der Sicherheitspolizei Tilsit 15. 6. 1940, AA Büro des RAM/Litauen 17.

völlig ergebnislos. Früh am Morgen des 17. Juni diktierte der sowjetische Minister N. G. Pozdniakov Merkys die Namen der Personen, die in Moskau dazu bestimmt worden waren, die Verantwortung für die zu bildende Volksregierung zu übernehmen. Irgendwelche Änderungen in der Kabinettsliste waren nicht zu erreichen.⁸ Noch am selben Tage wurde die neue Regierung ernannt. Ministerpräsident wurde der linksstehende Journalist Justas Paleckis, stellvertretender Ministerpräsident und amtierender Außenminister war der Dekan der Humanistischen Fakultät der Universität Kowno, Prof. Kreve-Mickevičius, der Oberbefehlshaber der Armee, General Vitkauskas, übernahm auch die Aufgaben des Verteidigungsministers, Finanzminister blieb weiterhin Ernastas Galvanauskas, Landwirtschaftsminister und gleichzeitig amtierender Innenminister wurde Matas Mickis, Justizminister wurde Povilas Pakarlis und das neue Portefeuille des Gesundheitsministers erhielt der Leibarzt des sowjetischen Gesandten, Leonas Koganas.⁹ Einige Tage später wurde die Regierung durch Mitglieder der kommunistischen Partei ergänzt: Mečys Gedvilas erhielt das Portefeuille des Innenministers, eine Schlüsselposition, Arbeitsminister wurde Mašynas Junča-Kučinskis, Transportminister Stasys Pupeikis und Minister für Angelegenheiten des Wilna-Gebietes Karolis Didžiulis-Grosmanas. Ministerpräsident J. Paleckis, der schon früher eng mit der kommunistischen Partei zusammengearbeitet hatte, trat jetzt der Partei bei. Die Säuberung „des bürgerlichen Staatsapparates“ wurde unverzüglich begonnen. Die wichtigen Schlüsselpositionen besonders im Bereich der Sicherheitspolizei wurden mit Mitgliedern der kommunistischen Partei besetzt.¹⁰ Der erste Sekretär der kommunistischen Partei Litauens, Antanas Sniečkus, wurde Chef der Sicherheitspolizei. Als Dekanosovs sicherheitspolitischer Berater kam auch der NKWD-Major Gladkov nach Kowno; er wurde fünf Monate später Kommissar für Sicherheitsfragen in Litauen.¹¹

Innerhalb der Regierung gab es von Anfang an zwei deutlich entgegengesetzte Gruppierungen, von denen die prokommunistische Mehrheit in ihrer Tätigkeit den Weisungen der sowjetischen Gesandtschaft folgte, während die von Galvanauskas und Kreve geführte Minderheitsgruppe bis zuletzt versuchte, die beschränkte Selbstständigkeit Litauens zu verteidigen. Infolge des Widerstandes der letztgenannten konnte die kommunistische Partei Litauens erst am 26. Juni legalisiert werden. Die kommunistische Partei zog in das Hauptquartier der nationalistischen Partei und trat auch sonst als Erbe des Eigentums der aufgelösten Partei auf.¹² Aus den Gefängnissen wurden in den ersten Tagen der „Volksregierung“ 272 politische Häftlinge freigelassen, in erster Linie Kommunisten. Ende Juni war schon deutlich zu erkennen, daß von der Regierung aus die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten war. Die

⁸ Sabaliūnas S. 187–188; Kreve-Mickevičius' Bericht, U. S. Congress Third Interim Report S. 451.

⁹ Preston aus Kowno 17. 6. 1940, FO 419/34/272; s. auch Palin aus Riga 20. 6. 1940, UM 5 C/16.

¹⁰ Schtejman S. 394–395.

¹¹ Gerutis, *Occupied Lithuania* S. 267–271.

¹² Sabaliūnas S. 189–192; Adelman aus Kowno 27. 6. 1940, AA Büro des St. Litauen.

kommunistische Partei, der NKWD und die Rote Armee beschlagnahmten privates Eigentum, vertrieben Menschen aus ihren Wohnungen und forderten die Bevölkerung auf, die „Feinde des Volkes“ zu liquidieren.¹³

Schon während des Regimes Smetona war die Stellung des Innenministers sehr selbständig geworden. Er hatte große Vollmachten und war in Wirklichkeit direkt dem Präsidenten unterstellt. Innenminister Gedvilas, der sich bei Bedarf immer auf den stellvertretenden Präsidenten J. Paleckis stützen konnte, nahm somit in der Regierung eine ganz zentrale Position ein. In seinem Ministerium führte Gedvilas bald eine sehr umfangreiche Säuberung durch.

Kreve sah ein, daß ihm unter diesen Umständen nichts anderes übrig blieb als zurückzutreten. Nachdem er mit Galvanauskas und einigen anderen engen Freunden gesprochen hatte, erklärte er sich jedoch bereit, nach Moskau zu reisen, um herauszufinden, was der Kreml letztlich mit Litauen zu tun gedachte. Die Tore des Kreml öffneten sich Kreve spät am Abend des 30. Juni. Sein fast fünfstündiges Gespräch mit Molotov hat Kreve mehrfach wiedergegeben.¹⁴ In Molotovs Auslegung scheint der Motivationshintergrund der sowjetischen Maßnahmen sehr vielschichtig. Der Außenkommissar betonte wieder einmal das Mißtrauen der Sowjetunion gegen die Absichten Deutschlands. Aber die Sowjetunion war auch gegen Smetonas Politik mißtrauisch. „Aus zuverlässigen Quellen“ hatte die Sowjetregierung nach Molotovs Worten erfahren, daß Smetona sich an die deutsche Regierung mit dem Anerbieten gewandt hatte, deutsche Truppen in Litauen einmarschieren zu lassen. Molotov versicherte deshalb seinem Gesprächspartner, daß die Sowjetunion nicht einen solchen strategischen Fehler machen würde, wie ihn Frankreich machte, als es Belgien unbesetzt ließ. „Hätte Frankreich Belgien besetzt, so hätte der deutsch-französische Feldzug einen ganz anderen Verlauf genommen.“ Der Außenkommissar vergaß auch nicht, sich bei der Erläuterung der sowjetischen Politik auf einen so traditionellen Begriff der Machtpolitik zu stützen wie das Interesse des Staates. „Auch die russischen Zaren, beginnend mit Iwan dem Grausamen, waren bestrebt, sich einen Weg an die Ostsee zu bahnen, und zwar bestimmt nicht aus persönlichen Gründen, sondern aus Gründen der staatlichen, der völkischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Es wäre unverzeihlich gewesen, wenn die Sowjetregierung diese Gelegenheit, die sich schwerlich zum zweiten Male bieten würde,

¹³ Ebenda S. 198.

¹⁴ Der umfangreichste Bericht ist veröffentlicht im Bericht des vom 83. Kongress der Vereinigten Staaten 1953 eingesetzten Untersuchungsausschusses (U. S. Congress, Third Interim Report S. 454–460); die während des Krieges 1942 in Deutschland veröffentlichte Dokumentensammlung „Die Sowjetunion und die baltischen Staaten“ enthält Kreves Denkschrift (Anlage 2) über sein Gespräch mit Molotov (S. 28–31), auf dieser Denkschrift wiederum beruhen einige während der Kriegszeit in deutschen Zeitungen veröffentlichte Artikel (z. B. Danziger Vorposten 13. 5. 1943, Kauener Zeitung 1. 4. 1943). Auch in sachlicher Hinsicht stimmen die Berichte nicht völlig miteinander überein. In der während des Krieges veröffentlichten Denkschrift von Kreve tritt Molotovs Kritik an Präsident Smetonas Politik während der Stützpunktperiode viel schärfer hervor als z. B. in dem Bericht des Untersuchungsausschusses des Kongresses.

ungenutzt hätte vorübergehen lassen.“ Der Sowjetaußenminister sagte dann, daß er „ohne Sentimentalität“ spreche, „von der es in der Angelegenheit genug gegeben habe“, und er fuhr fort: „Sie müssen in dem Maße Realisten sein, daß Sie verstehen, daß die kleinen Völker in Zukunft verschwinden werden. Ihr Litauen zusammen mit den anderen baltischen Völkern, Finnland mitgerechnet, wird in die glorreiche Familie der Sowjetvölker aufgenommen werden. Deshalb sollten Sie beginnen, ihr Volk in das Sowjetsystem einzuführen, das in der Zukunft ganz Europa beherrschen wird.“ Kreve versuchte Molotov davon zu überzeugen, daß es im Interesse beider Staaten läge, den Beistandsvertrag dahin zu überprüfen, daß die Interessen der Sowjetunion darin besser berücksichtigt würden. Solche Vorschläge waren jedoch in den Augen des Außenkommissars verfallene Münzen. Zu einem anderen Zeitpunkt wären diese Vorschläge nach Molotov durchaus akzeptabel gewesen, aber jetzt hätten sich die Verhältnisse geändert.

Molotov erklärte dem erschütterten Außenminister, daß die Litauer auf die in den Sowjetrepubliken übliche Weise gefragt würden, „ob sie sich der Familie der Sowjetvölker anschließen wollten“. Und Molotov versicherte, daß die Litauer schon begreifen würden, daß „ihr Wohl diesen Anschluß verlange, weil sie nur im Schutz der Sowjetunion in Frieden leben könnten“.¹⁵ Als Kreve zu bezweifeln wagte, ob sich die Litauer so ohne weiteres in die Stellung eines Protektorates fügen würden, versicherte Molotov: „Sie werden sehen, daß ehe vier Monate vergangen sind, die Völker aller baltischen Staaten für den Anschluß gestimmt haben, was ohne irgendwelche Störungen geschehen wird, auch wenn Sie mir Angst zu machen versuchen.“¹⁶

Am folgenden Morgen traf Kreve noch Dekanosov, der nach Moskau zurückgefliegen war. Dekanosov war genau so wie Molotov davon überzeugt, daß ganz Europa sich unter der roten Fahne vereinigen würde.¹⁷ „Der zweite Weltkrieg wird uns Europa in die Hand geben wie eine reife Frucht. Der dritte Weltkrieg, der unausweichlich ist, läßt uns in der ganzen Welt siegen.“ Im Baltikum rechnete man mit dem stärksten Widerstand gegen die Maßnahmen der Sowjetunion gerade in Litauen. Deshalb wollte man Dekanosov zufolge dort besonders sorgfältig vorgehen, um alle Störungen zu vermeiden. Aus diesem Grund wurde auch großer Wert darauf gelegt, daß der in weiten Kreisen Vertrauen genießende Kreve wenigstens solange in der Regierung bliebe, bis das Land sich an die „Familie der Sowjetvölker“ angeschlossen habe. Dekanosov empfahl Kreve wärmstens, der kommunistischen Partei beizutreten.¹⁸

Nach seiner Rückkehr aus Moskau informierte Kreve auch Paleckis und Gedvilas über sein Gespräch mit Molotov. Der stellvertretende Präsident fühlte sich betrogen, weil Dekanosov ihm bei der Regierungsbildung versichert hatte, „daß die Selbst-

¹⁵ Die Sowjetunion und die baltischen Staaten, Anlage 2.

¹⁶ Kreves Bericht, U. S. Congress, Third Interim Report S. 455–460.

¹⁷ Siehe oben S. 118.

¹⁸ Kreves vorgenannter Bericht S. 462–463.

ständigkeit Litauens nicht in Gefahr sei“. Gedvilas war beim Eintreffen der Roten Armee anfangs versichert worden, daß die innere Ordnung sich nicht ändern würde – und erst später erfuhr er die wirkliche Richtung der künftigen Entwicklung.¹⁹ Offensichtlich wußten die örtlichen Kommunisten am Anfang der „Revolution“ nichts von den Sowjetisierungsplänen Moskaus.²⁰

Lettland und Estland empfangen das Ultimatum der Sowjetregierung in einem Zeitabstand von zwei Stunden am Nachmittag des 16. Juni. Darin wurden dieselben Beschuldigungen wiederholt, die schon in der Litauen überreichten Note standen. Die Sowjetregierung forderte gleichzeitig die Bildung sowjetfreundlicher Regierungen und freien Zugang nach Lettland und Estland für die Rote Armee. Die Antworten wurden in Moskau schon nach acht Stunden erwartet.²¹

Ulmanis scheint sich nach dem Empfang des Ultimatus völlig darüber im klaren gewesen zu sein, daß dies das Ende der lettischen Selbständigkeit bedeutete. Im letzten Augenblick nahm Ulmanis noch einmal Verbindung mit dem deutschen Gesandten auf, nur um sich zu vergewissern, daß die Haltung Deutschlands unverändert sei.²² Die ersten Einheiten der Roten Armee kamen nach Lettland aus Litauen, und sie trafen in Riga am 17. Juni kurz nach Mittag ein. Noch am Abend desselben Tages kam Andrei Vyšinskij nach Riga, der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, der Präsident Ulmanis sagte, daß er Sondervollmachten habe, über die Bildung einer neuen Regierung und andere damit verbundene Maßnahmen zu verhandeln. Vyšinskij's engster Mitarbeiter bei der Bildung der Volksregierung war der zweite Sekretär der Sowjetgesandtschaft, Vetrov, der eigentlich Beamter des NKWD war. Am folgenden Tage versuchte Außenminister Munters vergebens den Emissär der Sowjetregierung zu erreichen, der intensiv in der Sowjetgesandtschaft arbeitete. Am Mittwoch den 19. Juni übergab Vyšinskij eine Liste der für die Regierung vorgesehenen Personen. Änderungen in der Kabinettsliste waren nicht mehr möglich, weil für die darin aufgeführten Personen nach Vyšinskij schon die Zustimmung aus Moskau vorlag.²³

Die neue Regierung, die die Amtsgeschäfte am 20. Juni übernahm, erhielt folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident und gleichzeitig diensttuender Außenminister wurde Prof. Augustas Kirchenšteins. Er war 1872 in Riga geboren, hatte in Dorpat und Zürich studiert. Nachdem er sich 1905 an der Revolution in Lettland beteiligt hatte, ging er als Emigrant in die Schweiz. Später nach Riga zurückgekommen, hatte er in der Universität gearbeitet. Kirchenšteins gehörte auch zu den Mitarbeitern der Zeitung „Jaunakas-Sinas“. Als eine gewisse Qualifikation für die neue Aufgabe kann man wohl ansehen, daß er Vorsitzender der lettisch-sowjetischen Freund-

¹⁹ Gerutis S. 269.

²⁰ Sabaliūnas S. 199.

²¹ Tarulis S. 191.

²² Rauch S. 187.

²³ Berzinš' Zeugenaussage, U. S. Congress, Baltic States Investigation S. 60–62; Berzinš S. 70–72.

schaftsgesellschaft und aus diesem Grund ein oft gesehener Gast in der sowjetischen Gesandtschaft war. Der kommunistischen Partei trat Kirchenšteins bald nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten bei. Die Aufgaben des Kriegsministers wurden dem pensionierten General Robert Damitis anvertraut, der politisch dem Bauernbund nahe zu stehen schien. Das wichtige Portefeuille des Innenministers erhielt der kommunistische Schriftsteller Vilis Lacis, der zuletzt bei der Zeitung „Jaunakas-Sinas“ tätig gewesen war. Zum stellvertretenden Innenminister und gleichzeitig zum Chef der Geheimen Polizei wurde der andere Kommunist des Kabinetts, V. Latovsky, ernannt. Minister für öffentliche Arbeiten wurde Peters Blaus, der Chefredakteur der Zeitung „Jaunakas-Sinas“. Von den Mitarbeitern derselben Zeitung kam noch Julijs Lacis in die Regierung, der das Amt des Sozialministers erhielt. Der zum Justizminister ernannte Juris Paberzs und der Verkehrsminister Janis Jegars können wohl am ehesten als Berufsminister bezeichnet werden.²⁴ Ein beträchtlicher Teil der neuen Minister kam aus dem Mitarbeiterstab der Zeitung „Jaunakas-Sinas“. Kotze machte in seinem Bericht auf in Riga umgehende Gerüchte aufmerksam, nach denen die Sowjetregierung die Zeitung schon eine Zeitlang wirtschaftlich unterstützt hatte.²⁵

Aus Protest gegen die sowjetische Besetzung erschloß sich am selben Tag der erste Chef des lettischen Schutzkorps und damalige Befehlshaber der Grenzschutzverbände, General Bolšteins. In einem hinterlassenen Brief begründete Bolšteins seine Tat damit, daß er, der beim Aufbau des selbständigen Lettland dabei gewesen sei, nicht dabeisein wolle, wenn dieser Selbständigkeit das Grab gegraben werde.²⁶

Am folgenden Tage (21. Juni) wurde in Riga eine von den Mitgliedern der Linken und den Russen gemeinsam organisierte große Demonstration „zum Beweis des Vertrauens“ in die neue Regierung veranstaltet. An der Demonstration nahmen mindestens 25 000 Rigaer teil. An der Spitze des Zuges marschierten etwa zweihundert freigelassene politische Gefangene, die meisten von ihnen noch in Sträflingskleidung. Auch Matrosen des russischen Panzerschiffes „Marat“ nahmen an der Demonstration teil. Der Zug marschierte vor die Sowjetgesandtschaft, wo Vyšiniskij eine Ansprache hielt, die mit dem Wunsch endete: „Lang lebe das selbständige Lettland und die Freundschaft zwischen dem selbständigen Lettland und der Sowjetunion“. Während der Ansprache von Vyšiniskij wurde auch die Parole gerufen: „Lang lebe Sowjetlettland in der Sowjetunion“. Diese Parole war jedoch völlig verfrüht, was Vyšiniskij veranlaßte, zu seinen Mitarbeitern zu sagen, daß „die Rowdies betrunken sind“. ²⁷ Von der Regierung Kirchenšteins' wurde versichert, daß sie für eine „freie und selbständige Republik Lettland“ arbeiten werde.²⁸ Nach Berzinš

²⁴ Personenangaben und Charakterisierungen s. Kotze aus Riga 21. 6. 1940, AA Gesandtschaft Kowno/Lettland/Bd. 75; Berzinš' vorgenannte Zeugenaussage S. 62.

²⁵ Kotzes obengenannter Bericht; s. auch Orde aus Riga 19. 6. 1940, FO 371/124761.

²⁶ Palin aus Riga 24. 6. 1940, UM 5 C/16; Berzinš S. 73.

²⁷ Berzinš' obengenannte Zeugenaussage S. 68–69, Palin aus Riga 24. 6. 1940, UM 5 C/16.

²⁸ Tarulis S. 219.

versicherte aber Vetrov ihm am 30. Juli, daß „es niemals mehr ein selbständiges Lettland geben werde“.²⁹

Palin traf den neuen Ministerpräsidenten am 26. Juni, als er die Leiter der Gesandtschaften empfing. Kirchenšteins machte auf den Gesandten einen sehr unsicheren Eindruck. „Ein alter müder unsicherer Mann, dem offensichtlich Selbstvertrauen, Sicherheit, eigener Wille und Sachkenntnis fehlen.“ Als Palin Kirchenšteins darauf aufmerksam machte, daß die Regierung in ihrer Regierungserklärung die Behauptung der Russen bestätigt hatte, nach der das lettisch-estnische Verteidigungsbündnis auch auf Litauen ausgedehnt worden war, bemerkte der Ministerpräsident, daß er nicht wisse, wie es sich verhalte, „aber die Russen hatten die Aufnahme dieses Punktes in die Regierungserklärung gefordert!“³⁰ Der Gesandte der Vereinigten Staaten, Wiley, erwähnt in seinem Bericht von demselben Empfang, daß der Ministerpräsident „fast alarmierend offen“ gesprochen habe. Viele Kabinettssitze waren Kirchenšteins zufolge offen geblieben, weil sich kein für die sowjetischen Behörden annehmbarer Kandidat gefunden habe.³¹

In Estland verliefen die Dinge ähnlich wie in Litauen und Lettland. Estland hatte am 16. Juni ein Ultimatum desselben Inhalts wie Lettland erhalten und eine positive Antwort darauf gegeben. Die sowjetischen Truppen begannen früh am Morgen des 17. Juni ihren Einmarsch in Estland. Am selben Tag erfuhr der estnische Gesandte in Moskau, Rei, daß der zu Stalins engen Mitarbeitern gehörende Parteisekretär von Leningrad und Mitglied des Politbüros, A. Ždanov, nach Reval komme, wo er am Morgen des 19. Juni eintreffen sollte.³² Auf Anordnung seiner Regierung reiste auch Rei nach Reval, wo er in den frühen Morgenstunden des 19. Juni eintraf, etwas früher als Ždanov. Päts empfing Ždanov mittags, wobei dieser gleich seinen Kandidaten für den Posten des neuen Ministerpräsidenten nannte: den Arzt und Schriftsteller Johannes Vares-Barbarus. Der Vorschlag war eine große Überraschung für den Präsidenten, der selbst beabsichtigt hatte, für den Posten den Gesandten Rei vorzuschlagen. Nach der Begegnung beriet sich der Präsident sofort mit dem Ministerpräsidenten Uluots und dem Oberbefehlshaber der Armee, General Laidoner, über die neue Situation. Nach der Ansicht von Uluots – der Ministerpräsident kannte Vares-Barbarus schon seit den Schuljahren – war Vares ein ungefährlicher Radikaler, der wenigstens nicht bewußt für die Zerstörung der Freiheit und Unabhängigkeit Estlands arbeiten würde. Der Präsident beauftragte dann noch am selben Nachmittag Vares mit der Bildung einer neuen Regierung. Vares gab bei dieser Gelegenheit zu verstehen, daß er zuerst über den Auftrag mit seinem engen Freund Prof. H. Kruus sprechen werde, der am folgenden Morgen nach Reval kommen sollte.

Den folgenden Tag (20. Juni) verwendete Vares für Beratungen mit Kruus und

²⁹ Berziņš' obengenannte Zeugenaussage S. 74.

³⁰ Palin aus Riga 27. 6. 1940, UM 5 C/16.

³¹ Wiley aus Riga 26. 6. 1940, FRUS 1940 I S. 381.

³² A. Rei, „Förhållandena mellan Estland och Sowjetunion åren 1938–1940“. Manuskript, RA, August Rei's arkiv/15.

Ždanov.³³ Auf Anregung der kommunistischen Partei war in Reval schon am Abend des 19. Juni eine Versammlung der Gewerkschaftsaktiven gehalten worden, die die Veranstaltung einer größeren Versammlung am nächsten Abend beschloß.³⁴ Spät am Abend des 20. Juni drangen die aktivsten Kommunisten unter der Führung von Neeme Ruus und Maxim Unt in die Räume des Zentralverbandes der Gewerkschaften ein und erklärten, daß der Verbandsvorstand entlassen sei und daß der neue Vorstand von den Arbeitern eingesetzt werde. Gleichzeitig wurde ein Agitationskomitee gebildet, daß die Aufgabe hatte, für den nächsten Tag eine Massendemonstration zu organisieren. Alle Versammlungen waren zwar schon vor vier Tagen von der Regierung verboten worden, aber die sowjetische Gesandtschaft gab Innenminister Jürimaa zu verstehen, daß die Demonstration unter dem Schutz der Roten Armee stattfinden würde. Die Regierung wies aus diesem Grunde die Polizei an, passiv zu bleiben. Der Gesandte Rei, der selbst auf den Freiheitsplatz gekommen war, um die Demonstration zu beobachten, schätzte die auf dem Platz versammelte Menschenmenge auf 2000–3000 Personen,³⁵ die neugierigen Zuschauer eingeschlossen. Zu seiner Überraschung hörte Rei an einigen Stellen neue sowjetrussische Lieder, die in Estland völlig unbekannt waren. Das erklärte sich ganz einfach daraus, daß die Lastwagen der Roten Armee vom frühen Morgen an die russischen Arbeiter aus den Stützpunkten Paldisk und Klooga zur Demonstration auf den Freiheitsplatz gefahren hatten.³⁶ Alle Redner forderten den Rücktritt der Regierung Uluots und die Bildung einer Volksregierung. Ebenso wurde eine Verstärkung des mit der Sowjetunion geschlossenen Beistandsvertrages gefordert und die Rote Armee und die kommunistische Partei begrüßt.³⁷

Vom Freiheitsplatz zogen die Demonstranten zum Toompea. Ministerpräsident Uluots empfing eine Delegation der Demonstranten, die die Bildung einer neuen sowjetfreundlichen Regierung forderte. Uluots konnte darauf antworten, daß das keineswegs bei ihm, sondern bei Vares und Ždanov liege. Vom Toompea zog man zum Amtssitz des Präsidenten, dem Schloß Kadriorg. Eine Reihe leichter Panzerwagen folgte dem Zug, der dann auf der Narva-Chaussee kaum noch aus mehr als 1000 Personen bestand. Vor dem Schloß wiederholten die Demonstranten ihre früheren Forderungen. Der Präsident wollte vom Balkon des Schlosses antworten: „Vierzig Jahre habe ich für mein Volk gearbeitet, ohne einen Unterschied zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu machen. All mein Tun war nur auf das Wohl des estnischen Volkes als Ganzes gerichtet.“ Weiter kam Päts nicht, weil man die Rede systematisch zu stören begann, so daß der Präsident es für das beste hielt, aufzuhören.³⁸

³³ Ebenda.

³⁴ Eesti NSV Ajalugu III. Tallinn 1971, S. 487–488.

³⁵ Hynninen schätzte die Zahl der auf dem Freiheitsplatz versammelten Menschen auf etwa 4000, UM 5 C/12.

³⁶ Reis obengenanntes Manuskript; Evald Uustalu, Eesti Vabariik 1918–1940. Lund 1968, S. 242.

³⁷ Eesti NSV Ajalugu S. 489.

³⁸ Uustalu S. 242; Reis obengenanntes Manuskript: das Zitat mit der Rede des Präsidenten nach H. Üxkulls Bericht in Dagens Nyheter 22. 6. 1940.

Die Demonstranten zogen danach zum Zentralgefängnis, wo sie die Freilassung der politischen Gefangenen forderten. Solche gab es nach der Amnestie des Jahres 1938 kaum noch. Der Präsident befreite jedoch ohne Formalitäten eine Reihe von Personen, die wegen Spionage für die Sowjetunion verhaftet worden waren.³⁹ Vares brachte gegen Abend dem Präsidenten seine Kabinettsliste und er versuchte keineswegs zu verheimlichen, daß er die fertige Liste aus der sowjetischen Gesandtschaft bekommen habe. Die einzige Änderung, die Vares hatte durchsetzen können, betraf Prof. Kruus, der stellvertretender Ministerpräsident wurde. Die Beteiligung von Kruus hatte Vares zur unerläßlichen Bedingung dafür gemacht, daß er sich dazu bereit erklärte, die Aufgaben des Ministerpräsidenten zu übernehmen und sich überhaupt an der Regierung zu beteiligen. Noch einige Tage davor hatte Kruus alle Vermutungen über seine Beteiligung an der Regierung dementiert, indem er bemerkte, daß er keineswegs daran gedacht habe, dieser „Schar von Totengräbern“ beizutreten. Auf Wunsch des Präsidenten versuchte Vares noch, eine Änderung betreffend den Außenminister und den Kultusminister zu erreichen, aber vergebens. Dennoch kamen Päts und Uluots in ihrer Beurteilung der Lage zu der Auffassung, daß es hätte schlimmer kommen können und daß die Regierung letzten Endes nicht ganz unmöglich aussehe.⁴⁰ Auch Hynninen meinte, daß man auf entscheidender estnischer Seite trotz allem der Situation „mit relativem Optimismus“ gegenüberstand. Als Begründungen wurden u. a. die guten persönlichen Beziehungen auf höchster Ebene genannt. Man wies auch auf die Worte hin, die Stalin im Dezember 1939 zu Laidoner gesagt hatte: „Mein Ehrenwort, ich werde die Verträge halten.“⁴¹ Ždanov hatte seine Aufgabe taktisch gesehen vorbildlich ausgeführt. Der Präsident schrieb seinen Namen unter die Kabinettsliste, die folgende Namen enthielt: Als Ministerpräsidenten Johannes Vares-Barbarus, als stellvertretenden Ministerpräsidenten den hervorragenden Historiker und Professor der Universität Dorpat, Hans Kruus, als Unterrichtsminister den bekannten Schriftsteller Johannes Semper, als Landwirtschaftsminister das Mitglied des Riigikogu, Rechtsanwalt Alexander Joeäär, als Außenminister das Mitglied des Riigikogu, den Schriftsteller und Dramaturgen Nigol Andresen, als Innenminister ebenfalls das Mitglied des Riigikogu, Maxim Unt, als Wirtschaftsminister den bekannten Genossenschaftler Juhan Nichting, als Kriegsminister den Staatssekretär im Kriegsministerium Tõnis Rotberg, als Sozialminister Neeme Ruus, als Justizminister Boris Sepp, der mehrere Jahre als Anwalt der sowjetischen Gesandtschaft in Reval tätig gewesen war, und als Verkehrsminister O. Kärm.⁴² Von den Mitgliedern der Regierung waren Vares, Kruus und Semper frühere Sozialrevolutionäre. Eng mit den Kommunisten zusammengearbeitet hatten Unt, Joeäär, Andresen und Ruus. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts sind am ehesten als Berufsminister einzuordnen.

³⁹ Reis obengenanntes Manuskript.

⁴⁰ Uustalu S. 243–244; Reis obengenanntes Manuskript; Oras S. 51.

⁴¹ Hynninen aus Reval 21. 6. 1940, UM 5 C/12.

⁴² Personangaben s. Galliennes Bericht aus Reval 26. 6. 1940, PRO, FO 371/2476 sowie Hynninen aus Reval 24. 6. 1940, UM 5 C/12.

Für die Säuberung der Verwaltung war es von Bedeutung, daß der Kommunist H. Haberman Chef der politischen Polizei wurde. Laidoner wurde schon am 22. Juni seines Amtes enthoben. Mit der Entlassung höherer Beamter wurde am 26. Juni begonnen. Das estnische Schutzkorps „Kaitseliit“ wurde am 27. Juni aufgelöst und an seine Stelle wurde „Rahva Omakaitse“ gegründet. Anstelle des Regierungsorgans „Uus-Eesti“ begann „Rahva Hääl“ zu erscheinen.⁴³ Die politische Atmosphäre begann sich merklich zu ändern.

Mit Hilfe der verfügbaren Quellen bekommt man ein recht gutes Bild von der Tätigkeit der sowjetischen Emissäre gegenüber den Regierungen der baltischen Republiken. Sehr wenig weiß man dagegen von den Gesprächen der Vertreter der Sowjetunion mit den Kommunisten und sonstigen linken Elementen in den baltischen Ländern. Die in Genf erscheinende Zeitung „La Tribune de Geneve“ veröffentlichte in der Zeit vom 14. 12. 1949–12. 1. 1950 eine aufsehenerregende Memoirenserie, die ein 1947 in den Westen geflohener russischer NKWD-Major geschrieben hatte, der sich hinter dem Pseudonym „Petrow“ verbarg.⁴⁴ Aus den Erinnerungen geht hervor, daß der Verfasser im Juni 1940 als Mitarbeiter Ždanovs in Estland tätig war. In dem Text erscheinen zahlreiche wörtliche Zitate aus verschiedenen Gesprächen, deren völlige Authentizität sich allerdings bezweifeln läßt, aber der Quellenwert der Erinnerungen ist doch nicht zu bestreiten. Es wird u. a. von einem Gespräch zwischen Ždanov und dem ersten Sekretär der kommunistischen Partei Estlands, K. Säre, berichtet. Ždanov gab Säre den Rat, daß dort, wo das Bürgertum stark sei wie in Estland, ein offener Kampf nicht in Frage komme. Dann fuhr Ždanov fort: „Deshalb hören Sie, Sie können zwar mit unserer Hilfe Ihrem Bürgertum das Genick brechen. Aber das würde Empörung hervorrufen. Und wir wollen alle internationalen Konflikte vermeiden. Der Mißerfolg, den wir in Finnland hatten, reicht uns. Jede Hilfe von unserer Seite würde die Nachbarn irritieren ... Eine Revolution auf den Barrikaden mit roten Fahnen kommt hier nicht in Frage. Außerdem ist das gar nicht nötig. Warum sollen wir das Blut unserer Genossen unnützerweise vergießen.“

Ždanov berief sich dann auf Lenins Worte: „Nachdem das Proletariat im eigenen Lande die ausbeutenden Kapitalistenklassen besiegt und die Produktion organisiert hat, muß es sich gegen die kapitalistische Welt wenden, die unterdrückten Klassen der anderen Länder zu sich herüberziehen, sie gegen die Kapitalisten aufwiegeln und wenn nötig Waffengewalt gegen die ausbeutenden Klassen dieser Länder gebrauchen.“⁴⁵ Nachdem Säre erklärt habe, er verstehe jetzt, daß die Macht des Bürgertums mit Hilfe der Sowjetunion gebrochen werden müsse, wiederholte Ždanov begeistert: „Das ist richtig, mit unserer Hilfe. Und da es mit unserer Hilfe geschieht,

⁴³ Uustalu S. 244; Schtejman S. 395.

⁴⁴ Ein Teil der Erinnerungen erschien dann in englischer Sprache im „Lithuanian Bulletin“ (Nr. 7–12, 1950) unter dem Titel „The Murder of a Nation. Reminiscences of a former Major of State Security of the USSR.“

⁴⁵ Es handelt sich um den 18. Teil der 1936 erschienenen russischsprachigen Ausgabe der Werke Lenins, S. 233.

müssen Ihre Aktionen dem Gesamtplan untergeordnet sein. Dieser Plan verlangt, daß der Eindruck äußerer Hilfe zu vermeiden und vielmehr der Eindruck einer spontanen Volksbewegung zu erzeugen ist.“⁴⁶

Nachdem sie den ersten Teil ihres Auftrages ausgeführt hatten, kehrten die Emis-säre der Sowjetregierung, Ždanov, Vyšinskij und Dekanosov, Ende Juni nach Moskau zurück.

2. Die zweite Phase: Die Juliwahlen und die formelle Besiegelung des Anschlusses

Päts scheint wenigstens noch in den ersten Julitagen die Lage optimistisch beurteilt zu haben, und er glaubte nicht, daß die Sowjetisierung und der Anschluß an die Sowjetunion unmittelbar drohten.⁴⁷ Ždanovs Rückkehr nach Reval am 1. Juli scheint jedoch böse Ahnungen geweckt zu haben.⁴⁸ Ždanov forderte denn auch sofort die Durchführung neuer Parlamentswahlen, weil das alte Parlament, das rein aus „Volksfeinden“ bestand, unbrauchbar sei. Die Schwierigkeit lag nun darin, daß die Russen verlangten, in allem solle nach der estnischen Verfassung und den estnischen Gesetzen verfahren werden, gleichzeitig forderten sie aber Dinge, die nach den Gesetzen nicht möglich waren. Ždanov bestimmte am 4. Juli, daß die Wahlen am 14. und 15. Juli durchzuführen seien, obwohl sie nach dem Wahlgesetz erst 35 Tage nach Auflösung des Parlamentes hätten stattfinden können. Durch eine am 5. Juli von Päts unterzeichnete und von Vares gegengezeichnete Verordnung wurde bestimmt, daß die Wahlen zu dem von Ždanov geforderten Zeitpunkt stattfanden. Die Änderung des Wahlgesetzes durch eine Regierungsverordnung war deutlich gegen die Verfassung. Die Kandidaten für die Parlamentswahlen waren innerhalb von vier Tagen bis zum 9. Juli aufzustellen. Bis zu dem Termin lagen alle Kandidatenlisten zur Prüfung vor. In allen Wahlkreisen war außer der Liste der Kommunisten die Liste eines von der Opposition gemeinsam aufgestellten Kandidaten eingereicht worden. In der Kabinettsitzung am 9. Juli zeigte Vares einen Zettel, den er von Ždanov erhalten hatte, mit der Forderung, die Aufstellung von „Volksfeinden“ zu verhindern.

Aus diesem Grunde mußten alle Kandidaten bis zum Mittag des folgenden Tages ihr Wahlprogramm zur Prüfung vorlegen. Diese Änderung des Wahlgesetzes wurde den Wahlausschüssen telegraphisch mitgeteilt.⁴⁹ Die Wahlausschüsse wurden völlig von Mitgliedern der kommunistischen Partei beherrscht. Vorsitzender des Zentralwahlausschusses wurde der nach Boris Sepp⁵⁰ zum Justizminister ernannte F. Niggol, und

⁴⁶ La Tribune de Geneve 29. 12. 1949.

⁴⁷ Frohwein aus Reval 3. 7. 1940, ADAP, Serie D, Bd. X S. 89.

⁴⁸ Siehe z. B. Hellstedt aus Reval 6. 7. 1940, UD. HP. 1.Ee.

⁴⁹ Klesments Zeugenaussage, U. S. Congress Baltic States Investigation S. 47–50.

⁵⁰ Justizminister Boris Sepp war möglicherweise deshalb gestürzt worden, weil etwas über

Mitglied war u. a. der Chef der politischen Polizei und stellvertretende Innenminister, Haberman. Für die Prüfung der Wahlprogramme der Kandidaten gab der Zentralwahlausschuß am 10. Juli folgende Anweisung: „Wenn das eingereichte Wahlprogramm nur allgemeine Ausdrücke enthält oder wenn es offensichtlich die Wähler zu täuschen versucht, untersucht der Wahlausschuß das Wahlprogramm des betreffenden Kandidaten, wobei es nach inhaltlichen Gesichtspunkten zu der Frage Stellung nimmt.“ Die lokalen Kreisausschüsse lehnten aus diesen Gründen mit wenigen Ausnahmen alle nichtkommunistischen Listen ab. Einige Kandidaten der Opposition, wie Prof. A. Piip, hatten die Kreisausschüsse anfangs akzeptiert, aber nachdem die Anweisungen des Zentralwahlausschusses eingegangen waren, wurden auch diese Listen mit der Begründung abgelehnt, daß über die Kandidaten „ergänzende Informationen“ eingegangen seien.⁵¹

Mit entsprechenden Mitteln wurde auch in Lettland verhindert, daß die von der Opposition aufgestellten Kandidaten auf die Wahllisten kamen.⁵² In Lettland nahm jedoch die sozialdemokratische Partei im Sommer 1940 die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf. Von der neuen Regierung wurden auch einige Sozialdemokraten in hohe Ämter eingesetzt.⁵³ So wurde u. a. der zu den führenden Persönlichkeiten der Partei gehörende und erst kürzlich aus dem Exil zurückgekehrte Bruno Kalniņš zum politischen Kommissar der Armee ernannt.⁵⁴ Die lettische Volksregierung, die im Juni unvollständig geblieben war, wurde Anfang Juli komplettiert: Kultusminister wurde Paulus Leijniņš, Landwirtschaftsminister Agronom Janis Vanags, Finanzminister Ingenieur Karlis Karlsson, stellvertretender Finanzminister Ingenieur Nikolajs Priede, Prüfer des Staatshaushaltes Arnolds Tabaks.⁵⁵ Von den Ernannten waren Vanags, Karlsson und Tabaks Mitglieder der kommunistischen Partei.⁵⁶

In Litauen wurde der amtierende Ministerpräsident Kreve-Mickevičius bald nach seiner Rückkehr aus Moskau aufgefordert, das Kabinett zusammenzurufen und die Durchführung von Wahlen zu beschließen. Kreve verspürte jedoch keine Lust, sich in dieser Sache zu beeilen. Nachdem Paleckis vergeblich versucht hatte, Kreve umzustimmen, griffen Pozdniakov und Dekanosov direkt in den Lauf der Dinge ein. Die Folge war, das Finanzminister Galvanaukas am 5. Juli um seine Demission bat und entlassen wurde. Kreve kam sofort danach um seine Entlassung ein, aber sie wurde ihm nicht unmittelbar gewährt, sondern er wurde nur zwei Wochen von seinen Dienstpflichten befreit. In der noch am selben Tage gehaltenen Kabinettsitzung wurde ein aus Kommunisten zusammengesetzter fünfköpfiger Wahlausschuß

seine „Vapsi-Zeit“ an die Öffentlichkeit gekommen war. Hynninen aus Reval 5. 7. 1940, UM 5 C/12.

⁵¹ Meissner S. 84–87.

⁵² Arveds Svabe, Lettlands historia. Stockholm 1961 S. 117.

⁵³ Kalniņš S. 228.

⁵⁴ Kotze aus Riga 17. 7. 1940, AA, Gesandtschaft Kowno/Lettland.

⁵⁵ Johansson aus Riga 8. 7. 1940, UD. HP. 1.Ele.

⁵⁶ Schtejman S. 394.

eingesetzt und beschlossen, die Wahlen am 14. Juli durchzuführen. Von den Kommunisten wurde für die Wahlen eine Tarnkoalition organisiert, in deren Namen die kommunistischen und die sie unterstützenden Kandidaten bei den Wahlen auftraten. Auch in Litauen war es den Vertretern der Opposition nicht möglich, für ihre Listen in den örtlichen Wahlausschüssen die Genehmigung zu bekommen.⁵⁷

In Litauen wurden in der Nacht vom 11. zum 12. Juli die ersten Massenverhaftungen durchgeführt, um den politischen Widerstand zu brechen. Die Aktion war gegen die führenden Kreise der nicht-kommunistischen Parteien gerichtet und sie umfaßte die Verhaftung von insgesamt 2000 Personen. Den Befehl zur Durchführung der Operation gab der Chef der staatlichen Sicherheitsbehörde Litauens am 7. Juli. Die Verhaftungswelle erfaßte führende Kräfte der politischen Parteien, hohe Verwaltungsbeamte, Journalisten und Pfarrer; also den Personenkreis, von dem man annehmen konnte, daß er die Menschen auf eine „den Interessen der Revolution“ widersprechende Weise beeinflussen könne.⁵⁸ Bei dieser Aktion wurden u. a. bekannte litauische Politiker wie der ehemalige Ministerpräsident Merkys, der ehemalige Außenminister Urbšys und Prof. A. Voldemaras in die Sowjetunion gebracht.⁵⁹ Für die Stimmabgabe wurde sehr viel Propaganda gemacht. „Vilnius Balsas“ schrieb am 9. Juli: „Wer nicht seine Stimme abgibt, ist ein Feind des Volkes. Für solche Personen ist kein Platz in Litauen.“⁶⁰ Trotz allem fanden sich Personen, die den Mut hatten, nicht zu wählen. Das Fernbleiben der Wähler von den Wahlurnen war so offensichtlich, daß Präsident Paleckis am Abend des Wahltages (14. Juli) anordnete, daß die Stimmabgabe am folgenden Tage fortgesetzt werde. Gleichzeitig warnte er: „Nur die Feinde des Volkes, nur die Feinde des neuen Litauen können zu Hause bleiben und nicht an dem siegreichen Marsch des litauischen Volkes teilnehmen.“⁶¹

Nach den offiziellen Wahlergebnissen betrug die Wahlbeteiligung in Estland am 14. und 15. Juli 84,6%. Davon stimmten für die kommunistischen Kandidaten 92,9%. In Lettland betrug die Wahlbeteiligung 94,7% und der Anteil der Kommunisten an den Stimmen 97,6%. In Litauen gaben 95,1% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, und davon entfielen 99,2% auf die Listen der Kommunisten.⁶²

Die offiziellen Wahlergebnisse sind aber wohl anzuzweifeln. Zumindest die Mitglieder der litauischen Volksregierung gaben selbst in privaten Gesprächen zu, daß die Zahl der Wähler viel kleiner geblieben war. „Was zum Teufel ging schief“, wütete Gedvilas am 25. Juli vor seinen Kollegen, „Stellen Sie sich mal vor, welche Wahlbeteiligung. Es wäre ja noch gegangen, wenn die Wahlbeteiligung 50% oder auch nur

⁵⁷ Sabaliūnas S. 200–203.

⁵⁸ Ebenda S. 204; Anordnung der litauischen Sicherheitsbehörde 7. 7. 1940, englische Übersetzung, U. S. Congress, Third Interim Report S. 468–470.

⁵⁹ Bulletin des litauischen Informationsbüros: „Was ist in Litauen geschehen?“ PRO, FO 371/24761.

⁶⁰ Gerutis, *Occupied Lithuania* S. 272.

⁶¹ *The Baltic States 1940–1972*. Stockholm 1972, S. 35–36.

⁶² Tarulis S. 232.

30% gewesen wäre, niemand kann ja mehr erwarten in einem Lande, das noch vor kurzem faschistisch war. Aber es ist ein direkter Skandal, daß in vielen Kreisen nur 10% für die Volksvertretung gestimmt haben.“⁶³ Als die Deutschen im Sommer 1941 in Litauen eindringen, fanden sie in vielen Wahllokalen Dokumente, die bewiesen, daß die Wahlbeteiligung in Wirklichkeit sehr niedrig gewesen war.⁶⁴ Sofort nach den Wahlen scheint Päts Wind davon bekommen zu haben, daß es die Aufgabe des neuen Parlamentes sei, Estland an die Sowjetunion anzuschließen.⁶⁵ Vyšinskij und Dekanosov kamen am 17. Juli nach Reval, um mit Ždanov zu sprechen, wobei es offensichtlich um die Koordinierung der Maßnahmen ging. Einen deutlichen Hinweis darauf, in welche Richtung die Ereignisse gelenkt wurden, gaben die neuen Parolen. In einer Demonstration auf dem Freiheitsplatz wurde das Resultat der Wahlen gefeiert. Der als Hauptredner auftretende 1. Sekretär der kommunistischen Partei, Karel Säre, forderte nachdrücklich den Anschluß Estlands an die Sowjetunion. Die Demonstranten trugen Spruchbänder: „Es lebe Sowjetestland“ und „Wir fordern den Anschluß Estlands an die Sowjetunion“.⁶⁶ Im gleichen Ton war auch ein Leitartikel in „Rahva Hääl“ verfaßt.⁶⁷ Dieselben Parolen wurden gleichzeitig auch in Riga und Kowno ausgegeben.⁶⁸

Als die neuen Parlamente zusammentraten, wurde in den drei Hauptstädten eine völlig analoge Szenenfolge aufgeführt. Starck unter Druck gesetzt, fügten sich die Volksvertretungen in ihr Schicksal: Estland, Lettland und Litauen wurden am 21. Juli 1940 zu Sowjetrepubliken erklärt, und am folgenden Tage beschlossen die Parlamente den Antrag an den Obersten Sowjet der Sowjetunion, in dem die neuen Sowjetrepubliken um Aufnahme in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken baten.⁶⁹ Trotz allem wurde diese Lösung in der Bevölkerung als völlig unglaubliches Geschehen empfunden. Über die Stimmung in Reval schrieb der englische Gesandte am 24. Juli: „Aber bis zum letzten Augenblick und in Wirklichkeit jetzt noch weigern sich die Esten zu glauben, daß dies ihr Schicksal ist.“⁷⁰

Nach den Wahlen hatten die Verhaftungen auch in Estland zugenommen. Laidoner und seine Familie wurden am 19. Juli verhaftet und nach Moskau gebracht. Päts wurde am 30. Juli verhaftet und deportiert. Zu den sonstigen Verhafteten gehörte u. a. der ehemalige Ministerpräsident Eenpalu.⁷¹ Der lettische Präsident Ulmanis war schon am 22. Juli in die Sowjetunion deportiert worden.⁷²

Als Molotov am 1. August die Sitzung des Obersten Sowjets eröffnete, ging er in

⁶³ Sabaliūnas S. 206–207.

⁶⁴ Svabe S. 117.

⁶⁵ Frohwein aus Reval 15. 7. 1940, AA, Büro des St. Estland.

⁶⁶ Hellstedt aus Reval 19. 7. 1940, UD. HP. 1. Ee.

⁶⁷ Frohwein aus Reval 18. 7. 1940, AA, Büro des U. St.

⁶⁸ Siehe z. B. Preston aus Kowno 17. 7. 1940, FO 371/24761.

⁶⁹ Tarulis S. 240–243; Sabaliūnas S. 208.

⁷⁰ Gallienne aus Reval 24. 7. 1940, FO 419/35/78.

⁷¹ Hynninen aus Reval 5. 8. 1940, UM 5 C/12.

⁷² Rauch S. 189.

seiner Rede auch auf die Ereignisse im Baltikum ein. Nachdem er zuerst in kritischem Ton die Politik der baltischen Republiken in der Stützpunktperiode betrachtet und dann auch die Gründe erklärt hatte, die zur Einsetzung der Volksregierungen geführt hatten, ging der Außenminister dazu über, die Resultate der Tätigkeit dieser Regierungen zu prüfen: „Die wichtigste Maßnahme der in Estland, Lettland und Litauen gebildeten, gegenüber der Sowjetunion freundschaftlich gesinnten Regierungen war die Durchführung freier Wahlen in die Parlamente ... Die Wahlen haben gezeigt, daß die regierenden bourgeoisen Cliquen in Litauen, Lettland und Estland nicht dem Willen ihrer Völker entsprachen und nur eine kleine Gruppe von Ausbeutern repräsentierten. ... Die aus allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Sejme von Litauen und Lettland sowie die Staatsduma Estlands haben ihre einmütige Ansicht zu grundlegenden politischen Fragen zum Ausdruck gebracht. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß die Völker Estlands, Lettlands und Litauens geschlossen für ihre Vertreter gestimmt haben, die sich einmütig für die Einführung der sowjetischen Staatsordnung und für die Eingliederung Litauens, Lettlands und Estlands in den Bestand der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausgesprochen haben“.⁷³ Der Oberste Sowjet beschloß am 3. August die Aufnahme Litauens in die Sowjetunion, am 5. August die Lettlands und am 6. August die Estlands. Die baltischen Republiken hatten ihre Souveränität verloren und waren zu einem Gebiet der Sowjetunion geworden.

In seiner Rede betonte Molotov also den demokratischen Charakter der Juliwahlen. Dennoch hat sich in der späteren Sowjethistoriographie gerade die Interpretation der Juliwahlen im Laufe der Zeit gründlich geändert, was mit den Änderungen in der allgemeinen Deutung der Revolution des Jahres 1940 zusammenhängt. Früher fand in der Sowjethistoriographie die „These von den zwei Revolutionen“ viel Beifall. Das bedeutete eine derartige Aufgliederung der Ereignisse, daß man von der sog. antifaschistischen demokratischen Revolution sprach, die mit der Bildung der Volksregierungen begann und sich bis zu den Juliwahlen erstreckte, zu welchem Zeitpunkt wiederum die sozialistische Phase der Revolution einsetzte. Mit dieser Deutung sind die Behauptungen verbunden, daß die Volksregierungen in ihrer Tätigkeit nicht die Verfassung verletzt hätten und daß die Juliwahlen völlig frei und demokratisch gewesen seien. Aber schon in den späten 50er Jahren begannen einige Historiker, die frühere „Legalitätsdoktrin“ zu kritisieren.⁷⁴ Es wurde offen zugegeben, daß es sich bei den Parlamentswahlen um eine „revolutionäre Aktion“ handelte und daß dem bürgerlichen Volksteil das passive Wahlrecht genommen worden war. „Die kommunistische Partei erkannte nicht die alte Verfassung an, aber sie benutzte die Vorschriften der alten Verfassung und erfüllte sie mit neuem revolutionärem

⁷³ Meissner S. 91–92.

⁷⁴ Otta Karma, Karl Siilivaski, Tööliklassi ja revolutsioonilise liikumise ajaloo uurimine. Leninlik etapp Eesti ajaloo teeduses. Koostanud ja toimetanud Endel Laul. Tallinn 1970, S. 159–161; Johannes Klesment, Soviet theories on the annexation of Estonia. The Baltic Review 1962, Nr. 24, S. 40–49.

Inhalt.“⁷⁵ Der Wandel in der Interpretation beruht darauf, daß man die Ereignisse des Jahres 1940 als einheitlichen „Prozeß der sozialistischen Revolution“ zu sehen begann. Mit dem Verlauf eines solchen Prozesses lassen sich demokratische Wahlen schwerlich logisch verbinden. Der estnische Rechtswissenschaftler P. Vihalem schrieb 1967: „Die Situation, daß die Vertreter des Proletariats ins Parlament gewählt werden können, aber die Vertreter der Bürger nicht, beweist die Existenz der Diktatur des Proletariats.“⁷⁶ Die These einer Revolution wurde in der Sowjethistoriographie schließlich Ende der 1960er Jahre kanonisiert.⁷⁷

⁷⁵ Klesment S. 46.

⁷⁶ P. Vihalem, Proletariaadi diktatuuri kehtestamine Eestis 21. juunil 1940. Tartu Riikliku ülikooli toimetised. Vihik 199. Tartu 1967 S. 15.

⁷⁷ Karma-Siilivask S. 161.

Epilog: Die Sowjetherrschaft 1940–1941 im Überblick

Die Sicherung der Sowjetherrschaft

Nach der Eingliederung der baltischen Republiken in die Sowjetunion Anfang August 1940 waren aus den früher selbständigen Randstaaten Grenzgebiete einer Großmacht geworden, noch dazu in einer bedrohten Zone, was deren politische und militärische Sicherung zu einer erstrangigen Aufgabe machte. Das verfügbare Quellenmaterial aus der Zeit der Sowjetherrschaft ist jedoch sehr gering, weil die Auslandsvertretungen im Baltikum bald nach dem Anschluß an die Sowjetunion schließen mußten. Die einzige Ausnahme waren vorläufig noch die deutschen Gesandtschaften, die ihre Tätigkeit mit der Begründung fortsetzen konnten, daß sie die Nachumsiedlung der letzten Baltendeutschen „ins Reich“ abwickeln mußten. Das knappe und zufällige Quellenmaterial erfordert eine vergleichende Betrachtungsweise. Ein kurzer Überblick über die gesamtpolitische Entwicklung soll deutlich machen, wie die Sowjetunion jetzt die strategische Position der baltischen Länder einschätzte. Gestützt auf das geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, und während Deutschland im Westen gebunden war, hatte die Sowjetunion im Juni 1940 ihr strategisches Vorfeld nicht nur im Baltikum sondern auch im Süden ausgedehnt, wo sie durch ein Ultimatum am 26. Juni Rumänien aufforderte, die hauptsächlich von ukrainischer Bevölkerung bewohnten Gebiete Bessarabien und die Nordbukowina abzutreten. Rumänien hielt es für geraten, sich diesen Forderungen zu fügen. Gleichzeitig schien auch Finnland in die Gefahrenzone geraten zu sein, wofür es zahlreiche Anzeichen gibt. Die sowjetische Presse griff Finnland intensiv an. Seit Ende Juli waren besonders vom Baltikum her Nachrichten durchgesickert, daß die Sowjetunion Truppen an der Grenze nach Finnland konzentrierte. Die finnische Aufklärung hatte zwar keine Truppenkonzentrationen beobachtet, aber über das Bestehen der Gefahr selbst waren sich die nicht-russischen Beobachter durchaus einig. Unruhig wurden die Finnen auch, als die Russen im Juli 1940 die Forderung stellten, die finnische Eisenbahn für Transporte zum Stützpunkt Hanko benutzen zu dürfen. Gleichzeitig hatte die Sowjetunion die sehr provokatorische Tätigkeit der Finnisch-sowjetischen Gesellschaft für Frieden und Freundschaft unter ihren besonderen Schutz genommen. Auch Paasikivi schien davon überzeugt zu sein, daß hinter der Tätigkeit dieser Freundschaftsgesellschaft die bösen Absichten der Sowjetunion standen, und er warnte am 9. August seine Regierung: „Wenn das so weitergeht, ist mit der Möglichkeit eines Einschreitens seitens der Sowjetunion zu rechnen.“ Paasikivi hatte auch Mitte Juli seine Regierung aufgefordert, zu klären, ob Deutschland am Schicksal Finnlands interessiert sei.¹ Dazu

¹ Hans Peter Krosby, *Nikkelidiplomatiaa Petsamossa 1940–1941*, Helsinki 1966, S. 78–88; siehe auch vom gleichen Verfasser, *Suomen valinta 1941*. Helsinki 1967, S. 39–46; Paasikivi S. 72–73.

brauchte die Regierung allerdings keine von außen kommenden Aufforderungen, aber alle nach Berlin gerichteten Erkundigungsversuche hatten bis Anfang August immer nur die trostlose Tatsache aufgedeckt, daß Deutschland am Schicksal Finnlands nicht besonders interessiert war.

Ein Gegengewicht zu den Bestrebungen der Sowjetunion zeichnete sich jedoch schon ab, denn in Hitlers strategischem Denken begann sich ab Ende Juli die englische Frage mit der russischen Frage zu verknüpfen. Das bedeutete, daß aus Hitlers bisherigem Hauptziel, „der Eroberung von Lebensraum im Osten“, gleichzeitig ein Mittel wurde, das es ermöglichen sollte, den ganzen Krieg zu gewinnen. Der Sieg über die Sowjetunion sollte nämlich Großbritannien „auch die letzte Hoffnung“ in Europa nehmen. Hitler glaubte, daß das machtpolitische Gewicht Japans in Ostasien mit der Zerschlagung der Sowjetunion in dem Maße wachsen würde, daß die Vereinigten Staaten darauf verzichten würden, in den europäischen Krieg einzugreifen. Nach Hitlers am 31. Juli geäußerten Gedanken kam als frühester möglicher Zeitpunkt für den Ostfeldzug der Mai 1941 in Frage.² Die Gebiete in der Richtung der gedachten Angriffsschneisen verlangten jetzt politische Beachtung, und gleichzeitig mußte Hitler kriegswirtschaftliche Fragen erwägen für den Fall, daß sich die Beziehungen zu Rußland grundlegend änderten.

Hitler beschloß, auf möglichst unauffällige Weise Finnland zu ermutigen, dessen Rohstoffvorräte, vor allem Nickel und Kupfer, für die deutsche Kriegswirtschaft notwendig waren. Als von Göring bevollmächtigter Emissär kam am 17. August Oberstleutnant Joseph Veltjens nach Finnland, durch dessen Vermittlung die Finnen erfuhren, daß Deutschland wieder bereit sei, Finnland Waffen zu liefern. Dieses Versprechen zeigte auf konkrete Weise, daß sich die Einstellung Deutschlands geändert hatte. „Jetzt sehe ich den ersten schwachen Lichtstrahl in der Dunkelheit schimmern“, hatte der Verteidigungsminister Rudolf Walden gesagt, als er die Nachricht hörte. Auf seiner Reise holte Veltjens auch die grundsätzliche Zustimmung ein, daß deutsche Urlauber durch finnisches Gebiet nach Kirkenes in Norwegen fahren könnten. Formell wurde ein Transitvertrag, der auch Truppentransporte umschloß, dann durch deutsche und finnische Militärs besiegelt und auf politischer Ebene durch einen Notenwechsel zwischen dem deutschen Auswärtigen Amt und dem finnischen Gesandten in Berlin, Kivimäki, am 22. 9. 1940 bestätigt. Die Zahl der aufgrund des Transitvertrages transportierten Truppen blieb gering, aber sie hatte eine große politische Bedeutung; Deutschland war in die Interessensphäre der Sowjetunion eingedrungen, ohne sie im voraus zu informieren.³ Als der Geschäftsträger der deutschen Gesandtschaft in Moskau, Tippelskirch, endlich am 4. Oktober den Außenkommissar Molotov informierte, hatte dieser sofort viele Fragen. Wieviel deutsche Truppen würden durch Finnland transportiert? Handele es sich um eine einmalige Maßnahme oder um einen Vertrag über eine längere Periode? Würden alle deutschen Truppen nur nach Kirkenes transportiert?⁴

² Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie*. Frankfurt a. M. 1965, S. 222–225.

³ Krosby 1967 S. 63–76.

⁴ Tippelskirch aus Moskau 4. 10. 1940, ADAP, Serie D, Bd. XI. 1 S. 209.

Auch auf dem Balkan begann Deutschland den Bestrebungen der Sowjetunion entgegenzuwirken, und seine Politik erhielt antisowjetisches Gepräge. Der Anschluß Bessarabiens und der Nordbukowina an die Sowjetunion berührte auch Hitler. Die Sowjetunion schob sich nämlich nahe an die rumänischen Ölquellen, die für die deutsche Kriegswirtschaft unerlässlich waren. Rumäniens Beziehungen zu Ungarn und Bulgarien waren gespannt wegen der Gebietsforderungen an Rumänien, das aus dem Ersten Weltkrieg als Sieger hervorgegangen war. An der neuen rumänisch-sowjetischen Grenze hatte es im August 1940 Grenzzwischenfälle gegeben. Rumänien suchte in seiner Zwangslage den Schutz der Achsenmächte. Als die Verhandlungen zwischen Rumänien und Ungarn über die Gebietsstreitigkeiten zu keinem Ergebnis geführt hatten, beendeten Deutschland und Italien durch eine am 30. August in Wien verkündete Entscheidung diesen endlosen Streit. Rumänien mußte Gebiete an Bulgarien und Ungarn abtreten. Deutschland garantierte jetzt die Grenzen des territorial verkleinerten Rumänien.⁵ Über die Entsendung einer deutschen Militärdelegation nach Rumänien war schon Anfang September gesprochen worden, und die Sache wurde endgültig am 19. September in Bukarest vereinbart. Nach Hitlers eigenen Anweisungen hatte die Militärdelegation außer der Sicherung der rumänischen Ölquellen und der Umorganisation der Armee auch die Aufgabe, „die Zusammenarbeit der deutschen und rumänischen Truppen vorzubereiten im Hinblick auf einen möglichen bewaffneten Konflikt mit der Sowjetunion“. Gleichzeitig verstärkte Deutschland seine Truppen in Ostpreußen und im Generalgouvernement Polen.⁶

Die Wandlungen in der Politik Deutschlands wurden auch in den im Baltikum stationierten Einheiten der Roten Armee registriert. Nach den Informationen, die die deutsche Gesandtschaft in Reval vertraulich von hohen estnischen Offizieren bekommen hatte, wurden die deutschen Aktionen im russischen Offizierskorps im allgemeinen mit Unzufriedenheit und Mißtrauen betrachtet. Die Schulungs- und Aufklärungskurse, die von russischer Seite für die estnischen Offiziere veranstaltet wurden, hatten eine deutlich antideutsche Tendenz. Ein Vortragender hatte bei seiner Kritik der deutschen Politik u. a. folgende Gedanken geäußert: „Deutschland habe sich in letzter Zeit allen politischen Zielen der Sowjetunion widersetzt. Es habe Rumänien durch einen Garantievertrag und durch Entsendung von Truppeneinheiten gegen die Sowjetunion verstärkt, und nach Finnland habe es unter anderen Vorwänden Truppen entsandt.“⁷ Antideutsche Meinungen waren auch unter den in Lettland stationierten sowjetischen Truppen typisch.⁸ Besonders scheint die Russen das zunehmende Interesse Deutschlands an Finnland irritiert zu haben. Frohwein hatte von einem seiner Informanten gehört, daß ein hoher russischer Flottenoffizier im Offizierskreise folgendes geäußert hätte: „Nachdem deutsches Militär in Finn-

⁵ Kurt von Tippelskirch, *Toisen maailmansodan historia*. 2. 4. painos. Porvoo 1972, S. 48–51.

⁶ Hillgruber S. 233–234.

⁷ Frohwein aus Reval 1. 11. 1940, AA, Büro des RAM/Estland.

⁸ Bericht über das Verhalten der Russen in den Randstaaten, BA/Militärarchiv, Abt. Wehrmacht-Propaganda im OKW, RW 4/v. 328.

land erschienen sei, sei der ganze Krieg gegen Finnland vom vorigen Winter umsonst gewesen, da nur die vollständige Besetzung Finnlands eine wirkliche Verbesserung der militärischen Lage der Sowjetunion darstelle; ohne den Besitz Finnlands habe militärisch auch Estland für die Sowjetunion keinen Wert, da sich eine strategisch günstige Position nur dann ergebe, wenn beide Seiten des Finnischen Meerbusens ganz in sowjetrussischer Hand seien.“ Anfang Oktober hatten die Russen plötzlich ihre Befestigungsarbeiten in Estland und auf den vorgelagerten Inseln unterbrochen, was Beobachtern zufolge darauf hindeuten schien, daß sie ihre Hauptverteidigungslinie wieder hinter die Narva und den Peipussee verlegten.⁹ Die obigen Äußerungen und Beobachtungen sind interessant und erklären zum Teil, warum die finnische Frage für Molotov ein so wichtiges Gesprächsthema war, als er auf Einladung Ribbentrops vom 12.–13. 11. 1940 in Berlin war. Molotov erwähnte bei den Gesprächen mit Hitler und Ribbentrop mehrmals die finnische Frage, weil sie seiner Meinung nach die Atmosphäre der deutsch-sowjetischen Beziehungen verdarb. Als Antwort auf Hitlers direkte Frage, wie die Russen die finnische Frage lösen wollten, verwies Molotov auf die Maßnahmen in Bessarabien und in den Randstaaten. Hitler bestritt, daß Deutschland in Finnland irgendwelche politischen Interessen zu wahren habe, forderte aber, daß in Finnland kein neuer Krieg entstehen dürfe. Molotov bemerkte sofort scharf, daß eine solche Deutung dem Vertrag vom Vorjahre einen ganz neuen Inhalt gebe.¹⁰ Paasikivi hat in seinem Brief vom 5. 12. 1940 an General Rudolf Walden auf den gerade in sowjetischen Militärkreisen geäußerten Gedanken hingewiesen, daß der finnische Krieg vorzeitig abgebrochen worden sei: „Unsere Lage scheint jetzt leichter. Aber in den zuletzt vergangenen Monaten Juni, Juli und August war sie sehr gefährlich, gefährlicher als wir ahnen konnten. In Militärkreisen hier soll man unzufrieden gewesen sein damit, daß der finnische Krieg nicht zu Ende geführt wurde, und es scheint [damals, d. h. im vorigen Sommer] beabsichtigt gewesen zu sein, nach dem Anschluß der baltischen Länder an die Sowjetunion ganz Finnland zu erobern. Aber das geschah nicht, und darauf dürfte auch von außen [mit Druck] eingewirkt worden sein.“¹¹

Molotovs Berlin-Besuch war erfolglos, ob man ihn nun vom deutschen oder sowjetischen Standpunkt aus betrachtet, und deshalb hatte die Sowjetunion allen Grund, den deutschen Absichten mit noch größerem Vorbehalt gegenüberzustehen. Die Konzentrierung auf die „antisowjetischen Elemente“ im Baltikum und auf ihre Liquidierung ist in dieser Hinsicht verständlich. Aber sie war auch aus einem anderen Grunde motiviert. Das sozialistische System war im Sommer 1940 auf die oben dargestellte Art mit verhältnismäßig friedlichen Mitteln eingeführt worden. Wie der Sowjethistoriker Schtejman feststellt, „konnte der Widerstand der Bourgeoisie in den baltischen Ländern ohne massenhaftes Blutvergießen gebrochen werden“. Aber derselbe Verfasser erklärt unter Bezug auf Lenin: „Der friedliche Weg der sozialisti-

⁹ Frohwein aus Reval 10. 10. 1940. AA, Gesandtschaft Riga/Geh 26/Bd. 2.

¹⁰ Denkschriften des Gesandten Schmidt über die Gespräche Molotovs mit Hitler und Ribbentrop am 12. u. 13. 11. 1940 in Berlin. ADAP, Serie D, Bd. XI. 1 S. 455–461, 462–472.

¹¹ Erik Heinrichs, Mannerheim Suomen kohtaloissa. II. Helsinki 1960, S. 216.

schen Revolution ist zweifellos auch gewaltsam, wenn auch ohne Bürgerkrieg“.¹² Der potentielle Widerstand des „Klassenfeindes“ war zu brechen. Der Besuch General Serovs, des Stellvertreters des Volkskommissars für Sicherheitsfragen der Sowjetunion, im August 1940 in Riga hing wahrscheinlich mit der Vorbereitung entsprechender Maßnahmen zusammen.¹³ Mit der großangelegten Registrierung der antisowjetischen Elemente wurde spätestens nach Molotovs Berlin-Besuch begonnen. Die diesbezügliche Anweisung des Kommissariats für innere Angelegenheiten Litauens ist am 28. 11. 1940 datiert. In der Einleitung wird die Notwendigkeit der Registrierung betont, weil Litauen in sehr hohem Maße „von antisowjetischen Elementen verseucht“ sei. Registriert wurden sehr verschiedene Zielgruppen:

- a) Alle Mitglieder der antisowjetischen Parteien, Organisationen und Gruppen: Trotzisten, Sozialrevolutionäre, Menschewiken, Sozialdemokraten, Anarchisten und entsprechende;
- b) alle Mitglieder und Gruppen der chauvinistischen antisowjetischen Parteien: Nationalisten, Mitglieder der Organisation „Junges Litauen“, Voldemaristen, Populisten, Christdemokraten, Mitglieder der nationalen Terrororganisationen, aktive Mitglieder der Studentenverbindungen, aktive Mitglieder der Kriegsveteranenorganisationen;
- c) ehemalige Gendarmen, Polizisten, Beamte der politischen und der Kriminalpolizei sowie der Haftanstalten;
- d) ehemalige Offiziere der Zarenarmee;
- e) ehemalige Offiziere und Mitglieder der litauischen und polnischen Kriegsgesichte;
- f) ehemalige Freiwillige der weißen und anderen Armeen und politische Banditen;
- g) wegen parteifeindlicher Tätigkeit aus der kommunistischen Partei und aus dem kommunistischen Jugendverband ausgeschlossene Personen;
- h) alle Deserteure und politischen Emigranten;
- i) alle Bürger eines fremden Staates, Vertreter ausländischer Unternehmen, ehemalige Angestellte ausländischer Gesandtschaften;
- j) Personen, die ausländische Kontakte hatten und im Briefwechsel mit dem Ausland standen, mit ausländischen Gesandtschaften und Konsulaten, sowie Esperantisten und Philatelisten;
- k) ehemalige Beamte der Ministerien (von den Referenten aufwärts);
- l) Funktionäre des Roten Kreuzes und der polnischen Flüchtlinge;
- m) Pfarrer und aktive Mitglieder der religiösen Gemeinschaften;
- n) ehemalige Adlige, Großgrundbesitzer, Kaufleute, Bankiers, Eigentümer von Hotels und Restaurants.

Bei der Vorbereitung der Registrierung war alles verfügbare Material zu verwenden: Berichte von Informanten, Material von Spezialuntersuchungen, Material der Par-

¹² Schtejman S. 395.

¹³ Rauch S. 190.

teien und Sowjetorganisationen, Zeugenaussagen der Staatsbürger und von Gefangenen erhaltene Informationen.¹⁴

Die Registrierung des Materials über die antisowjetischen Personen und ihre spätere Deportation organisierten besondere Dreimannkomitees, „Troikas“. In Estland bildeten die oberste Troika der Volkskommissar für Sicherheitsfragen, B. Kumm, der Volkskommissar für Fragen des Inneren, A. Murro, und der erste Sekretär der kommunistischen Partei Estlands, K. Säre. Dieser Organisation unterstellt waren die örtlichen Kreistroikas, denen jeweils der Chef der NKWD des betreffenden Kreises vorstand.¹⁵ Wie oben gezeigt, konnten die von General Serov unterzeichneten Anweisungen über die Deportation antisowjetischer Elemente aus Estland, Lettland und Litauen erst gegeben werden, nachdem das Volkskommissariat für Sicherheitsfragen der Sowjetunion im Februar 1941 neu organisiert worden war. In diesen Anweisungen wurde die große politische Bedeutung der Deportation antisowjetischer Elemente betont, und es wurde gefordert, daß die Operation „ohne Lärm und Panik“ zu verwirklichen sei. Die zu deportierende Person durfte höchstens 100 kg eigenes Gepäck mitnehmen, worin enthalten sein durften Lebensmittel für eine Familie für einen Monat, Kleider, Schuhe, Geschirr. Auch die Kisten mußten beim Gewicht mitgerechnet werden. Die Deportation sollte nicht nur die registrierte Person, sondern seine ganze Familie betreffen. Die Trennung des Familienoberhauptes von seiner Familie sollte nach den Anweisungen erst auf der Verladestation erfolgen.¹⁶ Die Operation begann in der Nacht vom 13. zum 14. Juni, in der der größte Teil der zur Deportation bestimmten Personen verhaftet wurde. Die Deportationen waren bis zum 19. Juni abgeschlossen. Im Zuge der Massendeportationen im Juni wurden aus Estland ca. 11 000, aus Lettland ca. 16 000 und aus Litauen ca. 21 000 Personen ins Innere der Sowjetunion verschleppt.¹⁷

Alle verfügbaren Informationen weisen darauf hin, daß in der Bevölkerung in immer stärkerem Maße eine sowjetfeindliche Stimmung um sich griff. Die Enttäuschung über die neue Verwaltung und ihre Methoden schien in allen Bevölkerungsgruppen verbreitet gewesen zu sein. Legationssekretär Nylander aus der schwedischen Gesandtschaft in Moskau, der in den ersten Tagen des Januar 1941 in Lettland war, berichtete, daß sich alle darüber einig waren, daß „das, was jetzt im Lande geschieht, nichts mit der Verwirklichung der Ideale des Kommunismus zu tun hat, sondern daß es sich um etwas ganz anderes handelt. ... Das sei Vernichtung, Terror, Wahnsinn.“ Nylander wußte von einer Propagandaversammlung in Libau aus Anlaß der Wahl des Obersten Sowjets¹⁸ zu berichten, bei der ein verbitterter Kommunistenveteran

¹⁴ Anordnung des Innenkommissariats der litauischen Volksrepublik betreffend Versäumnisse bei der Registrierung antisowjetischer Elemente vom 28. 11. 1940. U. S. Congress. Third Interim Report S. 470–472.

¹⁵ Die Deportationen im Baltikum. Stockholm 1966 (Vervielf.) S. 6.

¹⁶ General Serovs Anweisungen über die Deportation antisowjetischer Elemente aus Estland, Lettland und Litauen. Die Sowjetunion und die baltischen Staaten, S. 38–46.

¹⁷ Die Deportationen im Baltikum S. 7.

¹⁸ Die Wahlen fanden am 12. 1. 1941 statt.

seiner Enttäuschung Ausdruck gegeben hatte: „Vierzehn Jahre habe ich für den Kommunismus in Gefängnissen geschmachtet. Das soll jetzt der Lohn für unsere Anstrengungen sein.“¹⁹ Viele von denen, die im Sommer 1940 mit der Zusammenarbeit begonnen hatten, wurden bald enttäuscht oder fielen aus dem einen oder anderen Grund in Ungnade. Kriegsminister Damitis erschoss sich Anfang November 1940, nachdem er erkannt hatte, in welche Richtung die Dinge gelenkt wurden.²⁰ Verhaftet wurden u. a. der Unterrichtsminister Julijs Lacis und der Minister für öffentliche Arbeiten P. Blaus aus der Regierung Kirchenšteins.

In Reval streikten die Arbeiter der Maschinenfabrik „Franz Krull“ Ende des Jahres 1940, was unerhört war in einer sozialistischen Sowjetrepublik. Auch auf den obersten Stufen der estnischen Verwaltung bliesen die Winde der Säuberung. Wirtschaftsminister Narma-Nichting wurde in die Sowjetunion deportiert und auch Verteidigungsminister General Rotberg verschwand bald von der Bildfläche. Als die Regierung nach dem Anschluß Estlands an die Sowjetunion in den Rat der Volkskommissare verwandelt wurde, „degradierte“ man Innenminister Maxim Unt zum Volkskommissar für Angelegenheiten der Arbeiterschaft. Etwas später wurde der in Ungnade gefallene Unt vom NKWD vorgeladen und kam nicht mehr zurück. Nach Informationen von Kaelas äußerte sich dennoch sogar unter den Volkskommissaren Trotz. Abends, im Schutz der eigenen Wohnung, wurden manchmal sogar verbotene nationale Lieder gesungen.²¹ In Estland waren schon im Herbst 1940 Drohungen über Massendeportationen des Bürgertums nach Sibirien und Innerrußland zu hören gewesen. Man wartete nur auf die Umsiedlung der letzten Baltendeutschen nach Deutschland, „damit keine Irrtümer vorkommen“.²² Nach Informationen, die die ehemalige estnische Gesandtschaft in Stockholm aus Estland erhalten hatte, herrschte im Spätwinter 1941 in allen Bevölkerungsschichten „gleicherweise Haß und Verachtung gegen die Besatzungsmacht“. Die Stimmung im Juni des Vorjahres war auch nicht annähernd so deutlich gewesen. „Ungeduldig wartete man auf irgendeinen Schlag von außen, der die Möglichkeit schaffen würde, sich vom Joch der Bolschewisten zu befreien.“²³

Über die deutschen Angriffspläne hatte die Sowjetunion im Frühjahr 1941 zwar Informationen bekommen, aber in der Voraussage des wahrscheinlichen Angriffszeitpunktes irrte man sich doch. Die Verantwortung dafür wird in der Sowjethistoriographie Stalin aufgebürdet. In dem im Herbst 1940 überprüften operativen Kriegsplan wurde als gefährlichste strategische Richtung die Ukraine angesehen, weil Stalin glaubte, daß die Deutschen zunächst versuchen würden, die Ukraine und das Donezbecken zu erobern, um an das Getreide der Ukraine und die Steinkohle vom Donez heranzukommen und sich den Zugang zu den Ölfeldern des Kaukasus zu

¹⁹ Nylander aus Moskau 13. 1. 1941, UD, HP. 1. Ele.

²⁰ Svenska Dagbladet 7. 11. 1940.

²¹ Aleksander Kaelas, *The Worker in the Soviet Paradise. East and West*. 2. London 1947, S. 40–41; Oras S. 53.

²² Hynninen aus Moskau 11. 11. 1940, UM 5 C/18.

²³ Kumlín (UD) an Assarsson 9. 4. 1941, UD HP. 1. Ee.

sichern. Der Generalstab der Sowjetunion erhielt von Ende Januar 1941 an Nachrichten über deutsche Truppentransporte nach Ostpreußen, Polen und Rumänien. Der Generalstab arbeitete im März-April energisch an der Präzisierung des Planes zum Schutz der Westgrenze und verlangte mehr Truppen an der Grenze. Im Mai wurden denn auch mehrere Armeen von den Truppen der Militärbezirke im Inneren näher an die Westgrenze verlegt. Auch ins Baltikum wurden Verstärkungen an die Dünalinie gesandt.²⁴

Die Aufnahme von Verbindungen mit Deutschland im Schatten von „Barbarossa“

Die in den neuen Sowjetrepubliken betriebene „Gleichschaltungspolitik“ weckte aus gut verständlichen Gründen Widerstand, und auch drastische Maßnahmen konnten diesen Widerstandswillen nicht brechen, weil man unter den damaligen Umständen – während der Zweite Weltkrieg andauerte – damit rechnen konnte, daß äußere Faktoren, vor allem möglicherweise eintretende Veränderungen in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, bald die politische Konstellation im Baltikum ändern würden. Die Augen richteten sich in diesem Sinne erwartungsvoll auf Deutschland. Das Interesse der deutschen militärischen Führung an den im Baltikum tätigen aktiven antisowjetischen Gruppen erwachte wiederum bei den Vorbereitungen des Barbarossa-Unternehmens. Am frühesten scheint sich der Widerstand, im Lichte der verfügbaren Quellen, in Litauen organisiert zu haben, wo Kowno und Wilna zu Zentren des Widerstands wurden. Anfang Oktober 1940 trafen in Wilna die Führer der beiden Widerstandszentren zusammen: Leemas Prapuelensis und Adolfoš Damušis aus Kowno sowie Dr. Pranas Padalis und Major Vytautas Bulvičius aus Wilna. Die Zentralorganisation der Untergrundbewegung behielt auch danach ihren dualistischen Charakter bei. Der Stab in Kowno konzentrierte sich besonders auf organisatorische Fragen und auf die Aufrechterhaltung der Kontakte mit den ländlichen Gegenden, während der Stab in Wilna sich mit politischen und militärischen Dingen beschäftigte. Der Stab in Wilna sorgte auch für die Verbindungen mit dem Ausland, besonders mit Deutschland.

Litauische Flüchtlinge ganz verschiedener politischer Richtungen hatten sich in Berlin angesammelt, wo der ehemalige litauische Gesandte in Berlin, Oberst Kazys Škripa, zur einflußreichsten Gestalt dieser politischen Emigration wurde.²⁵ Škripa hatte schon im Juli oder August 1940 im Namen der Litauischen Aktivistenfront (Lithuanian Activist Front, LAF) einen Appell verfaßt, in dem die Litauer zum Widerstand aufgerufen wurden. Die deutschen Behörden erlaubten die Veröffentlichung des Aufrufs nicht, aber er war eigentlich auch in erster Linie für die offiziellen

²⁴ Ponomarew u. a. S. 469; G. K. Žukov, *Marsalkka Zukovin muistemat*. Helsinki 1969, S. 199, 204.

²⁵ Algirdas Budreckis, *Lithuanian Resistance 1940–1952*. In: *Lithuania 700 years*. New York 1969, S. 318–319.

deutschen Kreise bestimmt. In diesem Sinne ließ Škripa eine Kopie des Aufrufs Peter Kleist zugehen, dem Sachverständigen der Dienststelle Ribbentrop für polnische und baltische Fragen. Der Aufruf sollte bei den deutschen Zivil- und Militärbehörden Interesse an den Bestrebungen der litauischen Aktivisten wecken.²⁶ Im Spätherbst gab dann auch das OKW einen Fingerzeig, daß es zur Zusammenarbeit bereit sei. Am 5. November 1940 kam Oberstleutnant Graebe vom OKW (Abt. Ausland/Abwehr) zu Škripa. Graebe war ein ehemaliger Polendeutscher, der früher Mitglied des polnischen Parlaments und ein bekannter deutscher Minderheitenführer gewesen war. Später war er aus Polen ausgewiesen worden. Graebe gab zu verstehen, daß er den Auftrag erhalten habe, den bewaffneten Widerstand in den baltischen Ländern zu organisieren für den Fall, daß es zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Deutschland und der Sowjetunion komme. Graebes Aufgabe sei es dann, den Widerstand der Bevölkerung mit den Operationen der deutschen Truppen zu koordinieren. Graebe machte auch Hoffnungen, daß man eine umfangreiche Beteiligung der Litauer an den Aktionen gegen die Rote Armee als einen Grund berücksichtigen könnte, der die Forderungen der Litauer nach Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit Litauens unterstützte.²⁷

Jetzt hielt Škripa den Augenblick für die Schaffung einer politischen Grundlage für gekommen. Zu diesem Zweck rief er den im Ausland befindlichen Kern der Widerstandsbewegung für den 17. 11. 1940 in Berlin zusammen. Dreiundzwanzig Personen nahmen an dieser Versammlung teil, die in Škripas Wohnung stattfand. Darunter waren ehemalige Minister, hohe Beamte, Pfarrer und Wissenschaftler. Dieser Gruppe legte Škripa den Entwurf zum „Programm der litauischen Aktivistenfront“ vor. Darin wurden folgende Ideen betont: „1) Erhaltung des Litauertums; 2) Christentum als moralisches Fundament des Volkes; 3) Soziale Gerechtigkeit.“ Das Programm wurde von den Anwesenden angenommen, und ein Exekutivkomitee gebildet, dessen Leiter Oberst Škripa wurde. Bald danach, am 26. November informierte Škripa den zu den engen Mitarbeitern Alfred Rosenbergs gehörenden Georg Leibbrandt von der Gründung der LAF. Um sich seiner Rückendeckung ganz sicher zu sein, nahm Škripa am 5. Dezember auch mit dem Sicherheitsdienst Verbindung auf. So kam er mit Dr. Graefe in Berührung, dem Chef des Gestapo-Bereiches Ostpreußen. Allen diesen Behörden wurde eine Kopie des von Škripa am 17. November entworfenen Programms der LAF zugestellt. Mit Hilfe des OKW und des SD wurden die Verbindungen mit dem besetzten Litauen hergestellt.²⁸

Die Widerstandsbewegung in Litauen erkannte die Berliner Gruppe als oberste Führung an und akzeptierte auch den Namen: Litauische Aktivistenfront. In den politischen Auffassungen der obersten Führung der Widerstandsbewegung in Berlin

²⁶ Kaelas S. 309–312.

²⁷ Wahrscheinlich von Škripa selbst verfaßte Denkschrift über die Gründung der Litauischen Aktivistenfront (geschrieben spätestens im Juli 1941). Documents accuse. Vilnius 1970, S. 65–66.

²⁸ Budreckis S. 319.

und der in Litauen tätigen jüngeren Führung gab es nach Budreckis jedoch gewisse Unterschiede. Der Stab der LAF in Berlin, der in einer totalitären Atmosphäre arbeitete, legte sich ein stärker autoritäres Programm zu, als die in der Heimat tätige Führung, die eine alle politischen Ideologien umfassende Koalitionsregierung plante und ein größeres Interesse an sozialen Fragen zeigte. Die LAF versuchte alle Gruppierungen zu vereinigen, die aktiven Widerstand auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Der konspirative Charakter der Tätigkeit forderte jedoch, daß den örtlichen Führern möglichst viel Spielraum gelassen wurde. Um die Russen zu täuschen, gebrauchten die einzelnen Einheiten der LAF verschiedene Namen oder behielten ihren alten Namen. In Berlin begann man zur Stärkung der einheitlichen Aktionsidee das Bulletin „Von der bolschewistischen Sklaverei zum neuen Litauen“ zu veröffentlichen, das ab 5. 12. 1940 in Litauen verteilt wurde. Darin standen Informationen über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion und Anweisungen für die Vorbereitung des Aufstands. Um später alle Mißverständnisse zu vermeiden, übergab Škripa am 25. 1. 1941 durch Oberstleutnant Graebe den deutschen Militärdienststellen einen Plan für die Befreiung Litauens. Der Plan enthielt, in einige Hauptpunkte zusammengedrängt, folgendes:

1. Der Zweck des Aufstandes ist es, unter Ausnutzung des Krieges zwischen Rußland und Deutschland den Staat Litauen wieder zu gründen;
2. Bei Ausbruch des Krieges wird in Deutschland die litauische Regierung gebildet, deren Zusammensetzung dem deutschen Auswärtigen Amt mitgeteilt wird;
3. Die neu zu bildende litauische Regierung und der Staat Litauen werden mit Deutschland gemeinsame Aktionen gegen die sowjetischen Eindringlinge vereinbaren;
4. Wenn das Land von den Bolschewiken gesäubert ist, wird die genannte Regierung die Verantwortung für die Verwaltung des Landes übernehmen;
5. Die Litauer treten in den Krieg ein auf der Seite Deutschlands und helfen ihm soweit sie können.“²⁹

Die oberste Führung der LAF gab am 24. März besondere Vorschriften für die Vorbereitung des Aufstandes. Deren Inhalt wurde nur mündlich durch Agenten nach Litauen übermittelt. Je näher der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion kam, desto intensiver wurden die Vorbereitungen für den Aufstand. Kleinere Gruppen von Litauern wurden vom OKW in Königsberg für Sonderaufträge hinter der Front ausgebildet. In Berlin waren 65 Litauer Oberstleutnant Graebe unterstellt worden. Ein Teil von ihnen wurde schon vor Ausbruch des Krieges über die Grenze geschleust, während die Mehrheit die deutschen Truppen als Berater begleitete.³⁰

Die Flugblätter der Aktivistenfront waren von starkem Antisemitismus geprägt. Es wurde behauptet, daß sich die jüdische Bevölkerung in der Zeit der sowjetischen Besatzung kompromittiert habe. Andererseits hatte der Antisemitismus auch früher zum ideologischen Rüstzeug der nationalistischen Tautininkai-Partei und der An-

²⁹ Škripas obengenannte Denkschrift, Documents accuse S. 70–71; Budreckis S. 320.

³⁰ Documents accuse S. 77–78.

hänger von Voldemaras wie auch vieler anderer osteuropäischer Extremistengruppen gehört.³¹ In einem vom litauischen Informationsbüro verbreiteten Flugblatt der LAF, das auf den 19. 3. 1941 datiert war, wurde u. a. gefordert: „Alle Kräfte müssen sich auf den Augenblick konzentrieren, in dem der Krieg ausbricht. Die örtlichen Kommunisten und sonstigen Verräter müssen sofort gefangengenommen werden, damit sie nicht der Bestrafung für ihr Verbrechen entgehen. (Verrätern wird nur verziehen, wenn sie bewiesenermaßen wenigstens einen Juden umgebracht haben.)“³²

Die Widerstandsbewegung erweckte auch die Aufmerksamkeit des NKWD. Ein von ihm angefertigter ausführlicher Bericht über die Verbreitung konterrevolutionärer Flugblätter zeigt, daß die Tätigkeit über das ganze Land verbreitet war.³³ Die lokale Führung der LAF operierte die ganze Zeit sehr selbständig und die Planung und Verwirklichung des Aufstandes war fast ausschließlich die Arbeit der örtlichen Aktivistinnen. Während der im Juni durchgeführten Massendeportationen erfuhr man, daß der Krieg tatsächlich zwischen dem 18. und 26. 6. 1941 ausbrechen würde. Am 23. Juni um drei Uhr in der Nacht, 24 Stunden nach dem Beginn des deutschen Angriffs, wurde der Aufstand in Kowno ausgerufen. Die Rote Armee hatte schon mit der Evakuierung der Stadt begonnen, was die Aktivistinnen zum Handeln ermutigte. Am Morgen des 23. Juni teilte der Bevollmächtigte der Aktivistinnen, L. Prapuelensis, über den Rundfunk mit, daß die Selbständigkeit Litauens wiederhergestellt und eine provisorische Regierung unter der Leitung von Kazys Škripa gebildet sei. In den Wirren der ersten Kriegstage gelang es einer großen Zahl von litauischen Soldaten, die in der Roten Armee dienten, ihren Einheiten zu entkommen und sich den Aufständischen anzuschließen. General Raštikis, der Verteidigungsminister der provisorischen Regierung, schätzte, daß hunderttausend Litauer an dem Aufstand teilgenommen hätten. Etwa 4000 Litauer fielen während des Aufstandes und etwa 8000 wurden verwundet. Die deutsche Besatzungsverwaltung erkannte die provisorische Regierung nicht an. Škripa stand die ganze Zeit in Berlin unter Hausarrest, und in Litauen durften die Zeitungen die Anordnungen und die Aufrufe der provisorischen Regierung nicht drucken. Die provisorische Regierung weigerte sich, sich in die Rolle eines reinen Hilfsorgans der Besatzungsverwaltung zu fügen, und so wurde ihre Tätigkeit am 3. 8. 1941 verboten.³⁴

In Estland blickte man zu dem Zeitpunkt, als das Ende des „Eesti Vabariiki“ unausweichlich schien, außer nach Deutschland auch über den Finnischen Meerbusen nach Norden. Das verrät u. a. Präsident Päts' Denkschrift über die künftigen Beziehungen zwischen Finnland und Estland. Päts ließ die Denkschrift durch die Frau seines Adjutanten dem finnischen Gesandten in Reval am Morgen des Tages (30. Juli) überbringen, an dem er nachmittags nach Rußland deportiert wurde. Die Grundlagen des staatlichen Wiederaufbaus sollten beim Aufbau eines neuen Europa nach Päts die folgenden sein:

³¹ Myllyniemi S. 30.

³² Flugblatt der LAF 19. 3. 1941, Documents accuse S. 123.

³³ Bericht 14. 4. 1941, U. S. Congress Third Interim Report S. 472–495.

³⁴ Myllyniemi S. 72–73, 82–83.

1. Estland solle sich mit Finnland zu einem Staatenbund zusammenschließen.
2. Beide Staaten hätten ein gemeinsames Staatsoberhaupt.
3. Für die Landesverteidigung und die außenpolitische Führung gäbe es gemeinsame Institutionen, ebenso eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und Währung sowie eine gemeinsame Gesetzgebung auf einigen Gebieten des Wirtschafts- und des sozialen Lebens (Bankwesen, Wechsel, Konkurse, Hypotheken usw.).
4. In den Oberschulen würde genügend Unterricht in den beiden Sprachen des Staates gegeben.
5. Die Gesetzgebungs- und Verwaltungsorgane arbeiteten in beiden Ländern nach ihren eigenen Verfassungen, aber für die Lösung gemeinsamer Probleme gäbe es gesetzgebende Abordnungen (etwa wie im ehemaligen Österreich-Ungarn).
6. Beide Staaten hätten ihre eigenen Gerichte, weil sich das Zivil- und Strafrecht auf beiden Seiten getrennt entwickelt hatte.
7. Die Grenzen beider Staaten seien so zu berichtigen, daß die finnisch-ugrischen Völker jenseits der Grenzen entweder zu Finnland oder Estland kämen oder dorthin umsiedeln könnten. (Die in den zweisprachigen Gemeinden von Petserimaa und in den Gemeinden hinter der Narva wohnenden Russen könnten nach Rußland umsiedeln und an ihre Stelle könnten Finnen aus Ingermanland kommen; in Finnland würde in Karelien dasselbe in größerem Rahmen geschehen).
8. Eine Überprüfung und umfangreiche Ergänzung der Grundgesetze beider Länder würde die Verwirklichung des Bundesstaates nur in dem Falle erfordern, daß beide Staaten eine monarchische Regierungsform annähmen. Die gegenseitige Annäherung der Grundgesetze habe auf der gegenseitigen Zustimmung und Billigung beider Staaten zu beruhen.³⁵

Die Denkschrift war für eine künftige Friedenskonferenz verfaßt und sie beruhte offensichtlich auf der Annahme, daß sich die Westmächte dann wie nach dem Ersten Weltkrieg in entscheidender Weise an der Regelung der Verhältnisse in Osteuropa beteiligen würden. Die finnisch-estnische Union war an sich nichts Neues, ähnliche Gedanken waren schon vorgebracht worden, als Estland 1917–1918 selbständig wurde. Besonders aktiv hatte sich für den Unionsgedanken gerade Konstantin Päts eingesetzt. Man hat denn auch festgestellt, daß Päts' „Testament“ aus dem Jahre 1940 weitgehend auf einer schon 1918 verfaßten Denkschrift beruhte. Neu in diesem Testament war eigentlich nur das Interesse, das den finnisch-ugrischen Völkern der Sowjetunion entgegengebracht wurde.³⁶

Die Finnen hatten jedoch im Herbst 1940 so viele aktuelle Probleme, daß ihnen die für eine künftige Friedenskonferenz vorgeschlagenen Angelegenheiten wie Fragen

³⁵ Warma 1973 S. 188–189. Diese Gedanken der Denkschrift von Päts waren schon in der Kriegszeit (1941?) auch August Rei bekannt, denn er zitiert sie in seinem englischsprachigen Manuskript über die Beziehungen zwischen Estland und Finnland, RA, August Rei's arkiv/18.

³⁶ Seppo Zetterberg, Suomen ja Viron valtiolliset lähentymisunnielmat syksystä 1917 vuoden 1919 kevääseen. (Lizentiatenarbeit 1972, Historisches Institut der Universität Helsinki).

der Ewigkeit vorkamen, für die es jetzt keine Zeit gab. Von estnischer Seite versuchte man jedoch auch, den Gedanken den Deutschen anzubieten. Der deutsche Gesandte in Reval, Frohwein, erhielt im Oktober 1940 durch eine Mittelsperson eine Denkschrift, deren Verfasser dem Gesandten zufolge als führende Person der ehemaligen Freiheitskriegerbewegung auftrat und dies nach den Informationen Frohweins auch war. Nach diesen Kennzeichen zu schließen handelte es sich um Dr. Hjalmar Mäe. In der Denkschrift wurde um die Unterstützung der Reichsregierung für die genannte Bewegung ersucht, deren Grundgedanken und Ziele gleichzeitig dargelegt wurden. Außer dem Kampf gegen den Kommunismus zielten diese Gedanken auf die Gründung eines selbständigen finnisch-ugrischen Staates. Auch der eifrigste Verfechter eines Großfinnland hatte wohl kaum jemals von einem solchen Reich geträumt, wie es in der Denkschrift umrissen wurde und das Finnland, [Ost]Karelien, Ingermanland, Estland, den nördlichen Teil Lettlands bis zur Düna und außerdem Leningrad und das östlich davon gelegene Gebiet bis zum Volhov-Fluß umfassen sollte. In der Denkschrift versuchte man auch den Deutschen Lebensraum anzuweisen. Die Letten und Litauer wurden als Slawen bezeichnet, die nach der Ansicht des Verfassers weiter nach Osten getrieben werden konnten, damit für die Deutschen neuer Siedlungsraum geschaffen würde. Der finnisch-ugrische Großstaat sollte dann „ein Bollwerk des Germanentums gegen den russisch-asiatischen Osten“ bilden. Frohwein hielt es jedoch für zu gewagt, eine Denkschrift dieser Art anzunehmen, die vom Standpunkt der Sowjetunion landesverräterisch war, und schickte sie auf demselben Wege zurück, den sie gekommen war; er teilte gleichzeitig mit, daß „die Existenz derartiger Gedanken in Deutschland bekannt sei“.³⁷ Dem Gedankenflug schien in diesem Falle jeder Anhaltspunkt in der Welt der Wirklichkeit zu fehlen.

Die estnischen Offiziere, die ins Ausland, besonders nach Deutschland gegangen waren, setzten ihre Hoffnung auf die militärische Stärke Deutschlands. Der ehemalige estnische Militärattaché in Berlin, Oberst K. Jakobsen, war am 21. 3. 1941 in Stockholm, um der im September 1940 von den ehemaligen Gesandten Estlands zur Koordinierung ihrer politischen Tätigkeit gegründeten Auslandsdelegation der Republik Estland seine Ansichten vorzutragen. Nach Warma trat Jakobsen sehr selbstbewußt auf und behauptete, daß „jetzt die Soldaten mit den Deutschen Politik machen zur Befreiung Estlands“. Von deutscher Seite war mehrfach Interesse an einer Zusammenarbeit mit den estnischen Vertretungen im Ausland angemeldet worden. Gleichzeitig war angedeutet worden, daß zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein bewaffneter Konflikt ausbrechen könnte, der die Wiederherstellung der estnischen Selbständigkeit ermöglichen würde. Die Deutschen hatten auch Wünsche geäußert, daß die Esten irgendeine Organisation bilden sollten, die bevollmächtigt wäre, bei gegebenem Anlaß über diese Fragen zu verhandeln. Die Auslandsdelegation hielt jedoch das Projekt dieser Organisation zu jenem Zeitpunkt nicht für aktuell.³⁸

³⁷ Frohwein aus Reval 21. 10. 1940, AA, Gesandtschaft Riga/Geh 26/Bd. 2.

³⁸ Warma 1973, S. 161, 166–168.

Alle hatten jedoch nicht so große Hemmungen in dieser Hinsicht. In Helsinki wurde Ende Mai 1941 das „Estonische Befreiungskomitee“ gegründet, zu dem als Vorsitzender Hjalmar Mäe und als Mitglieder Dr. Alexander Massakas, Dr. Harry Rütman (bei dessen Verhinderung Rechtsanwalt Karl Gran), Major Axel Kristjan sowie Legationssekretär Valter Kotsar gehörten. Die beiden letztgenannten gehörten zum Personal der ehemaligen estnischen Gesandtschaft in Helsinki. Das Komitee stellte sich die Aufgabe, die Freiheit und Unabhängigkeit des estnischen Volkes mit der Unterstützung „freundschaftlich gesinnter Staaten“, d. h. vor allem Deutschlands, zu sichern. Das Komitee richtete durch das deutsche Auswärtige Amt ein Hilfesuch an „den Führer des deutschen Volkes und Beschützer der kleinen Völker“ Adolf Hitler und bevollmächtigte Mäe, verbindliche Verträge mit der deutschen Regierung zu schließen. In diesem Stadium träumte Mäe noch von einer bedeutenden politischen Aufgabe in Estland und stellte sich vor, daß er auf der Grundlage des früheren Freiheitskriegerverbandes eine nationalsozialistische Bewegung schaffen könnte.³⁹ Der ehemalige estnische Militärattaché in Helsinki, Major Kristjan, der Mitglied des Estonischen Befreiungskomitees war, organisierte die Gruppe „Erna“. Auf Anregung Kristjans wurden etwa zwanzig junge Esten in Kursen auf der Insel Sökö westlich von Helsinki zu Funkern ausgebildet. Im Juni wurde beschlossen, diese Gruppe, die auf etwa 65 Mann angewachsen war, nach Estland zu entsenden, wo sie im Rücken der Roten Armee wirken sollte. Ende Juni waren alle Vorbereitungen, die in Zusammenarbeit mit der finnischen Heeresleitung und den Vertretern der deutschen Abwehr in Helsinki durchgeführt wurden, abgeschlossen, und am 9. Juli 1941 wurde die Gruppe mit vier Torpedobooten nach Estland gebracht.⁴⁰ In den Wochen vor Ausbruch des Krieges belebte sich auch die antisowjetische Tätigkeit in Estland. In den letzten Friedenstagen nahm die Tätigkeit des „Klassenfeindes“ nach der Geschichte der kommunistischen Partei Estlands besonders unverschämte Formen an. So riefen z. B. in Pernau „einige Lümmel mitten am helllichten Tage antisowjetische Parolen“ und am Morgen des 22. Juni 1941 hißten „feindselige Elemente“ vielerorts die bürgerliche Flagge Estlands.⁴¹ Die deutsche Wehrmacht hatte ihren Angriff auf die Sowjetunion begonnen, und bis zum Ende des Sommers geriet das ganze Baltikum in die Gewalt einer „neuen Ordnung“.

³⁹ Myllyniemi S. 107–108.

⁴⁰ Warma 1973 S. 219–220; „Erna“ salga organiseerimine. Eesti riik ja rahvas II Maailmasõjas V. S. 170–172.

⁴¹ Ülevaade Eestimaa Kommunistliku Partei ajaloost III. Tallinn 1972, S. 99–100.

Exkurs: Finnland und das Baltikum in der Interessensphärenpolitik der Sowjetunion 1939–1941

Bei dem Versuch, die Entwicklung der internationalen Stellung der baltischen Länder in einem Zeitraum darzustellen, der sich vom Münchener Abkommen bis zum Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Juni 1941 erstreckt, war es ein forschungsstrategischer Nebenzweck, solches Vergleichsmaterial zu beschaffen, das dem Verständnis der Ereignisse in der finnischen Geschichte während des gleichen Zeitraumes dient.

Die Ereignisse der Vorgeschichte des Winterkrieges, des Winterkrieges selbst und der Zeit des sog. Zwischenfriedens sind sehr gründlich erforscht worden. Bis in Einzelheiten sind Finnlands eigene Bestrebungen und seine damals möglichen Alternativen sowie die Einstellung Deutschlands, Schwedens und der Westmächte zu Finnland und die darin zu verzeichnenden Wandlungen geklärt worden. Dennoch gibt es noch viele, weiterer Klärung bedürftige Fragen, die in erster Linie mit der Auslegung der sowjetischen Finnland-Politik zusammenhängen. Wäre ein Kompromiß zwischen den verschiedenen sicherheitspolitischen Konzeptionen der Sowjetunion und Finnlands im Herbst 1939 möglich gewesen? Warum gab die Sowjetunion Ende Januar 1940 die Regierung Kuusinen auf und nahm Verhandlungen mit der Regierung Ryti-Tanner auf? Welchen tatsächlichen Spielraum ließ die Finnland-Politik der Sowjetunion unserem Lande im Sommer 1940? Bei diesen „letzten Fragen haben wir uns mit der Antwort begnügen müssen, daß eine endgültige Klärung dieser Fragen nicht zu erwarten ist, bevor sich vielleicht einmal die Archive des Kremls öffnen.

Während wir darauf warten, können wir nur die Interessensphärenpolitik der Sowjetunion einmal im Hinblick auf Finnland und zum andern auf das Baltikum vom Herbst 1939 an vergleichen. Die Ausweitung des Gesichtswinkels ist in diesem Falle umso begründeter und natürlicher, als die Untersuchung ergeben hat, daß Finnland für die Sowjetunion kein eigenständiges Problem darstellte, sondern nur eine Teilfrage der Sicherung ihrer Nordwestgrenze. In Molotovs Terminologie gehörte Finnland im Herbst 1939 ausdrücklich zu den baltischen Staaten, wenn auch das Finnland-Problem noch in diesem Stadium im begrenzten Umfang baltisch war, weil sich die mögliche Gefahr eines Angriffs einer dritten Macht gegen die Sowjetunion über finnisches Territorium vor allem auf den Finnischen Meerbusen und die Karelische Landenge beschränkte.¹ Die Finnland- und die Baltikumpolitik der Sowjetunion sind auch in der bisherigen Forschung miteinander verglichen worden, aber solche Vergleiche mußten inhaltsleer und zwecklos bleiben, weil es keine genauere Analyse besonders der Entwicklung des Baltikums in der Stützpunktperiode gab.

¹ Korhonen 1971 S. 197.

Bei der Betrachtung der sowjetischen Baltikumpolitik im Herbst 1939 wurde festgestellt, daß Stalin und Molotov offen zugegeben hatten, die Sowjetunion werde sich nicht mit einer Situation abfinden, die vor zwanzig Jahren geschaffen worden war; aber gleichzeitig versicherten sie wiederholt, daß die Sowjetunion die Souveränität und Unversehrtheit der baltischen Republiken achten werde. Aufgrund des verfügbaren Quellenmaterials konnte nicht bewiesen werden, daß die Politik der Sowjetunion in diesem Stadium auf die völlige Sowjetisierung des Gebietes abzielte. Die Entwicklung der Stützpunktperiode läßt sich aus diesem Grund nicht unter der Voraussetzung betrachten, daß sie zu einem im voraus bekannten Endergebnis führt. Das aber macht den Zeitraum als Forschungsobjekt viel interessanter. Die Untersuchung der politischen Entwicklung in der Stützpunktperiode zeigt wiederum, daß man sich in der vom Weltkrieg überschatteten Situation nicht aus der Konstellation des gegenseitigen Mißtrauens hat lösen können.

Die finnische und die sowjetische sicherheitspolitische Konzeption hatten im Herbst 1939 nicht viel Gemeinsames. Die Sowjetunion traute nicht der von Finnland verkündeten nordischen Neutralität, und die finnische Regierung wieder konnte und wollte auch nicht die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion verstehen. Für die Sowjetunion war Finnland neben dem Baltikum natürlich von zweitrangiger Bedeutung, was sich auch aus dem Charakter der an Finnland gestellten Forderungen ergab. Die unbeugsame Haltung Finnlands scheint für die Sowjetunion eine Überraschung gewesen zu sein, und andererseits waren die Finnen überrascht, als sie sahen, daß die Sowjetunion bereit war, ihre Forderungen mit Waffengewalt durchzusetzen. Der Krieg hätte natürlich im November 1939 vermieden werden können, wenn Finnland die geforderten Zugeständnisse gemacht hätte. Aber wie schon Jakobson festgestellt hat, hätte Finnland im Schatten des Stützpunktes Hanko kaum die bisherige Linie nordischer Neutralität weiterverfolgen können, als ob nichts geschehen wäre.² Man hat auch Zweifel geäußert, ob die Regierung, wenn sie größere Gebietsabtretungen vorgeschlagen hätte, überhaupt den Reichstag hinter sich gehabt hätte.³ Mit noch viel größerer Berechtigung kann man fragen, ob es unter jenen Umständen, in denen die Regierung ebenso wenig wie die öffentliche Meinung die Motive der sowjetischen Politik verstand, möglich gewesen wäre, den politischen Kurs zu wechseln und eine völlig neue, bis dahin unerprobte Richtung einzuschlagen. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß viele Forscher sich auf den Standpunkt gestellt haben, die Möglichkeiten zu einer grundlegenden Besserung der finnisch-russischen Beziehungen seien im Herbst 1939 schon verlorene Möglichkeiten einer fernerer Vergangenheit gewesen.⁴ Eine Betrachtung der baltischen Stützpunktperiode stärkt kaum den Glauben an die Möglichkeiten einer politischen Kursänderung.

² Jakobson S. 395.

³ L. A. Puntila, Suomen poliittinen historia 1809–1966. 5 p. Helsinki 1971, S. 167.

⁴ Diese Deutung vertritt z. B. Krister Wahlbäck, Finlands utrikespolitik – en utomståendes tolkning. Varttuva isänmaa. Helsinki 1976, S. 41.

Nach Ausbruch des Krieges bemühte sich die neue finnische Regierung unter Ministerpräsident Risto Ryti um einen neuen Verhandlungskontakt mit der Sowjetunion. Den Friedensführern stand aber jetzt die von Stalin vorgeschobene Regierung Kuusinen im Wege, und erst Ende Januar 1940 zeigte sich die Sowjetunion bereit, mit der Regierung Ryti-Tanner zu verhandeln. Über die Motive dieses Schrittes der Sowjetunion herrscht ziemliche Übereinstimmung. Der Krieg war vom Standpunkt der Sowjetunion aus gesehen nicht wie erhofft verlaufen. Der Finnlandfeldzug hatte in einem viel größeren Maße als vorausberechnet sowjetische Kräfte gebunden, und der ganze Krieg schien bei der Bevölkerung der Sowjetunion unbeliebt gewesen zu sein. Der Widerstand der Finnen, der erfolgreicher als erwartet war, und die Abwehrerfolge im Dezember und Januar schufen die Voraussetzungen dafür, daß die Alliierten überhaupt über eine großangelegte Unterstützung Finnlands zu sprechen anfangen. Infolge der geplanten Intervention der Alliierten wurde der finnische Krieg für die Sowjetunion viel zu riskant. Im schlimmsten Falle drohte der Sowjetunion die Verwicklung in einen sehr ausgedehnten militärischen Konflikt nicht nur im Norden, sondern auch im Süden, wo der geplante Angriff der Franzosen aufs Schwarze Meer und auf Baku eine für Moskau viel gefährlichere Richtung genommen hätte. Der finnische Krieg bedrohte somit ein damaliges Hauptprinzip der sowjetischen Außenpolitik: das Verbleiben außerhalb des „zweiten imperialistischen Krieges“ und das Gewinnen von Zeit.⁵ Die Vorsicht riet also zum Frieden. Nach den Informationen, die Paasikivi später aus Moskau übermittelte, hatte es im Politbüro auch Widerstand gegen den Friedensschluß gegeben, aber Stalin entschied die Sache zugunsten des Friedens. Besonders die Vertreter der Roten Armee wollten den Finnlandfeldzug nicht vorzeitig abbrechen.⁶

Zur selben Zeit, als die Sowjetunion beschloß, in Verhandlungen mit der Regierung Ryti-Tanner einzutreten, änderte sie ihre Politik auch südlich des Finnischen Meerbusens. Besonders interessant wäre es natürlich, zu klären, ob zwischen diesen gleichzeitigen Wandlungen irgendein Kausalzusammenhang bestand. Zumindest können wir feststellen, daß die Sowjetunion damals angefangen hatte, sich Sorgen zu machen über die Entwicklung im Baltikum, dessen strategische Bedeutung für sie viel größer war als die Finnlands. Der Winterkrieg gab den Finnen wenigstens die Möglichkeit, auf eine Intervention der Alliierten zu spekulieren, die für die Sowjetunion unabsehbare Folgen gehabt hätte. Im Baltikum hatte man auch angefangen, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die gesamtpolitische Lage Änderungen hervorbrächte, die diesen Staaten Gelegenheiten gegeben hätte, sich aus dem Griff der Sowjetunion zu befreien. Derartige Spekulationen waren vom Standpunkt der Sowjetunion aus äußerst gefährlich, weil sie die Bedeutung der Beistandsverträge zu entwerten drohten. Die Schlußfolgerung war klar: die Stellungen im Baltikum waren so zu stabilisieren, daß auch nicht mehr der geringste Raum für Spekulationen blieb.

⁵ Jakobson S. 343–345; Nevakivi S. 168–171, 176; Ponomarev u. a. S. 465–466.

⁶ Paasikivi I S. 212.

So führte das Bestreben „auf Nummer Sicher zu gehen“ in Finnland und im Baltikum zu ganz unterschiedlichen praktischen Maßnahmen. Mit Finnland wurden die Friedensverhandlungen eingeleitet, während man im Baltikum die Sowjetisierung vorzubereiten begann. Die Ausgangspositionen südlich des Finnischen Meerbusens waren in dieser Hinsicht verlockend günstig: die Rote Armee verfügte dort schon seit Herbst 1939 über feste Stellungen, die Weltöffentlichkeit hatte die baltischen Republiken schon vergessen und ihre völlige Sowjetisierung galt nur als eine Frage der Zeit.

Die Besetzung Dänemarks und Norwegens durch die Deutschen im April 1940 änderte nicht mehr wesentlich die Position der baltischen Republiken, dagegen schwächte sie merklich die strategische Position Finnlands. Die Möglichkeit, daß Finnland bei einem bewaffneten Konflikt zwischen der Sowjetunion und Deutschland seine Neutralität bewahren könnte, schien von nun an sehr theoretisch. Vom sowjetischen Standpunkt hatte sich das finnische Problem jetzt völlig in ein baltisches verwandelt. Diese Haltung zeigte sich deutlich in dem, was Molotov dem litauischen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Kreve-Mickevičius Ende Juni 1940 sagte,⁷ sowie in dem Druck, den die Sowjetunion im Sommer 1940 auf Finnland ausübte.

Ab Anfang August 1940 begann sich das erwachende kriegswirtschaftliche und strategische Interesse Deutschlands an Finnland zu zeigen. Die deutsche auf Finnland gerichtete Aktivität wurde sofort auch in Moskau registriert, weil Deutschland jetzt die Handlungsfreiheit der Sowjetunion in ihrer eigenen Interessensphäre einzuschränken begann. Unter diesen Umständen erhielten auch geringfügige Ermutigungsoperationen Deutschlands eine große politische Bedeutung, denn wenn Finnland wirklich dabei war, in den Interessenbereich Deutschlands zu gleiten, drohte das die Resultate zu trüben, die die Sowjetunion durch den Frieden von Moskau und die Sowjetisierung des Baltikums erzielt hatte. So gesehen ist es verständlich, daß für Molotov die finnische Frage bei seinen Besprechungen im November 1940 in Berlin sehr wichtig war. Finnland versuchte noch im Herbst 1940 eine dritte Alternative zu finden, als es sich nach Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit Schweden erkundigte. Aber diese Versuche, ein politisches Gleichgewicht zu finden, wurden ebenso von Deutschland wie von der Sowjetunion zurückgewiesen.⁸ Das in die Position eines baltischen Staates gedrängte Finnland sah sich vor die baltischen Alternativen gestellt: Deutschland oder die Sowjetunion. Die deutsch-finnischen Kontakte auf militärischer Ebene im Winter 1940–1941 gaben den Finnen allmählich eine Vorstellung von der operativen Planung der Deutschen, soweit diese Pläne die nördliche Front und finnisches Territorium betrafen. Die Finnen waren aber noch lange Zeit keineswegs sicher, in welche Richtung sich die Dinge entwickeln würden. Der bewaffnete Konflikt zwischen Deutschland und der Sowjetunion war

⁷ Siehe oben S. 126.

⁸ Wilhelm M. Calgren, *Svensk utrikespolitik 1939–1945*. Stockholm 1973, S. 230–235; Ohto Manninen, *Saksa tyrmää Ruotsi-Suomen unionin*. H. Aik. 1975, S. 219–238.

eine Möglichkeit, und in diesem Fall war man offensichtlich zu einer gewissen militärischen Zusammenarbeit bereit. Aber bis zum Frühjahr 1941 mußte auch mit der Möglichkeit einer friedlichen Lösung zwischen Deutschland und der Sowjetunion gerechnet werden, und die Berücksichtigung dieser Alternative machte die oberste politische und militärische Führung Finnlands vorsichtig in ihren Beziehungen zu Deutschland, damit die Finnen bei einer möglichen plötzlichen Einigung zwischen Moskau und Berlin nicht zwischen zwei Stühlen säßen. Erst Karl Schnurres Besuch in Helsinki am 20. Mai 1941, der den ersten Kontakt auf politischer Ebene darstellte, brachte die eigentlichen auf eine militärische Zusammenarbeit zielenden Verhandlungen in Gang, die dann in Salzburg und Zossen vom 25.–26. Mai und in Helsinki vom 3.–5. Juni 1941 geführt wurden. Diese Gespräche bedeuteten, daß sich Finnland faktisch, wenn auch nicht formell, verpflichtete, sich an den deutschen Operationen gegen die Sowjetunion zu beteiligen.⁹

Die genaue Verfolgung dieser Entwicklung gehört jedoch nicht in den Rahmen dieser Untersuchung. Dagegen muß festgestellt werden, daß Stalin noch im April 1941 Maßnahmen ergriff, die den Zweck verfolgten, Deutschland alle Vorwände für den Beginn von Kriegsoperationen zu nehmen oder wenigstens den Konflikt hinauszuschieben. Dazu gehört u. a., daß die Sowjetunion die diplomatischen Vertreter Jugoslawiens, Belgiens und Norwegens aus Moskau auswies und diplomatische Beziehungen mit Vichy-Frankreich aufnahm.¹⁰ In diesen Zusammenhang gehört es auch, daß die Sowjetunion ihren Gesandten in Finnland austauschte. Ivan Zotov wurde abberufen, an seiner Stelle wurde Pavel Orlov zum Gesandten ernannt, der persönlich auch einen guten Eindruck auf die Finnen machte. Im Mai 1941 teilte Orlov überraschend mit, daß seine Regierung nichts gegen ein schwedisch-finnisches Bündnis hätte.¹¹ Man kann der finnischen Regierung aber kaum Vorwürfe deswegen machen, weil sie in diesem Stadium den Vorschlag nicht mehr als real zu berücksichtigende Alternative betrachtete, sondern rein als taktisches Ablenkungsmanöver, mit dem versucht wurde, die finnisch-deutschen Beziehungen zu stören.

Finnland und die baltischen Republiken verstanden am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die sicherheitspolitischen Bestrebungen der Sowjetunion nicht und nahmen deshalb deren Initiativen mit Mißtrauen auf. Im Baltikum zeigte sich dieses Mißtrauen besonders deutlich während der Verhandlungen der Sowjetunion und der Westmächte im Sommer 1939. Ebenso offensichtlich war das Mißtrauen der Sowjetunion, das es ihr nicht erlaubte, in ihrer Baltikum- und Finnlandpolitik 1940–1941 flexiblere Alternativen zu suchen.¹²

⁹ Stig Jägerskiöld, *Fältmarskalken. Gustaf Mannerheim 1939–1941*. Helsingfors 1975, S. 280–294.; Krosby 1967 S. 174–195; Ohto Manninen, „Barbarossa ja suomalaisten operaatiokaavailut“, *Sotilasaikakauslehti* 6–7 (1976) S. 350–361.

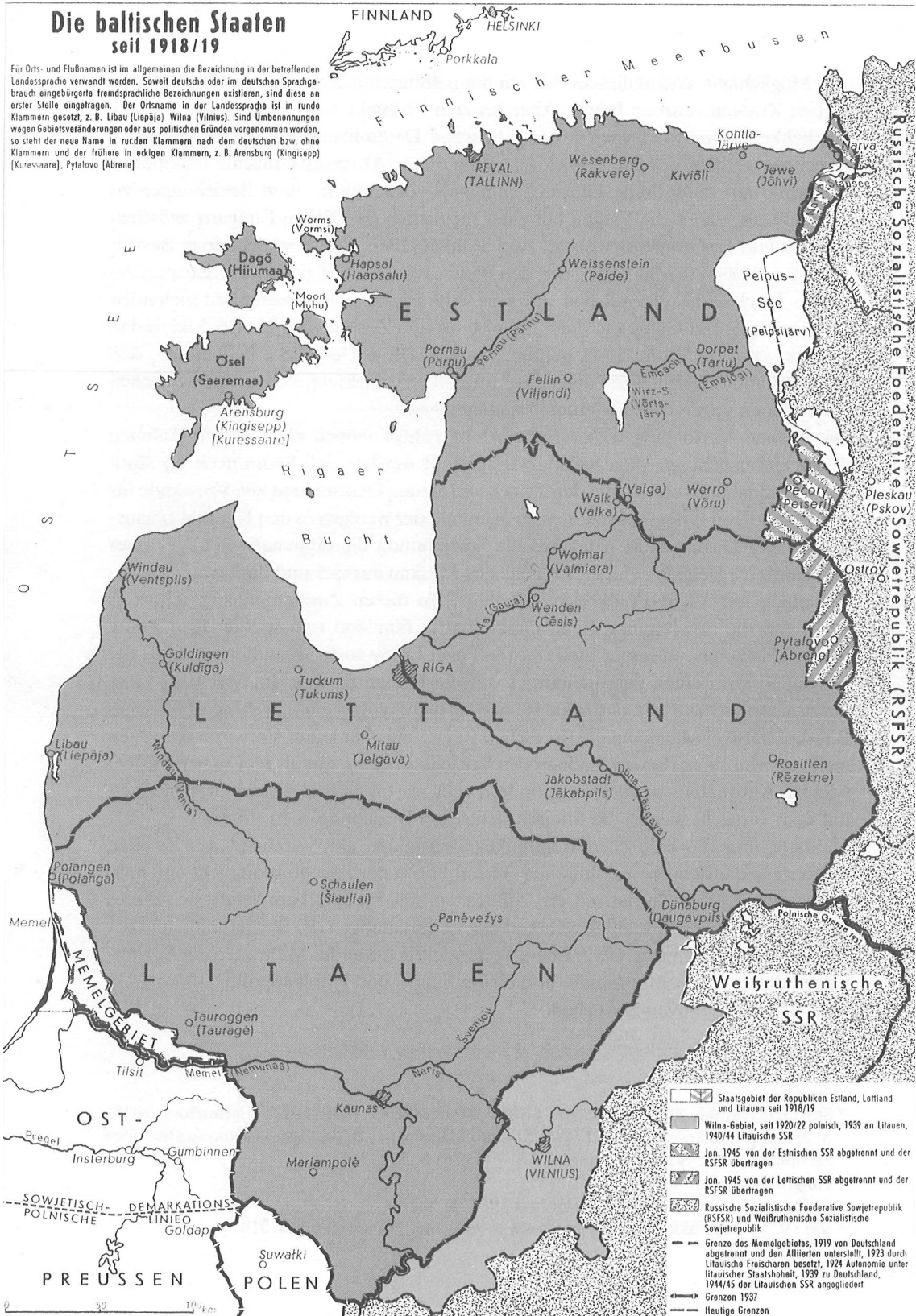
¹⁰ Hillgruber S. 430–431.

¹¹ Anthony F. Upton, *Välirauha*. Helsinki 1965, S. 321.

¹² Vgl. V. V. Pohlebkin, *Suomi vihollisena ja ystävänä*. Porvoo 1969, S. 318.

Die baltischen Staaten seit 1918/19

Für Orts- und Flurnamen ist im allgemeinen die Bezeichnung in der betreffenden Landessprache verwendet worden. Soweit deutsche oder im deutschen Sprachgebrauch eingebürgerte fremdsprachliche Bezeichnungen existieren, sind diese an erster Stelle eingetragen. Der Ortsname in der Landessprache ist in runde Klammern gesetzt, z. B. Libau (Liepāja) Wilna (Vilnius). Sind Umbenennungen wegen Gebietsveränderungen oder aus politischen Gründen vorgenommen worden, so steht der neue Name in runden Klammern nach dem deutschen bzw. ohne Klammern und der frühere in eckigen Klammern, z. B. Arensburg (Kingisepp) [Kuressaare], Pytalovo [Abrene].



Abkürzungen

AA	= Auswärtiges Amt
ADAP	= Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
BA	= Bundesarchiv Koblenz
DBFP	= Documents on British Foreign Policy
FO	= Foreign Office London
FRUS	= Foreign Relations of the United States
PRO	= Public Record Office London
RA	= Riksarkivet Stockholm
SA	= Sota-arkisto Helsinki (Finnisches Kriegsarchiv)
UD	= Utrikesdepartements Arkiv Stockholm (Archiv des Schwedischen Außenministeriums)
UM	= Ulkoasiainministeriön arkisto Helsinki (Archiv des Finnischen Außenministeriums)
VA	= Valtionarkisto Helsinki (Finnisches Staatsarchiv)

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

Ulkoasiainministeriön arkisto (UM), Helsinki (Archiv des Finnischen Außenministeriums)

- 5 C 2 Berichte der Gesandtschaft in Stockholm
- 5 C 12 Berichte der Gesandtschaft in Reval
- 5 C 16 Berichte der Gesandtschaft in Riga
- 5 C 18 Berichte der Gesandtschaft in Moskau
- 5 C 26 Berichte der Gesandtschaft in Kowno
- 15 V.1.g. Abänderung der Völkerbundsatzung¹
- 94 Presseberichte nach Ländern¹
- 109 Verhandlungen zwischen Finnland und Sowjetunion im Oktober-November 1939
und der Krieg 1939–1940
 - 109.C.1. Finnland-Estland
 - 109.C.3 Freiwillige

Suojelupoliisin arkisto, Helsinki (Archiv der Staatspolizei)

- EK-VALPO I: XXXVII.B. Das politische Leben in Estland im allgemeinen,
XXXVII.B.1.a. Die kommunistische Partei von Estland.

Valtionarkisto (VA), Helsinki (Finnisches Staatsarchiv)

Informationszentrum der Regierung: Grüße der Esten 1940

Sota-arkisto (SA), Helsinki (Kriegsarchiv)

- Propaganda-Abteilung des Hauptquartiers: Rundfunksendungen in estnischer Sprache
- Freiwilligenbüro im Hauptquartier
- Kriegstagebuch des Abschnittes Helsinki 1940
- Militärattaché in Reval
- Mikrofilm T-311 (Heeresgruppe Nord)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (AA), Bonn

- Büro des Reichsaußenministers: Estland, Lettland, Litauen
- Büro des Staatssekretärs: Estland, Lettland, Litauen
- Politische Abteilung VI: Politische Beziehungen des Baltikums zu Deutschland; Politische Beziehungen des Baltikums zu Rußland
- Gesandtschaft Kowno
- Gesandtschaft Riga
- Gesandtschaft Reval

Bundesarchiv (BA), Koblenz

- Reichswirtschaftsministerium (R 7)
- Reichsjustizministerium (R 22)

¹ Diese Gruppen werden im Finnischen Staatsarchiv verwahrt.

Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg im Br.
Abteilung Wehrmachtpropaganda im OKW: RW 4/v. 328

Public Record Office (PRO), London
Foreign Office (FO): Gruppe FO 371 General Correspondence: Baltic States 1939–1940
Gruppe 419¹ Confidential Prints, Scandinavia and Baltic States, Further
Correspondence

Riksarkivet (RA), Stockholm
Nachlaß August Rei

Utrikesdepartements Arkiv (UD), Stockholm
HP.1.Ee Politik: allmänt Estland
HP.1.Ele Politik: allmänt Lettland
HP.1.Eli Politik: allmänt Litauen
Tidningsklippsamlingar²

Briefe an den Verfasser
Werner Best vom 7. und 30. 10. 1975
Axel Kristjan vom 30. 6. 1976
Edvald Uustalu vom 15. 12. 1977

II. Gedruckte Quellen

- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D, Bd. V–XI Baden-Baden 1953–1964 [zit.: ADAP]
Documents accuse. Vilnius 1970
Documents on British Foreign Policy 1919–1939. Third Series. Volume IV London 1953 [zit.: DBFP]
Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Bd. I Würzburg 1962
Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Soviet Union 1933–1939. Washington 1952; Diplomatic Papers 1940. Vol. I Washington 1959 [zit.: FRUS]
Kak buržuaznye natsionalisty predavali Litvu. Kommunist 1960 (Vilnius)
Soviet Documents on Foreign Policy. Selected and edited by Jane Degras. Vol. III London 1953 [zit.: Degras]
Loeber, Dietrich A.: Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941. Neumünster 1972
U. S. House of Representatives. Select Committee to Investigate Communist Aggression and the Forced Incorporation of the Baltic States into the U. S. S. R. Third Interim Report. 83rd Congress. 2nd Session. Washington 1954 [zit.: U. S. Congress, Third Interim Report]
U. S. House of Representatives. Select Committee to Investigate the Incorporation of the Baltic States into the U. S. S. R. Hearings. Baltic States Investigation. Part I. 83rd Congress. 1st Session. Washington 1954 [zit.: U. S. Congress, Baltic States Investigation]
The USSR – German Aggression against Lithuania. Ed. Bronis J. Kaslas. New York 1973 [zit.: Kaslas]
Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei. (Hrsg.) Václav Král. Prag 1960

¹ Als Mikrofilm im Finnischen Staatsarchiv.

² Im Riksarkivet Stockholm.

III. Zeitungen

Aftonbladet 1940
Dagens Nyheter 1940
Helsingin Sanomat 1936, 1938–1940
Hufvudstadsbladet 1940
The New York Times 1940
Päevaleht 1940
Svenska Dagbladet 1940
Stockholms Tidningen 1940
Suomen Sosialidemokraatti 1939
Uusi Suomi 1940
Völkischer Beobachter 1939

IV. Literatur

Allard, Sven: Stalin ja Hitler 1936–1941. Porvoo 1972
Anderson, Edgar: The Pacts of Mutual Assistance between the USSR and the Baltic States. Baltic History. Ohio 1974
Arumäe, Heino: NSV Liidu võitlus Baltimaade rahvaste jügeoleku eest Teise maailmasoja eel. Eesti NSV Tearduste Akadeemia toimetised. 21/4 Tallinn 1972, S. 391–408.
The Baltic States 1940–1972. Stockholm 1972
Beloff, Max: The Foreign Policy of Soviet Russia. Vol II. 1936–1941. London 1949
Berzins, Alfred: The Unpunished Crime. New York 1963
Blodnieks, Adolfs: The Undefeated Nation. New York 1960
Brozgat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945. Frankfurt a. M. 1965 (Fischer-Ausgabe)
Budreckis, Algirdas: Lithuanian Resistance 1940–1952. In: Lithuania 700 years. New York 1969
Calgren, Wilhelm M.: Svensk utrikespolitik 1939–1945. Stockholm 1973
Čeginskis, Ebba: Die baltische Frage in den Großmächteverhandlungen 1939. Bonn 1967 (Commentationes Balticae XII/XIII)
Conquest, Robert: Den stora terrorn. Halmstad 1971
Czollek, R.: Estnische Phosphorit im Griff der I. G. Farben Industrie A. G. Eesti Teaduste Akademia toimetised 4/1966
Die Deportationen im Baltikum. Stockholm 1966
Deutscher, Isaac, Stalin. A Political Biography. Oxford 1949
Eesti NSV Ajalugu III. Tallinn 1971
Eesti Rahvas Nõukogude Liidu Suures Isamaasojas. 1941–1945. I. Tallinn 1971
Estonia between the two World Wars. Tallinn 1973
Fabry, Philipp W.: Der Hitler-Stalin Pakt 1939–1941. Darmstadt 1962
Garleff, Michael: Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen. Bonn 1976
Gemzell, Carl-Axel: Raeder, Hitler und Skandinavien. Lund 1965
Gerutis, Albertas: Independent Lithuania. In: Lithuania 700 years. New York 1969
Gerutis, Albertas: Occupied Lithuania. In: Lithuania 700 years. New York 1969
Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges. Bd. I. Berlin 1962
Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion. Bd. V.1. Moskau 1974
Geschichte der sowjetischen Außenpolitik. Teil I. Redaktion B. N. Ponomarev u. a. Berlin 1969
Heinrichs, Erik: Mannerheim Suomen kohtaloissa. II. Helsinki 1960

- Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941. Frankfurt a. M. 1965
- Hingley, Ronald: Die Russische Geheimpolizei 1565–1970. Bayreuth 1972
- Istoria Latvijas SSR. Riga 1971
- Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt a. M. 1968
- Das Jahr des Grauens. Lettland unter der Herrschaft des Bolschewismus 1940/1941. Riga 1943
- Jakobson, Max: Diplomaattien talvisota. Helsinki 1956
- Jägerskiöld, Stig: Fältmarskalken. Gustaf Mannerheim 1939–1941. Helsingfors 1975
- Kalninš, Bruno: De baltiska staternas frihetskamp. Stockholm 1950
- Karma, Otto – Siilivask, Karl: Tööliklassi ja revolutsioonilise liikumise ajaloo uurimine. Leninlik etapp Eesti ajaloo teeduses. Koostanud ja toimetatud Endel Laul. Tallinn 1970
- Kaelas, Aleksander: The Worker in the Soviet Paradise. East and West 2/1947
- Kaslas, J.: The Lithuanian Strip in Soviet-German Secret Diplomacy 1939–1941, Journal of Baltic Studies. IV/3
- Kettunen, Lauri: Matkapakinoita ja muistelmia 1925–1960. Helsinki 1960
- Kirotar, E.: Eesti välisministeeriumis. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas. II. Stockholm 1955
- Klesment, Johannes: Soviet theories on the annexation of Estonia. The Baltic Review No. 24/1962, S. 40–51
- Korhonen, Keijo: Suomi neuvostodiplomatiassa – Tartosta talvisotaan 2, 1933–1939; Turvallisluuden pettäessä. Helsinki 1971
- Krosby, Hans Peter: Nikkelidiplomatiata Petsamossa 1940–1941. Helsinki 1966
- Krosby, Hans Peter: Suomen valinta 1941. Helsinki 1941
- Laidoner, Johan: Koostanud Villem Saarsen. Stockholm 1953
- Laretei, Heinrich: Saatuse mängukanniks. Lund 1970
- Lenin, V. I.: Kootut teokset 31. Moskova 1962
- Lenin, V. I.: Teokset 21. Petroskoi 1958
- Lithuania under the Soviet 1940–1965. New York 1965.
- Lossowski, Piotr: Kraje baltyckie na drodze od demokracji parlamentarnej do dyktatury (1918–1934). Polska Akademia Nauk – Instytut Historii. 1972
- Lossowski, Piotr: National Minorities in the Baltic States 1939–1940. 1972 (Acta Poloniae Historica 25)
- Luts, Alfred: Heitluste keerises I. Lund 1975
- Maasing, R.: Eesti ja N. Liidu sojäväliste delegatsioonide läbirääkimisi 1939 a oktoobris. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas II. Stockholm 1956
- Mamers, Oskar (= Öpik, Oskar): Häda võidetuile. Stockholm 1958
- Manne, Robert: The British Decision for Alliance with Russia, May 1939. Contemporary History 3/1974, S. 3–26
- Manninen, Ohto: „Barbarossa“ ja suomalaisten operaatiokaavailut. Sotilasaikakauslehti 6–7/1976, S. 350–361
- Manninen, Ohto: Saksa tyrää Ruotsi-Suomen unionin. H. Aik. 1975, S. 219–238
- Meissner, Boris: Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht. Köln 1956
- The Murder of a Nation. Reminiscences of a former Major of State Security of the USSR. In: Lithuanian Bulletin No. 7–12/1950
- Myllyniemi, Seppo: Die Neuordnung der baltischen Länder 1941–1944. Helsinki 1973 (Historiallisia tutkimuksia 90)
- Mäkelä, Jukka L.: Salaista palapeliä. Porvoo 1965
- Navickas, Kostas: The Struggle of the Lithuanian People for Statehood. Vilnius 1971
- Nevakivi, Jukka: Apu, jota ei pyydetty. Helsinki 1972
- Niitemaa, Vilho: Baltian historia. Porvoo 1959

- Oras, Ants: Viron kohtalonvuodet. Jyväskylä 1958
- Otšerki istorii kommunističeskoj partii Latvii. II. 1920–1940. Riga 1966
- Paasikivi, J. K.: Toimintani Moskovassa ja Suomessa 1939–1941. I. Helsinki 1959
- Pakaslahti, Aaro: Talvisodan poliittinen näytelmä. Porvoo 1970
- Puntila, L. A.: Suomen poliittinen historia 1809–1966. 5p. Helsinki 1971
- Pohlebkinn, V. V.: Suomi vihollisena ja ystävänä. Porvoo 1969
- Rauch, Georg v.: Geschichte der baltischen Staaten. Berlin 1970
- Rei, August: The Drama of the Baltic Peoples. Stockholm 1970
- Sabaliūnas, Leonas: Lithuania in Crisis. Indiana University Press 1972
- Schtejman, I.: Charakter und Besonderheiten der Revolution 1940 in den baltischen Ländern. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1971/H.3
- Scheynius, Ignas J.: Punainen tulva nousee. Porvoo 1942
- Selter, K.: Eesti välisministerina Moskovas. Eesti Riik ja Rahvas toises Maailmasõjas II. Stockholm 1955
- Siiras, Jan: Viro neuvostokurimuksessa. Helsinki 1942
- Sipols, V.: Tainaja diplomatija. Riga 1968
- Les souvenirs d'un agent soviétique 1936–1947. In: La Tribune de Geneve 14.12. 1949–12.1. 1950
- 5000 Sowjetköpfe. Gliederung und Geschichte eines Führungskollektivs. Herausgegeben von Hans Koch. Köln 1969
- Die Sowjetunion und die Baltischen Staaten. [1942]
- Suomi, Juhani: Talvisodan tausta. Neuvostoliitto Suomen ulkopoliitikassa 1937–1939. I. Helsinki 1973
- Swabe, Arveds: Lettlands historia. Stockholm 1961
- Tanner, Väinö: Olin ulkoministerinä talvisodan aikana. Helsinki 1951
- Tarulis, Albert: Soviet Policy toward Baltic States 1918–1940. Indiana 1959
- Tippelskirch, Kurt von: Toisen maailmansodan historia. 2. 4. painos. Porvoo 1972
- Toomingas, William: Vaikiv ajastu Eestis. New York 1961
- Tuominen, Arvo: Kremlin kellot. Helsinki 1956
- Ülevaade Eestimaa Kommunistliku Partei ajaloost. III. Tallinn 1972
- Upton, Anthony F.: Välirauha. Helsinki 1965
- Uustalu, Evald: Eesti Vabariik 1918–1940. Lund 1968
- Vehviläinen, Olli: Eine Front wider Hitler? Tampere 1971
- Vehviläinen, Olli: Kansallissosialistinen Saksa ja Neuvostoliitto 1933–1934. Helsinki 1966
- Vihalem, P.: Proletariaadi diktatuuri kehestamine Eestis 21. juunil 1940. Tartu Riikliku ülikooli toimetised. Vihik 199. Tartu 1967
- Wahlbäck, Krister: Finlands utrikespolitik – en utomstående tolkning. Varttuva isänmaa. Helsinki 1976, S. 35–46
- Warma, Alexander: Eesti Üliõpilaste Seltsi Album XII. Stockholm 1955
- Warma, Alexander: Lähettäläänä Suomessa 1939–1944. Helsinki 1973
- Wegmüller, Jürg: Das Experiment der Volksfront. Frankfurt a. M. 1972
- Wittram, Reinhard: Baltische Geschichte (1180–1918). München 1954
- Wittram, Reinhard: Rückblick auf den Strukturwandel der deutsch-baltischen Volksgruppen im letzten Jahrzehnt vor der Umsiedlung. In: Festschrift Percy Ernst Schramm. Bd. II. Wiesbaden 1964
- Zetterberg, Seppo: Suomen ja Viron valtiolliset lähentymissuunnitelmat syksystä 1917 vuoden 1919 kevääseen. Lisensiaattitutkimus 1972. Helsingin yliopiston historian laitos
- Žukov, G. K.: Marsalkka Žukovin muistelmät. Helsinki 1969

Personenregister

- Andersen, Nigol 82, 115, 131
Angarietis, Aleksa 85f.
Anvelt, J. 83
Assarsson, V. 111
Astachow, Geschäftsträger 50
- Balodis, Janis 13, 35, 39, 55f., 100, 104
Baltrusaitis, J. 27
Balutis, J. 45
Barthou, Louis 17
Beck, Józef 37
Berkis, K. 100, 101f., 104
Berzinš, Alfreds 80, 116, 128
Best, Werner 106–108
Bildmanis, Alfreds 98
Bistras, Leonas 77
Bizauskas, Kazys 66, 69, 76f., 123
Blaus, Peters 128, 145
Blodnieks, Adolfs 40
Bolšteins, General 128
Braziuskas, Juozas 120
Buharin, N. I. 23
Bulvičius, Vytautas 146
Butaev, russischer Offizier 120
- Canaris, Wilhelm 36
Celminš, Gustavs 13, 96
Černius, Jonas 31f., 77
Chamberlain, Neville 44
Collier, Lawrence 75
- Damitis, Robert 128, 145
Damušis, Adolfof 146
Dekanozov, V. G. 123f., 126, 133f., 136
Didžiulis, Grosmanas, Karolis 124
Dymša, Generalkonsul 29
- Eenpalu, Karel 35, 60, 136
Egorov, A. I. 21f.
- Franco, Francisco 21
Frohwein, Hans 33f., 49, 72, 88, 102f., 115, 141, 151
- Gallienne, W. H. 30, 48, 71, 73, 90–92, 94, 101
Galvanauskas, Ernestas 77, 124f., 134
Gedvilas, Mečys 124–127, 135
Gladkov, NKWD-Major 124
Göring, Hermann 33, 140
Graebe, Oberstleutnant 147f.
Graefe, Dr. 107, 147
Gran, Karl 152
Grundherr, Werner von 26, 28f., 51
- Haberman, H. 132, 134
Halder, Franz 46, 48
Halifax, Lord 45
Hartmanis, M. 35, 46, 66
Henlein, Konrad 28
Heydrich, Reinhard 106–108
Hitler, Adolf 13, 18, 25f., 28, 41f., 44, 46–50, 53, 103, 140–142, 152
Hynninen, P. J. 27, 71, 91, 95, 111, 131
- Isakov, I. S. 62, 66
Iwan der Grausame 125
- Jaakson, A. 100
Jakobsen, L. 39, 151
Jakobson, Max 154
Jansson, H. 83
Jegars, Janis 128
Joeäär, Aleksander 82, 115, 131
Jost, Heinz 107
Junča-Kučinskis, Mastynas 124
Jürimaa, A. 130
- Kaasik, Nikolai 30
Kālninš, Bruno 13, 40, 134
Kamenev, L. B. 23
Karelka, Geschäftsträger 26
Karlsson, Karlis 134
Kärm, O. 131
Karskij, M. M. 21
Kettunen, Lauri 71, 91–93, 95
Kirchenšteins, Augustas 127–129, 145
Kivimäki, Toivo Mikael 140

- Kleist, Peter 29, 147
 Kocins, F. 64
 Kognas, Leonas 124
 Korhonen, Keijo 21
 Kotsar, Valter 152
 Kotze, Hans Ulrich von 55f., 64, 78, 104,
 111, 113, 116, 128
 Kreve-Mickevicius, Vincas 118, 123–126,
 134, 156
 Krieviš, M. 54, 103
 Kriškčiunas, Jurgis 77
 Kristjan, Axel 152
 Kruus, Hans 129, 131
 Kumm, B. 144
 Kuusinen, O. V. 90, 153, 155
 Kuznetsov, N. G. 66
- Lacis, Julijs 128, 145
 Lacis, Vilis 128
 Laidoner, Johan 12, 34–37, 48, 54, 56, 59f.,
 62, 70f., 90f., 129, 131f., 136
 Laretei, Heinrich 17f., 20, 102
 Larka, A. 12
 Latovsky, V. 128
 Lattik, Jaan 94
 Leibbrandt, Georg 147
 Leijniš, Paulus 134
 Lenin, V. I. 86, 119, 132, 142
 Litvinov, Maxim 16–18, 22f., 43f., 49
 Lozoraitis, S. 120
 Luts, Alfred 79
- Maasing, R. 19, 34, 36, 38, 48f., 54, 59, 62f.
 Mackensen, Hans Georg von 28
 Mäe, Hjalmar 70, 151f.
 Maiski, Ivan 45
 Massakas, Alexander 152
 Meering, R. 83
 Megerle, Karl 33
 Mehlis, L. Z. 42
 Meretkov, K. A. 62f.
 Meri, Georg 57, 109
 Merkys, Antanas 76f., 98, 105, 117, 120,
 123f., 135
 Meskauskas, Dr. 106f.
 Mickis, Matas 124
 Mikojan, Anastas 57
 Mironas, V. 25
 Molotov, V. M. 23, 44f., 49–51, 53, 57f., 61,
 63–71, 78, 81, 110, 118, 120, 122, 125f.,
 137, 140, 142f., 153f., 156
- Munters, Vilhelms 22f., 32, 34–36, 38–40,
 55, 64–66, 70, 74, 85, 88, 102–104, 111,
 127
 Murro, A. 144
 Musteikis, Kazys 100, 123
 Müller, Heinrich 107
- Nadolny, Rudolf 16
 Natkevičius, L. 120
 Neumann, Dr. 28
 Nichting, Juhan 131, 145
 Niggol, F. 133
 Niitemaa, Vilho 10
 Nikitin, Cuzma 57
 Norem, Owen S. 76, 81
 Nylander, Legationsekretär 144
- Öpik, Oskar 37, 48
 Orde, C. W. 36, 72, 74, 81, 90, 96
 Orlov, Pavel 157
 Osis, Roberts 102
- Paasikivi, J. K. 51, 139, 142, 155
 Paberzs, Juris 128
 Packer, Geschäftsträger 108
 Padalis, Pranas 146
 Pakarlis, Povilas 124
 Pakaslahti, Aaro 94f.
 Paleckis, J. 87, 124–126, 134f.
 Palin, Edward 22, 26, 31f., 38–40, 55, 74f.,
 96, 101, 116, 129
 Päts, Konstantin 11f., 60f., 70, 83, 95, 102,
 111, 129f., 133, 136, 149f.
 Pavlov, D. G. 62f.
 Peter der Große 78
 Piip, Ants 61, 70–72, 88, 90, 101, 134
 Pilsudski, Josef 10
 Pitka, Andreas 72f.
 Pitka, Joh. 72f.
 Pius XII. 30
 Pöögelman, H. 83
 Potemkin, Vladimir Petrevištš 64, 81
 Poviliaitis, A. 106–108, 120–123
 Pozdniakov, N. G. 123f., 134
 Prapuelensis, L. 146, 149
 Preston, T. H. 31, 47, 76f., 105, 117
 Priede, Nikolajs 134
 Primanis, Martin 190
 Ptuhin, E. S. 62
 Pupeikis, Stasys 124

- Raštikis, Stasys 26, 31, 46f., 52, 66, 68, 77, 99f., 105, 123, 149
 Rauch, Georg von 10
 Reek, Nikolai 19, 33f., 36, 38, 46, 62f., 70, 100
 Rei, August 57f., 60f., 63, 72, 94, 129f.
 Reklaitis, Mikas 100
 Ribbentrop, Joachim von 29f., 46, 50, 53, 67, 142
 Roosevelt, Franklin 47
 Rosenberg, Alfred 147
 Rössing, Horst 48
 Rotberg, Tõnis 131, 145
 Rozenštein, R. 66, 99
 Ruus, Neeme 78f., 130f.
 Rykov, A. I. 23
 Ryömä, Mauri 82
 Ryti, Risto 153, 155
 Rütman, Harry 152
- Saarsen, Villem 48, 62, 112
 Sabaliūnas, Leonas 32, 80, 100
 Säre, K. 132, 136, 144
 Šaulys, Jurgis 27
 Sauselg, A. 79
 Schnurre, Karl 47, 50, 108, 157
 Schtejman, I. 142
 Schulenburg, Friedrich Werner von der 50, 53, 66f., 119
 Selter, Karl 33, 35, 37, 48, 56–58, 61–63, 71
 Semper, Johannes 131
 Sepp, Boris 131, 133
 Serov, Ivan 80f., 143f.
 Sipols, V. 94
 Sirk, A. 12
 Škripa, Kazys 51, 100, 111, 146–149
 Skučas, Kazys 120–123
 Smetona, Antanas 11, 25, 31, 77, 87, 105–107, 119f., 123, 125
 Smigly-Rydz, Edward 37
 Sniečkus, Antanas 124
 Stalin, J. V. 16, 23f., 41f., 49f., 53, 61, 64–66, 68f., 71, 74, 78f., 81–83, 85, 131, 145, 154f., 157
 Sthamer, Geschäftsträger 88f., 96, 107
 Stučka, Peteris 83
 Sukaitis, Stepas 106
 Sundström, Cay 82
- Tabaks, Arnolds 134
 Tammer, H. 99
 Tanner, Väinö 72, 93, 153, 155
 Tattar, 91
 Timošenko, S. K. 120
 Tippelskirch, Werner von 140
 Tofer, Karl 49, 72
 Tomberg, R. 79, 112
 Tõnisson, Jaan 11, 45, 95
 Tripier, Jean M. 55
 Tübelis, J. 25
- Ulmanis, Karlis 12f., 15f., 22, 35, 40, 55, 74f., 80, 84, 87, 96, 101, 104, 127, 136
 Uluots, Jüri 61f., 69–71, 100, 129–131
 Unt, Maxim 82, 115, 130f., 145
 Urbšys, Juozas 27–31, 66, 68, 75–77, 81, 98, 107, 120–122, 135
 Uritski, S. P. 19
 Ustinov, Aleksei 17f.
- Vale, C. S. 96f.
 Vanags, Janis 134
 Vares, Johannes 79, 129–131, 133
 Veltjens, Joseph 140
 Vetrov, 2. Legationssekretär 127, 129
 Vietinghoff-Scheel von 107
 Vihalem, P. 138
 Vitkauskas, Vincas 105, 123f.
 Voldemaras, Augustinas 11, 52, 135, 149
 Vuolijoki, Hella 45
 Vyšinski, Andrei 127f., 133, 136
- Walden, Rudolf 140, 142
 Warma, Aleksander 37, 92, 94f., 151
 Wasastjerna, Jarl Axel 103
 Wiley, Johan Cooper 64, 129
 Wittram, Reinhard 10
 Woermann, Ernst 47, 97
 Woroschilov, K. J. 19, 46
- Yrjö-Koskinen, A. S. 41
- Zarinš, Karlis 117
 Ždanov, Andrei A. 21, 129–133, 136
 Zechlin, Erich 52, 76, 88, 113
 Zinoviev, G. J. 23
 Zotov, Ivan 64, 66

In der Schriftenreihe der
Vierteljahrshefte für
Zeitgeschichte erscheint im
September 1979
außerhalb des Abonnements
die Sondernummer
Sommer 1939

Wolfgang Benz/
Hermann Graml (Hrsg.)
Sommer 1939
Die Großmächte und der
Europäische Krieg
Sondernummer der
Schriftenreihe der Viertel-
jahrshefte für Zeitge-
schichte
ca. 360 Seiten
ca. DM 36,-

Dieses Werk enthält fol-
gende Beiträge:

Gerhard L. Weinberg:
Deutschlands Wille zum
Krieg. Die internationalen
Beziehungen 1937-1939.

Fritz Blauch: Wirtschaft und
Rüstung in Deutschland
1933-1939.

Ludolf Herbst: Die Mobil-
machung der Wirtschaft
1938/39 als Problem des
nationalsozialistischen
Herrschaftssystems.

Jürgen Runzheimer: Die
Grenzzwischenfälle am
Abend vor dem deutschen
Angriff auf Polen.

Jerzy W. Borejsza: Italiens
Haltung zum Deutsch-
Polnischen Krieg.

Masaki Miyake: Die Lage
Japans beim Ausbruch des
Zweiten Weltkrieges.

Lothar Kettenacker: Die
Diplomatie der Ohnmacht.
Die gescheiterte Friedens-
strategie der britischen
Regierung vor Ausbruch
des Zweiten Weltkriegs.

Jean-Pierre Azéma: Die
französische Politik am
Vorabend des Krieges.

Stephen J. Sniegowski: Die
amerikanische Reaktion
auf den Ausbruch des
Zweiten Weltkrieges in
Europa.

Andreas Hillgruber: For-
schungsstand und Literatur
zum Ausbruch des
Zweiten Weltkrieges.

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT